



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Der Bürgerhaushalt als Instrument
partizipativer Stadtplanung.
Umsetzungserfahrungen in den Städten
Rosario und La Plata (Argentinien)“

Verfasserin

Regina Seile

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, Juli 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt: Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Wolfram Schaffar

Danksagung

Danke...

...den Interviewpartnern *Pablo Torricella* und *Carlos Sortino* für ihre Kooperation und Offenheit ihr Erfahrungswissen zu teilen.

...speziell meinem Betreuer *Prof. Wolfram Schaffar* für seine wertvollen Impulse während des Arbeitsprozesses, die mich stets zur Reflexion über methodische und inhaltliche Fragen anregten, und gleichzeitig umfassenden Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum offen ließen. Vielen Dank für Ihren konstruktiven Betreuungsstil, der meine eigenständige Arbeitsweise förderte und Motivation stärkte.

...an meine Freunde *Nicolás* und *Federico Ramallo Gago* wie auch *Hector Parras*, die mich zu jeder Tages- und Nachtzeit mit großer Motivation unterstützten und durch ihre Kenntnisse der spanischen Sprache wie auch ihren persönlichen Argentinien-Bezug wesentlich zum Gelingen der Arbeit beitrugen.

...auch meinen Studienkollegen und Freunden *Andreas Putlitz* und *Daniel Glaser*, die stets zu fachlichem Austausch motiviert waren und ihren kritischen und kreativen Geist einbrachten.

...an *Nicole Horsky* für das gewissenhafte und aufmerksame Lektorat.

...insbesondere meiner langjährigen Freundin *Olivia Weinberger*, die stets die nötige Prise Humor lieferte, konstant neben mir in der Bibliothek Platz nahm und für anregende Lachpausen sorgte. Dir gilt meine grenzenlose Dankbarkeit.

...auch *Rupinder Rai*, *Renate Woi* und *Janina Hadjeri* für ihre motivierende Unterstützung.

...meiner Mitbewohnerin *Nina Binder*, die meinem Reflexionsprozess Raum gab, durch ihre erfrischende Sichtweise meine Motivation hob und ein Gläschen Wein stets zur richtigen Zeit herbei zauberte.

... allen Mitgliedern meiner *Familie*, die stets Interesse äusserten und mich nach bestem Ermessen ideell unterstützten. Insbesondere die Tatkraft von *Maria* förderte den Arbeitsfortschritt.

...für die vielseitige Unterstützung zahlreicher FreundInnen, die hier nicht namentlich erwähnt sind, mich jedoch in der Studienabschlussphase begleiteten.

Ich danke Ihnen/Euch allen.

DANKSAGUNG	3
 1 EINLEITUNG	 6
1.1 PROBLEMAUFRISS UND RELEVANZ DES THEMAS.....	6
1.2 FRAGESTELLUNG UND ERKENNTNISINTERESSE	8
1.3 FORSCHUNGSSTAND	9
1.4 KONTEXT DER INTERNATIONALEN ENTWICKLUNG.....	10
1.5 STRUKTURELLER AUFBAU DER ARBEIT.....	12
 I. THEORIE	 14
2 DEFINITORISCHE ANNÄHERUNG	14
2.1 DEMOKRATIEBEGRIFF	14
2.1.1 Konnotation	14
2.1.2 Reichweite	15
2.2 PARTIZIPATIONSBEGRIFF	15
2.2.1 Konnotation	16
2.2.2 Reichweite	16
2.3 POLITISCHE PARTIZIPATION	17
2.3.1 Instrumenteller Ansatz	18
2.3.2 Normativer Ansatz	19
3 PARTIZIPATIVE DEMOKRATIETHEORIE.....	20
3.1 KRITIK AN DER LIBERALEN DEMOKRATIE	20
3.2 IDEENGESCHICHTLICHER HINTERGRUND.....	21
3.3 ELEMENTARE GRUNDANNAHMEN	23
3.3.1 Endogene Präferenzstruktur	24
3.3.2 Menschenbild des Homo Politicus.....	24
3.3.3 Gleichheit aller BürgerInnen.....	25
3.4 GEMEINSAME ZIELVORSTELLUNGEN.....	25
3.4.1 Maximierung der politischen Partizipation	25
3.4.2 Steigerung des Problembewusstseins.....	26
3.4.3 Förderung konsensualer Aushandlung.....	26
3.4.4 Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens.....	28
3.5 KRITISCHE POSITIONEN	28
4 BÜRGERHAUSHALT – EIN KONZEPT „WANDERT“ UM DIE WELT	30
4.1 ARBEITSDEFINITION	31
4.1.1 Abgrenzung: Bürgerhaushalte und klassische Partizipationsformen.....	31
4.1.2 Ableitung einer Arbeitsdefinition	32
4.2 ZEITLICHE UND RÄUMLICHE VERBREITUNG	35
4.2.1 Globale und nationale Ausbreitungsmuster	35
4.2.2 Räumliche Ausprägungsdivergenzen.....	39
4.3 CHARAKTERISTISCHE FUNKTIONSWEISE	40
4.3.1 Typologische Einordnung nach Sintomer, Herzberg und Röcke	40
4.3.2 Allgemeiner Verfahrensablauf	43
4.4 PORTO ALEGRE: DIE „WIEGE“ DES BÜRGERHAUSHALTES	44
4.4.1 Spezifischer Verfahrensablauf	45
4.4.2 Rechtliche Verankerung.....	46
4.4.3 Zielsetzungen und Wirkungen	46

II. EMPIRIE.....	48
5 METHODIK.....	48
5.1 ERHEBUNGSMETHODE.....	48
5.1.1 Experteninterview	48
5.1.2 Teilstrukturiertes Leitfadeninterview	49
5.1.3 Vergleichende Fallstudienanalyse	50
5.2 AUSWERTUNGSMETHODE.....	51
5.2.1 Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring	51
5.2.2 Transkriptionsprogramm „f4“ und Atlas.ti.....	54
5.2.3 Forschungsablaufmodell	54
6 VERGLEICHENDE FALLUNTERSUCHUNG: BÜRGERHAUSHALTE IN ROSARIO UND LA PLATA.....	59
6.1 BESTANDSAUFNAHME DER STÄDTE	59
6.1.1 Kompetenzen im föderalen Argentinien.....	59
6.1.2 Kurzbeschreibung	60
6.2 ENTSTEHUNGSKONTEXT DER BÜRGERHAUSHALTE	61
6.2.1 Argentinienkrise 1998-2002.....	61
6.2.2 Implementierungsphase.....	62
6.3 DAS INSTITUTIONELLE DESIGN	64
6.3.1 Rechtliche Rahmenbedingungen.....	64
6.3.2 Trägerstrukturen und politische Funktion	66
6.3.3 Räumliche Aufteilung	67
6.3.4 Jährlicher Verfahrensablauf	67
6.4 MEHRDIMENSIONALE ANALYSE DER BÜRGERHAUSHALTE	70
6.4.1 Konzept-, Struktur- und Prozessqualität.....	70
6.4.2 Rechtliche und regulatorische Dimension	72
6.4.3 Finanzielle Dimension.....	74
6.4.4 Partizipative Dimension	75
6.4.5 Territoriale Dimension	80
6.4.6 Politische Dimension.....	83
6.5 DISKUSSION DER ERGEBNISSE.....	89
6.5.1 Unterschiede im institutionellen Design.....	89
6.5.2 Demokratietheoretischer Kern von BHHen.....	92
6.5.3 Fundamentale Herausforderungen im Umsetzungsprozess	97
6.5.4 Periphere Herausforderungen.....	99
6.5.5 Fazit.....	100
6.6 FORSCHUNGSAUSBLICK	101
7 ANHANG.....	102
7.1 ZUSAMMENFASSUNG.....	102
7.2 SUMMARY	103
7.3 QUELLENVERZEICHNIS	104
7.3.1 Literatur.....	104
7.3.2 Internet	107
7.3.3 Interviews.....	109
7.4 ABKÜRZUNGEN UND AKRONYME.....	110
7.5 INTERVIEWLEITFADEN ROSARIO	111
7.6 INTERVIEWLEITFADEN LA PLATA	114
7.7 ORIGINALINTERVIEW ROSARIO.....	118
7.8 ORIGINALINTERVIEW LA PLATA	134
7.9 LEBENS LAUF	154
7.10 EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG	157

1 Einleitung

1.1 Problemaufriss und Relevanz des Themas

Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise stellen politische und administrative Entscheidungsträger aus Städten des sogenannten Nordens wie auch des Südens zunehmend vor ähnliche Aufgaben. Knappe finanzielle Ressourcen der öffentlichen Haushalte müssen verteilt werden. Die Vergabe begrenzter Mittel stellt politische Akteure im Zuge dessen immer häufiger vor die Herausforderung zwischen gleichwertigen Projekten der Stadtentwicklung zu entscheiden, sowie ihre Planungs- und Entscheidungsprozesse verstärkt vor den BürgerInnen zu verantworten (vgl. Märker, Klima, Wehner o.J.: o.S.).

Gleichzeitig ist eine zunehmende Ausdifferenzierung der Wertvorstellungen, Erfahrungshintergründe und Wissensvoraussetzungen moderner Gesellschaften zu verzeichnen. Die hohen Bevölkerungszuwachsraten in urbanen Zentren des Nordens und des Südens verstärken die Interessensvielfalt und führen zu hohen sozialen Ungleichheiten im stadträumlichen Vergleich (vgl. Agenda 21 2009: o.S.). Daraus resultiert, dass Entscheidungen politisch- und administrativer Akteure im Bereich der Stadtentwicklung zunehmend auf Widerstände und Interessenskonflikte stoßen. Das Misstrauen der von Stadtplanungsprozessen Betroffenen gegenüber öffentlichen Planungs- und Entscheidungskompetenzen steigt an. Damit einhergehend ist ein Legitimationsverlust politischer Akteure und Institutionen zu verzeichnen (vgl. Frey 2011: o.S.).

Aufgrund des Zusammenwirkens der skizzierten Krisen der kommunalen Haushalte, der zivilgesellschaftlichen Interessensvielfalt und der zunehmenden sozialen Ungleichheiten, erfährt der Einsatz von partizipativen Elementen in der Stadt- und Haushaltsplanung zunehmend an Bedeutungszuwachs und Anwendungshäufigkeit. Seit den 1980/90er-Jahren wird eine Veränderung in kommunal-politischen Systemen verzeichnet. Die Bürgerschaft wird seitdem zunehmend als Mitgestalter und Wissensgeber an der Produktion öffentlicher Dienstleistungen beteiligt (vgl. Herzberg 2001: 29). BürgerInnen fungieren in der Planungsbeteiligung als „BeraterInnen“ der Verwaltung (vgl. Roth 1997: 429f.). Die Form der Partizipations- und Aushandlungsprozessen von Budgetentscheidungen im Rahmen der Stadtplanung variiert jedoch stark. In den letzten drei Jahrzehnten hat das Repertoire an Bürgerbeteiligungsinstrumenten, die im kommunalpolitischen Kontext angewendet werden, beachtlich zugenommen. Ein zunehmend eingesetztes und mittlerweile populäres Instrument bildet die Form des Bürgerhaushaltes (BHHes) (vgl. Märker, Wehner 2010: o.S.). Der BHH ist ein Mechanismus der BürgerInnen und ermöglicht über einen Teil des kommunalen Budgets zu verfügen und mit-

zuentscheiden. Durch die Anwendung eines BHHes kann Transparenz im polit-administrativen Handeln gesteigert und der Interessensausgleich zwischen unterschiedlichen beteiligten Akteuren forciert werden. Der BHH stellt damit ein Instrument der Bürgerbeteiligung dar, das an der Entwicklung einer Bürgergesellschaft mitwirkt (vgl. Bloj 2008: 31f.). Der BHH lässt sich als Instrument der partizipativen Demokratie charakterisieren (vgl. Sintomer, Herzberg, Röcke, Anja 2010: 249).

Die kommunalpolitischen Herausforderungen affrontieren politische und administrative Entscheidungsträger Argentiniens in gravierendem Ausmaß. Die Militärdiktatur und wirtschaftliche Krisenphasen haben ihre Spuren auch nach dem Übergang zur repräsentativen Demokratie hinterlassen. Das Misstrauen der BürgerInnen gegenüber politischen Entscheidungen ist groß (vgl. Bloj 2008: 31f.). Knappe finanzielle Mittel der kommunalen Haushalte Argentiniens führen zu Verteilungs- und Versorgungsproblemen und zu hoher sozialer Ungleichheit (vgl. Peruzzotti, Magnelli, Peixoto 2011: 2f). Infolgedessen steigt das Misstrauen der BürgerInnen weiter und der Legitimationsverlust politischer Akteure und Institutionen nimmt zu. Politische Akteure stehen somit vor zentralen Herausforderungen: Einerseits ist die Stärkung der demokratischen Institutionen notwendig. Andererseits muss ein Umgang mit der finanziellen Krise der öffentlichen Haushalte gefunden werden, mit dem Verteilungs- und Versorgungsproblemen entgegengewirkt werden kann. Im Zuge dieser Herausforderungen gewinnen partizipative Ansätze die BürgerInnen mehr Mitspracherecht einräumen in argentinischen Städten zunehmend an Bedeutung (vgl. Röder 2010: 1, vgl. Municipalidad de Rosario 2009: 19).

Auch im von Krisen geschüttelten Argentinien verschärft sich die Krise kommunaler Haushalte und war mitunter Anlass zur Implementierung von BHHen in den Städten Rosario im Jahr 2002 als auch in La Plata im Jahr 2008, die bis heute bestehen. Das Einbringen von und die Abstimmung über Bürgervorschläge zum Einsatz finanzieller Mittel im Bereich der Stadtentwicklung zur Verbesserung von Dienstleistungen und Infrastruktur wird dadurch ermöglicht. In einem mehrstufigen Beteiligungsprozess, der seit der Einführung jährlich durchgeführt wird, werden in Rosario und La Plata¹ Projekte der Stadtentwicklung auf Quartiersebene zur Disposition gestellt. Die Bandbreite der Projektinhalte reicht vom Ausbau sozialer Infrastrukturen wie Kindergärten oder Gesundheitszentren, bis hin zur technischen Verbesserung der Abwasserversorgung (vgl. Peruzzotti, Magnelli, Peixoto 2011: 12f., vgl. Municipalidad de

¹ Die Reihenfolge der Nennung im Titel wie auch in der empirischen Untersuchung leitet sich aus dem zeitlichen Umsetzungszeitraum der Bürgerhaushalte ab. Nachdem Rosario seit 2002 und La Plata seit 2008 einen Bürgerhaushalt durchführt, wird Rosarios Bürgerhaushalt stets erstgenannt.

² Da eine Diskussion der unterschiedlichen Demokratietheorien das Ausmaß dieser Arbeit übersteigen würde, sei hierfür auf Von Alemán

Rosario o.J.: o.S.). Der BHH setzt damit Potenziale der Mitgestaltung für BürgerInnen frei und ist gleichzeitig durch strukturelle Grenzen gekennzeichnet.

Da in wissenschaftlichen Kreisen bereits eine vorsichtige Debatte über Stärken und Potenziale unterschiedlicher Formen der BürgerInnenbeteiligung begonnen hat, erscheint es interessant das Design des BHHes zu analysieren und die Herausforderungen und Grenzen die mit dessen Umsetzung einhergehen, auszuloten. Die Analyse konzentriert sich vorwiegend auf jene Herausforderungen die aus der Perspektive jener Akteure sind, die direkt mit der Umsetzung der BHH in Rosario und La Plata beauftragt sind. Als Hauptkoordinatoren der BHH verfügen die Interviewpartner dieser Arbeit über ausgeprägtes Erfahrungs- und spezifisches Expertenwissen, um das institutionelle Design und den Umsetzungsprozess reflektieren zu können.

Zur Systematisierung der Herausforderungen dienen die fünf Dimensionen (rechtlich, finanziell, territorial, partizipativ und politisch), die von der UN-HABITAT als charakteristische Merkmale von BHHen eruiert wurden (vgl. Cabannes 2004b). Der zeitliche Analyserahmen ergibt sich aus dem Umsetzungszeitraum, des jeweiligen BHHes, der in Rosario zehn Jahre (2002-2012) und in La Plata fünf Jahre (2008-2012) beträgt. Auf Basis eines Fallstudienvergleiches wird nach verallgemeinbaren Erklärungen gesucht. Nachdem die Daten- und Quellenlage über den BHH der Stadt La Plata wesentlich dünner ist als jene der Stadt Rosario, wird im Zuge der Fallstudie vorwiegend auf Informationen zurückgegriffen, welche bei den Experteninterviews erhoben wurden.

1.2 Fragestellung und Erkenntnisinteresse

Aus der vorangehenden Skizzierung ergeben sich folgende Forschungsfragen:

Welche fundamentalen und peripheren Herausforderungen treten im Zuge der Umsetzung der argentinischen BHH in Rosario und La Plata auf und wie lassen sich diese demokratiepolitisch interpretieren?

Die folgenden Sub-Fragestellungen werden beantwortet:

- Inwiefern ist das institutionelle Design der BHH von Rosario und La Plata unterschiedlich konzipiert?
- Worin liegt der demokratiepolitische Qualitätssprung, der durch die Umsetzung von BHHen in den Städten Rosario und La Plata entsteht?

- Inwiefern treten in der Umsetzung der BHHe von Rosario und La Plata im rechtlichen, finanziellen, partizipativen, territorialen und politischen Bereich ähnliche Herausforderungen auf?

Im Zuge der Diplomarbeit soll anhand der BHHe von La Plata und Rosario eine systematische Analyse und Diskussion der Funktionsweise und den damit verbundenen Herausforderungen, die sich in der Durchführung dieser spezifischen Form des partizipativen Verfahrens an der kommunalen Stadtentwicklung stellen, durchgeführt werden. Ein systematischer Vergleich der Umsetzungs Herausforderungen, die in den BHHen in La Plata und Rosario auftreten, bilden einen Analyseschritt um an den Kern des Erkenntnisinteresses zu gelangen. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur vergleichenden Analyse in der Partizipationsforschung im Allgemeinen und der Bürgerhaushaltsforschung im Speziellen geleistet. Darüber hinaus soll abschließend herausgefunden werden, inwiefern sich die Herausforderungen, mit denen die Umsetzungsbeauftragten der beiden Städte konfrontiert sind ähnlich sind und welches die fundamentalen und peripheren Herausforderungen sind.

1.3 Forschungsstand

In der Forschungsliteratur wird Bürgerbeteiligung an politischen und administrativen Prozessen primär durch politikwissenschaftliche Zugänge erörtert. Fragen nach Kosten und Nutzen, sowie Erfolgsfaktoren wurden im deutschsprachigen Raum bisher kaum systematisch diskutiert. In Großbritannien liegen diesbezüglich hingegen einige Studien und Forschungsergebnisse vor (vgl. Kubicek, Lippa, Koop 2011: 21). Hinsichtlich der positiven Effekte von Bürgerbeteiligung eruiert die OECD 2001 eine Evaluierungslücke und bestätigte diese in ihrem 2005 publizierten Report *„Evaluating Public Participation in Policy Making“* (vgl. OECD 2005: o.S.). Zur Bewertung von Bürgerbeteiligungsverfahren gibt es mittlerweile einige konzeptionelle und methodische Vorschläge. Die durch wissenschaftliche Literatur definierten Evaluierungskriterien sind jedoch sehr unterschiedlich. In der vergleichenden Partizipationsforschung ist eine Einzelfallorientierung sowie eine selektive Fokussierung auf analysierte Aspekte zu erkennen (vgl. Kubicek, Lippa, Koop 2011: 24). Im Rahmen dieser Arbeit werden zahlreiche komplexe Fragestellungen wie unter anderem folgende erörtert: „Welche Aktivitäten kann man heutzutage als politische Partizipation bezeichnen? Wie ist die starke Expansion der Partizipationsformen zu erklären? Bieten neue Formen von Beteiligung eine Art Kompensation für die rückgängige Nutzung von konventionellen Formen?“ (Deth 2009: 142).

Thematisch bewegt sich die Bürgerhaushaltsforschung – praktisch wie auch theoretisch – im Forschungsfeld der *„democratic innovations“*. Eine Reihe von Partizipationsinstrumenten,

verschiedene konzeptuelle Ansätze wie beispielsweise *Governance* und *Empowerment* und unterschiedliche demokratiethoretische Zugänge (partizipative und deliberative Demokratietheorien) kennzeichnen das Forschungsfeld. Aus der bisherigen empirischen Analyse von Bürgerhaushalterfahrungen lassen sich drei unterschiedliche Herangehensweisen ableiten: Erstens werden monografische Analysen auf der Basis von Städten durchgeführt, wobei häufig zwei oder drei Fälle miteinander verglichen werden. Eine zweite Methode stellt der quantitativ-größere Vergleich von BHHen im Rahmen von Konferenzen oder Sammelbänden dar. Der dritte Zugang zum Forschungsfeld wird über methodologische und theoretische Kategorien gelegt (vgl. Sintomer, Herzberg, Röcke 2008: 1).

Die Arbeit wählt den ersten Forschungszugang in dem zwei BHHe miteinander verglichen werden. Komponenten der zweiten und dritten Variante fließen jedoch mit ein.

Obwohl das Ursprungsland des BHHes in Südamerika (Brasilien) liegt und es mittlerweile zu zahlreichen Umsetzungen in anderen südamerikanischen Staaten kam, liegen zumindest in deutscher Sprache nur wenige wissenschaftliche Abhandlungen über die Anwendung dieses Beteiligungsinstrumentes in Südamerika vor (vgl. Röder 2010b: o.S.). Der Forschungsstand über in Argentinien eingeführte BHHe ist bisher ebenso begrenzt. Einige wissenschaftliche Arbeiten wurden in spanischer Sprache zur Evaluierung des BHHes von Rosario (Argentinien) verfasst. Der BHH der Stadt La Plata wurde hingegen, Kraft meiner bisherigen Recherchetätigkeiten, bisher weder in der spanisch-englisch, noch deutschsprachigen Literatur wissenschaftlich diskutiert. Zur Frage nach Herausforderungen, die in der Umsetzung von BHHen auftreten, konnte lediglich ein rund 20-zeiliger Absatz (kurzer Bericht) in dem von der UN-HABITAT publizierten Handbuch „72 *Frequently Asked Questions about Participatory Budgeting*“ aufgefunden werden (vgl. UNDP 2004: 39ff.).

1.4 Kontext der Internationalen Entwicklung

Die Vereinten Nationen prognostizieren einen Anstieg der Stadtbevölkerung von kürzlich drei auf fünf Milliarden im Jahr 2030. Das Wachstum der Weltbevölkerung wird sich somit zukünftig auf urbane Zentren der sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländer konzentrieren (vgl. Agenda 21 2009: o.S.). Die Zuwanderungsraten in den Städten des Südens steigen an, bildungsarme Schichten ziehen zu und sozial-räumliche Ungleichheiten verschärfen sich zunehmend. Ebenso steigt die Interessens- und Bedürfnisvielfalt. Der Kontext Stadt bildet dadurch eine wichtige räumliche Ebene, in der zukünftig Entwicklungspolitik verstärkt stattfinden wird. Als reaktionäre Maßnahme auf aktuelle kommunalpolitische Herausforderungen, wie die Haushaltsdefizite, der Bevölkerungszustrom in die Städte, die zunehmende Ausdifferenzierung und soziale Ungleichheit der städtischen Gesellschaft, integrieren sowohl Länder

des globalen Nordens als auch des Südens zunehmend partizipative Elemente in die öffentliche Haushaltsbudgetplanung. Dadurch drückt sich ein fundamentales Problemfeld der politischen Entwicklung im internationalen Kontext aus. Akteure der Politik und Verwaltung konzipieren im Laufe der letzten drei Dekaden verstärkt Verfahren in denen BürgerInnen als WissensträgerInnen und InputgeberInnen fungieren und in städtische Planungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Dadurch erfahren Ansätze der partizipativen Demokratie in Form des im globalen Südens erfundenen BHHes weltweit an Bedeutung und steigender Anwendungshäufigkeit. Das Instrumentarium BHH wird eingesetzt um repräsentative Entscheidungsprozesse zu ergänzen und Rückwirkungen auf das teilweise von starkem Misstrauen geprägte Beziehungsgefüge von Gesellschaft, Politik und Verwaltung zu erzielen. Die mit dem Einsatz des BHHes einhergehenden Änderungen der gesellschaftspolitischen Verhältnisse ist für die Entwicklungsforschung, im Speziellen für das Themenfeld „Entwicklung & Politik“ von zentralem Interesse und eignet sich daher für die Analyse im Zuge einer Diplomarbeit.

1.5 Struktureller Aufbau der Arbeit

Die Arbeit gliedert sich in einen theoretischen Teil (**Kapitel zwei bis vier**) und einen empirischen Teil (**Kapitel fünf bis sechs**). Der Theorieteil liefert, basierend auf einer fundierten Literaturrecherche, das nötige Vorwissen über partizipativ-demokratische Grundsätze und die Funktionsweise von BHHen zur im empirischen Teil vorgenommenen vergleichenden Fallstudienanalyse der BHHen von Rosario und La Plata. Der theoretische Teil befasst sich mit folgenden Aspekten.

Der Einleitung folgt **Kapitel drei**, welches durch eine definitorische Annäherung versucht, Licht in das Dickicht der für das Forschungsfeld zentralen Begriffe „Demokratie“ und „Partizipation“ wie auch in der Zusammenführung als „Politische Partizipation“ zu bringen.

Aus dem breiten Spektrum an Ansätzen die in der demokratietheoretischen Diskussion auftauchen, bilden die Konzeptionen der partizipativen Demokratietheorie die theoretischen Grundpfeiler dieser Arbeit. Deshalb werden im **vierten Kapitel** die wichtigsten Elemente erarbeitet, die für eine Untersuchung von BHHen zweckdienlich sind. Ausgangspunkt bildet die geäußerte Kritik an der repräsentativen Demokratietheorie dieser Theorieströmung. Nachdem anschließend der ideengeschichtliche Hintergrund erläutert wurde, wird das zugrundeliegende theoretische Konstrukt in Form von elementaren Annahmen und darauf aufbauenden Zielvorstellungen skizziert. Eine Darstellung von Differenzierungslinien, die innerhalb der der Ansätze auftreten und der Kritik, die an ihren Ansätzen geäußert werden, runden das Kapitel ab.

Das **fünfte** Kapitel befasst sich mit dem Konzept des BHHes auf einer sehr allgemeinen Ebene. Die definitorische Annäherung wie auch die Herstellung eines zeitlichen und räumlichen Bezugs von bereits umgesetzten Bürgerhaushaltsmodellen vermittelt die Vielfalt der unterschiedlichen Ausprägungen des Bürgerhaushaltsverfahrens. Durch die Erläuterung der für BHHen günstige Entstehungsbedingungen und die Einordnung des BHHes in die Typologie von Sintomer, Herzberg und Röcke wird das breite Anwendungsfeld reduziert, bevor abschließend die spezifische Verfahrensform des BHHes von Porto Alegre vorgestellt wird. Da dieser als historischer Wegbereiter gilt und auch für den BHH von Rosario Orientierungs- und Vorbildfunktion einnahm, wird dadurch die Grundlage für die Fallstudienanalyse des zweiten Teils abgerundet.

Der zweite Teil der Arbeit wird eingeleitet in dem im **sechsten Kapitel** die angewendete Methodik dargestellt wird. Als Erhebungsmethode wurden Experteninterviews in Form von teilstrukturierten Leitfaden-Interviews mit den Umsetzungs koordinatoren der BHHen von Rosario

und La Plata durchgeführt. Die Auswertung der Interviews wurde nach der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring vollzogen. Das Datenmaterial wurde im Zuge dessen typisierend strukturiert. Die systematische Auswertung fand mit Hilfe eines Analyserasters, der aus fünf für BHHe charakteristischen Dimensionen besteht, im Zuge eines Problem-Assessments statt.

Kapitel sieben ist der vergleichenden Falluntersuchung der Bürgerhaushaltserfahrungen von der Rosarios und La Platas gewidmet. Nach einer Bestandsaufnahme der Städte Rosario und La Plata, wird der Entstehungskontext der BHHe wiedergegeben und anschließend das spezifische institutionelle Design beider BHHe skizziert. Im Anschluss folgt die Interviewauswertung mit Hilfe des vordefinierten Analyserahmens von Yves Cabannes im Unterkapitel „Mehrdimensionale Analyse“.

Im **achten und damit letzten Kapitel** erfolgen eine Distanzierung der zuvor verwendeten Analysedimensionen und eine abschließende Abstraktionsleistung. Im Zuge dessen wird der demokratische Kern des BHHes gefunden, welcher durch den qualitativen Sprung im Stadtentwicklungsdiskurs stattfindet erörtert. Im folgenden Schritt wird das im Zuge der Implementierung des BHHes auftretende Problemspektrum anhand der Filterung peripherer und fundamentaler Herausforderungen ausgearbeitet, welche Herausforderungen in der Umsetzung der BHH von Rosario und La Plata im Vergleich im Zuge eines Problem-Assessments auftreten.

I. Theorie

2 Definitiorische Annäherung

Die Begriffe Demokratie und Partizipation werden in einem ersten Schritt näher bestimmt, bevor diese im darauffolgenden Kapitel der politischen Partizipation zusammengeführt und in ihrer Wechselwirkung betrachtet werden.

2.1 Demokratiebegriff

Etymologisch wird der Begriff „Demokratie“ aus den griechischen Begriffen *demos* (Volk) und *kratos* (Macht) zusammengesetzt. Die gängige Übersetzung lautet „Volksherrschaft“. Dieser Begriff wurde im historischen Verlauf von unterschiedlichen Demokratietheorien vielfältig und heterogen interpretiert (vgl. Vorländer 2003: 10). „Kaum ein Begriff ist in der Tassition politischen Denkens so umstritten geblieben wie der der Demokratie. Das liegt vor allem daran, dass Demokratie nie ein nur empirischer oder deskriptiver Begriff geblieben ist, sondern immer auch ein normatives Ideal umschreibt“ (Vorländer 2003: 9), so beschreibt Vorländer die vorherrschende Komplexität.

2.1.1 Konnotation

André Kaiser und Eric Seils bezeichnen Demokratie als „ein Konzept [...], das im Kern konsensuell, an den Rändern aber umstritten ist“ (Kaiser, Seils 2005: 135).

Der konsensuelle Kern liegt laut Dieter Fuchs und Edeltraud Roller in der etymologischen Begriffsdeutung von Demokratie als „Macht oder Herrschaft des Volkes“ (Fuchs, Roller 2009: 79). Die von Fuchs angeführte Definition der „Macht des Volkes“ kann so präzisiert werden, das sie sowohl das Konzept der direkten Demokratie als auch jenes der repräsentativen Demokratie der Moderne inkludiert, und zwar wie folgt:

„Demokratie ist eine Herrschaftsordnung, in der das Volk die Macht hat/sich selber regiert, entweder (a) durch die unmittelbare Beteiligung an allen Entscheidungen von allgemeiner Verbindlichkeit oder (b) durch die Auswahl und Steuerung/Kontrolle der Repräsentanten, die die Entscheidungen von allgemeiner Verbindlichkeit für das Volk treffen“ (Fuchs 2007: 39).

Die angeführte Definition formuliert ein grundlegendes demokratietheoretisches Kernstück, das auch Habermas identifizierte: Das Prinzip der Volkssouveränität (vgl. Habermas 1992). In einer zweiten Präzisierung erscheint es interessant die im Rahmen der geäußerten „Macht des Volkes“ das „Volk“ näher zu bestimmen. Schon in antiken Demokratiekonzeptionen wurden unter dem Begriff „Volk“ BürgerInnen aufgefasst, die sich gegenseitig die gleichen politischen Rechte zuwiesen (Pabst 2003 zit. nach Fuchs, Roller 2009: 79). Auch gegenwärtig erfährt diese Deutung noch an Aktualität. So arbeitete beispielsweise Robert Dahl, als einer

der einflussreichsten Demokratietheoretiker, mit seinen „*strong principles of equality*“ (Dahl 1989: 97) die Position einzelner BürgerInnen innerhalb ihres Volkes wie auch die Beziehung unter BürgerInnen zu einem demokratietheoretischen Konzept aus (vgl. Dahl 1989: 105). Dieses Konzept baut auf der Annahme, alle BürgerInnen seien fähig an der Selbstregierung teilzuhaben auf. Daraus entsteht die grundlegende demokratische Forderung, BürgerInnen gleichberechtigt in die „Herstellung der kollektiven bindenden Entscheidungen“ (Fuchs, Roller 2009: 79) zu involvieren.

2.1.2 Reichweite

In der vergleichenden Betrachtung unterschiedlicher Demokratietheorien kann unter anderem hinsichtlich der Reichweite des Demokratieprinzips unterschieden werden. In den Demokratietheorien konservativer, liberaler oder zentristischer Standortgebundenheit, welche die erste demokratietheoretische Gruppe bilden, stehen vor allem die Balancierung von unmittelbarer und mittelbarer Volksherrschaft wie auch zentrale Ziele wie „Rechte- und Freiheitssicherung, Pluralismus und Regierbarkeit“ (Schmidt 2000: 251) in Zentrum. Die zweite Theoriegruppe spielt politische Beteiligung einer maximalen Personenanzahl über größtmögliche Bereiche und dies im Sinne „von Teilnehmen, Teilhaben und seinen-Teil-Geben einerseits und innerer Anteilnahme am Geschehen und Schicksal des Gemeinwesens andererseits“ (Schmidt 2000: 251). Das primäre Bestreben dieser Theorieströmung drückt sich in der Bezeichnung: „partizipatorische Demokratietheorie“ (Patemann 1970) aus. Andere Theorien dieser Gruppe setzen Akzente auf andere Elemente, wie beispielsweise „starke Demokratie“ (Barber 1984) oder „deliberative Demokratie“. Da zur Demokratie „ein ausreichendes Maß an institutionellen Partizipationschancen und an tatsächlicher Partizipation, also die Öffnung des politischen Entscheidungsprozesses zur Gesellschaft auf der Input-Seite der Entstehung und nicht allein in den Ergebnissen auf der Output-Seite des politischen Systems“ (Meyer 2009: 193) gehört, wird im Anschluss der Partizipationsbegriff betrachtet, bevor näher auf das Konzept der politischen Partizipation eingegangen wird.

2.2 Partizipationsbegriff

Der Partizipationsbegriff stammt aus dem spätleinischen *participatio* und bedeutet Beteiligung im Sinne von „Teilnahme“ sowie „Teilhabe“. Im Zuge der definitorischen Annäherung wird schnell deutlich, dass der Begriff in der politikwissenschaftlichen theoretischen Diskussion weitgehend präsent wie auch unterschiedlich gefärbt ist. Grundsätzlich besteht zwar weitgehend Einigkeit über das Recht und die Notwendigkeit der politischen Partizipation durch BürgerInnen. Die Deutungen, wie Partizipation zu definieren ist, welche Form der Bürgerbeteiligung in welchen Bereichen erfolgt und welche Zielsetzungen damit verbunden sind,

fallen jedoch sehr vielfältig aus. Die Auslegungen und Argumentationsstränge von politischer Partizipation stehen zum Einen in einem engen Zusammenhang mit dem zugrundeliegenden Demokratieverständnis. Zum Anderen ist die Auffassung von Möglichkeiten, Formen und Zielsetzungen der Partizipation stark in den jeweiligen gesellschaftshistorischen Kontext eingebettet (vgl. Nohlen, Schultze 1995: 396f.). In der wissenschaftlichen Debatte bildeten sich, laut Hollihn, zwei gegensätzliche Begriffsdefinitionen heraus. Während „das Konkurrenz- oder Repräsentationsmodell des Demokratie“ auf einer „repräsentativen“ Partizipationsform aufbaut, orientiert sich die „Fundamental-oder direkte Demokratie“ an einem „klassischen“ Partizipationsbegriff (Hollihn 1978: 64). Auf dieses grundlegend unterschiedliche Verständnis wird anschließend eingegangen in dem der instrumentelle dem normativen Ansatz gegenübergestellt wird.

2.2.1 Konnotation

Von Alemann weist auf die inflationäre Konnotation hin, die dem Partizipationsbegriff in den Siebziger Jahren anhaftete. Eine Analyse der Termini, die im Kontext der Partizipation häufig verwendet werden bringt hervor, dass gewisse Begriffe „substitutiv, subordinativ oder kontradiktorisch“ verwendet werden (Von Alemann 1975: 16). Von Alemann nimmt eine Klassifikation des Partizipationsbegriffes vor, indem er zwischen einer allgemein-politischen, einer politisch-administrativen und einer wirtschaftlichen Partizipation unterscheidet (vgl. Alemann 1975: 17). Im Rahmen dieser Arbeit wird ausschließlich der Partizipationsbegriff des politisch-administrativen Sektors benutzt welcher mit Begriffen wie „Partizipation, Teilhabe, (kommunale) Selbstverwaltung“ (Von Alemann 1975: 17) konnotiert ist.

Der Partizipationsbegriff an sich ist meist normativ aufgeladen und vermittelt somit, dass politische Partizipation einen Wert hat (Vgl. Bachrach, Botwinick 1992: 20). Die normative Schule bewertet die durch Beteiligung angestrebten Ziele auf Form, Voraussetzung und Konsequenzen (vgl. Schmidt 2000: 253).

2.2.2 Reichweite

Die Reichweite der Partizipation bildet eine wesentliche Differenzierungslinie unterschiedlicher Partizipationskonzeptionen. Diese kann sich in einem Spektrum von minimaler Teilhabe an Entscheidungen bis hin zur Selbstbestimmung und Autonomie bewegen. Mitbestimmung ist demnach als „mit“-bestimmung bzw. „mit“-verwaltung aufzufassen, die schlussendlich nicht ausschlaggebend ist. Partizipation ist jedoch als umfassendere Form der Beteiligung an Entscheidungen zu interpretieren (Vgl. Von Alemann 1975: 17f.).

Anschließend werden die vorgestellten Begriffe Partizipation und Demokratie zusammengeführt und in Abhandlung der „Politischen Partizipation“ kontextualisiert.

2.3 Politische Partizipation

Nachdem Van Deth (2009: 141) darauf hinweist, dass „[o]ffensichtlich [...] fast alles, was Menschen tun, irgendwann auch als politische Partizipation betrachtet werden kann“, sieht sich die Partizipationsforschung mit der komplexen Frage welche Aktivitäten heutzutage als politische Partizipation bezeichnet werden können, konfrontiert (vgl. ebd). Es gilt also Trennlinien und Differenzierungsmöglichkeiten im Zuge der definitorischen Annäherung zu finden.

Ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal im Begriffsdschungel der Partizipationstermini bilden die zugrundeliegenden Formen der politischen Theorie. „Wegen der engen Verbindung von Demokratie und Beteiligung ist jede Konzeptualisierung des Begriffes „politische Partizipation“ abhängig vom angewendeten Demokratieverständnis“ (Van Deth 2009: 143). Entsprechend der demokratietheoretischen Position werden demnach unterschiedliche Beteiligungs-Intensitäten bei politischer Beteiligung interpretiert (vgl. Stollen 2011: 59). Dementsprechend können verfasste oder nicht verfasste, repräsentative oder direkt-demokratische wie auch konventionelle oder unkonventionelle Formen der Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen unterschieden werden (vgl. Von Alemann 1975: 19ff.). Häufig wird versucht den Partizipationsbegriff über Abgrenzung zu anderen Konzepten zu definieren. Von Alemann nimmt hierfür eine Einordnung des Partizipationsbegriffes in die angeführten Begriffspaare vor und definiert Partizipation, ebenso wie viele andere TheoretikerInnen, als „eine nicht repräsentative [...], nicht elitäre, nicht formale, nicht nur politische und nicht systemgebundene Form der gesellschaftlich-politischen Willensbildung“ (Von Alemann 1975: 19). In Alemans Definition wird deutlich, dass Partizipation nicht nur auf die politische Sphäre begrenzt ist.

Die Grenze zwischen sozialer und politischer Beteiligung in der Partizipationsforschung ist, darauf weist auch Van Deth hin, häufig durchlässig (vgl. Van Deth 2009: 146). „Partizipation ist ein Sammelbegriff für eine Beteiligungsform, die in der Regel öffentliches, kollektives Handeln, ohne direkte politische Motivation beschreibt, aber immer über die private Sphäre hinausreicht“ (Roßteutscher 2009: 163). So wird politische Partizipation in Roßteuschers Definition kategorisch ausgeschlossen. Die Definition macht deutlich, dass politische Partizipation als Forschungsgegenstand in Abgrenzung zu anderen Partizipationsformen, wie beispielsweise sozialer Beteiligung, aufgefasst werden muss (vgl. Stollen 2011: 59).

Um begriffliche Verwirrungen vorzubeugen, weist Von Aleman (1975: 17) auf die Unterscheidung zwischen „Ziel und Mittel“ der Partizipation hin. „Demokratisierung, Partizipation, Teilhabe, Mitbestimmung etc. können [...] kaum als Eigenwert, sondern nur als Mittel oder Form zur Realisierung bestimmter Ziele“ aufgefasst werden. Die eigentliche Zielsetzung ist

dieser Argumentation entsprechend beispielsweise Gleichheit, Emanzipation oder Mündigkeit (vgl. ebd.). Dementsprechend wird je nach den spezifischen Zielsetzungen eines Demokratie-Modell ein unterschiedliches instrumentelles oder normatives Verständnis für die politische Partizipation konzipiert (Nohlen, Schultze, Schüttemeyer 1998: 470). Diese Einteilung wird in der vorliegenden Diplomarbeit übernommen und im Folgenden präzisiert.

2.3.1 Instrumenteller Ansatz

Der instrumentelle Partizipationsbegriff wird, laut Hollihn, von „führerzentrierten, repräsentativen und ökonomischen Demokratietheorien“ verwendet (vgl. Hollihn 1978: 75). Nohlen formuliert die wesentlichen Charakteristika des instrumentellen Verständnis von Partizipation als jene Beteiligungsformen, die BürgerInnen „freiwillig, individuell und kollektiv im Verbund mit anderen unternehmen, um politische Entscheidungen direkt oder indirekt zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Es geht um Teilnahme, Wertberücksichtigung und Interessensdurchsetzung.“ (Nohlen, Schultze, Schüttemeyer 1998: 470). In den instrumentellen Lehren wird Beteiligung demnach als Mittel zum Zweck gedeutet mit dessen Hilfe andere Ziele erreicht werden können (Habermas zit. nach Schmidt 2000: 253).

Der instrumentelle Partizipationsbegriff vollzieht dadurch die Unterstellung, das beteiligte BürgerInnen durch Partizipation „Einfluss auf politische Entscheidungsfindung“ (Van Deth 2009: 143) ausüben. Selbstverwirklichung der partizipierenden BürgerInnen wird zwar nicht ausgeschlossen, ist jedoch durch kein Hauptaugenmerk geprägt (vgl. ebd.).

Für die „realistische Demokratietheorie“ ist das Minimalausmaß politischer Partizipation bereits durch den Wettbewerb politischer Eliten um Herrschaft, erfüllt (vgl. Meyer 2009: 133). Politische EntscheidungsträgerInnen konkurrieren durch ihre Programme miteinander (vgl. Hollihn 1978: 75). Die Präferenzen der TeilnehmerInnen können demnach im Rahmen einer partizipativen Methode bzw. eines Instrumentes in den Entscheidungsprozess eingebracht werden (vgl. Hollihn 1978:75). Makropolitisch ist das Einsetzen partizipativer Elemente in Form von Wahlen vorgesehen, die durch die verantwortliche Regierung eingebracht werden. Das Ziel ist die Einsetzung einer Regierung, die von StaatsbürgerInnen durch das allgemeine Wahlrecht frei gewählt wurde. Auf der Basis dieser demokratisch gewählten Regierung repräsentiert diese den Volkswillen. Der Wille des Volkes wird durch Konflikt der Parteien untereinander ausgedrückt. Diese Auffassung der Partizipation ist eng mit dem marktliberalen Rationalitätsverständnis des *homo oeconomicus* verknüpft. Das Demokratieverständnis, welches dieser Auffassung zu Grunde liegt, fußt, so schlussfolgert Nohlen, auf Repräsentation und „demokratischer Elitenherrschaft“ (Nohlen, Schultze 1995: 398).

Die politischen Kompetenzen, die die führerzentrierte und ökonomischen Theorie in ihrem instrumentellen Verständnis den BürgerInnen zuweist, unterscheiden sich grundlegend von jenen der partizipativen Demokratie. Gemäß der ersten beiden werden die vorpolitischen Interessen der BürgerInnen entweder stark verankerte Präferenzen oder werden schon durch gesellschaftliche Institutionen, die ausserhalb der politischen Sphäre liegen, festgelegt, beispielsweise durch milieuspezifische Sozialisation oder Klassen-spezifischen Interessen. Demokratie ist nach dieser Sichtweise vor allem „ein Mechanismus, der die vorpolitisch geformten Interessen zu entscheidungsfähigen Alternativen bündelt“ (Schmidt 2000: 257). Dieser Diplomarbeit liegt der normative Partizipationsbegriff zugrunde. Im Folgenden wird dieser näher beschrieben.

2.3.2 Normativer Ansatz

Normative Demokratie-TheoretikerInnen kritisieren, dass der instrumentelle Demokratiebegriff, der durch Beteiligung in Form von Wahlen einer politischen Elite und damit der Repräsentation des Volkes konstituiert ist, zu eng gefasst ist. Dementsprechend attestieren sie, dass nach diesem Demokratieverständnis BürgerInnen lediglich eine „Zuschauerrolle“ einnehmen (vgl. Hollihn 1978: 16). In der normativen Auffassung ist Partizipation im Gegensatz zum zuvor erläuterten instrumentellen Verständnis „nicht nur Mittel zum Zweck, sondern auch Ziel und Wert an sich. Es geht nicht nur um Einflußnahme und Interessensdurchsetzung, sondern um Selbstverwirklichung im Prozeß [sic!] des direkt-demokratischen Zusammenhandelns und um polit.-soziale Teilhabe in möglichst vielen Bereichen der Gesellschaft.“ (Nohlen, Schultze, Schüttemeyer 1998: 470).

In der Interpretation der normativen Partizipationsauffassung ist der Prozess des Zusammenwirkens und die daraus resultierende politisch-soziale Teilhabe in möglichst vielen Bereichen zentral. „Partizipation ist *outcome*-zentriert, am Stellenwert im Entwicklungsprozeß orientiert und intendiert eine andere (sprich bessere) Politik und (gerechtere) Gesellschaft.“ (Nohlen, Schultze 1995: 398). Die Begriffsdiskussion² machte deutlich, dass eine Annäherung an den Partizipationsbegriff eng mit der zugrunde liegenden Demokratisierungskonzeption verwoben ist. Alle demokratiethoretischen Schulen vertreten unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich der Formen wie auch dem Umfang und der Reichweite der politischen Partizipation (vgl. van Deth 2009: 146). Da eine Darstellung der verschiedenen demokratiethoretischen Denkschulen den Umfang dieser Arbeit sprengen würde, werden in Kapitel vier lediglich jene der partizipativen Demokratietheorie, als theoretische Basis von BHHen, erläutert.

² Da eine Diskussion der unterschiedlichen Demokratietheorien das Ausmaß dieser Arbeit übersteigen würde, sei hierfür auf Von Alemann verwiesen, der in seinem Werk „Partizipation - Demokratisierung - Mitbestimmung“ eine umfangreiche Skizzierung der sieben Demokratie-begriffe vornimmt. (siehe Von Alemann 1975: 22ff.).

3 Partizipative Demokratietheorie

Nachdem die Begriffe Partizipation und Demokratie reflektiert wurden folgen in diesem Kapitel die Verbindung der beiden Begriffe und die Betrachtung der damit verbundenen Konzeptionen aus der Perspektive der partizipativen Demokratietheorie.

Partizipation wird von VertreterInnen der partizipativen Demokratietheorie weitgehend als „Modus der Interessenfindung, des Interessenausgleichs, der Kommunikation und der Verständigung“ aufgefasst (Deth 2009: 142, Schmidt 200: 253).

Daraus lassen sich bereits Unterschiede zur Auffassung liberaler DemokratietheoretikerInnen erahnen. Die Kritik der partizipativen DemokratietheoretikerInnen an der repräsentativen Theorie vornehmen, bildet den Ausgangspunkt und zugleich das erste Unterkapitel. In einem nächsten Unterkapitel werden die Entstehungsgeschichte der konzeptuellen Leitideen der USA der Sechziger Jahre angeführt. Anschließend werden die neueren Konzeptionen der partizipativen Demokratietheorie skizziert.

3.1 Kritik an der liberalen Demokratie

Ein wesentliches integratives Momentum, das unterschiedlichen Denkansätzen der partizipativen Demokratietheorie zu Grunde liegt, ist die Äusserung von Kritik an der Theorie der liberalen Demokratietheorie. Die VertreterInnen der partizipativen Demokratietheorie kritisieren allesamt die konsequente Anwendung des Repräsentationsprinzips und die Begrenzung auf politische Wahlen als Mechanismus des Interessenausgleichs (vgl. Zittel 2004: 58).

Nach Abendroth kann nicht mehr von Demokratie gesprochen werden, „wenn das Volk, von dem die Staatsgewalt ausgeht, auf die Befugnis beschränkt wird, ihm gegenüber völlig unabhängige Repräsentanten auszuwählen, denen es, sind sie einmal bestellt, in völliger Passivität die politische Willensbildung überläßt [sic!]“ (Abendroth 1966: 79).

BürgerInnen wird demnach in diesem Mechanismus die Rolle von passiven KonsumentInnen zugewiesen. Mitgestaltungsmöglichkeiten sind stark begrenzt (Vgl. Bachrach, Botwinick 1992: 20).

In diesem Zusammenhang wird auch das Menschenbild der liberalen DemokratietheoretikerInnen von Seiten der partizipativen DemokratietheoretikerInnen heftig kritisiert. Dieses bezeichnet Schumpeter in dem Kapitel „Die menschliche Natur in der Politik“ seines Werkes „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ als pessimistisches Menschenbild, welches BürgerInnen als zu „irrational“ (Schumpeter 2005: 407) um sich an der politischen Diskussion beteiligen zu können, ansieht. BürgerInnen folgen demnach in politischen Angelegenheiten häufig ihren „irrationalen Trieben“ (ebd. 2005: 417). Die Irrationalität ist, laut Schumpeter, durch die „Unfähigkeit“ rational zu handeln gekennzeichnet, in dem einem bestehenden Wunsch gefolgt wird. (vgl. ebd.: 410). Partizipationsmöglichkeiten, die über das Wahlrecht hinausgehen, können folglich ab einem gewissen Ausmaß die Demokratie an sich bedrohen,

schlussfolgert die klassische Lehre der Demokratietheorie (vgl. Schumpeter 2005: 417). Neben dem pessimistischen Menschenbild werden auch die Konzeptionen geringer Einfluss- und Kontrollmöglichkeit der Willensbildung von partizipativen Demokratie-VertreterInnen am Verständnis der liberalen Demokratietheorie kritisiert (vgl. Kielmannsegg 1980: 74).

Die VertreterInnen der partizipativen Demokratietheorie kritisieren die existierende liberale Demokratietheorie vorwiegend aus zweierlei Perspektiven, nämlich einer normativ-geprägten und einer praktisch-geprägten Sichtweise. Aus normativer Sichtweise wird kritisiert, dass die liberale Interpretation des Demokratieprinzips aufgrund geringer Teilhabemöglichkeiten kaum mehr dem Demokratie-Prinzip entspricht. In praktischer Hinsicht sehen die partizipativen DemokratietheoretikerInnen die liberale Demokratie mit Problemen konfrontiert, die durch den institutionellen Rahmen nicht bewältigt werden können (vgl. Fuchs 2004: 35).

Auch Habermas übt fundamentale Kritik an den Annahmen der liberalen Demokratietheorie in dem er behauptet, dass soziale und politische Integration nicht durch das „bargaining“ von partikularen Interessen vollzogen werden kann. Eine „kommunikative Basis“ ist Voraussetzung für die Demokratie-Interpretation Habermas (Habermas zit. nach Fuchs 2004: 35). Entsprechend dieser Ansätze, ist die partizipative Demokratie einerseits normativ wünschenswert und andererseits praktisch notwendig.

3.2 Ideengeschichtlicher Hintergrund

Das Spektrum an Ansätzen, die dem Demokratieansatz der partizipativen Demokratietheorie zugeordnet werden können, ist groß (vgl. Fuchs 2004: 34). Der Begriff partizipative Demokratie wurde von Pateman und Bachrach geprägt und liefert einen Überbegriff für verschiedene Theorien und VertreterInnen dieses Demokratieansatzes (Vgl. König-Felleitner 2009: 46). In der partizipativen Demokratietheorie sind verschiedenen Schulen unter einem theoretischen Grundgebäude vereint. Die Schwerpunktsetzung ist unterschiedlich und Differenzierungslinien können gezogen werden. Zuerst wird jedoch ein historischer Abriss über die Entstehungsbedingungen geliefert.

Die Vorstellung, dass Bürgerpartizipation demokratische Entscheidungsprozesse fördern, besteht bereits seit Jahrtausenden. Bereits Perikles betonte in seiner bekannten Grabrede, die er um 430 vor Christus für die ersten gefallenen Streitkräfte im Peloponnesischen Krieg hielt, wie wichtig politische Beteiligung im demokratischen Sinne sei (Thukydides 1991 zit. nach Deth 2009: 143).

Die Suche nach der Herkunft des Konzeptes der partizipativen Demokratie führt in die USA der frühen 1960er Jahre. Die im Kontext des Rüstungswettlaufs zwischen den USA und Russland entstehende Unzufriedenheit mit politischen Akteuren und deren Entscheidungen, stieg immer mehr an und die Kritik an politischen Entscheidungen wie beispielsweise dem Vietnamkrieg, Wettrüsten, Armut und Rassismus nahm zu. In diesem Aufbruchklima entstand auch die Idee der partizipatorischen Demokratie. Sie trug zur Bildung einer neuen linkspositionierten Strömung bei. US-amerikanischen Studentenbewegungen kam eine Schlüssel-funktion in der Entstehungsphase zu, die die Trägerschaft der aufkommenden Bewegung bildeten. Die Initiative *Students for a Democratic Society (SDS)* setzte sich für die Zielvorstellung ein, Individuen verstärkt an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Dabei sollte die repräsentative Demokratieform nicht abgeschafft, sondern durch direkte Beteiligungsmöglichkeiten ergänzt werden (vgl. Herzberg 2001: 8). 1962 wurde die sogenannte *Port Huron Statement of the Students for a Democratic Society* verabschiedet, welche als Grundsatzerklärung der studentischen Bewegung SDS gilt. Das politische System der USA wurde in diesem Rahmen heftiger Kritik unterzogen und die Forderung nach einer *participatory democracy* gestellt: „*In a participatory democracy, the political life would be based in several root principles: that decision-making of basic social consequence be carried on by public groupings*“ (SDS 1962: o.S.). Das Dokument enthält keine eindeutige Definition von partizipativer Demokratie und lässt damit bewusst Interpretationsspielraum für unterschiedliche Sichtweisen offen. Miller weist darauf hin, dass die Auffassungen stark voneinander divergierten. Einige sahen Vereinbarkeit der partizipativen unterschiedlichen Demokratie mit dem kapitalistischen System gegeben, andere wendeten sich völlig davon ab (vgl. Miller 1987: 143ff.). Die Bewegung teilte sich aufgrund unterschiedlicher Ausrichtungen in verschiedene Untergruppen auf und der SDS löste sich schließlich auf. Da dieser den Motor der US-partizipativen Demokratiebewegung darstellte, verschwand die Idee der part. D. damit ebenso (vgl. Herzberg 2001: 9).

Während, laut Herzberg, die „partizipatorische Revolution“ (Herzberg 2001: 10) als organisierte Bewegung vorerst scheiterte, wurde die Grundidee einer partizipativen Demokratie von unterschiedlichen Wissenschaftlern aufgegriffen und weitergetragen. Hierzu zählen beispielsweise „*Participatory Democracy*“ von Carol Pateman (vgl. Pateman 1970) oder das von Ulrich Alemann publizierte „Partizipation – Demokratisierung – Mitbestimmung“ (vgl. Alemann 1975). Auch „Student und Politik“ von Jürgen Habermas (1969) (vgl. Herzberg 2001: 10) zählt dazu. Die Autoren vertraten eine sehr umfassende Konzeption der partizipativen Mitgestaltung, die neben der politischen, auch die gesellschaftliche Dimension

umfasste. Um es mit Schmidts Worten auszudrücken, forderten die damaligen VertreterInnen „die Demokratisierung des Himmels“ (Schmidt 1997 zit nach Herzberg 2001: 10).

In den 1980/90er Jahren kam es zu einem verstärkten Wiederaufleben der Ansätze partizipativer Demokratietheorie. Auf der selben Grundidee basierend, bezeichnete Benjamin Barber beispielsweise repräsentative Demokratie als „politics as zookeeping“ und forderte eine stärker partizipatorisch-orientierte Demokratieform (Barber 1984). Im Vergleich zu der ersten partizipativen Welle der 1960/70er, änderten sich die AnhängerInnen und damit auch die Ausdrucksformen der Trägerschaft. Während die erste Welle aus Protesten rebellierender BürgerInnen bestand, stammten jener der zweiten Welle vorwiegend „aus der Mitte des etablierten Systems,“ so Frischmuth und Kodolitsch (vgl. Frischmuth, Kodolitsch 1999: 2).

Im Gegensatz zu früheren Konzeptionen minimierte sich die Forderung umfassender Partizipationsmöglichkeiten für BürgerInnen. Die meisten TheoretikerInnen vertraten die Forderung nach Partizipationsmöglichkeiten, die im Rahmen des repräsentativen Systems eingeführt werden, ohne auf dessen vollständige Abschaffung zu plädieren (vgl. Herzberg 2001: 13).

Die gegenwärtige Debatte ist durch ein „Mosaik konzeptioneller Überlegungen und empirische[n] Demokratiemodelle[n]“ (Zittel 2004: 57) geprägt. Dieses ist durch unterschiedliche Konkretisierungs- und Abstraktionsgrade gekennzeichnet und beruht auf verschiedenen wissenschaftlichen Methoden (vgl. ebd).

Bei den Vertretern der partizipatorischen Theorie können radikale und gemäßigte Ansätze einander gegenübergestellt werden. Die Auffassung von Vilmar und Bachrach von partizipativer Demokratietheorie kommt einem Klassenkampf nahe. Alemann und Hollihn hingegen betonen verstärkt die Planungseffizienz (vgl. Schmidt 2000: 255). Weiters wird bei der Gegenüberstellung von realistischer und partizipatorischer Demokratietheorie häufig die als radikal geltende Demokratietheorie („Einheitsdemokratie“) von Jean Jacques Rousseau gegenüber der ökonomischen Theorie von Schumpeter positioniert (vgl. Schmidt 2000: 255). Trotz der Varietät unterschiedlicher Sichtweisen, können Grundannahmen, von denen alle TheoretikerInnen dieses Ansatzes ausgehen, getroffen werden. Im Folgenden wird auf die grundlegenden Annahmen, über die sich die meisten TheoretikerInnen der partizipativen Demokratietheorie einig sind, eingegangen werden, bevor im Anschluss die gemeinsamen Zielsetzungen erläutert werden.

3.3 Elementare Grundannahmen

Im Anschluss werden die gemeinen theoretischen Grundannahmen dargestellt.

Die moderne Demokratietheorie unterscheidet zwischen zwei zentralen Faktoren: Dem Input in Form von Willensbildung und Beteiligung, wie auch dem Output als Mechanismus dem

Steuerung und Koordination von demokratischen Entscheidungen obliegt. Die partizipative Demokratietheorie fokussiert sich ausschließlich auf den Input des politischen Systems. (vgl. Alemann, Strünck 1999: 7). In diesem Sinne ist die Grundannahme vieler partizipativer demokratietheoretischer Ansätze aufzufassen: Die endogene Präferenzstruktur.

3.3.1 Endogene Präferenzstruktur

Eine wesentliche Grundannahme der partizipativen Demokratie bildet die endogene Präferenzstruktur der BürgerInnen. Demzufolge entsteht der politische Wille jedes Bürgers und jeder Bürgerin erst im Zuge eines öffentlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses. Die individuellen Präferenzen werden folglich im Prozess des öffentlichen Austausches gebildet und verändert. Die endogenen Komponenten des politischen Prozesses sind demnach als „Konstrukte, die durch den Vorgang der öffentlichen Aussprache und Willsbildung und der dabei erfolgenden Aufklärungsprozesses hervorgebracht, geformt und verändert werden“ (Schmidt 2004: 254) charakterisiert.

Mit dieser Annahme der endogenen Präferenzen, greift die partizipative Demokratietheorie die These von Schumpeter auf. Ihr zufolge entsteht der politische Wille Einzelner wie auch der Gesamtheit der BürgerInnen erst im Prozess der Willensbildung und Entscheidung. Daher, so führt Schmidt aus, ist es wichtig die Prägung der Präferenzen in der öffentlichen Aussprache und Willensbildung „klug“ zu organisieren. Klug bedeutet in diesem Fall, dass ein Höchstmaß an Partizipation und Kommunikation durch eingerichtete politische Verfahren erreicht werde (Vgl. Schmidt 2000: 254).

Im Rahmen von unterschiedlichen partizipativen Verfahren können die individuellen Präferenzen dahingehend verändert werden, so dass sie einerseits miteinander harmonisieren und andererseits am Gemeinwohl orientiert sind (vgl. Schöne 2011: 64).

Dadurch kommt die erzieherische Funktion der Partizipation zum Ausdruck. Durch die Teilnahme an partizipativen Verfahren sollen sich BürgerInnen ihrer Bürgerpflichten bewusst werden und zu „mündigen“ BürgerInnen werden. (Vgl. Pateman 1970: 24).

3.3.2 Menschenbild des Homo Politicus

Mit der Annahme, dass BürgerInnen durch den Beteiligungsprozess zu mündigen BürgerInnen werden, geht auch die Vorstellung eines homo politicus einher. Das Menschenbild der partizipativen DemokratietheoretikerInnen kann von diesem ausgehend als durchaus positiv gedeutet werden, so Zittel. (vgl. Zittel 2004: 57ff). Barber skizziert das Menschenbild eines homo politicus wie folgt:

„[He] inhabits both the ancient and modern worlds of democracy: dependent, yet under democracy self-determining; insufficient and ignorant, yet under democracy teachable; selfish, yet under democracy cooperative; stubborn and solipsistic, yet under democracy creative and capable of genuine self-transformation“ (Barber 1984: 119).

In einer partizipativen Demokratie, so die Annahme vieler TheoretikerInnen dieser Strömung, kommt es zu einer persönlichen Transformation durch den Beteiligungsprozess: „*They would become more public-spirited, more tolerant, more knowledgeable, more attentive to the interests of others, and more probing of their own interests*“ (Warren 1992: 8).

3.3.3 Gleichheit aller BürgerInnen

Eine weitere wesentliche Grundannahme der partizipativen Demokratietheorie stellt die politische und soziale Gleichheit aller BürgerInnen dar. Die Auffassung, dass alle BürgerInnen unter Gleichheit zu behandeln sind und ihnen daher politisches Teilhaberecht zusteht, wird einheitlich vertreten (vgl. Schmidt 2000: 253).

Das System schafft somit die Bedingungen, die für die gleiche Beteiligung Voraussetzung sind. Eine geringe politische Beteiligungsbereitschaft von Seiten der BürgerInnen wird in direktem Zusammenhang mit existierenden „institutionellen Schranken“ gedeutet, die in der liberalen Demokratie gesetzt sind (vgl. Zittel: 2004: 58).

Das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit ist, laut Sintomer, Herzberg und Röcke in keiner anderen demokratietheoretischen Schule so zentral, wie in der partizipativen Demokratietheorie (vgl. Sintomer, Herzberg, Röcke, Anja 2010: 248).

3.4 Gemeinsame Zielvorstellungen

3.4.1 Maximierung der politischen Partizipation

Als gemeinsamer Ausgangspunkt im Sinne eines kleinsten gemeinsamen Nenners der partizipativen Demokratie-TheoretikerInnen kann die Forderung nach „Verfahren und Institutionen, die ein höheres Maß an politischer Beteiligung ermöglichen“ identifiziert werden (Zittel 2004: 57). Mit anderen Worten soll die „möglichst maximale und authentische Berücksichtigung von Interessen und Willensäußerungen“ erreicht werden (vgl. Alemann, Strünck 1999: 7).

Schmidt sieht in der Forderung der Maximierung der Partizipationsmöglichkeiten und in ihrer Konzeption der Form der Partizipation auch ein wesentliches Charakteristikum, durch das sich die partizipatorische Demokratietheorie von anderen Demokratietheorien abgrenzt. Die Partizipation wird als „politische Beteiligung möglichst vieler über möglichst vieles, und zwar im Sinne von Teilnehmen, Teilhaben und seinen–Teil–geben einerseits und innerer Anteilnahme am Geschehen und Schicksal des Gemeinwesens andererseits“ (Schmidt 2000: 251) aufgefasst.

Durch das angestrebte Höchstmaß an Partizipation im sozialen Raum können individuelle Transformationsprozesse Konflikte lösen, die mit einer kollektiven Selbstbestimmung und Machtkontrolle, einhergehen. Die partizipative Demokratie erzielt diesbezüglich einen gewissen „Spillover Effekt“ von sozialer zur politischen Partizipation (vgl. Zittel 2004: 16).

Der Beteiligung an sich wird von partizipativ-demokratischen TheoretikerInnen ein hoher Wert zugesprochen und bildet ein normatives Ziel, durch das BürgerInnen Klarheit über ihre/seine persönlichen Interessen erlangen und sich in Entscheidungssituationen verstärkt am Gemeinwohl orientieren (vgl. Dachs 2008: 28).

3.4.2 Steigerung des Problembewusstseins

Aus diesem weitgefassten Partizipationsverständnis leitet sich eine weitere Zielvorstellung der partizipativ-demokratischen TheoretikerInnen ab. Durch die Möglichkeit der Partizipation soll der weitverbreitenden „politischen Entfremdung“ von BürgerInnen entgegengewirkt und das Interesse für politische Angelegenheiten gesteigert werden (vgl. Pennock 1979: 442). Laut Von Alemann bildet die Steigerung des Problembewusstseins der BürgerInnen das zentrale Ziel. Im Bereich der Stadtplanung kann dies gut beobachtet werden. Daher fungiert diese bei vielen TheoretikerInnen als Paradebeispiel hierfür (vgl. Alemann 1978: 61).

Bachrach kritisiert die Annahme der liberalen Demokratietheoretiker, dass durch die Einrichtung von Wahlen, alle BürgerInnen ihre Interessen im gleichen Maße artikulieren können. Laut Bachrach ist die repräsentative Demokratie durch eine Gegenüberstellung von elitären Gruppen und sozialen Randgruppen geprägt. Durch die mögliche Teilnahme an politischen Prozessen können jene Randgruppen, die tendenziell vom politischen Leben ausgeschlossen sind, ihre Interessen besser artikulieren. Daher könnte die Erweiterung der partizipativen Reichweite für tendenziell gesellschaftlich-ausgegrenzte soziale Schichten das Potenzial freisetzen, dass diese ihre Interessen ausloten, definieren und einbringen können (Bachrach, Botwinick, 1992: 11).

Die empirische Partizipationsforschung attestiert im Zuge des Bedeutungszuwachses von post-materialistischen Wertorientierungen eine verstärkte Zuwendung zu Partizipationsmöglichkeiten. Speziell jüngere, gebildete soziale Gruppen äussern den Wunsch nach umfassenderen Beteiligungsformen. Die Nachfrage nach Beteiligungsangeboten abseits von den gängigen im repräsentativen System angebotenen Formen, wird von den TheoretikerInnen attestiert (vgl. Alemann, Strünck 1999: 8).

3.4.3 Förderung konsensualer Aushandlung

Mit der erläuterten Annahme, durch gemeinsamen Austausch mögen individuelle Bedürfnisse erst bewusst werden, wird der Stellenwert deutlich, der dem gemeinsamen Diskussions- und Aushandlungsprozess von TheoretikerInnen dieses Ansatzes zugewiesen wird.

Die Grundidee besteht in einer gemeinsamen Reflexion, die durch den Austausch von Informationen und dem Einbringen von kritischen Sichtweisen zu kollektiven Entscheidungen führt. Der deliberative Prozess erfährt in diesem Zusammenhang einen besonderen Stellenwert. Daher wird die partizipative Demokratietheorie häufig als deliberative Theorie betrach-

tet (vgl. Pennock 1979: 442). Die konsensuale Aushandlung im Zuge eines Diskussionsprozesses kann als Grundpfeiler dieser demokratietheoretischen Strömung gedeutet werden. „Macht als Werkzeug der politischen Interaktion soll durch Dialog ersetzt werden“ (vgl. Warren 1992: 8). Bei dialogischen Aushandlungsprozessen sind stets Machtaspekte involviert. Jürgen Habermas erörtert die geeignete Kommunikationssituation abseits der Machtstrukturen, für deliberative Prozesse und leistet damit einen wichtigen Beitrag in der Debatte. Da eine detaillierte Erläuterung dieser Konzeption den Rahmen der Arbeit übersteigen würde und nur eine periphere Relevanz für das Forschungsthema hat, sei hier auf Habermas Werk „Theorie des kommunikativen Handelns“³ verwiesen.

Schmidt beschreibt den Stellenwert der konsensualen Aushandlung im Rahmen der partizipativen Demokratietheorie wie folgt:

Regieren durch Mitwirkung und Regieren durch Diskussion lauten die Stichworte, und nicht: Konfliktregelung durch Befehl, Kampf oder legitime Herrschaft (wie bei Max Weber), durch Markt und Mehrheit (wie in der Ökonomischen Theorie) oder durch Aushandeln, wie in den Spielarten der Verhandlungsdemokratie.“ (Schmidt 2000: 252).

Hier wird eine weitere Differenzierungslinie, durch die sich die partizipative Demokratietheorie von anderen abgrenzt, geortet. Nämlich die Fokussierung auf intensivierte Mitwirkung, in Form von Dialogen unter BürgerInnen und diskursiver Konfliktregelung. „Regieren durch Mitwirkung und Regieren durch Diskussion“ (Schmidt 2000: 252) lautet demnach ein relevantes Prinzip. Diese Mitwirkung in Form von „Aussprache, Willensbildung und Entscheidung“ (Schmidt 2000: 253).

Durch das gemeinsame Reflektieren und Diskutieren der Bedürfnisse und Wünsche können die einzelnen BürgerInnen einerseits erhöhte Selbstbestimmung erfahren. Andererseits, kann auf diesem Weg die Orientierung am Gemeinwohl besser vollzogen werden (vgl. Alemann, Strünck 1999: 7).

In einer weiterentwickelten Variante partizipativer Ansätze kann die „deliberative Demokratie“ als institutionell anspruchsvollere Variante der partizipativen Demokratietheorie gedeutet werden. Die Einrichtung von institutionellen und organisatorischen Bedingungen zu umfassender Partizipation ist das zentrale Charakteristikum. In dieser Form wird beispielsweise die Institutionalisierung von Beteiligungsrechten oder der Verfassungsstaat gefordert (vgl. Alemann, Strünck 1999: 7).

Habermas stellt vor allem die Qualität und die Regeln des öffentlichen Diskurses in den Mittelpunkt. Demnach soll dieser möglichst frei von Herrschaft und zwangsfrei vollzogen werden

³ Habermas, Jürgen(1981): Theorie des kommunikativen Handelns, Bd.1, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

(vgl. Dachs 2008: 28). Auf diese radikale Variante der partizipativen Demokratietheorie wird im Rahmen der Arbeit nicht ausführlicher eingegangen.

3.4.4 Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens

Eine zentrale Zielvorstellung der partizipativen Demokratie ist mitunter die Hinführung zu einem Gesellschaftszustand, der demokratischen Idealen entspricht. Gesellschaftliche Entscheidungen sollen im Zuge dessen durch wirksame und gleiche Partizipation aller Gesellschaftsmitglieder getroffen werden (vgl. Fuchs, Dieter 2004: 19). Das zentrale Bestreben ist demnach neben der Maximierung von Möglichkeiten der Partizipation, die Demokratisierung von Bereichen, die der Verfassung noch nicht unterliegen, nämlich der Gesellschaft und der Wirtschaft (vgl. Schmidt 2000: 252).

Es wird deutlich, dass Demokratie in dieser Konzeption keine politische Methode darstellt, wie bei Schumpeter (vgl. Schumpeter 2005), sondern regelrecht eine Lebensform. Von dieser umfassenden Vorstellung ausgehend wird die Demokratisierung auch für unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche gefordert, wie beispielsweise der Arbeitswelt oder der Privatosphäre (vgl. Schmidt 200: 252).

Abschließend kann festgehalten werden, so fasst Schmidt zusammen, dass die partizipatorische Demokratietheorie der politischen Beteiligung an sich, einen hohen Wert zuspricht. Weiters gelten erzieherische Funktion und öffentliche Willensbildung, die durch die endogene Präferenzstruktur geformt wird, als zentrale Standpfeiler der Theorie (vgl. ebd.). Die Entstehung von Verfahren und Institutionen, die eine praktische Umsetzung ermöglichen, ist eine grundlegende Voraussetzung, die gefordert wird (vgl. Zittel 2004: 58).

3.5 Kritische Positionen

Die partizipative Demokratie wird in der wissenschaftlichen Literatur sehr kontroversiell betrachtet und bildet eine Angriffsfläche für die Äußerung von Kritikpunkten. Einige wesentliche werden in diesem Kapitel exemplarisch und ohne Anspruch auf Vollständigkeit erläutert.

Die partizipative Demokratietheorie wird, laut Zittel, mit zwei grundlegenden Kritikpunkten konfrontiert. Zum einen wurde den TheoretikerInnen der partizipativen Demokratietheorie vorgeworfen, dass die Ableitung von konkreten Modellen, die alternativ zur liberalen Demokratie fungieren, nicht bzw. nur begrenzt möglich ist (vgl. Zittel 2004: 57). Zum Anderen wird der Kritikpunkt geäußert, dass die Theorie der partizipativen Demokratie vorwiegend auf Verfahren der direkten Demokratie beschränkt ist. Dies bezieht sich auf die Ausgestaltung des institutionellen Designs (vgl. Bachrach; Botwinick 1992).

Weiters werden auch Eindimensionalität und mangelnde Komplexität dem partizipativen Demokratieansatz vorgeworfen. Da vorwiegend die Steigerung politischer Beteiligung forciert wird, treten, so König-Felleitner, Aspekte wie Qualität, Effizienz und Folgeprobleme politischer Entscheidungen in den Hintergrund (vgl. König-Felleitner, 2009: 52). Von Alemann äußert sich dazu wie folgt: „Auch partizipatorische Demokratie, die ein Maximum an gesellschaftlicher Mitbestimmung in allen Teilbereichen realisiert, ist nur denkbar als „effiziente“ Demokratie, die Entscheidungskompetenz und Durchführungskontrolle zu fixieren fähig ist. Allzuständigkeit und permanente Offenheit der Entscheidung zugunsten der „Basis“ sind zu wenig als Kriterien einer demokratischen Organisationsform“ (Alemann 1975: 15).

Weiters wird mit der Konzeption eines Stabilitätsarguments grundlegende Kritik an den Annahmen der partizipativen Demokratie geäußert. Demnach sind die Apathie und die Indifferenz der WählerInnen Bedingungen, die eine funktionsfähige repräsentative Demokratie schaffen (vgl. Kappler, 2006, S. 54).

Das „Tocquevilles Problem“ bildet einen weiteren Einwand, mit dem SkeptikerInnen der partizipativen Demokratietheorie entgegentreten. Hiermit ist die Instrumentalisierungsgefahr durch gewisse Akteure gemeint. Personen die bereits politisch aktiv sind oder jene, die ein höheres finanzielles oder zeitliches Budget aufweisen, haben tendenziell höhere Partizipationschancen und können ihre Interessen daher besser vertreten als Andere (vgl. Schmidt 2000: 262). Die Kosten-Nutzen-Kalkulation von sozialen Gruppen fällt unterschiedlich aus, denn nicht alle können den gleichen Nutzen aus gleichen Beteiligungsmöglichkeiten ziehen. Manche mögen durch Partizipation mehr profitieren als Andere. Diese ungleiche Beteiligung der Vorteile wird heftig kritisiert (vgl. Satori 2004: 8f.). In diesem Zusammenhang muss auch die Unterstellung der Annahme eines zu optimistischen Menschenbildes erwähnt werden. Der Mensch, so die KritikerInnen, ist primär an individueller Nutzenmaximierung interessiert und nur unter speziellen Bedingungen zu Kooperation im Sinne des Gemeinwohles orientiert (vgl. König-Felleitner 2009: 53).

Es wird also deutlich, dass in der wissenschaftlichen Literatur viele Probleme skizziert werden, die die Konzeptionen der partizipativen Demokratie betreffen. Die Literatur weist viele pessimistische Einschätzungen hinsichtlich der Umsetzung von Modellen der partizipativen Demokratie auf. Um sich der Frage nach der Praktikabilität anzunähern, wird im folgenden Kapitel ein spezifisches Beteiligungsmodell vorgestellt, das auch auf den Grundlagen der partizipativen Demokratietheorie aufbaut. Während das Bürgerhaushaltsmodell im anschließenden Kapitel allgemein vorgestellt wird, folgt im empirischen Teil die Erörterung der praktischen Umsetzung.

4 Bürgerhaushalt – ein Konzept „wandert“ um die Welt

Das Bürgerhaushaltsverfahren kann als dynamischer Prozess gedeutet werden, das sich seit knapp über 20 Jahren in Veränderung befindet (vgl. Sintomer, Herzberg, Röcke 2008: 29). Seit der konzeptionellen Geburt im Jahre 1989 in der brasilianischen Stadt Porto Alegre wird die Kernidee des BHHs von unterschiedlichen Städten weltweit aufgegriffen und entsprechend der lokalen Bedingungen adaptiert angewendet. Trotz unterschiedlicher Ausprägungsvarianten des BHHes, können einige Charakteristika definiert werden, die allen Bürgerhaushaltsverfahren ident sind. Dieses Kapitel generiert demnach ein Feld, in dem sowohl allgemeine Merkmale als auch Spezifika eines bestimmten Bürgerhaushaltsverfahrens, nämlich jedem von Porto Alegre, erläutert werden. Die Schaffung eines grundlegenden Verständnisses über die Funktionsweise von Bürgerhaushalten ist eine wichtige Stufe, bevor im empirischen Teil auf die speziellen Verfahren von Rosario und La Plata eingegangen wird.

Das **erste Unterkapitel** widmet sich daher einer systematischen definitorischen Annäherung an das Bürgerhaushaltsmodell. Betrachtung verschiedener Definitionen, die Thematisierung der Vergleichbarkeitsschwierigkeiten und ein darauf aufbauender Versuch Gemeinsamkeiten zu skizzieren, sind Teil davon. Der BHH wird auf Spanisch *Presupuesto Participativo*, auf Englisch *Participatory Budgeting*, auf Portugiesisch *Orçamento Participativo*, auf Tschechisch *Participacní Rozpoc* und auf Creol *Orçament Participativ* bezeichnet. Aus dieser Sprachenvielfalt lässt sich bereits erkennen, dass sich partizipative Haushaltsverfahren mittlerweile über das Ursprungsland Brasilien hinaus verbreitet haben. Diese zeitliche und räumliche Verbreitung von BHHen wird im **zweiten Unterkapitel** dargestellt. Das **dritte Unterkapitel** widmet sich der Funktionsweise von BHHen. Hierfür wird die von Sintomer, Herzberg und Röcke vollzogene Einteilung unterschiedlicher Bürgerhaushaltstypen vorgestellt. In der Abgrenzung zu anderen Konzepten wird die Form BHHs vollzogen, welche in Rosario und La Plata zum Einsatz kommt. Darauf aufbauend wird eine weit verbreitete Form des schematischen Funktionsablaufes skizziert. Im **vierten und letzten Unterkapitel** wird der sogenannte Pionier unter den BHHen vorgestellt. Nachdem der BHH von Porto Alegre im internationalen Vergleich durch eine sehr umfassende Partizipationsmöglichkeiten gekennzeichnet ist und für viele BHHs als Vorbild fungiert, rundet dieser den theoretischen Teil ab. Auf dieser Grundlage können die Erfahrungen, die im dritten Teil der Arbeit, dem empirischen Teil, folgen, eingeordnet werden.

4.1 Arbeitsdefinition

4.1.1 Abgrenzung: Bürgerhaushalte und klassische Partizipationsformen

Zum Zweck der definitorischen Annäherung wird zunächst der fundamentale Unterschied zwischen BHHen und anderen Bürgerbeteiligungsverfahren anhand einer Anekdote verdeutlicht, die Herzberg, Sintomer und Allegretti verfassten. Diese wird in der von der „Abteilung Servicestelle Kommunen in der Einen Welt der InWEnt GmbH“ beauftragten Forschungsstudie mit dem Titel „Vom Süden lernen: BHH weltweit – eine Einladung zur globalen Kooperation“ publiziert und lautet wie folgt:

„Es wird erzählt, dass Bewohner/-innen der französischen Stadt Poitiers an ihre Verwaltung den Wunsch herangetragen hatten, zur Beruhigung des Verkehrs in einem bestimmten Viertel eine Einbahnstraße zu schaffen. Die Verwaltung prüfte diese Möglichkeit in der betroffenen Straße, der Rue Jourdain, und gab schließlich ihr Einverständnis. Als Folge dieser Maßnahme verlagerte sich allerdings der Verkehr auf das Nachbarviertel, wo nach kurzer Zeit die Bewohner/-innen ebenfalls eine Beruhigung des Verkehrs forderten. Ihr Vorschlag bestand darin, auch am anderen Ende der Rue Jourdain ein Einbahnstraßenschild aufzustellen. Die Verwaltung gab auch diesem Anliegen statt, was dazu führte, dass die Rue Jourdain nun von beiden Seiten gesperrt ist. Was sich auf den ersten Blick wie ein Schildbürgerstreich liest, wurde von den politischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern vor Ort als ein Beweis herangezogen, dass Bürgerbeteiligung auch ihre Grenzen habe und dass zur Abwägung der Interessen der Gemeinderat unerlässlich sei. Vom Gemeinderat wurde allerdings nicht gesehen, dass die Bürger/-innen gar keine Chance hatten, sich mit ihren Nachbarn über die Verkehrsberuhigung zu verständigen. Sie hatten ihre Forderungen in den jeweiligen Quartiersbeiräten erhoben, zu denen immer nur die Bewohner/-innen des betroffenen Viertels eingeladen werden. Es geht hier, wie bei vielen Formen der klassischen Bürgerbeteiligung, vor allem um eine **Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern eines bestimmten Gebiets und der Verwaltung**. Ein Bürgerhaushalt hingegen birgt, [...], die **Möglichkeit, dass Bürger/-innen verschiedener Quartiere zusammenkommen** – und sei es über Delegiertengremien“ (Herzberg; Sintomer; Allegretti 2010: S. 8f., Hervorhebung durch die Verf.).

Das Fallbeispiel der französischen Stadt Poitier macht deutlich, dass klassische Beteiligungsformen häufig durch vertikale Kommunikationswege zwischen politischen MandatsträgerInnen und VerwaltungsmitarbeiterInnen auf der einen Seite und einzelnen BürgerInnen auf der Seite geprägt ist.

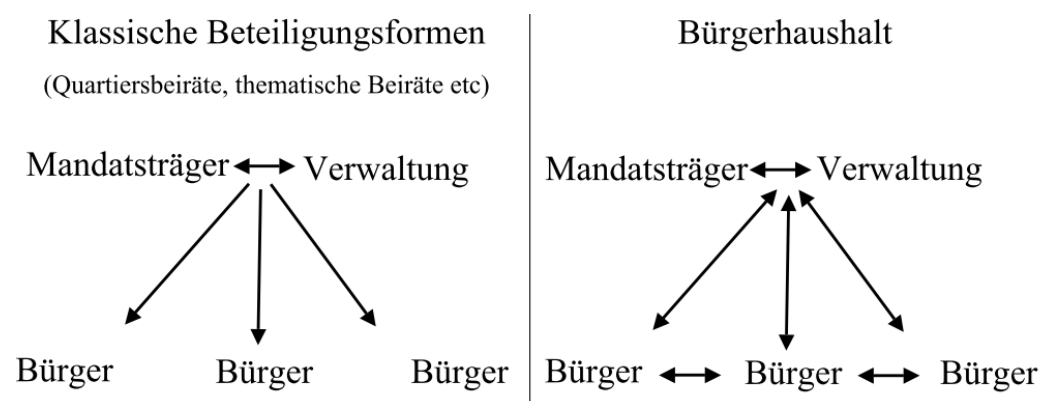


Abbildung 1: Unterschied zwischen Klassischen Beteiligungsformen und Bürgerhaushalten
Quelle: Herzberg, Sintomer, Allegretti 2010: 8.

Ein Blick auf die Abbildung eins veranschaulicht, dass die vertikalen Kommunikationskanäle bei BHHen um horizontale Verständigungsformen unter BürgerInnen erweitert werden (vgl. Herzberg; Sintomer; Allegretti 2010: 9). Da dieses Charakteristikum auf andere Bürgerbeteiligungsmethoden wie beispielsweise Planungszellen oder Bürgerkongresse zutrifft, reicht dieses Kriterium für eine definitorische Abgrenzung des BHHes nicht aus. Es dient lediglich zur Verdeutlichung eines grundlegenden Charakteristikums, das den BHH wie auch andere partizipative Beteiligungsmethoden, prägt. Im Anschluss wird aufbauend auf diesem Verständnis schrittweise eine geeignete Arbeitsdefinition für den BHH hergeleitet.

4.1.2 Ableitung einer Arbeitsdefinition

Allgemein formuliert, stellt der BHH, der synonym auch als Beteiligungshaushalt oder partizipativer Haushalt bezeichnet wird, ein Verfahren dar, das BürgerInnen die Möglichkeit gibt, sich an der Verteilung des öffentlichen Haushaltsbudgets zu beteiligen (vgl. Sintomer, Herzberg, Röcke 2010: S.42). Diese Definition ermöglicht einen konkreteren Einstieg, greift allerdings zu kurz um als Arbeitsdefinition zu fungieren, da zentrale Aspekte außer Acht gelassen werden.

Um die Definition des BHHes ideengeschichtlich einzubetten erscheint es interessant, die Interpretationen über die Wirkung von BHHen, zweier so genannter „Gründerväter“, die an der Implementierung des brasilianischen Ursprungsmodells maßgeblich beteiligt waren, zu beleuchten. Tarso Genro, der in der zweiten Legislaturperiode nachdem der BHH implementiert wurde, zum Bürgermeister Porto Alegres gewählt wurde, liefert eine umfassende Interpretation des BHHes:

„In Wahrheit wurde [durch den Bürgerhaushalt] ein neues ‘Entscheidungszentrum‘ geschaffen, das zusammen mit der exekutiven und legislativen Gewalt die politische Aktion auf eine wirksame Weise demokratisiert hat und den gemeinen Bürger in einen neuen ‘öffentlichen‘ Raum integriert hat“ (Genro 1997: 12, Übersetzung durch Carsten Herzberg).

Es wird deutlich, dass Tarso Genro eine sehr umfassende Wirkungsinterpretation von Bürgerhaushalten vertritt. Für ihn ist der Bürgerhaushalt ein Verfahren, das einen einen fundamentalen Wandel auslöst, da es zur Schaffung einer neuen öffentlichen Sphäre kommt.

Ubiratan de Souza, der nach der Einführung des BHHes in Porto Alegre Leiter des Stadtplanungsamtes war und damit ebenso an der Geburtsstätte für die Umsetzung des BHHes Verantwortung trug, definiert BHHes wie folgt:

„The PB [Participatory Budgeting] is a process of direct, voluntary and universal democracy, where the people can debate and decide on public budgets and policy. The citizen’s participation is not limited to the act of voting [...]; it goes much further, towards deciding on and controlling key aspects of public administration. The citizen ceases to be a simple adjunct of traditional politics, on occasional participant in occasional elections, and becomes a permanent protagonist of the public

sphere. The PB combines direct democracy with representative democracy, an achievement that should be preserved and valued“ (Souza 2001: 57f.).

De Souza beschreibt damit die Ergänzung der repräsentativen Demokratie um Elemente der direkten Demokratie. BHHen stellen damit eine Form der partizipativen Demokratie dar (vgl. UNDP 2004: 20). Diesbezüglich sei erklärend darauf hingewiesen, dass die letztendliche Entscheidung über die Aufstellung des Haushaltsbudgets von BHHen meist bei den RepräsentantInnen einer Kommune liegt. Durch die direkte Beteiligung von BürgerInnen an der Budgetaufstellung kann jedoch davor „das direkte Wissen der Bürgerinnen und Bürger, der bürgerlichen Initiativen und Unternehmen vor Ort als Quelle genutzt [werden]“ (Märker, Vorwerk, Wehner 2008: 107). Dadurch verweisen Märker et al. mit dem Informationsgewinn für polit-administrative Akteure auch auf eine weitere Wirkungskomponente von BHHen. ExpertInnen aus Verwaltung und Politik werden durch den Austausch um das lokale Expertenwissen der betroffenen BürgerInnen bereichert. „Die primäre Zielsetzung ist hierbei, der Politik die Möglichkeit zu geben, mit der Bürgerschaft rückzukoppeln, ob die ‚Alokation‘ der Mittel Bestätigung findet oder andere Schwerpunkte gewählt werden sollten“ (Klages 2007: 66).

Den bisher angeführten Definitionen ist eine starke wirkungsorientierte Prägung gemein. Diese wird, so wurde deutlich, unterschiedlich ausgelegt. Während Tarso Genro von der Schaffung einer neuen öffentlichen Sphäre ausgeht, deuten Märker, Vorwerk, Wehner wie auch Klages den BHH als ein Verfahren, das primär für politische Akteure förderlich wirkt. BHHen können folglich unterschiedliche Wirkungen hervorrufen und zu unterschiedlichen Zwecken eingeführt werden. Manchmal steht die Stärkung der Bürgergesellschaft oder demokratischer Strukturen im Vordergrund. Manchmal werden BHHen implementiert um Korruptionsbekämpfung zu leisten oder die Effizienz zu steigern (vgl. Herzberg, Sintomer, Allegretti 2010: 7).

Die Definitionen von BHHen sind kontroversiell und werden entsprechend politischer Interessen unterschiedlich interpretiert und strategisch eingesetzt. Für Manche liefert das „*Branding*“ als BHH einen symbolischen Mehrwert des Beteiligungsprozesses. Andere hingegen fürchten sich vor einer Aushöhlung der politischen Ideen sobald die „Marke“ BHH auf das angewendete Beteiligungsinstrument übertragen wird (vgl. Sintomer, Herzberg, Röcke 2010: 40).

Aus der bisherigen definitorischen Annäherung wird deutlich, dass die Suche nach einer geeigneten Definition über das Ausloten zwischen Heterogenität und Gleichheit von BHH geschieht. Auch wurde verständlich, dass das Aufgreifen nominalistischer Definitionen, die Begriffsdefinitionen und Konzepte lokaler Akteure für eine möglichst breite Definition, in der sich BHHen unterschiedlicher Konzeptionen einordnen lassen, nicht zielführend ist. Ebenso

wenig erscheint eine „normative Definition“, die den Idealtypus des Verfahrens in den Mittelpunkt stellt, zweckdienlich (vgl. Sintomer, Herzberg, Röcke 2010: 40).

Da diese Diplomarbeit einen Beitrag zur vergleichenden Partizipationsforschung leisten soll, braucht es eine Definition, die das strukturelle Design als definitorischen Ausgangspunkt betrachtet, und gleichzeitig eine gewisse Varietät in der Ausprägung dessen einräumt – auf einem Niveau, das Vergleichbarkeit ermöglicht. Um eine Arbeitsdefinition zu schaffen möchte ich mich Sintomer, Herzberg und Röcke vom Centre Marc Bloch anschließen, die eine „ontologische Definition“, die für BHHs weltweit anzuwenden ist, ablehnen und eine „methodologische Definition“, die ein Set an Minimalanforderungen, die das Design von BHHs prägen, anbieten (vgl. Sintomer, Herzberg, Röcke 2008: 5). Die praxisorientierte Begriffsbestimmung des BHHs ermöglicht die Unterordnung einer weiten Verfahrensbreite mit heterogenen Ausprägungscharakteristika. Ihnen zu Folge müssen folgenden fünf Kriterien bei einem BHH erfüllt sein:

- „1. Die Diskussion muss explizit finanzielle Angelegenheiten betreffen: Zwar beinhaltet jedes Partizipationsverfahren per se auch eine finanzielle Dimension, da die Organisation und eventuell die Ergebnisse des Prozesses bezahlt werden müssen. Die Besonderheit des Bürgerhaushalts besteht jedoch darin, das Geld ins Zentrum des Verfahrens zu stellen und hervorzuheben, dass es um die Vergabe begrenzter Ressourcen geht.
2. Die Beteiligung findet auf der Ebene der Gesamtstadt oder eines Bezirks mit einem eigenen politischen Vertretungsorgan [...], dem eine eigene Verwaltung zugeordnet ist, statt. Wenn ein Verfahren nur im Rahmen eines Stadtviertels organisiert wird, ist dies kein Bürgerhaushalt. Dieses Kriterium ist notwendig, um den Bürgerhaushalt von Quartiersbeiräten oder Quartiersfonds abzugrenzen, die es in Europa zu Hunderten gibt. Stadtteilstiftungen müssen, um zu einem Bürgerhaushalt zu werden, mit Versammlungen auf Ebene der Gesamtstadt verbunden werden.
3. Es handelt sich um ein auf Dauer angelegtes und wiederholtes Verfahren: Eine einmalige Versammlung oder ein einmaliges Referendum über Haushaltsfragen stellen keinen Bürgerhaushalt im hier verstandenen Sinn dar.
4. Das Verfahren beinhaltet eine öffentliche Diskussion zu Haushaltsfragen im Rahmen eigenständiger Versammlungen. Eine Umfrage zum Thema kommunaler Finanzen ist daher kein Bürgerhaushalt, ebenso wenig wie eine herkömmliche Rats- oder eine Ausschusssitzung, an der Bürger teilnehmen können.
5. Über die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses muss Rechenschaft abgelegt werden (accountability), und sei es nur in Form eines mündlichen Berichts. Wenn dies nicht der Fall ist, handelt es sich nicht um einen Bürgerhaushalt im hier vertretenen Sinn“ (Sintomer, Herzberg, Röcke 2010: 42f.).

Aufgrund der Vielfalt der BHHs eignet sich diese breit angelegte Definition zur Schaffung eines sehr offenen Grundverständnisses. Die Einordnung in Typologien und die Vorstellung der grundlegenden Funktionsweise erfolgt im Unterkapitel „Charakteristische Funktionsweise“. Der Erkenntniszuwachs über die Begrifflichkeit des BHHs macht also nach diesem einführnden Kapitel nicht Halt, sondern zieht sich durch eine schrittweise Konkretisierung und Erweiterung des Detailverständnisses durch das gesamte Kapitel.

4.2 Zeitliche und räumliche Verbreitung

4.2.1 Globale und nationale Ausbreitungsmuster

Anknüpfend an die definitorische Annäherung im vorigen Kapitel wird nun sowohl eine „Verräumlichung“ als auch eine zeitliche Einordnung der bisher implementierten Bürgerhaushaltsverfahren vorgenommen. Die Struktur dieses Kapitels ist durch die Verbreitung nach globaler und nationaler Ausbreitung in zeitlichem Ablauf systematisiert. Akteure und Initiativen der Verbreitung fügen sich in diese Struktur ein.

Die Geburtsstätte des BHHes ist, wie bereits geschildert, Brasilien Ende der 1980er Jahre. In Porto Alegre wurde 1989 das erste Verfahren eingeführt und seitdem im jährlichen Zyklus kontinuierlich wiederholt. In den 1990er Jahren kam es zu einer umfangreichen Ausbreitung der BHHe innerhalb Brasiliens (vgl. Herzberg, Sintomer, Allegretti 2010: 9). Der partizipative Haushalt wurde von der Arbeiterpartei (PT) und zahlreichen NGOs als „Aushängeschild“ benutzt. Auf Initiative von politisch links-eingeordneten Strömungen intendierte die PT die Einführung von Bürgerhaushalten im Großteil der von ihr regierten Kommunen. Durch den Austausch auf Konferenzen, Fortbildungsveranstaltungen oder auch durch informelle Treffen, formierte sich langsam ein Netzwerk, das zum Wissensaustausch und zur Kompetenzvermittlung unter lokalen Organisationen und AktivistInnen diente. Auch NGOs wie Cidade nahmen eine wichtige Rolle in der Vernetzungstätigkeit ein, in dem sie BürgerInnen zu freien BeraterInnen, die daraufhin Evaluierungen von Verfahren vorgenommen haben, ausbildeten (vgl. Sintomer, Herzberg, Röcke 2010: 36).

In der Legislaturperiode 2001-2004 wurden über 200 BHHe in Brasilien implementiert, rund 50 % davon initiierten Bürgermeister der T. Wird der Anteil der Gesamtbevölkerung betrachtet, so lässt sich eine beachtliche Summe an BürgerInnen, die die Möglichkeit haben in ihrer Stadt an einem BHH zu partizipieren feststellen: rund 43 % der brasilianischen EinwohnerInnen leben in Kommunen mit BHHen (vgl. Sintomer, Herzberg, Röcke 2010: 36). Brasilien verzeichnet damit vergleichsmäßig die meisten BHHe im globalen Ländervergleich: 80 % aller partizipativen Haushaltsverfahren finden in Brasilien statt (vgl. UNDP 2004: 21).

Das Erfolgsmodell von Porto Alegre erfuhr eine rapide Verbreitung über die städtischen und nationalstaatlichen Grenzen hinweg und dehnte sich auf andere Teile des südamerikanischen Kontinents aus. Die Länder der Anden-Region (Peru, Ecuador, Bolivien und Kolumbien) weisen nach Brasilien die zweitgrößten Erfahrungswerte in der Umsetzung von Bürgerhaushalten auf. Auch in anderen südamerikanischen und karibischen Ländern wie Argentinien, Paraguay,

Uruguay, Chile, Dominikanische Republik, Nicaragua, El Salvador und Mexiko werden BHHs mittlerweile vermehrt umgesetzt. Bei Letzteren sind sowohl der Formalisierungsgrad als auch das strukturelle Design sehr unterschiedlich ausgeprägt (vgl. UNDP 2004: 21). Die größten Städte Südamerikas sind bei der Einrichtung von Verfahren überproportional vertreten (vgl. Sintomer, Herzberg, Röcke 2010: 36). Insgesamt dürfte es, nach Angaben aus dem Jahr 2010 zwischen 511 und 920 Bürgerhaushaltsverfahren in Südamerika geben. Im kontinentalen Vergleich stellen diese Zahlen einen beachtlichen Anteil dar: Mehr als die Hälfte der BHHs werden heutzutage in Südamerika umgesetzt (vgl. UNDP 2004: 9).

Für die Ausbreitung des BHHs über den südamerikanischen Kontinent war ab Ende der 1990er Jahre speziell das Urban Management-Programm PGU-ALG (*Programa de Gestión Urbana para América Latina y El Caribe*) der Vereinten Nationen von Bedeutung. Dieses UN-Programm widmet sich der Entwicklung von Beteiligungsinstrumenten und der strategischen Neu-Ausrichtung kommunaler Verwaltungen. Nachdem der BHH von Porto Alegre auf der UN-HABITAT-Konferenz 1996 in Istanbul ausgezeichnet wurde, wurde die direkte Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und Kommunen forciert. Der in dieser Arbeit viel zitierte französische Stadtplaner Yves Cabannes, der politisches Engagement und Beruf vereint, übernahm temporär die Amtsgeschäfte der PGU und leitete zwischen 1997 und 2004 weitreichende Aktivitäten ein, die die Ausbreitung von BHHen unterstützten (vgl. Herzberg, Sintomer, Allegretti 2010: 27). Die PGU finanzierte Studien, publizierte Handbücher und organisierte Tagungen und internationale Konferenzen (vgl. UNDP 2004). Nachhaltige Wirkungseffekte wurden auch im Zuge des von der PGU initiierten Zusammentreffens von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit mit progressiven Regierungen Südamerikas, erzielt. Auf diesem Wege beteiligten sich beispielsweise das UN-Entwicklungsprogramm, die Weltbank, die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GTZ, die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik ECLAC, und viele andere. Die vereinende Motivation der unterschiedlichen Akteure war, „*Good governance* mit Partizipation und sozialer Gerechtigkeit zu verbinden, wobei BHHs eine zentrale Funktion einnahmen.“ (vgl. Herzberg, Sintomer, Allegretti 2010: 27). Dem Netzwerk ist es „weitgehend gelungen, institutionell-organisatorische und politische Ansprüche in Bezug auf den BHH zu verbinden,“ (Sintomer, Herzberg, Röcke 2010: 37) so formulieren Sintomer, Herzberg und Röcke den Erfolg der PGU. Selbstverständlich nimmt die Kopplung zwischen „Professionalität und politischem Engagement“ (ebd.) in den erwähnten internationalen Organisationen unterschiedliche Formen an. So ist diese beispielsweise in der Weltbank oder der GTZ geringer ausgeprägt und ihre Vorgangsweise technokratischer. Dennoch spielte die Weltbank eine relevante Rolle in der Ausbreitung von BHHen innerhalb der vergangenen Jahre (vgl. ebd.):

Nun gilt es auf die historischen Ereignisse und Momente des Bedeutungszuwachses und -verlustes einzugehen. Mit dem Engagement der Vereinten Nationen stiegen die Anreize für Kommunen BHHs einzuführen. Die Kommunen konnten ihre BHHs mit dem Label der Vereinten Nationen schmücken und dadurch Aufmerksamkeit im internationalen Kontext erlangen. Daher beteiligte sich der Großteil der Kommunen an Netzwerken, die unter der Finanzierung oder Organisation der PGU standen. Im Jahr 2004 musste die PGU ihre Tätigkeit beenden, da sich die Vereinten Nationen für die Förderung anderer Projekte, wie beispielsweise der *Citis Alliance*, entschieden (vgl. Herzberg, Sintomer, Allegretti 2010: 27). Die Gründe für diesen Umschwung scheinen zwar interessant, können hier jedoch nicht erläutert werden.

Ein Ereignis, welches zur Bedeutungssteigerung des BHHs im internationalen Feld beitrug ist die Kürung des BHHs von Porto Alegre auf der UN-HABITAT-Konferenz in Istanbul im Jahr 1996. Reaktiv kam es zur verstärkten Ausbreitung auf andere Kontinente. Verstärktes Aufkommen von ähnlichen partizipativen Instrumenten der *Civil Participation in Subnational Budgeting*, wurde bisher in Asien, Afrika, Russland und der Ukraine dokumentiert.

Nachdem das erste Weltsozialforum im Jahr 2001 in Porto Alegre stattfand, kann ein rapider Anstieg von BHHen weltweit, aber speziell in Europa verzeichnet werden (vgl. Franzke, Kleger 2010: 12). Auch hier erscheint die Etablierung von Partizipationsmechanismen – angesichts des „immer größer werdenden Abstand[s] zwischen BürgerInnen und PolitikerInnen [...] notweniger denn je“, attestiert Herzberg die Atmosphäre der europäischen frühen 2000er (vgl. Herzberg 2002: 111). Frankreich, Spanien und Italien waren die ersten Länder in denen die Herausbildung von BHHen umfassend stattfand. Um Kooperationen mit südamerikanischen Kommunen und Ländern zu forcieren, traten speziell romanische Länder Netzwerken wie URBAL bei. Dies kann mitunter ursächlich für deren vergleichsmäßig hohe Einführungsquoten gedeutet werden. Deutsche Kommunen hingegen gründeten eigene Netzwerke in denen die Verwaltungsmodernisierung diskutiert wurde (vgl. Herzberg, Sintomer, Allegretti 2010: 9). Franzke und Kleger weisen darauf hin, dass sich die BHHs Europas fundamental von jenen Südamerikas unterscheiden. Die Bezeichnung wird teilweise sehr „salopp“ für Beteiligungsveranstaltungen jeglicher Art verwendet. Beispielsweise auch wenn diese lediglich zur Information der BürgerInnen dienen, ohne die im BHH relevante Komponente der Konsultation umzusetzen (vgl. Franzke, Kleger 2006: 192). Dies gilt als weiteres Indiz für die Schwierigkeit einer einheitlichen Definition von BHHen. Italien hält mit über 80 BHHen die Spitzenposition im europäischen Vergleich inne – beinahe die Hälfte der Gesamtanzahl Deutschlands welche zwischen 174 und 296 geschätzt wird (vgl. Herzberg, Sintomer, Allegretti 2010: 9).

In Afrika (beispielsweise Kamerun) und Asien (beispielsweise Sri Lanka) werden ebenso kommunale Beteiligungsprojekte dokumentiert, die den Charakteristika des BHHes subsumiert werden können (vgl. UNDP 2004: 21). Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit wie auch internationale Organisationen zählten in Afrika vorerst zu jenen Akteuren die die Einführung von BHHen forcierten. Mittlerweile hat sich ein kontinentales Netzwerk gebildet, das die Verbreitung von BHHen in afrikanischen Ländern unterstützt. Rund 66 bis 110 afrikanische Kommunen setzen nach aktuellen Zahlen einen BHH um (vgl. Herzberg, Sintomer, Allegretti 2010: 10).

In Asien begann die Entstehung der BHHen erst ab dem Jahr 2005. Die 40 bis 100 gegenwärtig angewendeten BHHen knüpfen nicht an davor bestehende Bürgerbeteiligungsprojekte an, sondern stellen einen neu geschaffenen Mechanismus dar. Als Orientierungsprojekt gilt auch in asiatischen BHHen das kommunale Projekt Porto Alegres (vgl. ebd.). In Australien und Neuseeland werden nach aktuellen Angaben zwei bis zehn BHHen verzeichnet. Als Spezifikum ozeanischer BHHen kann die mit der Implementierung einhergehende umfassende Verwaltungsreform festgestellt werden. Hier lässt sich ein Schritt zurück in der Verbreitungskette machen in dem auf die neuseeländische Stadt Christchurch hingewiesen wird, die wiederum als Referenz für die Einführung und Ausformung deutscher BHHen diente. Im Nahen Osten hingegen kam es – mit Ausnahme von Ägypten – bisher kaum zur Herausbildung von BHHen (vgl. ebd.).

Es wurde also deutlich, dass neben der Multiplikatorrolle die Netzwerke wie die PGU einnehmen, auch politische Parteien, soziale Bewegungen und die Wissenschaft zur Herausbildung und weltweite Ausbreitung von BHHen beitrugen (vgl. ebd.).

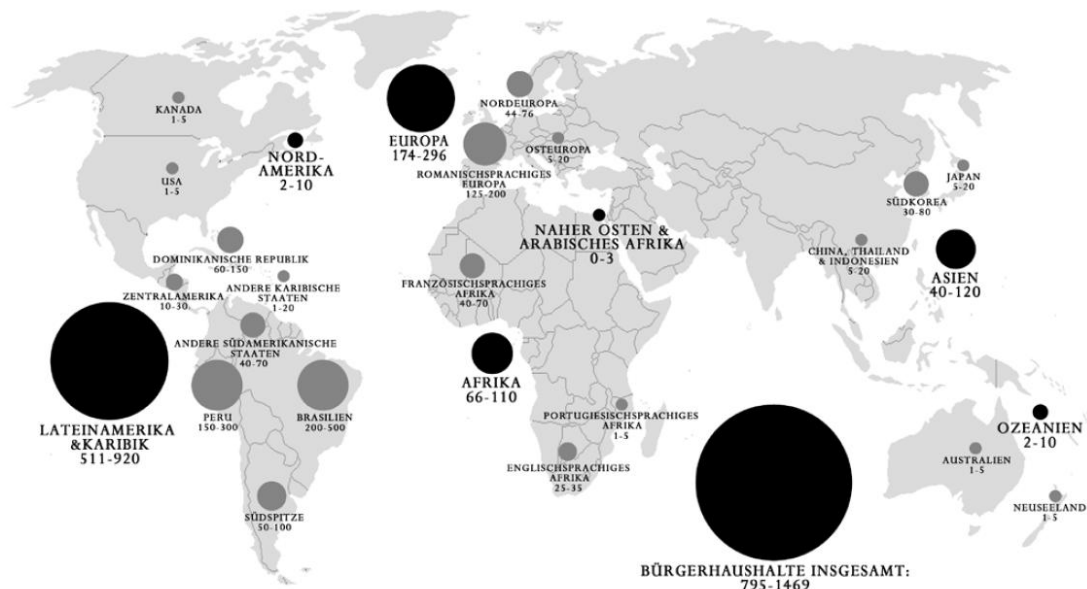


Abbildung 2: Weltweite Verbreitung von Bürgerhaushalten, Stand 2010
Quelle: Herzberg, Sintomer, Allegretti 2010: 10

4.2.2 Räumliche Ausprägungsdivergenzen

Im Vergleich unterschiedlicher BHHs können gravierende Differenzen und Konvergenzen hinsichtlich der Implementierungsform wie auch verschiedene Möglichkeiten des Raumbezuges unterschiedlicher BHHs festgestellt werden. Nachdem die gemeinsamen Charakteristika im Rahmen der definitorischen Annäherung bereits erläutert wurden werden im Anschluss Unterscheidungslinien zwischen BHHen gezogen. Die Umsetzungsstandorte werden in die Erläuterung mit einbezogen.

Da die Form der BHH stark von lokalspezifischen Faktoren geprägt wird, existiert kein einheitliches BHH-Modell. Die regionsspezifischen Bedingungen, der lokale historische und gesellschaftliche Kontext, die verfügbaren Ressourcen, die administrative Kultur wie auch Regierungen können als wesentliche beeinflussende Faktoren attestiert werden, die das Bürgerhaushaltsmodell formen. Jede Stadt entwirft somit aufgrund ihres individuellen Erfahrungshintergrundes ein spezifisches Beteiligungsverfahren. In Brasilien beispielsweise, kann der Druck zivilgesellschaftlicher Organisationen und ebenso ihre Präsenz in der Arbeiterpartei, als Erklärungsfaktor für die starke urbane Ausprägung interpretiert werden. In der Anden-Region wiederum kann die verstärkte Herausbildung von BHHen in kleinen bis mittleren Kommunen mit den dieserorts aktiven sozialen Bewegungen und NGOs in Verbindung gebracht werden. In Europa sind BHHs vor allem für die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, die mit partizipativen Instrumenten kombiniert wird, vorherrschend (vgl. Herzberg, Sintomer, Allegretti 2010: 21). Es wurde deutlich, dass die Unterschiede der Implementierungsform tendenziell stark mit lokalen Bedingungen korrelieren und somit regionale, nationale und sogar „kontinentale“ Unterschiede wie auch Gemeinsamkeiten der Verfahrensausprägung schaffen.

Als weiteres Unterscheidungsmerkmal gilt der jeweilige Raumbezug. Wie bisher deutlich wurde, sind es meistens Stadtregierungen, die BHHs in ihren Kommunen einführen. Am häufigsten kann also in der Betrachtung von BHHen ein kommunaler Maßstab angelegt werden. Zunehmend werden auch Projekte auf bundesstaatlicher oder landesweiter Ebene initiiert (vgl. Wampler 2007: 24). Die Ursprungsregion des BHHs von Porto Alegre unternahm eine weitere Pionierleistung, in dem sie den BHH von der kommunalen auf die bundesaatliche Ebene erweiterte. Olivia Dutra, die ebenso an der Implementierung des BHHs von Porto Alegre maßgeblich beteiligt war, führte das Verfahren in Rio Grande de Sul ein, nachdem er im gleichnamigen Bundesstaat zum Gouverneur gewählt wurde. Die Beteiligungsquoten der BürgerInnen stiegen innerhalb des ersten Jahres nach der Einführung rapide an: von 190.000 im Jahr 1999 auf 282.000 im Jahr 2000 (vgl. Frankze, Kleger 2010: 13). „Die Idee des BHHs

erfährt somit nicht nur eine horizontale, sondern auch eine vertikale Ausbreitung, “ (Herzberg zit. nach Franzke, Kleger 2010: 13) beurteilt Herzberg den rasanten Anstieg.

Peru gilt als erstes Land, das auf Basis einer der Initiative Alejandro Toledos, die Einführung von BHHen für alle Kommunalregierungen vorschrieb. Im Jahr 2003 wurden alle Regional-, Provinz- und Lokalverwaltungen zur Einführung von partizipativen Haushalten bewegt. In Summe wurden im Zuge dessen mehr als 2.000 Bürgerforen eingerichtet. Auch in der Dominikanischen Republik kam es 2007 zur landesweiten gesetzlichen Verankerung der Bürgerhaushaltsverfahren. Diese beiden Länder sind bisher die einzigen die eine Einführung auf Landesebene forcierten (vgl. Goldfrank 2007: 79).

Aufbauend auf der in diesem Kapitel vorgenommenen zeitlichen und räumlichen Dimensionierung des Bürgerhaushaltsverfahrens, wird der BHH im folgenden Kapitel einer Analyse der Entstehungsbedingungen und einer gängigen typologischen Einordnung unterzogen, wie auch der typische Verfahrensablauf erläutert.

4.3 Charakteristische Funktionsweise

Um ein Verständnis über die grundlegenden Gemeinsamkeiten und Unterschiede der verschiedenen BHHe zu vermitteln, wird hier die von Simonter et al. erarbeitete Typologisierung von BHHen vorgestellt. Diese soll im großen Dschungel der Einzelfallbeispiele von BHHen durch kategorische Zuweisung zur Orientierung verhelfen.

4.3.1 Typologische Einordnung nach Sintomer, Herzberg und Röcke

Die Verfahrenstypologie von Simonter et al erfreut sich mittlerweile einer weiten Verbreitung und wird sowohl von WissenschaftlerInnen als auch kommunalpolitischen PraktikerInnen verwendet (vgl. Sintomer, Herzberg, Röcke 2008: 7). Nach Sintomer, Herzberg und Röcke können, wie Abbildung drei zeigt, BHHe entsprechend folgender sechs Modelltypen klassifiziert werden, die im Uhrzeigersinn zu lesen sind: „Adaptation von Porto Alegre, Bürgernahe Partizipation, Konsultation öffentlicher Finanzen, Multi Stakeholder-Partizipation, Community-BHH und Partizipation bei organisierten Interessen (ebd.).“

Die Typologisierung basiert auf idealtypischen Verfahren, welche eine Art Orientierungskompass zum Vergleich unterschiedlicher BHHe darstellen.

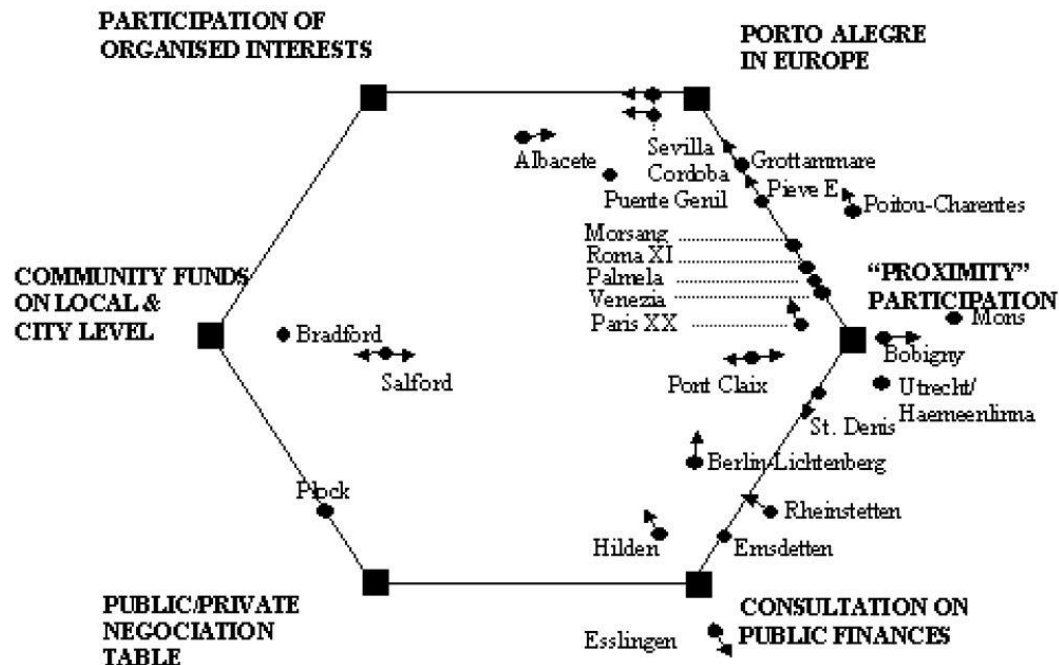


Abbildung 3: Typologische Einordnung von Bürgerhaushalten nach Sintomer, Herzberg und Röcke
Quelle: Sintomer, Herzberg, Röcke 2008: 6.

Die folgenden vier Schlüsselkriterien bilden den Vergleichsrahmen für die Analyse:

- „Die Herkunft des BHHes (Kriterium 1)
- die Organisation von Veranstaltungen (Kriterium 2)
- der Umfang und die Qualität von Diskussionen (Kriterium 3)

die Art der Teilnehmer/-innen und die Rolle der Zivilgesellschaft im Allgemeinen (Kriterium 4).“ (vgl. UNDP 2004: 11).

Die im Rahmen der Arbeit analysierten BHHes der Städte La Plata und Rosario entsprechen beide dem ersten BHH-Typus namens „Adaptation von Porto Alegre“. Um deren Charakteristika besser zu verstehen, werden diese anschließend in einer Gegenüberstellung des zweiten Typus, der „Bürgernahen Partizipation“ vorgestellt. Es gilt zu bedenken, dass die erläuterten Merkmale einen Idealtypus des BHHes darstellen und in der praktischen Realisierung stets leicht abgewandelt auftreten.

Da das Verfahrensdesign von Porto Alegre vielerorts imitiert wurde, wird dieser Typus als „Adaption von Porto Alegre“ bezeichnet. Die speziellen Merkmale dieser Ausprägungsform sind einerseits die Partizipationsmöglichkeit für einzelne BürgerInnen und andererseits die Definition von Verteilungskriterien, die ausgleichend auf soziale Ungleichheiten wirken. Dies wird beispielsweise in der spanischen Stadt Cordoba (vgl. Sintomer, Herzberg, Röcke 2008: 7) oder auch in unterschiedlichen südkoreanischen Städten beobachtet. Die zentrale Komponente des Typus „Bürgernahe Partizipation“ hingegen, stellt die ausschließliche Teilnahme

von organisierten Interessensinitiativen, wie beispielsweise Vereinen, NGOs, Verbänden, Gewerkschaften oder anderen, dar (vgl. Simonter, Herzberg, Röcke 2008: 7). Dieser Verfahrenstypus orientiert sich demnach an der neokorporatistischen Logik. BHHs entstehen dort, wo Bürgerbeteiligung durch Interessensgruppen aufgefasst wird (vgl. Herzberg, Sintomer, Allegretti 2010: 11).

Der Diskussionsgegenstand bildet eine weitere Differenzierungslinie zwischen diesen beiden BHHs-Typen. Im Adaptionsmodell Porto Alegre werden konkrete Investitionen und Projekte zur Disposition gestellt und in einem gemeinsamen Aushandlungsprozess diskutiert. Konsensuale Aushandlungsmöglichkeiten sind je nach Verfahrensausgestaltung schwächer oder stärker ausgeprägt. Im „Typus der organisierten Interessen“ werden hingegen politische Zielsetzungen und die allgemeine strategisch-inhaltliche Ausrichtung bestimmter Politikfelder – wie beispielsweise generelle Stadtentwicklungs-, Umwelt- oder Verkehrspolitiken – diskutiert (vgl. Simonter, Herzberg, Röcke 2008: 7).

Der Umgang mit den im Zuge des Partizipationsprozesses erarbeiteten BürgerInnenvorschlägen bildet ein weiteres Unterscheidungskriterium dieser beiden Verfahrenstypen. Die Verbindlichkeit von Vorschlägen für die Regierung variiert stark. Obwohl die letztendliche budgetäre Entscheidungsgewalt im adaptierten Modell von Porto Alegre beim Kommunalrat liegt, ist der Umsetzungsdruck der vorgeschlagenen Projekte groß, so Simonter et al. Die Verbindlichkeit zur Durchführung basiert hier meist auf eigenem Commitment (vgl. Simonter, Herzberg, Röcke 2008: 7). Da die Übernahme der Vorschläge in diesem Verfahrenstypus jedoch weitgehend berücksichtigt wird, kann von einer „De-facto-Übertragung von (Ko-) Entscheidungskompetenz“ (Herzberg, Sintomer, Allegretti 2010: 12) gesprochen werden (vgl. Herzberg, Sintomer, Allegretti 2010: 12).

Das „Verfahren der organisierten Interessen“ hingegen sieht keinen festgelegten Entscheidungsfindungsprozess vor, sondern ist eher informell strukturiert. Die Beteiligungsform besteht hier meist lediglich aus Konsultation von BürgerInnen bei einzelnen Entscheidungen. Verteilungskriterien sind bei dieser Form der Bürgerbeteiligung klar definiert (vgl. Simonter, Herzberg, Röcke 2008: 7).

Eine Stärke, die beiden Typen des BHHs gemein ist, stellt der umfangreiche Diskussionspielraum dar, der im Rahmen der Umsetzung eröffnet wird. Die teilnehmenden BürgerInnen haben in der Idealform die Möglichkeit, sich neben der Diskussion im Rahmen eines großen Plenums, auch in kleineren überschaubaren Foren und Arbeitsgruppen auszutauschen. Dieses Setting begünstigt eine fundamentale Auseinandersetzung mit Fragen, Ideen und Problemen

und ermöglicht die gemeinsame Erarbeitung von Problemlösungen. Weiters können die TeilnehmerInnen ihre eigene Expertise in unterschiedlichen Bereichen und Themen einbringen (vgl. Simonter, Herzberg, Röcke 2008: 7).

Im folgenden Kapitel erfolgt eine weitere Annäherung an den BHH-Typus namens „Adaptation von Porto Alegre“ in dem das grundlegende Ablaufschema des partizipativen Verfahrens skizziert wird, das diesem Typus unterliegt.

4.3.2 Allgemeiner Verfahrensablauf

Da das spezifische Verfahren der BHHs von Rosario und La Plata im Zuge der Fallbeispielanalyse ausführlich dargestellt wird, wird das grundlegende Ablaufschema von BHHen hier lediglich kurz abgehandelt.

Der Prozess des BHHs erstreckt sich meist über die festgelegte Zeitspanne eines Jahres. Der Diskussionprozess, die darauf aufbauende Projektausarbeitungsphase und die anschließende Wahl, verlaufen in zyklischen Rhythmen (vgl. UNDP 2004: 37). Abbildung vier zeigt den typischen Verfahrensablauf in einer stark vereinfachten schematischen Darstellung von Wampler.

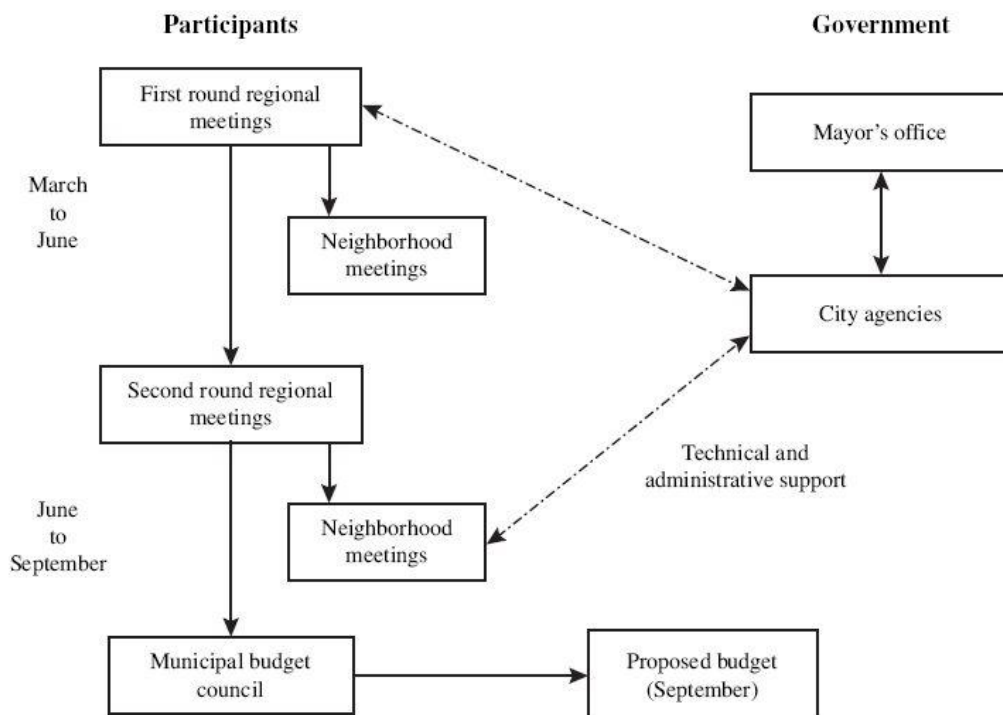


Abbildung 4: Exemplarischer Jahreszyklus eines Bürgerhaushalts
Quelle: Wampler 2007: 29.

Wampler differenziert hierbei zwischen partizipierenden BürgerInnen und Mitgliedern der Regierung wie auch der Verwaltung. Die aufeinanderfolgenden Projektphasen eines Jahres

können generalisierend in drei Phasen eingeteilt werden. In der ersten Phase, die den Jahresanfang bildet, steht die Verbreitung von Informationen über das Bürgerhaushaltsverfahren, eine anfängliche Diskussion und – sollte es das institutionelle Design vorsehen – die Wahl von Repräsentanten, die als BürgervertreterInnen fungieren, auf der Agenda (vgl. Wampler 2007: 28). Wampler weist auf einen wichtigen Faktor der ersten Regionaltreffen hin: *„Deliberation over priorities and projects occurs informally, as participants analyze the probable level of resources for their region and begin negotiating with one another over proposed projects“* (Wampler 2007: 29).

In der zweiten Runde des Prozesses werden Projekte, die der Kommunalregierung später für das kommende Fiskaljahr zur Implementierung vorgelegt werden, erarbeitet. Die Projektausarbeitungsphase ist in verschiedenen BHHen sehr unterschiedlich gestaltet. Die finale Entscheidung über die konkreten Projekte wird durch eine Bürgerwahl vollzogen (vgl. Wampler 2007: 29).

Nach der Auswahl der favorisierten Projekte durch BürgerInnen folgt die Implementierungsphase. Diese bildet einen laufenden Prozess, wobei einige Projekte schon während des aktuell gegenwärtigen Jahres von der Kommunalregierung umgesetzt werden und andere größerdimensionierte Projekte mehrere Umsetzungsjahre oder Vorbereitungsfristen benötigen. Partizipierenden BürgerInnen fällt eine reduzierte Rolle in diesem Prozess zu. In unterschiedlichen Formen wird Ihnen die Möglichkeit zur Kontrolle des Umsetzungsprozesses eingeräumt um sicher zu stellen, dass die selektierten Projekte auch umgesetzt werden (vgl. Wampler 2007: 30).

Um den Konkretisierungsgrad zu erhöhen, wird im nächsten Unterkapitel die Ausprägung des Modells der partizipativen Budgeterstellung anhand der Ursprungsform, wie es 1989 in der brasilianischen Stadt Porto Alegre erstmals Anwendung fand, vorgestellt.

4.4 Porto Alegre: die „Wiege“ des Bürgerhaushaltes

Da das institutionelle Design von BHHen im Zentrum dieser Arbeit steht, wird direkt auf das institutionelle Design des BHHes von Porto Alegre eingegangen und die politischen und gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen ausgespart. Dieser BHH liefert, wie bereits angeschnitten, eine besonders ausgeprägte Beteiligungsform, welche im Grundmechanismus seit der Einführung nicht geändert wurde, sondern lediglich jährlich leicht an aktuelle Bedürfnisse und Gegebenheiten adaptiert wird (vgl. Herzberg 2001: 40).

4.4.1 Spezifischer Verfahrensablauf

Die 1981 für den BHH eingeführte räumliche Teilung der Stadt in fünf Planungszonen, wurde schon bald revidiert, um zu einer Teilung nach sozioökonomischen Kriterien in 16 Zonen überzugehen (vgl. Herzberg 2001: 40). Auch Zimmermann weist darauf hin, dass die durch die neue Teilungsstruktur entstandene Größe der Regionen eine „überschaubare Größe für demokratische Beschlüsse bilden“ (vgl. Zimmermann 2001: 27).

Der partizipative Prozess verläuft heute wie damals über das ganze Jahr. Der Ablauf gliedert sich heute wie damals in folgende vier Hauptphasen innerhalb eines Jahres (ebd. Herzberg 2002: 54):

- Phase eins: Priorisierung durch BürgerInnen
- Phase zwei: Ausarbeitung des Entwurfes zur Haushaltsaufstellung
- Phase drei: Verabschiedung des Finanzhaushaltes durch den Stadtrat
- Phase vier: Ausarbeitung, Umsetzung und Kontrolle des Investitionsplanes (vgl. Franzke, Kleger 2010: 12).

Die Phase eins beginnt mit den von der Stadtverwaltung in den 16 Regionen veranstalteten Bürgerversammlungen ab März jeden Jahres. In diesem Rahmen wird ein Austausch- und Diskussionsprozess über die vorherrschenden Bedürfnisse initiiert und aufbauend darauf, Projekte zur Stadtentwicklung von Seiten der BürgerInnen vorgeschlagen. Parallel dazu beraten seit 1996 „Akteure der Zivilgesellschaft“ (Zimmermann 2001: 27) im Rahmen so genannter Delegiertenversammlungen über Investitionen, die das gesamte Stadtgebiet betreffen (vgl. Zimmermann 2001: 27). Nach der Einführung stellte der BHH primär ein Instrument, welches arme Bevölkerungsschichten zur Verbesserungen der Infrastruktur in ihrem Lebensumfeld nutzt, dar. Durch die Einführung von thematischen Versammlungen, die Tarso Genro in seiner zweiten Amtszeit veranlasste, beteiligten sich auch zunehmend BürgerInnen aus der sozialen Mittelschicht (vgl. Herzberg 2001: 40), Intellektuelle, UnternehmerInnen (vgl. Zimmermann 2004: 18). Mit dem Ausbau des Themenspektrums wurden zunehmend Projekte, die umfassendere gesamtstädtische Planungsfragen betreffen, im Zuge des BHHes diskutiert (vgl. Zimmermann 2004: 18).

Nachdem die Prioritäten der BürgerInnen in der ersten Phase ermittelt wurden, werden im Rahmen der Bürger- und Delegiertenversammlungen Vorschläge zur Aufteilung des kommunalen Haushaltsbudgets erarbeitet und anschließend gewählt – dies bildet Phase zwei des Prozesses. Als Output dieser Projektphase liegen Ende September jährlich konkrete Investitionspläne wie auch der Haushaltsentwurf vor. Der amtierende Bürgermeister präsentiert dem

Stadtparlament die unveränderten Vorschläge im Zuge von Phase drei, die mit November eingeläutet wird. Das Stadtparlament beschließt bis Ende November den Jahreshaushalt für das kommende Jahr (vgl. Zimmermann 2001: 27). An dieser Stelle erscheint es aufschlussreich, Einblick in die rechtliche Verankerung des Bürgerhaushalts von Porto Alegre zu erlangen.

4.4.2 Rechtliche Verankerung

In Artikel 116 § 1 des Gemeindegesetzes nimmt folgender Passus Bezug auf den BHH: „Ausgehend von den Regionen des Munizipiums ist die Beteiligung der Einwohnerschaft in den Phasen der Ausarbeitung, Bestimmung und der Begleitung der Ausführung des Mehrjahresplanes, der Haushaltsrichtlinien und des jährlichen Haushaltes zu garantieren“ (Herzberg 2001: 43).

Es wird also deutlich, dass bereits im ersten Artikel der Kommunalverfassung direkte und indirekte Bürgerbeteiligungsangebote festgelegt werden. Neben der fixen Verankerung im Kommunalgesetz, fußt das konkrete Verfahren zusätzlich auf einer jährlichen Übereinkunft zwischen Regierung und Gesellschaft, welche auch mit dem Begriff „Gesellschaftsvertrag“ beschrieben wird. Dieser wird am Ende jeden Jahres im Zuge der Evaluierungsphase des vergangenen Jahres erneut vereinbart. Nachdem Regierung und BürgerInnen gemeinsam die Evaluierung des Prozesses im gegenwärtigen Jahr vorgenommen und sich auf daraus resultierende Veränderungen für das darauffolgende Jahr einigten, wird der Gesellschaftsvertrag unterzeichnet (vgl. Sartori 2002: 47)

4.4.3 Zielsetzungen und Wirkungen

Demnach orientierte sich der BHH von Porto Alegre an drei großen Zielsetzungen, die durch die Implementierung erreicht werden sollten. Nachdem sich die Zielsetzungen des BHHes laufend ändern, werden hier lediglich die drei fundamentalen Zielsetzungen der Implementierungsphase angeführt.

Die „Demokratisierung der Demokratie“ wurde als erstes politisches Ziel angeführt, welches sich in einem offen-zugänglichen Beteiligungsverfahren ausdrückt.

Das zweite fundamentale Ziel stellte ein soziales Ziel dar und zwar die „Umkehrung der Prioritätensetzung“ zugunsten sozio-ökonomisch benachteiligter Bevölkerungsgruppen.

Das dritte Ziel formierte sich erst, als sich der Hoffnungsschimmer einiger Mitglieder der Arbeiterpartei auf eine zukünftige Revolution verflüchtigte. Demnach sollte der BHH einen Beitrag zu einer Regierungsführung fern ab von Korruption liefern und effizientes Wirtschaften der öffentlichen Hand steigern (vgl. Herzberg, Sintomer, Allegretti 2010: 19).

Nachdem die Zielsetzungen nun grob eräutert wurden, werden einige der tatsächlichen Wirkungen dargelegt. Diese werden thematisch gruppiert, wobei eine Reihung der zeitlichen Komponente sekundär ist, zwischen kurzfristigen und langfristigen Wirkungen wird hier zur Vereinfachung nicht differenziert.

Die Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur ist eine direkte sichtbare Wirkung des Bürgerhaushaltverfahrens. So wurde beispielsweise das Kanalisationssystem, welches im Jahr 1989 nur 46 % der städtischen Haushalte erschloss, ausgebaut, sodass 1996 85 % der BewohnerInnen einen Anschluss an die städtische Kanalisation hatten (vgl. Zimmermann 2001: 27). Auch die Rolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen hat sich im Zuge des Umsetzungsprozesses gewandelt. Diese sind nach der Einführung des partizipativen Budgets „weniger kritisches Korrektiv denn integraler Bestandteil der Formulierung staatlicher Lokalpolitik“ (Becker 2001: 5).

Das zweite Hauptziel, das die Umkehrung der Prioritäten formuliert, wurde laut Herzberg insofern erreicht, als dass die Lebensbedingungen in den Stadtteilen der sozioökonomisch benachteiligten Bevölkerung deutlich verbessert werden konnten. Die Verteilung der öffentlichen Ressourcen entsprechend eines Verteilungsschlüssels trug laut Herzberg wesentlich zur Zielerreichung bei. Beispielsweise wurden in armen Stadtvierteln kurz nach der Einführung des BHHes Schulen gebaut, die medizinische Grundversorgung verbessert, Trink- und Abwasserleistungen wie auch der Anschluss an öffentliche Verkehrssysteme erreicht (vgl. Herzberg 2009: 15). Auch Zimmermann attestiert eine deutliche Verbesserung der armen Stadtviertel in den Jahren nach der Implementierung. Er führt das Stadtviertel Vila Planetário als Referenz an. Vor 1989 waren die Lebensbedingungen prekär und durch Hütten aus Plastik, Pappe und anderen Bauresten gekennzeichnet. Ein paar Jahre später sind dort Steinhäuser mit sanitären Einrichtungen und Kanalisationssystem vorzufinden – die Lebensbedingungen für die BewohnerInnen wurden deutlich verbessert (vgl. Zimmermann 2004: 28).

Abschließend sei mit einem Zitat Herzbergs die internationale Relevanz des BHHes unterstrichen: „Die brasilianische Stadt Porto Alegre ist wie kein anderer Ort in der Welt mit einer Demokratisierung der Demokratie verbunden“ (Herzberg 2009: 14).

II. Empirie

Nachdem im ersten Teil der demokratietheoretische Hintergrund erläutert sowie die grundlegende Funktionsweise und zentralen Charakteristika des BHHes skizziert wurden, wird in Teil zwei die angewendete Methodik vorgestellt. Teil drei der Arbeit bildet die vergleichende Fallstudienanalyse der BHHes Rosarios und La Platas. In diesem Rahmen wird die Konzeption des konkreten Forschungsdesigns beschrieben.

5 Methodik

Im Rahmen des empirischen Teils sollen die Herausforderungen, die mit der Umsetzung von Bürgerhaushalten einhergehen, beispielhaft anhand der Fallstudien von La Plata und Rosario, erhoben werden. Da qualitative Methoden durch individuelle Annäherungen unterschiedlicher Interpretationsmöglichkeiten von Phänomenen, eignen sich diese besonders gut für die gewählte Forschungsaufgabe (Strauss; Corbin 1999: 5).

5.1 Erhebungsmethode

Die systematische Literaturanalyse des Theorieteils wird durch die qualitative Forschung in Form von Dialogen mit Fallstudienexperten empirisch unterfüttert. Die Kombination dieser zwei Methoden liefert eine angemessene Datengrundlage und Analysebasis.

Im Zuge der Literaturrecherche wurden spanisch-, englisch- portugiesisch- und deutschsprachige Werke betrachtet. Die Kenntnis der spanischen Sprache ermöglichte mir, Primärquellen wie beispielsweise offizielle Absichtserklärungen zum BHH wie auch sekundäre Quellen wie beispielsweise wissenschaftliche Studien in der Landessprache Argentiniens zu bearbeiten. Dies erwies sich als nützlich, da in der deutschsprachigen Literatur kaum Quellen über argentinische BHHes vorhanden sind. Der Mangel an Literatur zu BHHen Argentiniens machte die empirische Untersuchung zu einem informations- und erkenntnisgenerierenden Instrument.

5.1.1 Experteninterview

Im empirischen Teil erfolgte die Datenerhebung mittels leitfadengestützter Experteninterviews. Die praktischen Erfahrungen der Interviewpartner flossen dadurch in die Analyse ein. Die Interviewpersonen wurden in ihrer Funktion als Experten zum Thema Implementierung und Umsetzung von BHHen in ihren Städten befragt. Die Auswahl der befragten Akteure orientierte sich an der beruflichen Funktion, die diese im Umsetzungsprozess der BHH einnehmen. Pablo Torricella ist seit vielen Jahren als Koordinierungsbeauftragter des BHHes von Rosario in der Stadtverwaltungsabteilung in der Umsetzung des BHHes tätig. Carlos Sortino ist als Generaldirektor seit vier Jahren hauptverantwortlich für die Umsetzung des BHHes in La Plata. Beide sind dadurch in den angeführten Städten mit der Konzeption, Koordination

und Abwicklung des jeweiligen BHHes beauftragt und damit in den Funktionskontext als Vertreter der implementierenden staatlichen Institution, direkt involviert. Gleichzeitig sind sie in die lokal-verwalterischen Umwelten eingebunden und damit auch an der Schnittstelle zwischen BürgerInnen und politischen Akteuren angesiedelt. Es wurde Bedacht darauf genommen, dass der Erfahrungshintergrund von Carlos Sortino und Pablo Torricella insofern differieren, als sich beide in unterschiedlicher Weise mit theoretischen und philosophischen Ansätzen der partizipativ-demokratischen Bürgerhaushaltsmodelle auseinandersetzen. Während Carlos Sortino sich bereits im Zuge seiner Forschungstätigkeiten an der Universität von La Plata mit dem BHH-Modell und dessen theoretischen Grundlagen befasste, öffneten sich für Pablo Torricella mit dem Auftrag zur Umsetzung die Türen zu einem neuen Tätigkeitsfeld. Im Zuge der Interviews wurde deutlich, dass Carlos Sortino verstärkt auf theoretisch-abstrakter Ebene berichtete, während Pablo Torricella hingegen vor allem praktische Erfahrungen als Grundlage seiner Beobachtungen heranzog.

Da der BHH von La Plata einen um fünf Jahre längeren Umsetzungszeitraum verzeichnet und das Erfahrungswissen höher eingeschätzt wurde, wurde das Interview mit Pablo Torricella zuerst durchgeführt. Dieses wurde aufgrund der vier-stündigen Interviewdauer auf zwei Termine Anfang April (05. und 10.) 2012 aufgeteilt. Beide Interviews verliefen sehr dynamisch und dialoghaft. Pablo Torricella präsentierte während des Interviews sein Büro und stellte einige seiner anwesenden KollegInnen vor, in dem er die Videokamera durch den Raum bewegte. Somit konnten abseits des Gesprochenen weitere Eindrücke gewonnen werden. Das Interview mit dem zweiten Interviewpartner Carlos Sortino dauerte rund dreieinhalb Stunden und wurde am 17. April 2012 durchgeführt.

5.1.2 Teilstrukturiertes Leitfadeninterview

Durch die Anwendung dieses Erhebungsinstrumentes wurde den Interviewpartnern die Möglichkeit eingeräumt, neben den durch die Interviewbogen vorstrukturierten Fragen und Themenbereichen, auch andere aus ihrer Sicht relevante Aspekte und thematische Schwerpunkte einzubringen.

Der Aufbau des Interviewleitfadens orientiert sich an den fünf Dimensionen, die von der UN-HABTAT als charakteristische Merkmale von BHHen definiert wurden. Entsprechend dieser wurden fünf thematische Fragegruppen gebildet. In eine Fragegruppe wurde stets mit einer offen-formulierten Frage, die erzählgenerierenden Charakter aufweist eingestiegen. Dadurch sollten Problembereiche durch die Interviewpersonen identifiziert werden. Ergänzend wurden innerhalb der einzelnen Kategorien selbst Fragen formuliert, die gezielt nach den in der Lite-

ratur angeführten Herausforderungen und Problemen fragen. Dadurch sollten Informationen, ob und inwiefern die in der Literatur angeführten Probleme auch tatsächlich die Praxis und Erfahrungen der zwei analysierten BHHe prägen, eingeholt werden. Weiters tauchten gewisse Fragen erst im Zuge der Interviewsituation auf und wurden spontan gestellt. Die Formulierung eines Interviewleitfadens, der einerseits vor-strukturiert ist und damit gewisse Themen vorgibt, andererseits genügend Spielraum lässt, damit die Akteure Themen einbringen und Schwerpunkte setzen können, stellte eine persönliche Herausforderung für mich als Interviewerin dar.

Das Ausloten dieser zwei Extreme orientierte sich an dem Ziel, eine nötige Vergleichbarkeit zwischen den Interviewaussagen zu schaffen. Um diese zu gewährleisten, wurde der Interviewleitfaden nach dem ersten Interview adaptiert, in dem die angesprochenen Problembereiche in denen sich Herausforderungen stellen, auch als Fragen in das zweite Interview einfließen. Eine weitere Anforderung stellte sich im Durchführungsprozess der Interviews. Das Finden einer geeigneten Balance zwischen der Möglichkeit für den Interviewpartner Detailinformationen einzubringen, und gleichzeitig das Erfragen der großen aus der Theorie abgeleiteten Themenbereiche, erwies sich als Herausforderung. Dies mündete in einer, während dem Interview laufend vorgenommenen Re-Priorisierung der vor-formulierten Fragen, um die Themen entsprechend den im Zuge des Interviews erhaltenen Informationen anzupassen.

5.1.3 Vergleichende Fallstudienanalyse

Nachdem die vergleichende Partizipationswissenschaft primär auf der Basis von Einzelfallstudien basiert, bildet die Analyse von Fallstudien die empirische Basis dieser Arbeit. Bei qualitativer Forschung in Form von Fallstudien tritt das Problem der Verallgemeinbarkeit der Ergebnisse auf. Um diesem angemessen zu begegnen können kann, nach Kelle und Kluge, die Fallbasis erweitert werden in dem theoretisch interessante Fälle einander gegenüber gestellt werden (Mayring 2001: o.S.).

Im Zuge der Literaturrecherche und Vorgesprächen mit ExpertInnen wurde deutlich, dass die Städte Rosario und La Plata einen BHH umsetzen, dessen Design grundsätzlich ähnlich konzipiert ist. Beide können im landesspezifischen, politökonomischen und kulturell-geprägten Kontext Argentiniens eingeordnet werden. Es ergeben sich daraus folglich sowohl ähnliche als auch unterschiedliche Herausforderungen. Daher versucht diese Arbeit im Sinne der im Feld der Politikwissenschaft häufig angewendeten vergleichenden Methode das Design der BHHe von Rosario und La Plata darzustellen, die Herausforderungen der Implementierung und Um-

setzung der BHH zu identifizieren und die unterschiedliche Ausprägung der Herausforderungen vergleichend zu analysieren.

Die zeitlich versetzte Implementierung der BHH trägt zu einer theoretisch interessanten Ausgangslage bei. In Rosario wurde das Analysemodell BHH vor rund zehn Jahren (2002) implementiert und in La Plata im Jahr 2008 – also fünf Jahren zeitversetzt. Ein Vergleich scheint demnach auch insofern interessant, da aufgrund der zeitlichen Dimension auch darauf geachtet werden kann, inwiefern der „junge“ und der „alte“ Bürgerhaushalt mit ähnlichen Erfahrungen konfrontiert sind.

Als Kriterien, die für die Auswahl des Fallbeispiels relevant waren, kann die Vorbildfunktion, die beide erfahren, genannt werden. Während Rosario als erster BHH Argentiniens innerhalb der vergangenen zehn Jahre von vielen argentinischen Kommunalregierungen, die die Einführung des BHHes in ihren Kommunen vorsahen, konsultiert wurde, erfuhr La Plata durch eine im internationalen BHH-Vergleich hohe Beteiligungsrate von rund acht bis zehn Prozent der Stimmberechtigten Aufmerksamkeit in der internationalen Bürgerpartizipationsdebatte im Jahr 2008-2010 (vgl. Peruzzotti, Magnelli, Peixoto 2011: 115). Auch der Umstand, dass die wissenschaftliche Dokumentation über argentinische BHH in deutscher Sprache begrenzt ist (vgl. Röder 2010b: o.S.) begünstigte die Auswahl dieser spezifischen Fallobjekte. Insbesondere der BHH La Plata wurde weder in spanischer, noch deutscher und/oder englischer Sprache einer fundierten wissenschaftlichen Analyse unterzogen.

5.2 Auswertungsmethode

Die Auswertung der teilstrukturierten Experteninterviews wurde anhand der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring mittels computergestützter Auswertungsoftware Atlas.ti vorgenommen. Dabei wurde das transkribierte Textmaterial typisierend strukturiert (vgl. Mayring 2008: 85f.).

5.2.1 Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring

Die Qualitative Inhaltsanalyse ermöglicht die schrittweise Auswertung des Textmaterials der Interviews. Durch ein theoriegeleitetes Kategoriensystem wird die Qualitative Inhaltsanalyse geleitet und differiert dadurch zur objektiven Hermeneutik (vgl. Mayring 2002: 114). Als wesentliches Charakteristikum der Qualitativen Inhaltsanalyse gilt der bereits angedeutete theoriegeleitete Forschungsprozess. Dieser „analysiert ihr Material unter einer theoretisch ausgewiesenen Fragestellung“. Anschließend werden „die Ergebnisse [...] vom jeweiligen Theoriehintergrund her interpretiert“ (Mayring 2008: 12). Dieses Prinzip der Theorieüberprüfung wird in der vorliegenden Arbeit angewendet, indem die partizipative Demokratietheorie den

Theoriehintergrund bildet und indem die durch die empirische Forschung identifizierten Herausforderungen der BHHen im Rahmen der Interviews systematisch thematisiert werden.

Der Analyseablauf ist laut Mayring dadurch gekennzeichnet, dass bereits zu Beginn Kategorien definiert werden. Diese Definitionen müssen sowohl dem Analysegegenstand als auch der vorab formulierten Fragestellung entsprechen. Wenn nun beim ersten Durchgang des Textmaterials eine Textstelle, die mit einer Kategoriendefinition übereinstimmt gefunden wird, so wird eine passende Kategorie gebildet. Solange das Kategoriensystem ergänzt und adaptiert wird, ist das gesamte Material von Beginn an erneut zu analysieren. Der darauffolgende Schritt ist jener der Interpretation und Auswertung des Materials (vgl. Mayring 2002: 115ff.). Für die Auswertung des Textmaterials schlägt Mayring drei Methoden der qualitativen Inhaltsanalyse vor, die sich durch unterschiedliche Analyseziele unterscheiden. Die „Zusammenfassung: Ziel der Analyse ist es, das Material so zu reduzieren, dass die wesentlichen Inhalte erhalten bleiben, durch Abstraktion einen überschaubaren Corpus schaffen, der immer noch Abbild des Grundmaterials ist“ (Mayring 2008: 58). Die Explikation oder das Verdichten „[...] zu einzelnen fraglichen Textteilen (Begriffen, Sätzen, ...) zusätzliches Material heranzutragen, das das Verständnis erweitert, das die Textstelle erläutert, erklärt, ausdeutet“ (ebd.). Das Strukturieren „[...] bestimmte Aspekte aus dem Material herauszufiltern, unter vorher festgelegten Ordnungskriterien eine Querschnitt durch das Material zu legen oder das Material aufgrund bestimmter Kriterien einzuschätzen“ (ebd.).

Im Rahmen dieser Diplomarbeit wurde die strukturierende Inhaltsanalyse angewendet, da im Zuge der Auswertung eine bestimmte Struktur aus dem Material gefiltert werden soll. Bei der strukturierenden Inhaltsanalyse unterscheidet Mayring zwischen der formalen, inhaltlichen, typisierenden und skalierenden Strukturierung. In allen vier Arten der strukturierenden Auswertung werden zunächst Kategorien für die Subsumption der Textstellen definiert, danach Ankerbeispiele für jede Kategorie abgeleitet und anschließend Kodierregeln zur Abgrenzung der Kategorien bestimmt (vgl. ebd.).

Nachdem sich die Auswertung an dem Ziel orientierte Typen zu identifizieren und möglichst präzise zu beschreiben, erfolgte diese durch die typisierende Strukturierung, welche insbesondere zur Explikation einzelner markanter Merkmalsausprägungen diene. Dabei orientiert sich die Typenbildung an den fünf Dimensionen, die unter der Federführung von Yves b von der UN-HABITAT als charakteristische Merkmale von BHHen identifiziert werden. Yves Cabannes, französischer Stadtplaner des University College London (UCL), mit Forschungsschwerpunkten unter anderem in den Bereichen *Urban Governance*, nachhaltige Stadtentwicklung wie auch *Justice, Ethics & Human Rights*, publizierte zahlreiche Studien und Artikel über

BHHe. In seinem Artikel *Participatory budgeting: a significant contribution to participatory democracy* unternahm er eine systematische vergleichende Analyse der Konzeptionen von bisher umgesetzten BHHen. Die im Zuge dessen systematisierten Kategorien bildeten einen geeigneten Analyserahmen um das institutionelle Design des Beteiligungsverfahrens von La Plata zu untersuchen. Im Zentrum stehen dabei folgende fünf Schlüsselkategorien: Partizipative, territoriale, finanzielle, legale, und politische Dimensionen (vgl. Cabannes 2004b: 41ff.). Diese Typisierungsdimensionen wurden aus dem theoretischen Vorverständnis deduktiv abgeleitet und bilden die Hauptanalysekategorien. Die Interviewpersonen brachten die unterschiedlichen Subkategorien induktiv ein, indem sie über die Ausprägungen der Herausforderungen und Problembereichen ihrer BHHe berichteten. Im Zuge der Auswertung wurden Hauptkategorien gebildet, in dem demokratietheoretisch interessante oder besonders häufige Ausprägungen identifiziert und zu charakteristischen Prototypen zusammengefasst wurden. Dadurch wurden durch empirische Analyse Antworten auf die Frage nach typischen Problembereichen geliefert, die bei der Umsetzung von BHHen entstehen.

Die fünf thematischen Bereiche der UN-HABITAT dienten ebenso als Analyseraster für die Auswertung der Interviews. Diese halfen der hohen Unterschiedlichkeit der BHHe zu begegnen und ermöglichten eine einheitliche systematische Vergleichbarkeit. Die an das Interviewmaterial herangeführten Hauptkategorien waren folgende:

Kategorie 1: Institutionelles Design

- Konzeptqualität
- Strukturqualität
- Prozessqualität
- Ergebnisqualität

Kategorie 2: Herausforderungen der rechtlichen Dimension

Kategorie 3: Herausforderungen der finanziellen Dimension

Kategorie 4: Herausforderungen der partizipativen Dimension

Kategorie 5: Herausforderungen der territorialen Dimension

Kategorie 6: Herausforderungen der politischen Dimension

In der Auswertung der Experteninterviews wurde primär darauf geachtet, wie die Interviewpartner auf die offen formulierte Frage nach Herausforderungen in einer Dimension, antworteten. Diese erste Systematisierung wurde jedoch im Zuge der Auswertung nachjustiert und von mir rückwirkend teilweise anderen bzw. neuen Bereichen zugeordnet.

5.2.2 Transkriptionsprogramm „f4“ und Atlas.ti

Zur Transkription wurde das Transkriptionsprogramm f4 verwendet. Dieses ist eine Software, die das Abtippen von digitalen Aufnahmen erleichtert. Die Abspulgeschwindigkeit kann variabel verändert und Zeitmarken können wahlweise eingefügt werden. Diese Funktion wurde genutzt, um die zeitliche Komponente in das Interview einfließen zu lassen und um in der Auswertung ebenso zu berücksichtigen, zu welchem Zeitpunkt des Interviews etwaige Äußerungen getätigt wurden (vgl. Dresing, Pehl 2009: o.S.).

Die Software Atlas.ti ist ein so genanntes Interpretations-Unterstützungs-System (IUS), welches eigens für qualitative Forschungszwecke konzipiert wurde. Der Prototyp wurde zwischen 1989 und 1992 erstellt und seither kontinuierlich weiterentwickelt. Das Programm ermöglicht die Analyse, Interpretation und Darstellung des Rohtextes. Für die Interpretation des Datenmaterials, wie beispielsweise eines Interviews, kann durch die Auswertung mit Atlas.ti eine Differenzierung zwischen textueller und konzeptueller Ebene geschaffen werden (vgl. Muhr o.J.: 1ff.).

5.2.3 Forschungsablaufmodell

Die Abbildung fünf stellt das allgemeine Ablaufmodell der qualitativen Inhaltsanalyse dar. Es wird deutlich, dass diese systematisch-strukturiert gegliedert ist und einen schrittweisen Ablauf vorgibt. Zu Beginn wird sowohl das Material ausgewählt als auch dessen Herkunft und Entstehung dokumentiert (1.). Hierbei soll das zur Verfügung stehende Material in einen Gesamtkontext der Entstehungssituation eingebettet werden (2.). Formale Aspekte des Materials wie beispielsweise die Definition von Orientierungsregeln im Auswertungsprozess oder das verwendete Auswertungsprogramm müssen erläutert werden (3.). Daraufhin sollte geklärt werden, in welche Richtung die Analyse gehen wird (4.). Diese kann von Absichten und Interessen des/der Verfasser/in geprägt sein oder aber auch am Inhalt des Materials orientiert sein. In einem nächsten Schritt erfolgt die Differenzierung der theoretischen Fragestellung. Die vorab sehr breit formulierte Fragestellung wird im Zuge dessen in Subfragestellungen transformiert (5.) Anschließend erfolgt die Entscheidung für eine Analysetechnik, die Festlegung des konkreten Ablaufmodells (6.) und die Definition der Analyseeinheiten (7.). In Letzterer wird zwischen Kodiereinheiten, Kontexteinheiten und Auswertungseinheiten unterschieden. Ab der nächsten Analysestufe fällt dem Kategoriensystem, in dessen Kategorien die Kodiereinheiten eingeteilt werden, eine zentrale Bedeutung zu. Das Kategoriensystem bildet die Basis für die drei Grundformen, die nach Mayring Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung sind (8.). Abschließend wird das Kategoriensystem durch das Datenmaterial und der Theorie wiederholt geprüft (9.). Die Ergebnisse werden in Richtung der Hauptfragestellung

interpretiert und schlussendlich wird Bezug zu den inhaltsanalytischen Gütekriterien hergestellt (10.) (vgl. Mayring 2008: 47ff.).

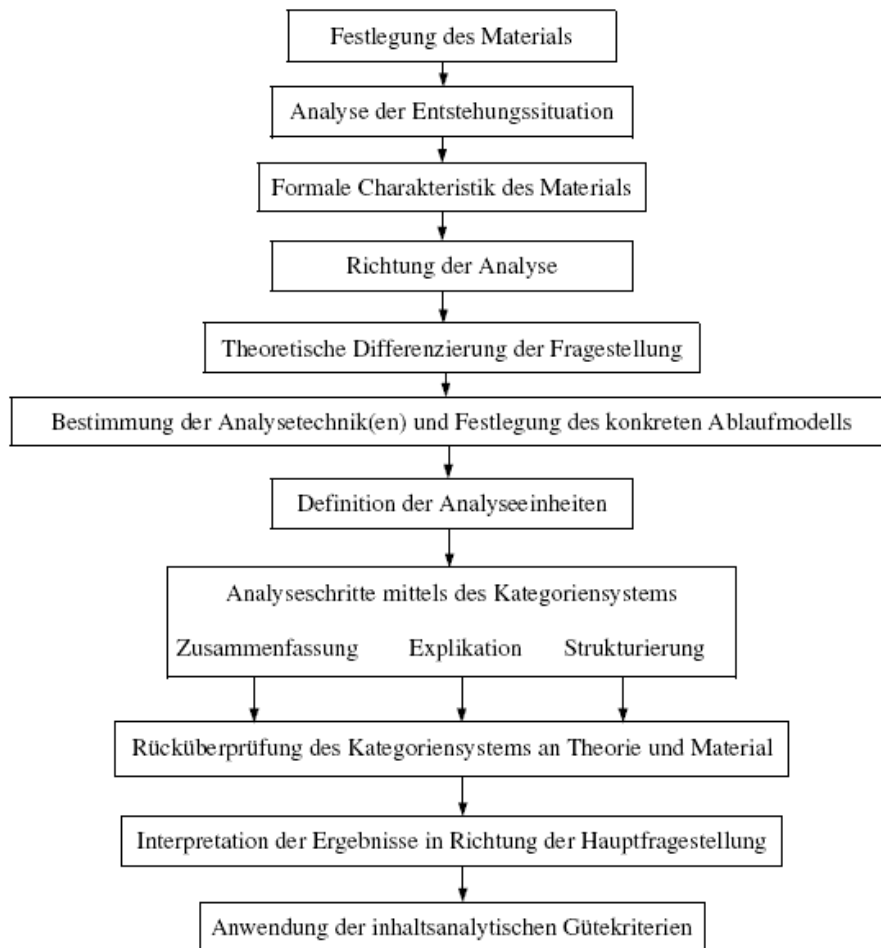


Abbildung 5: Allgemeines Inhaltsanalytisches Ablaufmodell nach Mayring
Quelle: Mayring 2008: 54.

Die einzelnen aufeinander aufbauenden Schritte des Ablaufmodells von Mayring werden nun anhand der Vorgehensweise zur Beantwortung der Forschungsfrage skizziert, die dieser Arbeit zu Grunde liegt.

1. Festlegung des Materials:

Als Analysematerial dienten die zwei von mir durchgeführten teil-strukturierten leitfadengestützten Experteninterviews. Verarbeitet wurden die Textstellen, die für die gewählte Fragestellung relevant sind. Informationen, wie beispielsweise die Funktion der Interviewpersonen, wurden für die Vorstellung dieser verwendet. Die qualitativen Experteninterviews stellen das Kernstück der empirischen Untersuchung dar und wurden mit Datenmaterial aus Projektberichten der beiden BHHs ergänzt.

2. Analyse der Entstehungssituation

Die Interviews wurden mit den Koordinatoren der BHH von Rosario und La Plata im Rahmen mehrerer Videokonferenzen per Skype geführt. Der Erstkontakt entstand durch mein Anschreiben im Februar 2012. Nach einer Phase der Erwartungsabklärung und Terminsuche wurden die Interviews schließlich Anfang und Mitte April 2012 geführt. Da in Argentinien gegenwärtig nur zwei kommunale BHH umgesetzt werden, war die Auswahlmöglichkeit der Analyse-Kommunen begrenzt und fiel auf Rosario und La Plata. Die Auswahl der Interviewpartner orientierte sich am Funktionskontext, den diese als Beauftragte zur Umsetzung des BHHes der implementierenden Kommunen einnehmen.

3. Formale Charakteristika des Materials

Die beiden Experteninterviews wurden mit Unterstützung eines Argentinisch-Spanischen Native-Speakers per Skype-Videokonferenz geführt, mittels Audio-Aufnahmeprogramm „Skye Graph“ aufgenommen und der Software „f4“ transkribiert. Füllwörter wurden ausgelassen. In der Darstellung und Diskussion der Ergebnisse werden die Aussagen anhand der Namen des Interviewpartners, der Jahreszahl und der Zeile des Interviews angegeben.

4. Richtung der Analyse

Ziel der Analyse war es zu eruieren, inwiefern sich das institutionelle Design der BHH von Rosario und La Plata unterscheidet, die zentralen Problembereiche und Herausforderungen der Umsetzung der BHH zu identifizieren und die Ausprägung der Herausforderungen vergleichend zu analysieren. Die Experten wurden daher bezüglich ihrer Erfahrungen in der Umsetzungspraxis der BHH befragt, wobei der Fokus auf die auftretenden Herausforderungen und mögliche oder angewendete Lösungsansätze gelegt wurde. Im Zuge der Auswertung wurden jene Herausforderungen, die die Interviewpersonen bei der Umsetzung von BHHen zentral deuten, gefiltert und deren Ausprägung und Gewichtung vergleichend dargestellt und erklärt.

5. Theoriegeleitete Differenzierung der Fragestellung

Die Analyse der Fragestellung und die Definition der Subfragestellungen wurden im ersten Kapitel erläutert. Primäre Zielsetzung war es, durch die Durchführung von Interviews, einen Einblick in die Erfahrungspraxis der einzelnen BHH zu gewinnen um die in der Literatur bisher mäßig angeführten Problembereiche und Herausforderungen zu ergänzen, die sich in der Umsetzung von BHHen stellen.

6. Bestimmung der Analysetechnik

Im Zuge dieser Arbeit wurde die typisierende Strukturierung nach Mayring angewendet, da diese das Ziel verfolgt, Typen zu identifizieren und möglichst präzise in ihren markanten Merkmalsausprägungen zu beschreiben. Bei diesen „Typen“ handelt es sich demnach um markante Ausprägungen einer definierten Typisierungsdimension (Mayring 2008: 58). Die Typisierungsdimensionen, die auch Hauptkategorien genannt werden, wurden aus dem vorab erarbeiteten Theorieverständnis deduktiv abgeleitet. Die Interviewpersonen brachten unterschiedliche Ausprägungen der Probleme und Herausforderungen ein, die sie bei der Umsetzung von BHHen durch die Wahrnehmung und Interpretation ihrer Erfahrungen kennenlernen. So wurden durch empirische Analyse Antworten auf die Frage nach typischen Herausforderungen, die bei der Umsetzung von BHHenen entstehen, geliefert. Zusätzliche Subkategorien, die erst durch die Analyse des Materials entstanden, wurden im Auswertungsprozess an die vorab definierten Hauptkategorien ergänzt. Somit wurden die Kategorien sowohl deduktiv an das Analysematerial herangetragen wie auch induktiv aus dem Material entnommen.

7. Definition der Analyseeinheiten

Bei der typisierenden Strukturierung fungieren besonders repräsentative Textstellen als sogenannte „Prototypen“ und werden aus dem Datenmaterial extrahiert (vgl. Langer 2000: 22).

8. Analyse des Materials mittels Kategoriensystem

Auf der Grundlage der Kategorien, die theoriegeleitet definiert wurden, wurden die Interviews analysiert und alle relevanten Aussagen diesen Kategorien zugeordnet. Textpassagen, die keiner Kategorie entsprachen, wurden in ihrer Bedeutung für die Forschungsfrage abgewogen und anschließend verworfen oder als neue Kategorie oder Sub-Kategorie integriert und das Material erneut analysiert. Diese Vorgangsweise garantiert, dass keine wichtigen Informationen unberücksichtigt bleiben.

9. Rücküberprüfung des Kategoriensystems

Das wiederholte Durchgehen des Textmaterials diente der Überprüfung des Kategoriensystems auf Richtigkeit und Vollständigkeit. Dadurch wurden Theorie und Material rücküberprüft.

10. Interpretation der Ergebnisse

Sobald alle Textstellen auf Relevanz geprüft und in das Kategoriensystem eingeordnet wurden, erfolgte das Paraphrasieren und Interpretieren des Materiales. Die Interpretation erfolgte mittels demokratiethoretischer Grundlagen, die im ersten Teil der Arbeit erläutert wurden.

11. Anwendung der inhaltsanalytischen Gütekriterien

Abschließend wurde die semantische Gültigkeit mit Hilfe des definierten Kategoriensystems bzw. der Strukturierungsdimensionen überprüft.

6 Vergleichende Falluntersuchung: Bürgerhaushalte in Rosario und La Plata

Nachdem sowohl der theoretische als auch der methodische Rahmen aufgezo- gen wurden, liefert der empirische Teil nun, ergänzend zu dem aus der Literatur abgeleiteten Grundwissen, die nötigen Erkenntnisse zur Beantwortung der Forschungsfrage. In einem ersten Schritt wird dafür die gesellschaftspolitische Einbettung und Funktionsweise der BHH von Rosario und La Plata skizziert.

6.1 Bestandsaufnahme der Städte

6.1.1 Kompetenzen im föderalen Argentinien

Argentinien ist eine repräsentative, präsidentiale Bundesrepublik und fußt auf der Verfassung von 1853, die 1994 reformiert wurde. Auf dem Grundsatz des Föderalismus bilden die nationale, provinzielle und kommunale Ebene die drei Kompetenzebenen. Aufgrund der Kompetenzteilung zwischen der föderalen Regierung und den lokalen Regierungen wird die Verfassung eigens von jeder Provinzregierung erlassen (vgl. Constitución Nacional, Art. 5, 121). Artikel Nr. 123 der Verfassung von 1994 hält den Autonomiestatus der Provinzen fest und weist diesen die Regulierung von institutionellen, politischen, administrativen und finanziellen Angelegenheiten zu (vgl. Constitución Nacional, Art. 5, 123). Die kommunalen Kompetenzen unterliegen in den genannten Bereichen dem Verantwortungsbereich der Provinzen, wobei gleichzeitig die Wahrung der kommunalen Autonomie sichergestellt wird (vgl. ebd.). Es wird also deutlich, dass den argentinischen Provinzen ein relativ großer Handlungsspielraum eingeräumt wird.

Die Stadt Rosario befindet sich in der Provinz Santa Fé und unterliegt damit der Verfassung der Provinz Santa Fé in rechtlichen Angelegenheiten. Die Kommunalverwaltung setzt sich aus einem leitenden Bürgermeister, der alle vier Jahre direkt von den BürgerInnen gewählt wird, und einem Gemeinderat zusammen (vgl. Constitución Santa Fe, Art. 107,2). Den Mehrheitsblock stellt die Peronistische mit der Sozialistischen Partei, welche gegenwärtig die sozialistische Bürgermeisterin Mónica Fein stellt (vgl. Municipalidad de Rosario o.J.: o.S.).

Die Kommunen der Provinz Buenos Aires und somit auch die Stadt La Plata sind rechtlich nicht autonom, sondern an die Provinzregierung von Buenos Aires gebunden. Derzeit wird die kommunale Autonomie diskutiert und möglicherweise, nach Sortinos Einschätzung, nächstes Jahr gewährt (vgl. Sortino 2012, Z.014). Den Mehrheitsblock bildet in La Plata die peronistische *Frente para la Victoria* (Front für den Sieg) als gemäßigt linke Fraktion. Der

Bürgermeister La Platas ist seit 2007 der sozialistische Bürgermeister Pablo Bruera, der der Partido del Progreso Social (Partei des sozialen Fortschrittes) angehört (vgl. Municipalidad de La Plata o.J.: o.S.).

6.1.2 Kurzbeschreibung

Rosario

Die Stadt Rosario reiht sich mit 909.397 EinwohnerInnen als drittgrößte Stadt Argentiniens hinter Buenos Aires und Córdoba in den landesweiten Städtevergleich ein (vgl. Worldmapfinder o.J.: o.S.). Mit einem Flächenausmaß von 179 km² beherbergt die Stadt circa ein Drittel der Provinz-Bevölkerung Santa Fés (vgl. Betancourt, Santandreu 2007: 51). Betrachtet man die Stadt Rosario als Metropolregion mit inklusive der Vororte und benachbarten Städte, so werden knapp über eine Million EinwohnerInnen gezählt (vgl. Worldmapfinder o.J.: o.S.). Die Metropolregion (*El Gran Rosario*) beheimatet 53 % der Arbeitsplätze der Provinz Santa Fé. Der Zuzug in die Städte ist hoch und stieg innerhalb der vergangenen Jahrzehnte konstant. Mit der Lagegunst am westlichen Ufer des Paraná-Flusses und einer Distanz von 300 km zur Bundeshauptstadt Buenos Aires, liegt Rosario als eines der größten Wirtschaftszentren am wichtigsten industriellen Korridor Argentiniens. Die ökonomische Wertschöpfung Rosarios trägt mit 5 % zum nationalen Bruttonationalprodukt bei, wobei die Nahrungsmittelindustrie und die industrielle Metallproduktion als bedeutsamste Sektoren gelten (vgl. Betancourt, Santandreu 2007: 51).

In den 1990er Jahren erlebte die Stadt Rosario einen wirtschaftlichen Anstieg, der vor allem auf Agroexport zurückzuführen war. Gleichzeitig kam es – im Zuge neoliberaler Politiken – zur Krise in den traditionellen Industriesektoren, zur Verschlechterung der Situation am Arbeitsmarkt und soziale Ungleichheiten zwischen arm und reich verschärfen sich. Die wirtschaftliche Rezession in den Jahren 1999-2001 hinterließ starke Auswirkungen in Rosario (vgl. Bloj 2008: 35)

La Plata

La Plata ist die Hauptstadt der Provinz Buenos Aires und liegt im Ballungsraum der Nationalhauptstadt Buenos Aires. La Plata befindet sich in der Distanz von 56 Kilometern südöstlich von Buenos Aires (vgl. Municipalidad de La Plata o.J.: o.S.).

Bei dem zuletzt vorgenommenen nationalen Zensus im Jahr 2001 wurden 599.000 EinwohnerInnen gezählt. Die städtische Bevölkerung verzeichnete ein Wachstum von 5 % in den Jahren zwischen 1991 und 2001. Ein weiterer Zuwachs wird prognostiziert (vgl. Yantorno 2012: 12).

Das Flächenausmaß von La Plata beträgt 940 km² und hat dadurch beinahe die fünffache Größe von Rosario. Die Stadt La Plata wurde von Dardo Rocha 1882 zur Provinzhauptstadt ernannt mit dem Ziel Provinz- und Landeshauptstadt zu trennen. Die Stadt Buenos Aires wurde zeitgleich in einen Bundesdistrikt umgewandelt und gilt seitdem als Hauptstadt Argentiniens (vgl. Municipalidad de La Plata o.J.: o.S.).

6.2 Entstehungskontext der Bürgerhaushalte

6.2.1 Argentinienkrise 1998-2002

Im Jahr 2001 sahen sich die politadministrativen TrägerInnen mit einer profunden politisch-institutionellen Krise konfrontiert. Diese wurde, laut Carné, rund ein Jahrzehnt durch soziale Bewegungen, die alternative Widerstandsäußerungen gegenüber der Radikalisierung der neoliberalen Politiken zeigten, vorangekündigt. Sie rückten das Problem der "Bürgerschaft" immer stärker ins Zentrum der Debatte. Enttäuschung und Delegitimierung politischer Strukturen und EntscheidungsträgerInnen färbten die klimatischen Bedingungen und äusserten sich in der Forderung "Mögen alle PolitikerInnen das Land verlassen und nicht ein einziger bleiben" ("Que se vayan todos, que no quede ni uno solo!"). Diese Forderung kann als Ausdruck der Distanz zwischen Zivilgesellschaft, der politischen Klasse und dem brüchigen repräsentativ-demokratischen System gedeutet werden (vgl. Bloj 2008: 31f.). Nachdem am 19. und 20. Dezember gewalttätige Demonstrationen 28 Todesopfer forderten, trat der Präsident Fernando De La Rúa zurück und eröffnete damit eine Periode staatlicher Krisen, die durch häufigen Präsidentschaftswechsel gekennzeichnet war (vgl. Carné 2005: o.S.).

Trotz der hohen Diversität der Protestformen, können steigende soziale Aktivitäten, eine fortschreitende Besetzung des öffentlichen Raumes und die Einberufung von Stadtteilversammlungen als wichtige Elemente festgehalten werden: „*Self-organized assemblies were formed simultaneously in cities around the country to discuss local and national problems. The forceful withholding of bank deposits during the crisis and the scarcity and increase in the price of consumer goods combined with lack of government response clearly showed the failure of Argentina's economic model. In the streets, there was a combination of excitement, uncertainty and fear*” (Carné 2005: o.S.).

Die Krise im Dezember 2001, bedeutete laut Daniel García Delgado die Zerstörung aller Verträge und den Sturz des ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Modelles, welches in Argentinien im Zuge der Militärdiktatur entstand und in den 1990ern fortgesetzt wurde (Municipalidad de Rosario 2009: 19).

6.2.2 Implementierungsphase

In Rosario werden kooperative politische Planungsinstrumente im Bereich der Stadtentwicklung seit Mitte der 1990er Jahre verstärkt eingesetzt. Der städtische Strategieplan von Rosario (*Plan Estratégico Rosario PER*) lud erstmals zivilgesellschaftliche Organisationen und Universitäten ein, die strategische Ausrichtung einerseits, und einzelne Projekte der Stadtentwicklung andererseits mitzugestalten. Dieser wurde 1995 geltend gemacht und lädt BürgerInnen seitdem zur Partizipation ein. Im Jahr 2000 wurden zusätzlich Bürgerbeteiligungsangebote in den Bereichen Gesundheit, Wohnen und öffentlicher Dienstleistungen eingerichtet (Municipalidad de Rosario 2009: 18). Kurz nach Implementierung des PER wurde 1996 ergänzend ein kommunaler Dezentalisierungs- und Modernisierungsprozess eingeleitet. Dafür wurde das Stadtgebiet im Rahmen einer Verwaltungsreform in Verwaltungsbezirke aufgeteilt. Zuvor zentralisierte Kompetenzen der Stadtplanung wurden damit in sechs neu gegründeten Bezirkszentren ausgelagert (vgl. Municipalidad de Rosario 2009: 18).

Die Gemeindezentren sind seit dieser Dekonzentration mit der Projektkoordination als verlängerter Arm der Stadtverwaltung auf Ebene des Distriktes tätig (vgl. Röder 2001: 49). Der Dezentalisierungsprozess Rosarios umfasste laut Bifarello drei grundlegende Maßnahmenbereiche: Erstens wurde durch die Definition von Zonen zur Erbringung öffentlicher Leistungen eine operative Dezentralisierung erreicht. Zweitens die administrative Dezentralisierung, welche die damit einhergehende Dezentralisierung sozialer und kultureller Serviceleistungen meint und drittens die politische Dezentralisierung. Letztere ist in der Installierung dezentralisierter Institutionen, die politische Beteiligung stärken, zu finden (vgl. Campana 2007: 52 f.).

In der krisengeschüttelten Periode Argentiniens, als die Unzufriedenheit mit politischen Strukturen und EntscheidungsträgerInnen 2001 im Zuge der zuvor erläuterten Argentinienkrise ihren Höhepunkt erreichte, entschied die Stadtregierung den BHH im Jahr 2002 einzuführen, der BürgerInnen mehr Mitsprachemöglichkeiten einräumt (Municipalidad de Rosario 2009: 19). Der Bürgermeister Michael Lifschitz leitete damals die sozialistische Stadtverwaltung und wurde mit der Konzeption beauftragt (vgl. Ford: S. 30). Die Organisation des einjährigen Pilot-BHHes im Jahr 2002 wurde durch den zuvor vollzogenen Dezentalisierungsprozess erleichtert. 2003 wurde der BHH institutionalisiert (vgl. Signorelli 2008: o.S.).

Auch die wissenschaftliche Studie von Signorelli attestiert die Einführung des BHHes als eine Schlüsselentscheidung, die die sozialistische Regierungspartei Rosarios traf um auf die repräsentativ-politische Krise des Jahres 2001 zu reagieren (vgl. Signorelli 2008: o.S.). Ebenso sieht Torricella einen direkten Zusammenhang zwischen der politischen und ökonomischen

Krise Argentinien und der Einführung des BHHes. Er beschreibt die atmosphärischen Bedingungen in der Entstehungszeit, in dem er darauf verweist, dass im Jahr 2002 der Ausruf „Mögen alle PolitikerInnen das Land verlassen“ auch die demonstrierende Zivilgesellschaft in Rosario dominierte. Dem Aufruf folgend zogen sich viele argentinische politische Akteure zurück und kapselten sich ab. Die politischen VertreterInnen Rosarios jedoch reagierten konträr indem sie den atmosphärischen Wandel nutzten und die von der Zivilgesellschaft geforderten Partizipations- und Mitsprachemöglichkeiten einräumten – ja sogar institutionalisierten. Torricella zitiert den damaligen Bürgermeister Rosarios, welcher die „chaotischen Situation“ (Torricella 2012, Z.128) der verbreiteten Unzufriedenheit entgegenzuwirken und die Zivilgesellschaft zu beruhigen begegnete, in dem er eine Neu-Ausrichtung kommunizierte: „Wir haben geringe finanzielle Ressourcen und wir wollen [die Verwendung] dieser alle gemeinsam diskutieren“ (ebd.).

Aufgrund der dünnen Datenlage über die Entstehung des BHHes von La Plata wird hier vorwiegend auf Informationen aus dem Interview mit Carlos Sortino aufgebaut. La Plata war wie auch viele andere Städte Argentinien, Anfang des 21. Jahrhunderts von der Militärdiktatur und den wirtschaftlichen Krisenzeiten gezeichnet. Die Staatskrise Argentinien traf auch La Plata stark. Weiters konfrontierten das knappe kommunale Haushaltsbudget, umfassende Versorgungsprobleme und daraus resultierende hohe soziale Ungleichheiten die Stadt La Plata. Um diesen Problemen zu begegnen, setzte sich der damalige sozialistische Bürgermeister Pablo Bruera für die Involvierung der BürgerInnen in die Verteilung knapper öffentlicher Mittel im Bereich der Stadtentwicklung ein (vgl. Peruzzotti, Magnelli, Peixoto 2011: 108). Aufgrund der, laut Sortini, „antiken“ Gesetzeslage aus dem Jahr 1934 und der vorherrschenden starren repräsentativ-politischen Strukturen, waren Mechanismen der Bürgerbeteiligung durch politische Instrumente in der Provinz Buenos Aires vor der Implementierung des BHHes kaum umgesetzt (vgl. Sortino 2012, Z.014). In der Stadt La Plata existierten neben den regulären Partizipationsmöglichkeiten im Zuge der regulären Wahlen der repräsentativen Demokratie, keine Partizipationsinstrumente oder Verfahren (vgl. Sortino 2012, Z.012).

Pablo Bruera, setzte sich, nachdem er 2007 zum Bürgermeister gewählt wurde, vehement für die Einführung eines BHHes in La Plata ein. Nach einer Pilotphase, in der BürgerInneninformationsveranstaltungen und direkte Gespräche mit BürgerInnen über deren Vorstellungen stattfanden, wurde das Konzept für den BHH festgelegt und 2008 schließlich eingeführt (vgl. Peruzzotti, Magnelli, Peixoto 2011: 108f.). Die Entscheidung, in La Plata einen BHH einzurichten, war weder reaktiv auf die Forderung zivilgesellschaftlicher Organisationen getroffen,

noch gemeinsam mit der Opposition abgestimmt (vgl. Perruzzotti 2010: 109). Auch Sortino bekräftigt im Zuge des Interviews, dass die Einführung des BHHes in La Plata maßgeblich auf die Initiative des Bürgermeisters Pablo Burera zurück zu führen ist (vgl. Sortino 2012, Z. 006).

6.3 Das institutionelle Design

Das institutionelle Umsetzungsdesign von BHHen nimmt je nach lokalen Bedingungen unterschiedliche Ausprägungsformen an. Benjamin Goldfrank erläutert in diesem Zusammenhang die Wirkung, die von der Ausgestaltung des Designs ausgeht. Diese hat „*particularly important effects on encouraging and sustaining citizen participation*“ (Goldfrank 2005: 31). Das institutionelle Design der beiden Analyse-BHHe der Städte La Plata und Rosario zeigt in einigen Aspekten organisatorische Parallelen auf und variiert gleichzeitig in anderen Aspekten. Die städtespezifische Organisationsstrukturen, die in diesem Kapitel dargestellt werden, unterliegen einem ständigen Veränderungs- und Anpassungsprozess. Dieses Kapitel liefert ein Abbild des institutionellen Designs wie auf der Website und in den hochgeladenen Publikationen der Gemeinden Rosario und La Plata gegenwärtig informiert wird.

6.3.1 Rechtliche Rahmenbedingungen

Die rechtlich-regulatorische Verankerung der beiden analysierten BHHe differiert stark. Die Existenz des BHHes Rosarios ist per Verordnung rechtlich definiert und unterliegt damit dem Gemeinderat. Die im Jahr 2002 erlassene Verordnung Nummer 7326/2002 erhob Rosario zur ersten Stadt, die einen BHH in Argentinien implementierte (vgl. Municipalidad de Rosario 2002: o.S.). Der Haushaltsplan von Rosario wird jährlich durch das Wirtschafts- und Finanz-Sekretariat erstellt (vgl. Municipalidad de Rosario o.J: o.S.). Eine Studie von Cabannes, in der er die budgetäre Situation mehrerer südamerikanischer BHHe miteinander vergleicht, enthüllt, dass die Stadt Rosario mit 60 % eine vergleichsweise relativ hohe finanzielle Autonomie erfährt. Dies lässt einen weiten Handlungsspielraum in rechtlichen und finanziellen Angelegenheiten (vgl. Cabannes 2004a 58f.).

In der Verordnung 7326/2002 sind folgende Zielsetzungen für die Umsetzung des BHHes in Rosario angeführt:

- Steigerung der Identifikation der BürgerInnen mit der zukünftigen Stadt
- Einführung eines Instrumentes zur kommunalen Planung und Kontrolle
- Optimierung des Einsatzes von öffentlichen Ressourcen
- Förderung der Bürgerpartizipation in Aufgaben der Stadtregierung

- Institutionalisierung eines partizipativen Raumes (vgl. Municipalidad de Rosario 2002: o.S.).

Im Jahr 2005 wurde diese Verordnung abgewandelt, um einen getrennten BHH für junge BürgerInnen im Alter von 13 bis 18 Jahren einzuführen. Auch 2006 wurde eine zusätzliche Verordnung erlassen, die unter anderem festlegt, dass die Beteiligung von Männern und Frauen jeweils 50 % betragen soll (vgl. Municipalidad de Rosario 2009: 20).

Für den BHH von La Plata existiert im Gegensatz dazu, keine eigene Verordnung, die eine fortwährende Realisierung des BHHes gewährleistet. In einer Verordnung der finanziellen Budgetgebarung ist lediglich vermerkt, dass jährlich ein Teil des kommunalen Bugets dem BHH zur Verfügung steht. Im Gegensatz zu Rosario sind jedoch keine Angaben zur inhaltlichen Umsetzung enthalten (vgl. Sortino 2012, Z.014).

In der Verordnung der fianziellen Budgetgebarung ist angeführt, dass ein Teil des kommunalen Budgets jährlich dem BHH zur Verfügung gestellt wird. Der jährliche Haushaltsplan wird durch das Wirtschaftssekretariat erstellt (vgl. Municipalidad de La Plata o.J.: o.S.). Aufgrund der hohen kommunalen Abhängigkeit der Provinz Buenos Aires im Bereich der Budgetgebarung und der demokratisch-repräsentativen Strukturen, existieren in La Plata keine rechtlichen Grundlagen, die Form und Inhalt der Realisierung des BHHes festlegen. Lediglich ein Vermerk, der festlegt, dass ein Teil der Budgetgestaltung durch einen jährlichen Mechanismus namens BHH entschieden wird, wurde 2008 erlassen. In der Programmierung und Methodenwahl für die Umsetzung des BHHes ist der Bürgermeister demnach weisungsfrei und genießt Handlungsfreiheit. Sowohl der Rechnungshof, der das Agieren der Kommunalregierung regulär beaufsichtigt, als auch die Provinzregierung kontrollieren den BHH nicht, da diese primär an der Budgetaufteilung auf die einzelnen Ressorts und deren Bereiche interessiert sind, und nicht an der Entscheidungsmethode (vgl. Sortino 2012, Z.014).

Folglich kann die Existenz des BHHes in La Plata durch eine Neuwahl beendet werden, da der Bürgermeister keine juristische Verantwortung für die Beibehaltung des Verfahrens trägt. Im Gegensatz zu Rosario existieren für La Plata, aufgrund der minimalen rechtlichen Verankerung des BHHes, keine juristischen Mittel mit denen die Projektrealisierung von BürgerInnen eingeklagt werden kann (vgl. Sortino 2012, Z.010).

Die in der Implementierungsphase vorherrschenden Ziele des BHHes von La Plata werden wie folgt angeführt:

- Erhöhung der Transparenz bei Budgetentscheidungen

- Gestaltung der öffentlichen Verwaltung nach effektiven Prinzipien
- Steigerung der Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten an öffentlichen Entscheidungen
- Verbesserung des Zugangs zu öffentlichen Gütern für Ärmste der Bevölkerung
- Einrichtung eines Kontrollmechanismus der Regierungspolitik (vgl. Peruzzotti, Magnelli, Peixoto 2011: 109).

6.3.2 Trägerstrukturen und politische Funktion

Die Trägerstrukturen der BHHes sind in den beiden Städten unterschiedlich formiert. In Rosario ist der BHH ein politisches Projekt der sozialistischen Regierungspartei, die seit über zwanzig Jahren die Stadtregierung anführt. Für die Umsetzung des BHHes wurden VerwaltungsmitarbeiterInnen aus unterschiedlichen Abteilungen zu einem Projektteam zusammengeschlossen und darüberhinaus sämtliche Verwaltungsabteilungen für einzelne Projektaktivitäten involviert (vgl. Torricella 2012, Z.092).

In La Plata hingegen wurde eine externe Arbeitsgruppe mit der Umsetzung des BHHes beauftragt. Diese setzte sich schon vor der Einführung des BHHes im Rahmen der politischen Organisation *Frente de Participación Popular* mit demokratietheoretischen Grundlagen und der Philosophie des BHHes im Zuge ihrer Forschungstätigkeiten auseinander (vgl. Sortino 2012, Z.008). Diese politische Organisation war früher Teil der sozialistischen argentinischen Partei (vgl. Sortino 2012, Z.012). Pablo Bruera stellte die Arbeitsgruppe, die für die Implementierung und Entwicklung des BHHes in La Plata verantwortlich ist, gezielt aus Personen zusammen, die nicht Teil der Regierungspartei waren, um ein unparteiisches und offenes Programm zu entwickeln, schildert Sortino (vgl. Sortino 2012, Z.006).

Da der BHH auf unterschiedlichen ideologischen Standpfeilern fußt und durch unterschiedliche Zielsetzungen geprägt ist, wird die politische Funktion je nach ideologischer Konzeption sehr unterschiedlich eingeordnet. „Je nach Zielvorstellung werden unterschiedliche Funktionen im Bürgerhaushaltsmechanismus forciert“ (Sortino 2012, .186), so betont Sortino.

Die primäre politische Funktion des BHHes von Rosario sieht Torricella in der Verbesserung der Beziehung zwischen BürgerInnen und dem städtischen Gemeinwesen: „Was man politisch verfolgt, ist eine Verbesserung der Beziehung zwischen BürgerInnen und dem städtischen Gemeinwesen, deren Annäherung an Entscheidungsfindungen und die Definition des Budgetthemas, das sehr spezifisch für Einzelkabinette ist“ (Torricella 2012, Z.092).

Die fundamentale Zielsetzung des BHHes von La Plata drückt Sortino in der Involvierung von BürgerInnen und in der Gestaltung und Kontrolle der öffentlichen Stadtpolitik aus (vgl. Sortino 2012, Z. 154). In der Konzeption von La Plata stellt der BHH einen „Mechanismus

der sozialen Transformation“ dar, so betonte Sortino mehrmals im Zuge des Interviews und weist damit auf die aus seiner Sicht primäre politische bzw. soziale Funktion des BHHes hin (vgl. Sortino 2012, 182).

6.3.3 Räumliche Aufteilung

Die räumliche Aufteilung ist in beiden BHHen unterschiedlich ausgeprägt. Wie bereits erwähnt wurde das Stadtgebiet von Rosario 1995 im Rahmen des PER in sechs Verwaltungsbezirke geteilt. Diese wurden für die Organisation des BHHes aufgegriffen in dem diese weiters in acht bis zehn Zonen innerhalb der Verwaltungsbezirke räumlich gegliedert wurden (vgl. Municipalidad de Rosario 2009: 18). Die Zonen sind durch ähnliche Alltagserfahrungen und Problembereiche charakterisiert, so Torricella, werden den BürgerInnen jedoch nicht kommuniziert, sondern stellen lediglich administrative Grenzen dar (vgl. Torricella 2012, Z. Z.076).

Das Stadtgebiet La Plata ist in rund 18 Verwaltungseinheiten aufgeteilt. Für die Organisation des BHHes wurden 43 Zonen im Jahr 2008 definiert. Diese Aufteilung wurde hauptsächlich nach sozioökonomischen Kriterien vollzogen (vgl. Peruzzotti, Magnelli, Peixoto 2011: 109). Die Anzahl der Zonen und damit der im Rahmen des BHHes organisierten Bürgerforen wird jährlich – soweit es die Kapazitäten zulassen – erhöht (vgl. Sortino 2012, Z. 160).

Eine gleichmäßige räumliche Aufteilung in beiden BHHen soll garantieren, dass die Abhaltungsorte stets äquidistant von BürgerInnen im ganzen Stadtgebiet erreichbar sind (vgl. Torricella 2012, Z.076, Sortino 2012, Z.160).

6.3.4 Jährlicher Verfahrensablauf

Zuerst wird der Verfahrensablauf von Rosario skizziert (vgl. Municipalidad de Rosario 2009: 20). Die **erste Runde** der Stadtteilversammlungen⁴ (*Asambleas Barriales*) findet jährlich zwischen März und April statt. In jedem der sechs Stadtteile werden fünf bis zehn Versammlungen organisiert in denen alle städtischen BürgerInnen partizipieren und Vorschläge zur Entwicklung ihres Stadtteils einbringen können. MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung moderieren und betreuen die Versammlungen als DistriktleiterInnen. Das Ziel dieser ersten Runde ist, die stadtteil- und distrikt-spezifischen Bedürfnisse und Probleme gemeinsam zu erheben, Projektvorschläge in Kleingruppen auszuarbeiten und danach im Plenum zu priorisieren, um abschließend eine Vorschlagsliste zu erstellen, mit der in der nächsten Phase weitergearbeitet wird. Am Ende dieser ersten Phase werden von allen TeilnehmerInnen so genannte Bürger-

⁴ Der spanische Terminus *Asambleas Barriales* (Stadtteilversammlungen) ist ident mit jenem der selbstorganisierten Versammlungen vor der Krise 2001, es sind jedoch nicht diese gemeint. Möglicherweise wurde der Begriff für die Stadtteilversammlungen im Zuge des Bürgerhaushaltes bewusst gewählt (vgl. Röder 2010: 56).

Innendelegierte durch ein direktes, anonymes und persönliches Wahlverfahren bestimmt (vgl. Municipalidad de Rosario 2009: 21). Diese formieren gemeinsam den Beteiligungsrat und können dieses Amt maximal zwei Jahre hintereinander ausführen (vgl. Röder 2010: 56).

Die gewählten BürgerInnendelegierten sind in **Phase Zwei** mit der Aufgabe betraut, die zuvor im Rahmen der Bürgerversammlungen formulierten Verbesserungsvorschläge für den Stadtteil in Projektkonzepten zu konvertieren. In jedem Stadtteil werden im Durchschnitt zweistündige Delegiertenversammlungen im wöchentlichen Rhythmus von Mai bis September abgehalten. (vgl. Municipalidad de Rosario 2009:21). Um die Vorschläge der BürgerInnen aufgreifen zu können, besuchen die BürgerInnendelegierten die Stadträume um die Situation und Bedürfnisse der BürgerInnen besser beurteilen zu können. Die konkrete Projektausarbeitung erfolgt gemeinsam mit Teams der Stadtverwaltung, welche speziell für die Prüfung der Umsetzbarkeit und die Aufstellung von Kostenplänen zuständig sind. BürgerInnendelegierte haben weiters die Aufgabe den Implementierungsvorgang jener Projekte zu überwachen, die in den Jahren zuvor beschlossen wurde (vgl. Röder 2010: 57).

In **Phase drei** findet die zweite Runde der BürgerInnenversammlungen auf Bezirksebene statt. Im Rahmen dieser erfolgt die Ergebnispräsentation der durch die BürgerInnendelegierten erarbeiteten Projektkonzepte. Ziel dieser Phase ist die Priorisierung der Projekte durch eine Wahl auf Distriktebene, die im darauffolgenden Jahr im jeweiligen Bezirk umgesetzt werden sollen. Wahlberechtigt sind alle BürgerInnen der Stadt, die älter als 16 Jahre alt sind. (vgl. Signorelli 2009: o.S.).

Die Kanäle die zur Wahl zur Verfügung stehen sind: Briefwahl oder Präsenzwahl. Seit 2006 ist auch die elektronische Wahl möglich. Nach der Wahl werden die Projekte entsprechend der Stimmenanzahl gereiht und dem Stadtrat zur Genehmigung und Aufnahme in die budgetäre Haushaltsplanung der Stadtverwaltung für das kommende Jahr vorgelegt (vgl. Röder 2010: 58).

Im Rahmen der so genannten Abschlussrunde, die die **vierte Phase** Anfang Oktober einleitet, kommt es zur Abschlusspräsentation. Die gewählten Projekte und Bauvorhaben aller sechs Stadtteile werden im Rahmen dieser Versammlung von MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung vorgestellt. Alle BürgerInnen der Stadt können teilnehmen. Weiters wird auch ein Rückblick über die umgesetzten Projekte des vergangenen Jahres getätigt und eine erste Evaluierung des gegenwärtigen BHHes und der Arbeit der BürgerInnendelegierten vorgenommen. Im Dezember findet die Verabschiedung des Haushaltsplans statt. Dieser bildet **Phase Nummer fünf** (vgl. Campana 2007: 55).

Auch der BHH von La Plata ist in fünf aufeinanderfolgenden Verfahrensstufen konzipiert. In der **ersten Phase** erfolgt die Durchführung von Bürgerforen, an denen alle BürgerInnen der Stadt teilnehmen können. In jeder der 43 für die Durchführung des BHHes definierten Zonen werden drei bis fünf öffentliche Bürgerforen organisiert. BürgerInnen können im Zuge dessen ihre Projektideen vorstellen, die oft schon im Vorfeld privat besprochen und entwickelt wurden (Perruzetti 2010: 110). Die Bürgerforen werden von VerwaltungsmitarbeiterInnen moderiert und betreut. Um die technische Machbarkeit zu beachten, werden fachliche ExpertInnen der Stadtverwaltung ebenso in dieser Projektphase mit einbezogen. Bei Bedarf kommt es in dieser Phase zur Einberufung von außerordentlichen Foren. Interessierte BürgerInnen können in diesem Rahmen direkt mit behördlichen VertreterInnen über auftretende Probleme sprechen. 2010 wurden in La Plata 20 außerordentliche Foren abgehalten.

In **Phase zwei** stehen alle ausgearbeiteten Projekte zur Disposition und können von den teilnehmenden BürgerInnen gewählt werden. Entsprechend dieser Priorisierung wird eine Wahlliste für Phase drei erstellt. Davor prüft die Stadtverwaltung jedoch, ob die eingereichten Projekte finanziell, juristisch und technisch umsetzbar sind (vgl. Peruzzotti, Magnelli, Peixoto 2011: 110). Die technische, ökonomische und juristische Durchführbarkeit jedes Projektes wird durch fachliche ExpertInnen, wie beispielsweise ArchitektInnen oder IngenieurInnen, geprüft (vgl. Sortino 2012, Z.108, 106).

In 44 über das Stadtgebiet verteilten Wahllokalen können anschließend über all jene Projekte die es auf die Wahlliste geschafft haben in einer **dritten Phase** gewählt werden (vgl. Peruzzotti, Magnelli, Peixoto 2011: 112). Die Wahl konnte zusätzlich zu gängigen Wahlmethoden wie Präsenz- oder Briefwahl im Jahr 2009-2010 durch SMS-Versand getätigt werden. Diese Möglichkeit wurde jedoch aufgrund des manipulativen Charakters wieder abgeschafft (vgl. Sortino 2012, Z.128).

Die **vierte Phase** ist durch die Ergebnisvorstellung der vorangegangenen Wahl geprägt. Im Rahmen einer Pressekonferenz, die im Rathaus veranstaltet wird, werden die Projekte die in den einzelnen Bezirken gewählt wurden, präsentiert.

In der **fünften Phase** werden die von BürgerInnen gewählten Projekte an zuständige Behörden und Regierungsstellen weitergeleitet und externe Dienstleister mit der Ausführung beauftragt (vgl. Peruzzotti, Magnelli, Peixoto 2011: 112).

6.4 Mehrdimensionale Analyse der Bürgerhaushalte

Für die im Rahmen der Experteninterviews eingeholten Informationen über die Umsetzungs-herausforderungen in den BHHen von Rosario und La Plata eignete sich der Analyserahmen von Yves Cabannes, der vier Dimensionen vorgibt, anhand derer BHHe skizziert werden können. Dieser unterscheidet zwischen der regulatorischen, finanziellen, territorialen und partizipativen Dimension. Diese Dimensionen wurden durch eine vergleichende Studie von BHHen erhoben und stellten den Anspruch, die Varietät der unterschiedlichen Ausprägungsformen abzubilden, die in Zusammenhang mit Gegebenheiten wie beispielsweise kommunalen Ressourcen, Partizipationskultur und Bevölkerungsgröße standen (vgl. Cabannes 2004b: 33f.). Die genannten vier Dimensionen werden um eine weitere, nämlich die politische Dimension erweitert. Dabei sollen gemäß der Fragestellung, die Problemquellen und Herausforderungen von BHHen stets mitreflektiert werden, die in der Literatur genannt werden.

6.4.1 Konzept-, Struktur- und Prozessqualität

Das Konzept des BHHes ist, wie im theoretischen Teil bereits deutlich wurde, durch ein stark variierendes institutionelles Design gekennzeichnet. Sortino weist metaphorisch auf die variable Ausgestaltungskomponente des BHHes hin in dem er anführt, dass es so viele unterschiedlich-konzipierte Bürgerhaushaltsdesigns gibt, wie weltweit Städte existieren (vgl. Sortino 2012, Z. 220). Trotz der hohen Varietät der Umsetzungsformen von BHHen, identifizierte Torricella in dem hochkomplexen strukturellen Aufbau ein grundlegendes Charakteristikum, welches BHHen allgemein zugrunde liegt. Daraus entsteht einerseits, so betonte Sortina im Laufe des Interviews wiederholt, großes Potenzial der kommunalen Kooperationsförderung. Im Falle Rosarios stellt der BHH beispielsweise das einzige Projekt dar, welches alle öffentlichen Verwaltungsabteilungen Rosarios einbindet und zur Zusammenarbeit untereinander anregt. Andererseits bildet die komplexe Struktur zugleich eine der größten Herausforderungen, die die Umsetzungserfahrungen des BHHes in Rosario prägen: „Die Struktur an sich ist es, die den BHH zu einer Herausforderung macht“ (Torricella 2012, Z. 004), vermittelt Sortino eine wichtige Kernbotschaft. Torricella führt aus, dass die vielen Städte an der Durchführung des BHHes aufgrund des umfassenden strukturellen Aufbaus scheiterten (vgl. Torricella 2012, Z.116).

Die Strukturqualität der BHHe von Rosario und La Plata spiegelt sich unter anderem in dem erlangten Vorzeigestatus, den beide BHHe genießen, wieder. Während zahlreiche Regierungs- und Verwaltungsmitglieder Rosarios von unterschiedlichen argentinischen GemeindevertreterInnen für Unterstützungsleistungen in der Implementierungsphase konsultiert wurden (vgl. Torricella 2012 Z.114), erfuhr La Plata aufgrund der auto-regulierenden Komponente

des Verfahrens und des innovativen Beteiligungskonzeptes, das die SMS-Wahl inkludierte, Aufmerksamkeit als Vorzeigebürgerhaushalt im internationalen Vergleich (vgl. Sortino 2012, Z.047).

Die Prozessqualität des BHHes ist durch ständige Änderungen des institutionellen Designs gekennzeichnet. Torricella deutet die Umsetzung des BHHes als einen dynamischen Veränderungsprozess, dem das Aufkommen von Herausforderungen inhärent ist. Mehrmals betont er an unterschiedlichen Stellen des Interviews, dass es sich nicht um Probleme, sondern Herausforderungen handelt (vgl. Torricella Z.124, 126, 130), da jede neu angewendete Methodik von neuen Herausforderungen begleitet ist, die jedoch immer gelöst werden können (vgl. Torricella 2012, Z.126).

Auch Sortino betont, zum Abschluss des Interviews, dass die Probleme, welche im Umsetzungsprozess des BHHes auftreten, sich dadurch charakterisieren, dass sie mit den dafür nötigen Ressourcen großteils in Angriff genommen werden können und dass deren Lösung auch in Reichweite liegt. Sobald ein Problem gelöst wird, tritt auch schon ein neues auf – so beschreibt Sortino den prozesshaften Charakter der Umsetzung, dem der Wandel von Herausforderungen anhaftet (vgl. Sortino 2012, Z. 226).

Im mehrjährigen Umsetzungsprozess tritt im mittlerweile zehnjährigen BHH von Rosario wie auch im fünfjährigen BHH von La Plata ein Wandel der dominierenden Herausforderungen auf. Diese äussern sich heutzutage in abgeschwächter Form und werden von anderen überlagert. In den Jahren der Einführungsphase um 2002 stand in Rosario die Strukturschaffung für das BHH-Projekt für die Umsetzungsbeauftragten im Vordergrund, das alle Verwaltungsabteilungen involviert. Als innovatives Charakteristikum des BHHes galt die rechtlich bindende Komponente. Die zuvor eingeführten Stadtentwicklungspläne gaben lediglich Orientierungsrichtungen vor und verpflichteten kommunalpolitische Akteure nicht zur Umsetzung. Dies erforderte auf kommunalpolitischer Seite ein Umdenken und eine Neu-Orientierung. Nachdem Rosario, als jene Stadt Argentiniens, eine Pionierstellung zufällt die den BHH zuerst implementierte, gab es damals auch keine Orientierungsmöglichkeiten an anderen BHHen im nationalen Kontext zur Konzeption eines solch komplexen Projektes (vgl. Torricella 2012, Z. 128)

In La Plata war die Problemstruktur der Implementierungsphase um 2008 von profundem Misstrauen der BürgerInnen gegenüber kommunalpolitischem Handeln im Allgemeinen wie dem Bürgerhaushaltsmodell und dessen Umsetzungsbeauftragten im Speziellen gekennzeichnet. Der Grad des Misstrauens verringerte sich im Laufe der Jahre und wechselte zu einem

Misstrauen gegenüber dem Bürgermeister, und den politischen Akteuren (vgl. Sortino 2012, Z. 240).

Inwiefern sich die Herausforderungen im Laufe des Umsetzungszeitraumes wandelten und welche Herausforderungen gegenwärtig präsent sind, wird anschließend anhand einer systematischen Kategorisierung in rechtliche, finanzielle, partizipative, territoriale und politische Dimension erläutert. Innerhalb dieser fünf Dimensionen werden einführend allgemeine Charakteristika erläutert und aufbauend darauf, eine Gegenüberstellung der Herausforderungen geliefert, die die Erfahrungspraxis der beiden BHHs prägen.

6.4.2 Rechtliche und regulatorische Dimension

Die Verordnung Nr. 5869 definiert, dass das Bürgerhaushaltsbudget Rosarios entsprechend der Bedürftigkeit der einzelnen Verwaltungsbezirke aufgeteilt werden muss. Im Jahr 2011, schildert Torricella, wurden die finanziellen Mittel jedoch äquivalent auf die sechs Verwaltungsbezirke verteilt. Reaktiv auf die daraus resultierenden Beschwerden beim Stadtrat Rosarios, wurde die Verordnung abgeändert und definiert seitdem eine Distribution, die sich einerseits an der Bedürftigkeit der Stadtquartiere orientiert und andererseits äquivalente Verteilung vorsieht. Zur Feststellung der Bedürftigkeit findet eine Orientierung am Armutsindex statt. Torricella sieht darin einen sinnvoll konzipierten Verteilungsmechanismus, durch welchen die Probleme der vergangenen Jahre vorerst gelöst werden (vgl. Torricella 2012, Z. 006). Die Verteilung des dem BHH zugesprochenen Budgets erfolgt in La Plata äquivalent auf die 43 für den BHH definierten Verwaltungszonen des Stadtgebietes. Sortino erfuhr in der Festlegung des Verteilungsmechanismus, anders als in Rosario, keine Komplikationen und betonte in seiner Erklärung den territorial-ausgleichenden Aspekt: Nachdem nur vier der 43 Zonen als Innenstadt definiert werden und der Rest als „Stadtrand“ gedeutet wird, ist automatisch garantiert, dass anteilmäßig mehr Budget in peripher-gelegene bedürftigere Gebiete fließt (vgl. Sortino 2012, Z.033).

Die Förderung und Regulierung einer gleichgeschlechtlich ausgeglichenen Partizipation stellt die Organisatoren des BHHs seit dessen Bestehen vor nicht zu unterschätzende Herausforderungen. Im Jahr 2004 wurde durch die Erlassung des ersten Kommunalplanes zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Rosario (*Plan Municipal de de Igualdad de Oportunidades y de Trato entre Varones y Mujeres*) die Genderthematik erstmals in kommunalpolitische Kreise verstärkt eingebracht und durch den dritten Gleichbehandlungsplan, welcher im März 2012 erlassen wurde, zunehmend fokussiert. Torricella verweist in diesem Zusammenhang auf die fortgeschrittene Etablierung einer gleichgeschlechtlich-sensiblen Herangehens-

weise im Rahmen des BHHes, die sich einerseits in strategischen Ansätzen und andererseits in der konkreten Anwendung von Instrumenten äussert, die auf eine ausgeglichene Partizipationsquote abzielen. Beispielsweise wird in speziellen Bürgerforen Kinderbetreuung angeboten oder die Regulierung eingeführt, dass der Delegiertenrat zu gleichem Anteil aus männlichen und weiblichen BürgerInnendelegierten bestehen muss (vgl. Torricella 2012, Z.006).

Auch in La Plata wird ein gleichgeschlechtlich-ausgeglichener Partizipationsgrad angestrebt und Instrumente zu dessen Erreichung, gezielt eingesetzt. Nur in wenigen Fällen wird ein ausgeglichenes Niveau von 50 % Frauen zu 50 % Männern nicht erreicht. Im Gegensatz zu Rosario sind Teilnehmer gegenüber Teilnehmerinnen nicht deutlich überrepräsentiert. Es überwiegt stattdessen teilweise der Anteil weiblicher gegenüber männlicher Partizipation. Die Erreichung der selbst-auferlegten Zielvorgabe in punkto Geschlechtergleichheit ist in La Plata, laut Sortino, größtenteils gegeben und die Anstrengung zur Beibehaltung wird nicht als problematisch gedeutet (vgl. Sortino 2012, Z. 053).

Nachdem die Funktionsweise des BHHs sehr variabel und flexibel gestaltbar ist, erschien die Frage nach Möglichkeiten, die sich für BürgerInnen stellen um die Reglementierung des Verfahrens mitzugestalten, im Interview brisant. In der Stadt Rosario legen die Bürgerforen und Bürgerwahlen den fix-etablierten unveränderbaren Rahmen des BHHs fest. Die weiteren Verfahrensregeln jedoch sind flexibel gestaltbar und werden jährlich durch zwei institutionalisierte Mechanismen modifiziert. Erstens wird die Funktionsweise im Rahmen der Delegierten-treffen seit vielen Jahren diskutiert und evaluiert. Zweitens wird seit einem Jahr die sogenannte „Dritte Runde“ (*tercera ronda*) einberufen, in welcher alle Bürgerdelegierten am Ende des Jahres zusammentreffen, um über die Methodologie des BHHes zu reflektieren und Verbesserungsvorschläge einzubringen. In Anbetracht dessen, dass bei der Dritten Runde 2011 rund 300 Bürgerdelegierte teilnahmen, stellt die Gestaltung dieses umfassenden Evaluierungsprozesses eine organisatorische Herausforderung für die BürgerhaushaltsträgerInnen dar (Torricella 2012, Z.010).

In La Plata wird zum Zweck der Verfahrensgestaltung alljährlich ein Beratungsforum zur Diskussion und Modifizierung des BHHes einberufen. In diesem Rahmen setzen sich RepräsentantInnen jedes Bezirkes, die jährlich im Rahmen von Bürgerforen gewählt werden, mit Problemidentifizierung, Erarbeitung von Lösungsvorschlägen und entsprechender Modifizierung der Verfahrensregeln auseinander (vgl. Sortino 2012, Z. 043). Sortino unterstreicht als markantes Charakteristikum, das dem BHHes von La Plata zu Grunde liegt und sich damit von anderen BHHen abhebt, die ausgeprägte selbst-regulierende Komponente, die durch den

Mechanismus der kollektiven Verfahrensgestaltung charakterisiert ist. Bisher traten im Zusammenhang damit keine vehementen Probleme auf (vgl. Sortino 2012, Z.047).

6.4.3 Finanzielle Dimension

Eine der größten Herausforderungen, die Torricella in der Umsetzung des BHHes bisher erfuhr, ist die termin- und formgerechte Umsetzung der gewählten Projekte bzw. der Vermeidung von daraus entstehender Enttäuschung von Seiten der BürgerInnen.

Terminliche Verspätungen werden vor allem durch unvorhergesehe Ausgaben und Budgetengpässe hervorgerufen. Beispielsweise traten in den Jahren 2008/2009 kommunale Finanzierungsprobleme auf, die unmittelbar zu einem verknappten Bürgerhaushaltsbudget führten. Nachdem 2008 ein schwerer Hagel die Stadt Rosario in Mitleidenschaft zog, wurden Wiederaufbauprojekte vorgezogen, die Umsetzung vorgesehener BHH-Projekte verzögert und große Projektschulden angehäuft (vgl. Torricella 2012, Z.004). Die stark ansteigende Inflation gilt ursächlich für die nicht-formgerechte Projektumsetzung. Der Wert eines sorgfältig geplanten Projektes kann sich innerhalb eines Jahres verfünffachen, schildert Torricella. Nachdem die Ablaufstruktur des BHHes vorsieht, dass die Projektkalkulation stets für die Projekte im kommenden Jahr erfolgt, stellt der Umgang damit einen Problemkern dar, den Torricella folgendermaßen ausdrückt: „Die Budgetkalkulation ist eine Abstraktion der Preisspekulationen des nächsten Jahres, aber oft entwickeln sie sich nicht so [die Preise]. Oft irren wir uns. [...] Die Inflation kann man berechnen, aber bei uns ist der Fall aufgetreten, dass wir für ein bestimmtes Projekt ein ergänzendes brauchten, und das wussten wir zu Beginn nicht. (Torricella 2012, Z. 058).

Dem Problem der vorausschauenden Kalkulation wird in Rosario begegnet, in dem Modifikationen und Repriorisierungen vorgenommen werden. Es werden beispielsweise günstigere Materialien, als geplant, eingekauft (vgl. Torricella 2012, Z.012). Um dem aufgrund von Verzögerungen auftretenden Glaubwürdigkeitsverlust der BürgerInnen gegenüber dem BHH von Rosario entgegenzuwirken, publizierte die Kommune Pläne und Chronogramme, auf denen die angehäuften Projektschulden dargestellt werden. Dies bringt neben positiven Aspekten auch den negativen Aspekt mit sich, dass die Mobilisierung von BürgerInnen in Stadtteilen erschwert wird, in denen ein hoher Schuldenstand von fundamentalen Projekten erkennbar ist (vgl. Torricella 2012, Z. 130). Weiters wurde eine neue kommunale Stelle gegründet, die einen Sekretär damit beauftragt, die Projektumsetzung zu überwachen. Damit wird die grundlegende ursächliche Bedingung der komplexen bürokratischen Verwaltungsstruktur des BHHs in Angriff genommen, die dazu führt, dass es zu Verzögerungen in der Projektumsetzung kommt (vgl. Torricella 2012, Z. 012). Mit einem Verweis darauf, dass die Projektschulden der

letzten Jahre, bereits zu 80 % beglichen wurden, deutet Torricella auf eine Verbesserung der termin- und formgerechten Projektumsetzung hin (vgl. Torricella 2012, Z.004).

Aus Sortinos Sicht wirkt auch in La Plata das Auftreten terminlicher Verzögerungen im Projektumsetzungsprozess hinderlich. So hatte die ökonomische Krise im Jahr 2011 beispielsweise Rückwirkungen auf die kommunale Zahlungskapazität und verkürzte damit auch das Bürgerhaushaltsbudget deutlich. Die Budgetengpässe führten zu einer verspäteten Projektrealisierung von sechs bis sieben Projekten. In Relation zu den zeitgerecht implementierten Projekten von rund 470 Projekten ist diese Anzahl sehr gering (vgl. Sortino 2012, Z. 060). Die Zeitspanne der Projektumsetzung, die von der Projektwahl bis zur Projektimplementierung mit maximal vier Monaten begrenzt ist, wird in La Plata deutlich kommuniziert, weitgehend von BürgerInnen akzeptiert und von Umsetzungsbeauftragten eingehalten (vgl. Sortino 2012, Z. 057). Dennoch gibt es von Zeit zu Zeit Beschwerden von BürgerInnen, die eine raschere Projektrealisierung fordern und Misstrauen gegenüber den, aus ihrer Sicht gedeuteten, ursächlichen langen bürokratischen Wegen äussern (vgl. Sortino 2012, 018). Sortino rechtfertigt den durchschnittlich drei-monatigen Realisierungsprozess eines Projektes, in dem er darauf verweist, dass in dieser Zeitspanne alle nötigen bürokratischen Verfahrensschritte ordnungsgemäß vollzogen werden können und damit den Auflagen des Rechnungshofes entsprechen (vgl. Sorino 2012, 037). Die geäußerte Unzufriedenheit von Seiten partizipierender BürgerInnen gegenüber Verzögerungen in der Projektumsetzung ist in La Plata jedoch nicht so groß, als dass sie ein signifikantes Problem darstellen würde (Sortino 2012, Z.060). Um die terminliche und formgerechte Projektabwicklung auch deutlich zu kommunizieren, wird der Umsetzungsstatus der einzelnen Projekte online veröffentlicht und damit transparent kommuniziert (vgl. Sortino 2012, Z. 156).

6.4.4 Partizipative Dimension

Partizipationsaktivitäten abseits von BHHen zeichnen sich durch die zunehmende Durchführung nachbarschaftlicher Aktivitäten seit der Impementierung des BHHes in La Plata aus. Beispielsweise werden in den seit 2008 gegründeten Nachbarschaftszentren Bürgerhaushaltsprojekte vor- und nachbereitet und durch andere gemeinschaftliche Aktivitäten ergänzt (vgl. Sortino 2012, Z.124). Sortino weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der dokumentierte Rückgang der im Jahr 2010 5.200 an Bürgerforen partizipierenden BürgerInnen auf 4.000 im Folgejahr, in Anbetracht dessen nur begrenzt aussagekräftig ist. Durch das gemeinsame Diskutieren und Konzipieren im Vorhinein, erscheint auf den Bürgerforen lediglich ein Teil der Mitwirkenden (vgl. Sortino 2012, Z.073). Realistisch betrachtet sind durch die un-

sichtbare Partizipation beinahe doppelt so viele Personen in den Bürgerhaushaltsprozess involviert als die offizielle Statistik abbildet (vgl. Sortino 2012, Z.077).

Die Einbindung jener Bevölkerungsgruppen, die traditionell eher ausgeschlossen vom politischen Leben sind, kristallisiert sich als weitere Herausforderung beider BHHs heraus. Torricella führt in diesem Zusammenhang aus, welche Personen im BHH von Rosario tendenziell marginalisiert sind und welche Instrumente zur Einbindung derer angewendet werden. Nachdem in Rosario viele MigrantInnen der indigenen Bevölkerungsgruppe „Toba“ leben, werden viele Projekte umgesetzt, um die Partizipationsmöglichkeiten durch ein niederschwelliges Angebot für diese zu vereinfachen. In der Gewährung von Rechten für LGTBs (Lesben, Schwule, Transsexuelle und Bisexuelle) gilt Rosario als sehr progressive Stadt, die beispielsweise als erste Stadt Südamerikas eine kommunale Abteilung der sexuellen Diversität gegründet hat. Im Rahmen des BHHs wurde 2011 ein Bürgerforum speziell für die Bedürfniserhebung von Homosexuellen einberufen. Für die verstärkte Einbeziehung von Frauen werden, wie bereits im Kapitel „Rechtliche und regulatorische Dimension“ angeführt, politische Strategien, die die ausgeglichene Teilnahme fördern, angewendet. Für die jugendlichen städtischen BewohnerInnen wird seit einigen Jahren ein eigener BHH für Jugendliche umgesetzt (vgl. Torricella 2012, Z.018). Für Menschen mit Behinderung wird versucht die Wahlmöglichkeiten barrierefrei zu gestalten, indem beispielsweise Wahlkarten in Brailleschrift erstellt wurden. Torricella bedauert, dass zahlreiche Bevölkerungsgruppen mit speziellen Bedürfnissen, wie beispielsweise Obdachlose, bisher kaum partizipieren (vgl. Torricella 2012, Z.022). Die Inklusion von älteren Bevölkerungsgruppen stellt hingegen, laut Torricella, kein Problem dar, da diese über ausreichend zeitliche Ressourcen verfügen (Vgl. Torricella 2012, Z.018). Torricella schlussfolgert abschließend, dass die Mobilisierung von marginalisierten Bevölkerungsgruppen eine Herausforderung darstellt, die auf die „typischen Bedingungen der Armut“ zurückzuführen ist. Im Vergleich zu anderen Problemen, die in der Umsetzung des BHHs auftreten, stellt dieses jedoch ein relativ geringes dar (vgl. Torricella 2012, Z.022).

Die Einbindung von Randgruppen ist auch in La Plata mit vielfältigen Schwierigkeiten verbunden (vgl. Sortino 2012, Z.093). Beispielsweise ist in La Plata eine hohe Anzahl an Immigranten aus den Nachbarländern, die keinen Personalausweis besitzen, zu verzeichnen. Dadurch können diese weder regulär Wahlrecht ausüben, noch Partizipationsmöglichkeiten im Rahmen des BHHs wahrnehmen (vgl. Sortino 2012, 095). Zur Inklusion dieser wird ein Abkommen geschlossen, welches die Teilnahmemöglichkeiten von Personen ohne Dokumente mit einem Bescheid der Migrationsbehörde an den Bürgerforen und der Projektwahl festlegt

(vgl. Sortino 2012, Z.098). Zusätzlich werden öffentliche Vorträge organisiert, um über die Schritte zur Umsetzung dieser Behördenwege zu informieren. Unter Aktivitäten, die zur Aktivierung von Personen, die regulär nicht teilnehmen, führt Sortino die Abhaltung von Vorträgen in Schulen (zur Mobilisierung von Jugendlichen) an, in Spitälern (zur Reduktion von krankheitsbedingter Exklusion) und Besuche in abgelegene Randbezirke (vgl. Sortino 2012, 099).

Im BHH von Rosario stellt sich die Herausforderung, die kontinuierliche Partizipation über mehrere Jahre hinweg zu fördern. Während nur ein Bürger alle angebotenen Partizipationsmöglichkeiten der zehn Jahre wahrgenommen hat, partizipieren 80 % der TeilnehmerInnen lediglich ein Mal (vgl. Torricella 2012, Z. 016). Trotz der von Jahr zu Jahr steigenden TeilnehmerInnen-Zahlen ist keine Kontinuität in der Teilnahme zu verzeichnen. So nahmen von den 50.000 TeilnehmerInnen des Jahres 2011, nur 20.000 im darauffolgenden Jahr erneut (vgl. Torricella 2012, Z. 014) teil. Die inkontinuierliche Beteiligung vieler BürgerInnen ist, laut Torricella, im Zusammenhang mit dem ausgeprägten Angebot an unterschiedlichen Beteiligungsmöglichkeiten an der Stadtentwicklungsplanung von Rosario zu sehen. Bereits seit vielen Jahren ist die Partizipation an der Entwicklung strategischer Pläne oder die Abhaltung von sogenannten städtischen Audienzen etabliert. Um kontinuierliche Partizipation zu fördern, wird speziell bei jugendlichen BewohnerInnen angesetzt. Dazu wird ein BHH organisiert, um speziell Jugendliche zu mobilisieren und dadurch auch „Frischfleisch“ für den Bürgerdelegiertenrat zu gewinnen (vgl. Torricella 2012, Z.100).

Mit dem Verweis darauf, dass 60 % der BürgerInnen durchgehend über mehrere Jahre hinweg partizipieren, stellt die Förderung der kontinuierlichen Partizipation in La Plata keine brisante Herausforderung dar. Als Ursache für die unregelmäßige Teilnahme von BürgerInnen beobachtet Sortino zwei Reaktionsmuster: Erstens die aufkommende Zufriedenheit über die Umsetzung des eingebrachten Projektes und daher der geringe Anreiz zur erneuten Partizipation im Folgejahr. Zweitens der relative Ärger und die Enttäuschung darüber, dass Projekte nicht gewählt wurden und das folglich Fernbleiben aus Protest und Unzufriedenheit (vgl. Sortino 2012, Z.085).

Zur Erhöhung der Teilnehmerzahlen und Förderung kontinuierlicher Partizipation ist die Schaffung von Partizipationsanreizen zentral. Da Rosario, im Vergleich zu anderen argentinischen Städten, langjährige und vielfältige Möglichkeiten der Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten aufweist, ist es aufgrund des großen Partizipationsangebotes umso wichtiger, konstant zur Partizipation aufzurufen, so Torricella. Hierfür werden vor allem aufmerksamkeitsregende

PR-Kampagnen, die den Bekanntheitsgrad steigern, auf gesamtstädtischer oder bezirksspezifischer Ebene durchgeführt (vgl. Torricella 2012, Z.004). Dafür wird seit zwei Jahren Abstand von dem früher langweilig und eintönig gestalteten Prozess genommen, hin zu inkonventionellen Kommunikationsmitteln, dem Credo „Demokratie lustig zu gestalten“ und der Integration von spielerischen Aspekten in die Kommunikationsstrategie (Vgl. Torricella 2012, Z.016).

Ebenso betont Sortino im Laufe des Interviews, dass nicht die geringe Partizipation, sondern die Suche nach Mitteln, die zu höherer Partizipation führen, die zentrale Herausforderung darstellt: „Das Problem ist, wie man es anstellt, dass die Leute mehr partizipieren, dass sie sich mehr dafür interessieren, dass sie ihr Misstrauen ablegen, damit sie wissen, dass sie ihre Rechte ausüben können und dass sie darüber hinaus die Obligation haben, diese auszuüben“ (Sortino 2012, Z.071).

Das Problem, das den verstärkten Mobilisierungsanstrengungen entgegenwirkt, hat für Sortino kulturellen Charakter: „Solange der BHH weder als bürgerliches Werkzeug noch als politisches Werkzeug verstanden wird, wird es schwierig sein, mehr TeilnehmerInnen zu mobilisieren als derzeit“ (Sortino 2012, Z.063). Sortino vermittelt BürgerInnen stets die Wahlmöglichkeit zwischen zwei Optionen, die mit dem BHH einhergehen, in dem er BürgerInnen kommuniziert: „Der BHH ist ein politisches Werkzeug. Entweder Sie [BürgerInnen] oder die Regierung nutzt es.“ (Sortino 2012, Z.190).

Zur Anreizschaffung werden seit letztem Jahr soziale Netzwerke wie Facebook im BHH von La Plata verstärkt eingesetzt. Die Nutzung von Social Media enthüllte sich, laut Sortino, bereits innerhalb weniger Monate als geeignetes Kommunikationsmedium zur Mobilisierung (vgl. Sortino 2012, Z.084). Die Etablierung einer spezifischen Kommunikationsstrategie für den BHH ist eine Aufgabe, die Sortino als obligatorisch für die nächsten Jahre deutet, bisher jedoch aufgrund von geringen personellen Ressourcen nicht erfolgte (vgl. Sortino 2012, Z.124).

Im Zuge der Maßnahmen zur Vergrößerung und Mobilisierung des TeilnehmerInnen-Kreises, spricht Torricella die immerwährende Suche nach Wahlmethoden an, die komplementär und substituierend zu den etablierten Wahlmedien Brief und Internet sind. Ein weiterer Motivationsfaktor, der zur Suche anregt, rührt von der Absicht, die Stimmenauszählung schneller vollziehen zu können. Die herkömmliche, vor zehn Jahren etablierte persönliche Wahl garantiert, so betont Torricella, höhere Transparenz als andere Wahlmethoden, wie beispielsweise die elektronische oder SMS-Wahl. In Rosario wurde die elektronische Wahlmöglichkeit kom-

plementär eingeführt. Nachteilig treten hierbei die hohen Kosten auf, die damit verbunden sind. So bedeutete die durch Touch-Screen ermöglichte Wahl zwar, laut Torricella, eine sehr hohe Sicherheitsstufe. Gleichzeitig entstand ein sehr hoher finanzieller Aufwand (vgl. Torricella 2012, Z.026).

Der in La Plata temporär-durchgeführten SMS-Wahl, steht Torricella sehr kritisch gegenüber. Er attestiert ein hohes Missbrauchsrisiko durch gering abgesicherte Methoden der Identitätsfeststellung. So können BürgerInnen beispielsweise zur Erreichung ihres Projektes durch Anschaffung zusätzlicher Handy-SIM-Karten unbemerkt mehrmals wählen, vermutet Torricella. Mit dem Hinweis, dass dieses System nur erfolgreich funktioniert wenn gleichzeitig Restriktionsmechanismen eingeführt werden, spricht sich Torricella für ein deutliches Nein zur Einführung der SMS-Wahl in Rosario aus (vgl. Torricella 2012, Z.024). Sortino spricht in seiner Schilderung der SMS-Wahlmöglichkeiten, die in La Plata im Jahr 2009 und 2010 getestet wurden, die von Torricella geäußerte Vermutung der Manipulationsgefahr als realaufgetretendes Problem von selbst an. Wahlfälschung durch den Einkauf von günstigen Wertkarten und Mehrfach-Wahl durch eine Person, traten tatsächlich auf. Die Kontrollmechanismen waren zu wenig ausgeformt um dies zu verhindern. Aufgrund dieser Erfahrungen wurde die SMS-Wahl nach zwei Umsetzungsjahren abgesetzt (vgl. Sortino 2012, Z.128). Auch der erwartete positive Effekt des Partizipationszuwachses aufgrund der orts- und zeitunabhängigen Beteiligungsmöglichkeiten, kann nicht kausal abgelesen werden (vgl. Sortino 2012, Z.130).

Die Etablierung von digitalen Wahlmöglichkeiten wird auch in La Plata nach wie vor mit dem Ziel der Partizipationssteigerung forciert, betont Torricella. Es ist jedoch stets zu beachten, dass online-Beteiligungsmöglichkeiten komplementär und unterstützend zu den Methoden der Präsenzbeteiligung fungieren. Das Hauptaugenmerk liegt folglich auf Methodologien, die fördern, dass BürgerInnen für einen Diskussions- und Austauschprozess persönlich aufeinander treffen. Dieser wertvolle Raum des Austausches, den der BHH bietet, darf nicht Gefahr laufen, durch neue Internet- und Kommunikationstechnologien verdrängt zu werden, weist Torricella hin (vgl. Torricella 2012, Z062). Die Vorteile der digitalen Wahl liegen vorwiegend in den raschen Bearbeitungsmöglichkeiten und der zeit- und ortsungebundenen Partizipationsmöglichkeit (vgl. Torricella 2012, 108). Auch für Sortino stellt die Suche nach Wahlmöglichkeiten, die Transparenz gewährleisten, auf der Agenda – bisher konnten sich keine alternativ- bzw. komplementär-wirkenden Methoden bewähren (vgl. Sortino 2012, Z.130).

Zur Kontrolle der Projektumsetzung sind zwei Akteursgruppen beauftragt. Die Durchführungskommission, welche sich aus Bürgerdelegierten zusammensetzt, ist mit der Überwa-

chungsaufgabe und der Projektumsetzung der im Vorjahr gewählten Projekte, betraut. Gleichzeitig ist auch innerhalb des kommunalen Verwaltungsapparates eine Arbeitsgruppe mit der Revision der Implementierung und der Umsetzung beauftragt. Das Problem, das sich in diesem Zusammenhang stellt, ist die bereits angesprochene Komplexität des strukturellen Aufbaus des BHHs. Durch die Inklusion zahlreicher kommunaler Abteilungen, ist es sowohl für die Arbeitsgruppe der Bürgerdelegierten als auch der VerwaltungsmitarbeiterInnen schwierig ihrer Aufsichts- und Kontrollfunktion nachzukommen. Um die zugeteilte Kompetenz der Kontrolle und Aufsicht ausführen zu können, muss vorerst die Informationszirkulation zwischen den beteiligten Verwaltungseinheiten und Bürgerdelegierten verbessert werden (vgl. Torricella 2012, Z.051). Torricella, der bis vor einigen Jahren hauptverantwortlich für die technische Informationsübermittlung des BHHes zuständig war betont, welch großes Hindernis die unzureichende Informationszirkulation nach der Implementierung des BHHes darstellte und wie sie auch heute noch herausfordernd wirkt (vgl. Torricella 2012, Z.055). Die Information muss für die beteiligten Akteure des BHHs „verfügbar, zugänglich, schnell und passend“ (Torricella 2012, Z.058) sein. Seine Sichtweise auf die blockende Informationsweitergabe formuliert Torricella wie folgt:“ [Es] muss in einem sehr umfassenden Zeithorizont gedacht werden. Ich denke immer an den BHH, nicht an das „heute“. Den Informationsfluss betrachte ich nicht nur jetzt. Was passiert, wenn eine Rechnungsprüfung ansteht und ich werde gefragt, was ich mit dem Geld des Projekts gemacht habe, das ich präsentiert haben sollte? Wenn ich die Informationen nicht registriere, wird mit der Zeit alles unüberschaubar“ (Torricella 2012, Z.124). Durch das eingeführte elektronische Kontrollsystem jedoch, wird diese strukturelle Herausforderung ein wenig minimiert (vgl. Torricella 2012, Z.055).

6.4.5 Territoriale Dimension

BürgerInnen identifizieren sich, laut Torricella, stark mit den lokalspezifischen Bedingungen ihres Bezirkes. Die BewohnerInnen aus den nördlichen und südlichen Stadtteilen weisen einen unterschiedlich-geprägten Erfahrungshintergrund auf. Um den gemeinsamen Erfahrungsaustausch zwischen Bürgerdelegierten auf gesamtstädtischer Ebene zu fördern, werden thematische Foren einberufen. Aufgrunddessen sieht Torricella das in der Literatur skizzierte Problem des fehlenden Erfahrungsaustausches zwischen den BürgervertreterInnen einzelner Bezirke in der Praxis nicht als problematische Begleitkomponente des Bürgerhaushalts-Designs. Ein größeres Problem liegt für Torricella in der Abgrenzung und Organisation der Bürgerhaushaltseinheiten. Die bezirksspezifische Grenzziehung führt dazu, dass bei bestimmten Projekten eine gewisse Diskrepanz zwischen jenem Bezirk, der das Projekt finanziert und jenen Akteuren die NutznießerInnen der Wirkungen der Projektumsetzung sind. Beispielswei-

se wird das Stadtzentrum von verhältnismäßig vielen BürgerInnen für unterschiedliche Nutzungen aufgesucht, diese jedoch nicht zur Kasse gebeten. Die Entschärfung von auftretenden Debatten zwischen Finanziers und NutznießerInnen ist eine Aufgabe, die sich zunehmend im Rahmen der Bürgerhaushaltsorganisation stellt. Durch die zukünftige Installierung eines digitalen BHHes können Projekte auf gesamtstädtischer oder bezirksübergreifender Ebene einfacher abgewickelt werden (vgl. Torricella 2012, Z.061).

In La Plata äussert sich die Herausforderung, die mit der Grenzziehung zwischen den definierten Verwaltungseinheiten und der Anwendung eines auf unterschiedliche Bezirke einer Zone ausgleichend-wirkenden Steuerungsmechanismus, einhergeht in geringerem Ausmaß. Dazu wird derzeit zu Beginn der Bürgerforen öffentlich verlautbart, in welchen Bezirken innerhalb der jeweiligen Zone im vergangenen Jahr Projekte realisiert wurden, und welche Bezirksteile „leer ausgingen“ (vgl. Sortino 2012, Z.170). Einige der BürgerInnen willigen auf diesen autroitär ausgesprochenen Appell ein, und erklären sich solidarisch für das Projekt des Nachbarbezirkes mitzuarbeiten und zu wählen, und gleichzeitig auf ein Projekt ihres Bezirkes zu verzichten. Andere hingegen äussern kein Verständnis und vertreten vehement, dass ihr Problem das einzig existente ist (vgl. Sortino 2012, Z.168).

Die räumliche Organisation des BHHes von Rosario ist im Spannungsfeld zwischen Dezentralisierung und Zentralisierung geprägt. Jeder Bezirk stellt für Torricella durch den gewählten Dezentalisierungsgrad, eine eigene große „Bühne“ dar, auf der die Bürgerforen durch BezirksleiterInnen abgehalten werden (vgl. Torricella 2012, Z.060). Nach Torricellas Sichtweise wurde mit einem kommunalen Bürgerhaushaltsbeauftragten für jeden der sechs Verwaltungsbezirke ein angemessener Dezentalisierungsgrad gefunden (vgl. Torricella 2012, Z.064).

In La Plata tritt die Herausforderung durch gleichmäßige räumliche Verteilung der Bürgerforen entsprechend einem angemessenen Dezentalisierungsgrad auf das Stadtgebiet hervor (vgl. Sortino 2012, Z.162). Als gegenwärtig brisantes Problem, das laut Sortino schnellstmöglich gelöst werden muss, gilt die Verbesserung der unzureichenden Anschlussfähigkeit einzelner Stadtteile an die Partizipationsmöglichkeiten im Rahmen des BHHs. Sortino weist dieser Herausforderung höchste Priorität zu, und meint, dass diese durch die Anwendung moderner informations- und kommunikationstechnologischen Methoden dringend in Angriff genommen werden muss. Von einer zeitnahen Lösbarkeit dieses Problems ist Sortino jedoch nicht überzeugt (vgl. Sortino 2012, Z. 245). Aufbauend auf Erfahrungswerten werden jährlich neue Standorte für die Abhaltung von Bürgerforen eingerichtet und vergangene Standorte aufgelassen, die sich aufgrund von zu geringem Partizipationsinteresse nicht bewährten. Die strategi-

sche Stoßrichtung des BHHes von La Plata kommunizierte Sortino deutlich: Die Anzahl der kommunalen BHHes soll in den kommenden Jahren weiterhin erhöht werden, da er sich durch einen erhöhten Dezentalisierungsgrad eine weitere Steigerung der Partizipationsquote erhofft. Dezentralisierung kann jedoch stets nur dann weiter vorangetrieben werden, wenn auch gleichzeitig die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel erhöht werden, damit das Projektbudget für die einzelnen Bürgerforen nicht sinkt (vgl. Sortino 2012, Z. 166).

Die Unterschiede, die aufgrund der sozio-ökonomischen Struktur der einzelnen Bezirke auftreten, schlagen sich in Form von sozial-räumlich differierenden Bedürfnisstrukturen in den Beteiligungsquoten zwischen ärmeren und wohlhabenderen Regionen nieder. Während in ärmeren peripheren Stadtrandgebieten tendenziell Projekte konzipiert und gewählt werden, die primär zur Deckung der Grundbedürfnisse dienen (Rosario) oder infrastrukturelle Projekte (La Plata) darstellen, werden in wohlhabenderen Regionen wie beispielsweise dem Stadtzentrum, Projekte zum Zweck des Zeitvertreibs (Rosario) oder zur Absolvierung von Freizeitaktivitäten (La Plata) gewählt (vgl. Torricella 2012, Z.084, Sortino 2012, Z.034, Z.184). Nachdem die sozialräumliche Trennung nicht eindeutig vollzogen werden kann, kommt es aufgrund der unterschiedlichen Bedürfnisstruktur von eher wohlhabenderen und eher ärmeren BewohnerInnen einer Verwaltungseinheit des BHHes zu konflikthafter Situationen (vgl. Torricella 2012, Z. 084). In beiden Städten wurde die Erfahrung gemacht, dass aufgrund der höheren Bedürftigkeit in den ärmeren städtischen Randgebieten, die Beteiligungsbereitschaft und der Partizipationswunsch tendenziell höher sind. Dies stellt eine große Herausforderung dar und wirkt sich in La Plata so aus, dass 70 % der gewählten Projekte ausserhalb des Stadtgebietes in der sogenannten „Peripherie“ (Sortino 2012, Z. 024) angesiedelt sind (vgl. Torricella 2012, Z. 084, vgl. Sortino 2012, Z. 031, Z. 178). Als Ursache für die ausgeprägtere Partizipationskultur deutet Torricella die tendenziell stärker ausgeprägte kollektive Tradition in diesen Regionen (vgl. Torricella 2012, Z.084).

Das Stadtzentrum als wohlhabendere dicht-besiedelte Gegend wird von unterschiedlichen Nutzergruppen beansprucht und infolgedessen mit unterschiedlichen urbanistischen Problemen konfrontiert. Die Probleme von wohlhabenderen Gegenden sind zwar oft nicht so dringend und daher sind die EinwohnerInnen weniger partizipationsbereit, jedoch deshalb nicht unwichtiger, betont Torricella. „Nicht weil es das Stadtzentrum ist, handelt es sich um ein Paradies“ (vgl. Torricella 2012, Z.088). Als strategische Ausgleichsmaßnahme dieser sozial-räumlichen Unterschiedlichkeiten in der Beteiligungsquote wird die Zusammenarbeit mit territorialen Organisationen wie beispielsweise Bezirks- und Nachbarschaftszentren sowohl in wohlhabenderen als auch ärmeren Bezirken forciert (vgl. Torricella 2012, Z.090).

6.4.6 Politische Dimension

Torricella betont, dass der Mittelmissbrauch zur Vertretung partikularer Interessenslagen in Form von beispielsweise verstärktem Lobbying für ein bestimmtes Projekt zwar vorkommt, sich jedoch stets innerhalb der „demokratischen Spielregeln“ zuträgt. In diesem Zusammenhang betont er, dass durch die Definition von klaren Regeln und demokratischen Entscheidungsmechanismen der Gefahr des Mittelmissbrauchs erfolgreich entgegengewirkt wird, so dass diese nicht als Problem auftritt (vgl. Torricella 2012, Z.094).

Die politische Instrumentalisierung des BHHes zur Favorisierung bestimmter Interessenslagen der Kommunalregierung kommt durchaus in der BHH-Praxis vor. Beispielsweise indem eine Kommunalregierung den BHH primär als rechtmäßig legitimierte Bildfläche ihrer Aktionen benutzt, so dass vorwiegend Personen partizipieren, die ihre politischen Interessen vertreten. Der BHH fungiert in diesem Fall eher als Marketingpolitik (vgl. Sortino 2012, Z.188). Im Falle La Platas sind der Instrumentalisierungsspielraum und die Korruptions-Ansprücherungen gegenüber kommunalen PolitikerInnen laut Torricella sehr gering, da die strikt formulierten Auflagen der Finanzgebarung im BHH wenig Betrugsspielraum zulassen (vgl. Torricella 2012, Z.093).

Auch in Rosario kam es laut Sortino bisher zu keiner merkbaren Instrumentalisierung des BHH-Mechanismusses für partikulare Interessen (vgl. Sortino 2012, Z. 194) und zur keiner Veruntreuung öffentlicher Gelder (vgl. Sortino 2012, Z. 196). Der Vorwurf des Betrugs durch VerwaltungsmitarbeiterInnen und PolitikerInnen wurde immer wieder von Seiten der BürgerInnen eingebracht. Sortino verschafft sich Gehör, die Nachvollziehbarkeit der Anschuldigungen ist für ihn jedoch nicht immer gegeben. Beispielsweise, so berichtet er, organisierte Sortino kürzlich eine Versammlung in einem Stadtrandbezirk um die BürgerInnen über die Gründe der verzögerten Projektumsetzung und den voraussichtlichen Realisierungszeitraum der Projekte zu informieren. Obwohl niemand der fünfzig anwesenden BürgerInnen weder die Beteiligungsmöglichkeiten im Zuge der Projektausarbeitung noch die Wahl zuvor wahrgenommen hatte, stempelten sie die verzögerte Umsetzung als Betrug ab. Solche Anschuldigungen werfen für Sortino Fragen auf, die er nicht beantworten kann (vgl. Sortino 2012, Z. 089).

Als größte Herausforderung in der Umsetzung des BHHes sieht Torricella die Vermittlung der demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten, die mit dem BHH einhergehen und freigesetzt werden: Neben der Wahlmöglichkeit, besteht die Gelegenheit mit anderen BürgerInnen der

Stadt in Austausch zutreten und Vorschläge einzubringen zu können (vgl. Torricella 2012, Z.014).

In beiden BHHen wurde die Herausforderung, dass viele BürgerInnen die individuellen Interessen vor die kollektive Gemeinwohlorientierung stellen, in der Umsetzungspraxis festgestellt. Torricella betont in diesem Zusammenhang, dass viele Herausforderungen, die sich in der Umsetzung des BHHes stellen, auf eine Problemquelle zurückzuführen sind: Die Überbewertung und Orientierung an determinierten, partikularen Interessen gegenüber kollektiven Interessenslagen (vgl. Torricella 2012, Z.043, Z.045). Bei Bürgerdelegierten, die mehrere aufeinander folgende Jahre kontinuierlich am BHH partizipierten, konnte Torricella feststellen, dass sich diese festgefahrenen Denkmuster langsam ändern und Verhaltensänderungen sichtbar werden: „Bei den Bürgerdelegierten kann man große Veränderungen beobachten. Personen, die nach fünf Monaten der Zusammenarbeit bestärkt sind, die die städtischen Strukturen kennen, die mehr über Demokratie wissen, die sich gegenseitig zuhören können, können ein Projekt aufbauen“ (Torricella 2012, Z. 102).

Die Priorisierung individueller gegenüber der kollektiver Interessen deutet Sortino auch für Rosario als zentrale und gleichzeitig nur schwer zu bewältigende Herausforderung. Sortino ortet die Veränderungspotenziale in zwei Bereichen an. Erstens müssen BürgerInnen die Funktionsweise von staatlichen bürokratischen Prozessen verstehen und ihnen gegenüber Misstrauen abbauen. Dazu müssen unter anderem die Gründe von verzögerten Projektumsetzungen deutlicher kommuniziert werden, um die Vermutung von ursächlichen Korruptionsgründen zu reduzieren. Zweitens stellt die Priorisierung von kollektiven vor individuellen Interessen einen langjährigen Lern- und kulturellen Transformationsprozess dar. Das Verhalten der EinwohnerInnen Argentiniens ist, laut Sortinos Perzeption, durch die lange Phase der Diktatur geprägt, die zu einer faschistisch-angehauchten Mentalität führte. Sortino sieht bereits eine Einstellungsänderung der weit verbreiteten Sichtweise, die er in der Aussage „Ich habe Recht und mir ist egal was andere denken“ zuspitzt (vgl. Sortino 2012, Z. 210).

Der in der Literatur aufgedeckte Schwachpunkt der unzureichenden Möglichkeit, einen demokratischen konsensualen Aushandlungsprozess im Rahmen der Bürgerforen zu gestalten, tritt sowohl in der Erfahrung Rosarios als auch in La Plata als Herausforderung auf.

Im Falle Rosarios sieht das Bürgerhaushaltsdesign vor, dass der Diskussions- und Projektkonzeptionsprozess unter direkt gewählten Bürgerdelegierten vollzogen wird. BürgerInnen können sich in der Vorstufe im Rahmen der Bürgerforen einbringen, um dort gemeinsam die

Problembereiche ihrer Stadtteile zu priorisieren und Bürgerdelegierte zu wählen (vgl. Torricella 2012, 047). Einer zeitlichen Ausdehnung der Bürgerforen schreiben sowohl Torricella als auch Sortino eine negative Wirkung zu. Eine zeitliche Ausdehnung würde zwar einen gründlicheren Aushandlungsprozess ermöglichen, aber gleichzeitig eine sinkende Beteiligungsquote nach sich ziehen, so Torricella (vgl. Torricella 2012, 049; vgl. Sortino 2012, Z.112).

Das Moment des demokratischen Diskussionsprozesses im BHH von Rosario zeichnet sich für Torricella vor allem durch qualitätsvolle Beteiligungsmethoden aus. Daher werden Methoden, die den persönlichen Austausch fördern gegenüber elektronischen Beteiligungsmethoden, die sich vorwiegend durch Quantität auszeichnen, priorisiert (vgl. Torricella 2012, 115). Auch in La Plata werden zur Förderung der zeitlich unabhängigen Teilhabemöglichkeit e-partizipative Beteiligungstools verstärkt eingesetzt. So kann eine Projekteinreichung in La Plata beispielsweise auch auf elektronischem Weg erfolgen und wird im Anschluss von den jeweiligen kommunalen VersammlungsleiterInnen im Bürgerforum vorgestellt (vgl. Sortino 2012, Z.116).

Die demokratischen Beteiligungsstrukturen des BHHes stoßen laut Torricella an ihre konzeptuellen Grenzen, da der institutionelle Ablauf keine Einspruchs- und Diskussionsmöglichkeiten nach der Projektwahl vorsieht. Torricella berichtet von einem Konflikt, der letztes Jahr zum ersten Mal aufgetreten ist. Nach Ablauf der Phase der Projektwahl bildete sich eine kritische Opposition, die sich größtenteils aus jenen BürgerInnen zusammensetzte, die das Projekt zuvor gewählt hatten (vgl. Torricella 2012, Z.035). Die Gruppe der oppositionellen BürgerInnen wendeten sich folglich an den Stadtrat Rosarios, welcher externe Akteure mit der Evaluierung des Projektes beauftragte. Die Studie der Universität von Rosario enthüllte einige Wochen später, dass durch die Projektimplementierung der Nutzenzuwachs für die oppositionellen BürgerInnen den auftretenden Schaden bei weitem übersteigt und das Projekt wurde schließlich mit Verspätung einiger Monate eingeführt (vgl. Torricella 2012, Z.043).

Um konfliktsituationen zu vermeiden, wäre ein institutionalisierter Einspruchsmechanismus in den BHH zu integrieren (vgl. Torricella 2012, Z.037). Durch die Formalisierung einer zusätzlichen administrativen Ebene könnte die Möglichkeit der Meinungs- und Einspruchsäußerung geschaffen werden. Dadurch würde nicht nur „unnötiger“ Arbeitsaufwand reduziert werden, sondern auch die Enttäuschung von BürgerInnen, die für ein Projekt gewählt haben, reduziert werden (vgl. Torricella 2012, Z.045).

Kritik wird in Rosario vorwiegend von der Oppositionspartei geäußert. Diese bezieht sich ausnahmslos, so betont Torricella, auf die Aspekte des methodologischen Vorgehens oder auf einzelne spezifische Projekte. Die Existenz des BHHes wird jedoch nicht grundlegend in Frage gestellt (Torricella 2012, Z.092). Die Kritik, die von Seiten der BürgerInnen geäußert wird, bezieht sich hauptsächlich auf terminliche Verzögerungen im Projektumsetzungsprozess oder auf bestimmte Projekte, bei denen sich eine Gruppe benachteiligt fühlt (vgl. Torricella 2012, Z.112). Torricella erwähnt einen historischen Konflikt, der gegenwärtig immer noch an Aktualität erfährt. Benachbarte BürgerInnen äußern sich kritisch gegenüber dem BHH, da sie die Funktion ihrer Institution gefährdet bzw. eingeschränkt sehen und fordern als Ausgleich direkte formalisierte Partizipationsmöglichkeiten ihrer Institution. Der Stadtrat Rosarios wies diese Forderung mit der Begründung zurück, dass der BHH einen partizipativen Raum schafft, der unabhängig von Mitgliedschaften für alle BürgerInnen zugänglich ist (vgl. Torricella 2012, Z.110).

Auf die Frage nach den größten Kritikpunkten, die im Zusammenhang mit dem BHH geäußert werden, deklariert Sortino zu allererst seine eigene Funktion als Hauptbeauftragter im Zuge des Umsetzungsprozesses. Diese besteht, so betont er, in der Gestaltung eines „offenen“ BHHes, der allen motivierten BürgerInnen Partizipation ermöglicht – nicht mehr und nicht weniger (vgl. Sortino 2012, Z.212).

Die externen kritischen Stimmen des BHHes von La Plata stammen ebenso vorwiegend aus den Reihen der oppositionellen Parteien, die versuchen, den BHH durch unterschiedliche Argumente zu delegitimieren. Die Oppositionsparteien rücken den BHH mit unterschiedlichen Argumenten in schlechtes Licht (vgl. Sortino 2012, Z.216). Dem häufig geäußerten Kritikpunkt, die Projektentwicklung sei eine „vom Staat zu erfüllende Aufgabe“ (Sortino 2012, Z.063), entgegnete Sortino mit dem Hinweis darauf, dass „der Staat“ seiner Verantwortung der Projektumsetzung nachkommt, die Entscheidungsmöglichkeit jedoch bei den BürgerInnen liegt. Ein weiterer Kritikpunkt besteht darin, dass „der Staat wissen muss welche [Projekte] wichtig sind“ (Sortino 2012, Z.063). Sortino deutet auch diesen Einspruch als unzulänglich, da staatliche VertreterInnen zwar Bedürfnisse abschätzen können, durch den BHH jedoch die Möglichkeit geschaffen wird im Kollektiv zu steuern „wer was entscheidet“ (Sortino 2012, Z.212). Der Bürgermeister kann jedoch nicht über jeden einzelnen Bürger und seine individuellen Bedürfnisse informiert sein, weist Sortino die Kritik zurück (vgl. Sortino 2012, Z.212).

Die geäußerte Kritik von Seiten der BürgerInnen Rosarios konzentriert sich tendenziell auf Personen die unpolitisch sind, keiner politischen Organisation angehören (vgl. Sortino 2012,

Z.063) und ein sehr restringiertes Demokratiekonzept vertreten (vgl. Sortino 2012, Z.216). Von den unzähligen geäußerten Kritikpunkten bezieht sich eines beispielsweise auf das niedrige Wahlalter von 16 Jahren (vgl. Sortino 2012, Z.218). Das fundamentale Problem, das den Umgang mit der geäußerten Kritik erschwert, besteht für Sortino in der Existenz einer grundlegenden „kulturellen Ablehnung“, die sich in der Frage vieler BürgerInnen ausdrücken lässt: „Warum muss ich die Aufgabe des Bürgermeisters vollziehen?“ (Sortino 2012, Z.063). Sortino attestiert jedoch bereits eine durch den BHH ausgelöste Veränderung des repräsentativen Systems. Die Wertschätzung für diese Kultur in der nicht der Bürgermeister die alleinige Entscheidungsfreiheit hat, sondern um Entscheidungsmöglichkeiten der BürgerInnen erweitert wurde, ist im Entstehen (vgl. Sortino 2012, Z. 063).

Sortino betont, dass er die geäußerte Kritik konstruktiv auffasst wenn diese die Augen für bestimmte Fehlerquellen des BHHes öffnet. So wurde beispielsweise von BürgerInnen auf die Manipulationsmöglichkeiten, die im Rahmen der SMS-Wahl möglich sind, hingewiesen. Es wurde auf das Problem eingegangen und die SMS-Wahl wieder abgeschafft (vgl. Sortino 2012, Z.220).

Konflikte zwischen BürgerInnen treten im Umsetzungsprozess des BHHes vorwiegend aufgrund unterschiedlicher Bedürfnisse auf. Um Konflikte zu entschärfen empfehlen die VersammlungsleiterInnen die Zusammenlegung von Projekten. Dieser Vorschlag, durch den auch eine höhere Wahlwahrscheinlichkeit resultiert, löst jedoch bei vielen Misstrauen oder Widerstand aufgrund persönlicher Konflikte mit anderen Einreichsparteien aus. Aufgrund des offenen und direkt-konzipierten BHHs-Designs, dem fern von Zensur das Prinzip der freien Meinungsäußerung zu Grunde liegt, löst sich der Großteil der auftretenden Konflikte, laut Sortino (vgl. Sortino 2012, 158).

Eine Herausforderung, die für Sortino als zentrale wirkt, ist die Reduzierung des umfassenden Misstrauens, welche von BürgerInnen gegenüber staatlichen Strukturen und Regierenden geäußert wird. Das Misstrauen erreichte 2001 in der Zerstörung des Staates ein vergleichsweise hohes Niveau und ist immer noch hoch. Sortino ist überzeugt, dass sich durch die Organisation der Bürgerforen, durch die Realisierung gewählter Projekte und die Erkenntnis, dass den Versprechungen im Rahmen des BHHes nachgekommen wird („der BHH hält was er verspricht“), sich das Problem des Misstrauens lösen wird. Sortino deutet den Vertrauenszuwachs als „großen kulturellen Wandel“ (Sortino 2012, Z.106), da BürgerInnen ideologisch sehr stark in der Präsidialdemokratie verhaftet sind (vgl. Sortino 2012, Z.016).

Sortino attestiert einen Wandel im Verhalten der partizipierenden BürgerInnen hinsichtlich ihres Misstrauens gegenüber dem BHH. Anfangs kamen BürgerInnen zu Bürgerforen vorwiegend um ihr Misstrauen gegenüber kommunalpolitischen Akteuren, deren Handeln und dem Bürgerhaushaltsmodell zu äussern, und nicht um zu partizipieren. Die grundlegende kritische Haltung war gepaart mit Unwissenheit und Verwirrung über die staatlichen Kompetenzbereiche. Sortino sah sich in den ersten Jahren häufig mit der Situation konfrontiert, dass BürgerInnen im Rahmen von Bürgerforen Anregungen einbrachten, die den spezifischen kommunalen Kompetenzbereich übersteigen. So wurden beispielsweise sämtliche Anliegen im Bereich der Sicherheit an ihn herangetreten, welche jedoch auf provinzieller Ebene geregelt werden (vgl. Sortino 2012, Z.222). Nach vier Jahren sieht Sortino Anzeichen der Veränderung, welche er folgenderweise beschreibt: „Aber das verbessert sich Schritt für Schritt. Am Beginn was es schrecklich. Jetzt nicht mehr so sehr. Wenigstens fragen sie dich jetzt höflich: „Könnten Sie uns nicht vielleicht bei diesem Thema helfen?“. Anstatt von dir zu verlangen, dass du es machst so wie es früher war“ (Sortino 2012, Z.222). Die Unwissenheit und die anfänglich stark ausgeprägte Komponente des Misstrauens verbessert sich ebenso mit der Zeit, da BürgerInnen wahrnehmen, dass die Projektumsetzung erfolgreich und transparent verläuft und die von den Umsetzungsbeauftragten angekündigten Maßnahmen auch tatsächlich erfüllt wurden (vgl. Sortino 2012, Z.226). Das Misstrauen bleibt jedoch nach wie vor bestehen, da BürgerInnen die umgesetzten Projekte stark mit der Person des Bürgermeisters assoziieren. „Dieses Projekt wird vom Bürgermeister gesteuert“ (Sortino 2012, Z.240), zitiert Sortino die Wahrnehmung viele BürgerInnen, die ihr Misstrauen gegenüber politischen VertreterInnen äußern. Sortino sieht diese Ausprägung des Misstrauens, die sämtliche argentinische BürgerInnen gegenüber ihren RegierungsvertreterInnen äussern, als natürlich an (vgl. Sortino 2012, Z. 240).

6.5 Diskussion der Ergebnisse

Der Aufbau dieses abschließenden Kapitels orientiert sich an der zentralen Forschungsfrage und den definierten Subfragestellungen. Die Antworten auf die jeweilige Frage werden sichtbar hervorgehoben und in Form einer pointierten Erkenntnis formuliert. Im Anschluss werden diese erläutert.

6.5.1 Unterschiede im institutionellen Design

In einem ersten Schritt werden die wesentlichen Erkenntnisse, die aus dem Vergleich des institutionellen Designs der BHH von La Plata und Rosario auftreten, angeführt.

- a) Im Zuge des analytischen Vergleiches des institutionellen Designs wurde deutlich, dass das institutionelle Design und die gesellschaftspolitische Einbettung beider BHH in ihrer Grundstruktur ähnlich sind, sich zugleich jedoch in wesentlichen Bereichen unterscheiden.**

Obwohl die Charakteristika des institutionellen Designs vielfältig sind und, eingebettet in gesellschaftspolitische Strukturen, unterschiedliche Interpretationsweisen aufweisen, werden anschließend die wesentlichen Differenzen des institutionellen Designs der BHH von Rosario und La Plata in Wechselwirkung mit gesellschaftspolitischen Strukturen in einem kurzen Abriss dargestellt.

Einbettung in rechtliche Strukturen

Ein weiterer wesentlicher Unterschied liegt in der rechtlichen Verankerung des BHHes. Während der BHH von Rosario per Verordnung rechtlich verankert ist und die Programmierung des BHHes dadurch den Mitgliedern des Stadtrates und den von ihnen beauftragten MitarbeiterInnen der Kommunalverwaltung obliegt, existiert für den BHH La Platas keine eigene Verordnung. Diesem ist lediglich ein kurzer Vermerk in der Budgetvereinbarung gewidmet. Aufgrund dieser schwachen Institutionalisierung ist auch eine fortwährende Realisierung des BHHes nicht gewährleistet.

Akteure und Umsetzungsstruktur

Auch die mit der Umsetzung betrauten Akteure und die damit einhergehende organisatorische Umsetzungsstruktur sind in beiden BHHen unterschiedlich.

In Rosario sind, neben der Kernabteilung, die primär mit der Umsetzung des BHHes beauftragt ist, beinahe alle Verwaltungsabteilungen für unterschiedliche Arbeitsschritte ergänzend tätig. Aufgaben und Verantwortung werden aufgeteilt und sind damit Ausdruck einer horizontal geprägten Organisationsstruktur des BHHes. Der BHH, als einziges gesamt-kommunales

Projekt, welches beinahe alle öffentlichen Verwaltungsabteilungen einbindet, erfährt, laut dem Bürgerhaushaltsbeauftragten Rosarios Pablo Torricella, Rückendeckung des ganzen kommunalen Apparates und stärkt die Zusammenarbeit. Im Rahmen des Interviews wurde das kooperative Klima der abteilungsübergreifenden Projektteams nicht nur sprachlich durch Torricella betont, sondern deutlich vermittelt, in dem Torricella seine KollegInnen vorstellte und betonte welche Tätigkeiten sie im Zuge des BHHes vollziehen. Auch die räumliche Anordnung ist Zeugnis davon: KoordinatorInnen des BHHes teilen sich ein Büro mit MitarbeiterInnen anderer Abteilungen und arbeiten somit in einem räumlichen Näheverhältnis.

Im Gegensatz dazu wird der BHH von La Plata von einer Arbeitsgruppe, die zuvor extern tätig war, mit dessen Umsetzung beauftragt. Diese ist dadurch nur begrenzt in die kommunalen Strukturen eingebunden. Die Beauftragung eines externen Projektteams impliziert auch, dass das zugrundeliegende Gedankengut des BHHes in La Plata bereits als theoretische und philosophische Grundlage vorhanden war. Die Durchführung des BHHes ist in der Wahrnehmung vieler BürgerInnen hier sehr stark auf die Person des Bürgermeisters als Hauptinitiator konzentriert. „Das Projekt des Bürgermeisters“, lautet die Fremdsicht vieler BürgerInnen. Dies bringt die vertikal geprägte Organisationsstruktur zum Ausdruck, die der Verantwortung des Bürgermeisters und dem ihm unterstellten Projektteams unterliegt.

Einbettung in lokal-politische Strukturen

Der föderale Aufbau Argentiniens bewirkt, dass der Stadt Rosario weitaus mehr Kompetenzbereiche von der Provinzregierung übertragen werden als La Plata. Rosario nutzte die im argentinischen Vergleich hohe finanzielle Autonomie und zugesprochenen Kompetenzbereiche im vergangenen Jahrzehnt durch die zunehmende Implementierung unterschiedlicher politischer Bürgerbeteiligungsinstrumente. Während der BHH von Rosario sich folglich in eine „partizipative Landschaft“ von politischen und stadtplanerischen Beteiligungsverfahren einfügt, schmückt der BHH La Platas hingegen als „Solitär der Bürgerbeteiligung“ das repräsentativ-demokratische System La Platas.

Auch der politische Rückhalt seitens der Oppositionspartei, den der BHH neben der Regierungspartei von anderen Parteien erfährt, ist in Rosario wesentlich größer. Während die Oppositionspartei hier nur einzelne methodische Aspekte kritisiert, unterliegt der BHH La Platas teils heftigen verbalen Angriffen durch die Oppositionspartei. Hier wird nicht nur die Methode punktuell kritisiert, sondern die Existenz des BHHes an sich.

Kritisch angemerkt sei an dieser Stelle inwiefern der BHH genügend mit anderen Planungsinstrumenten und -inhalten der Stadtplanung abgestimmt wird. Nachdem es keine strategisch-

konzeptionelle Ausrichtung gibt, besteht die Gefahr, dass bestimmte Inhalte ausgespart werden. Um ein kohärentes Vorgehen zu gewährleisten ist eine strategische Abstimmung zwischen Regierungsmitgliedern, VerwaltungsmitarbeiterInnen und BürgerInnen fundamental. Der BHH existiert dahingegen eher als ein Satellit und ist an andere strategisch-konzeptionellen Instrumenten im Bereich der Stadtentwicklung gekoppelt.

Politische Funktion

Je nach zugrunde liegender ideologischer Konzeption wird die politische Funktion und die Zielsetzung des BHHes unterschiedlich interpretiert. Während in Rosario, laut Torricella, gegenwärtig die Verbesserung der Beziehung zwischen BürgerInnen untereinander als auch zwischen BürgerInnen und Stadtrat im Zentrum steht, tritt für die Umsetzungsakteure La Platas, so Sortino, das Auslösen von sozialen Transformationsprozessen durch die Involvierung von BürgerInnen in die Gestaltung und Kontrolle öffentlicher Stadtpolitik in den Vordergrund. Transparenzsteigerung des Agierens politischer und kommunaler Akteure wird als Konsequenz gedeutet. Dieser Unterschied in der gegenwärtigen politischen Funktion des BHHes macht den Blick auf das Entstehungsfeld der BHHe interessant.

Projizierung des Misstrauens

Das Entstehungsfeld der BHHe war in beiden Städten von ökonomischen Rationalitätskrisen im Zuge des neoliberalen Systems und politischen Legitimationskrisen gefärbt. Letztere spitzten sich in der Argentinienkrise zu, in der die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den politischen Strukturen und Akteuren einen Höhepunkt erlangte. Der politische Kern wurde grundlegend in Frage gestellt und delegitimiert. Die Krise 2001 wurde in Rosario als Anstoß für einen Wandel genutzt. Dieser drückte sich in der Veränderung des politadministrativen Systems aus, in dem kooperative Entscheidungsprozesse gefördert wurden, durch die Implementierung von Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten an der Stadtplanung allgemein und die Einführung des BHHes im Speziellen.

In La Plata war die Unzufriedenheit mit dem Handeln kommunalpolitischer Akteure zum Zeitpunkt der Implementierung des BHHes ebenso hoch, im Vergleich zu Rosario jedoch geringer ausgeprägt.

In Rosario wie auch in La Plata prägte Misstrauen der BürgerInnen gegenüber kommunalpolitischen Akteuren und deren Agieren die Entstehungsphase der BHHe. Der Versuch, der Delegitimation des Handelns öffentlicher Träger entgegenzuwirken, wurde durch die Einführung der BHHe forciert. Das Misstrauen der BürgerInnen wurde zwar seit der Implementierung der BHHe abgeschwächt, tritt jedoch immer noch in beiden Städten auf.

Während das Misstrauen in Rosario auf alle Akteure des BHHes projiziert wird, konzentriert sich das Misstrauen in La Plata stark auf die Person des Bürgermeisters. Dieser wird in der öffentlichen Wahrnehmung als „der“ Repräsentant des BHHes vernommen.

Die Antwort auf die diskursanalytische Frage nach den primären *Driving forces* der Implementierung der BHHes durch die Stadträte Rosarios und La Platas bleibt an dieser Stelle als weiteres interessantes Forschungsfeld offen.

Form der Beteiligung

Ein signifikanter Unterschied zwischen beiden BHHen bildet die Form der Bürgerbeteiligung. In La Plata sind ausgeprägte direkt-demokratische Elemente vorhanden, da jede/r BürgerIn, neben der Teilnahme an der Projektwahl am Ende des Beteiligungsprozesses auch zuvor an der Projektausarbeitung mitwirken kann. In Rosario hingegen ist die Möglichkeit durch einen Repräsentationsschritt eingeschränkt. Durch die Wahl von Bürgerdelegierten sind nur diese zur Teilnahme in der Projektausarbeitungsphase befugt. Die Wahlmöglichkeit besteht in beiden BHHen für alle BürgerInnen der städtischen Bevölkerung.

6.5.2 Demokratietheoretischer Kern von BHHen

In einem nächsten Schritt wird die Frage nach der demokratietheoretischen Ähnlichkeit, die BHHes aufweisen, aufgegriffen und beantwortet. Folgende Erkenntnis wurde diesbezüglich getroffen:

- b) Unabhängig davon wie man BHHes implementiert, entsteht ein qualitativer demokratischer Sprung durch die Übertragung realer politischer Entscheidungskompetenzen über den Einsatz eines Teils des kommunalen Haushaltsbudgets auf BürgerInnen.**

Der demokratietheoretische Qualitätssprung qualifiziert sich durch die weitgehend unadaptierte Umsetzung der von BürgerInnen konzipierten und gewählten Projektvorschläge. Dem BHH eine hohe Ausführungsverbindlichkeit der Wahlentscheidungen inhärent.

. Der BHH eröffnet dadurch im repräsentativ-demokratischen System einen Raum, der die Orientierung an Mehrheitsentscheidungen der Bevölkerung garantiert. Nachdem das institutionelle Design vorsieht, dass in der Phase der Projektausarbeitung ebenso VerwaltungsmitarbeiterInnen als fachliche ExpertInnen beteiligt sind, ist die technische Machbarkeit bereits abgesichert, bevor die Projektvorschläge an die Kommunalregierung weitergereicht werden. Die Kommunalregierung, welche die Projektumsetzung schlussendlich initiiert, nimmt aufgrund dieser Prozesskonzeption in der Regel keine, beziehungsweise kaum Modifizierungen vor. Es kommt zur unadaptierten Umsetzung der von BürgerInnen gewählten Projekte.

Obwohl die Projekte des BHHes hoher Ausführungsverbindlichkeit von Seiten der Stadtregierung unterliegen, ist diese nicht immer zeitgerecht gegeben. In Ausnahmefällen hat die Stadtregierung die Befugnis, Projekte mit besonderer Dringlichkeit vorzureihen. Aber grundlegend werden alle gewählten Projekte umgesetzt, erwähnt Sortino, mit dem Verweis, dass im fünfjährigen Umsetzungszeitraum La Platas sechs oder sieben Projekte von rund 470 verspätet realisiert wurden (vgl. Sortino 2012, Z.060).

Der demokratiepolitische Charakter der analysierten BHHe wird durch weitere Merkmale begünstigt. Diese werden im Folgenden ausformuliert, bevor danach auf die hinderlich wirkenden eingegangen wird.

Inklusion von Randgruppen

Die Inklusion von sozialen Randgruppen, die tendenziell von dem politischen Leben ausgeschlossen sind, wird durch die Anwendung unterschiedlicher Instrumente gezielt im Bürgerhaushaltsverfahren forciert. Dadurch wird einerseits die Gesellschaft für die Bedürfnisse von sozialen Randgruppen, wie beispielsweise Homosexuelle oder Menschen mit Beeinträchtigung sensibilisiert. Andererseits wird ihnen durch den BHH ein Forum geboten, in dem sie ihre Bedürfnisse artikulieren können. Beispielsweise nutzen sozioökonomisch-benachteiligte Bevölkerungsgruppen und BürgerInnen mit niedrigeren Bildungsniveau die Möglichkeit, ihre Interessen im Rahmen des BHHes zu artikulieren.

Im demokratiepolitischen Sinn fördert die Inklusion von Randgruppen die Chancengleichheit von unterschiedlichen BürgerInnen und reduziert Lücken der gesellschaftlichen Repräsentation, die durch die Exklusion bestimmter sozialer Gruppen entstehen. Vollkommene Repräsentation ist jedoch nie gegeben.

Unzensierte Meinungsäußerungen

Ein weiteres demokratisches Merkmal, welches zum Vorschein kommt ist die unzensierte Äußerung von Interessen, Wünschen und Projekteinreichungen. Beide Interviewpartner betonen mehrmals im Verlauf des Interviews, dass der Beteiligungsprozess dadurch gekennzeichnet ist, dass er frei von Zensur vollzogen wird. Es treten somit keine „Diskurswächter“ auf, die den Prozess steuern und entscheiden welcher Inhalt eingebracht werden kann oder wer am Prozess teilnimmt.

Neben den erläuterten demokratietheoretischen Elementen zu Gunsten der BürgerInnen, entstehen auch administrative und politische Leistungen durch die Umsetzung des BHHes. Die

politische Funktion drückt sich primär im Informationszuwachs aus, der über die Bedürfnisse der BürgerInnen für politadministrative Akteure entsteht. PolitikerInnen deuten, so betont Carlos Sortino, der Umsetzungsbeauftragte von La Plata im Rahmen des Interviews, den BHH weitgehend als Mechanismus, der dazu dient Prioritäten und Ressourcen entsprechend den Vorstellungen der BürgerInnen zu ordnen. Das Konzept der Bürgerbeteiligung wird dadurch auf die Entscheidung über öffentliche Projekte und Informationszuwachs reduziert. Die Arbeitsgruppe des BHHes, die aus VerwaltungsmitarbeiterInnen besteht, vertritt jedoch einen stark erweiterten Blickwinkel in dem der BHH als Instrument der partizipativen Demokratie gilt und demnach weitaus mehr umfasst.

Der demokratiepolitische Charakter des BHHes ist durch das institutionelle Design an gewissen Stellen begrenzt. Diese werden im Anschluss erläutert.

Beschränkte Kollektivität der Mitgestaltungsmöglichkeiten

Der Fallstudienvergleich hat gezeigt, dass die Aufweichung politischer Steuerung durch gemeinsame Diskursproduktion im Rahmen des BHHes nur begrenzt möglich ist und an strukturelle Grenzen stößt. Die Form der Kollektivität und Offenheit der Planungs- und Mitgestaltungsprozesse im Sinne einer gemeinsamen Aushandlungsprozesses ist bei beiden BHHen bei genauerem Hinsehen wesentlich geringer ausgeformt, als auf den ersten Blick erkennbar und kann daher nicht als grundlegend demokratietheoretischer Kern, der dem BHH zugrunde liegt, identifiziert werden. Konsensuale Aushandlung findet nur zwischen einer begrenzten Anzahl an BürgerInnen statt.

In Rosario kann lediglich in der ersten Runde der Bürgerforen jede/r BürgerIn teilnehmen. In der zweiten Phase der Projektausarbeitung hingegen sind nur jene BürgerInnen repräsentiert, die davor in den Bürgerforen als Bürgerdelegierte gewählt wurden. Runde zwei bildet jedoch die Phase mit dem eigentlich deliberativen Charakter, denn hier findet die Diskussion und Ausarbeitung der zuvor getätigten Projektvorschläge statt. Die Bürgerdelegierten treten in direkten Austausch mit technischen VerwaltungsmitarbeiterInnen, diskutieren und kommen schließlich zu einem Konsens in Form eines gemeinsam konzipierten Projektes. Demokratische Lernerfahrungen, Wissenszuwachs über politische Abläufe und Verhaltensänderungen in Punkto Gemeinwohlorientierung werden beobachtet. Dieser werden jedoch nur bei Bürgerdelegierte festgestellt.

Durch diesen Repräsentationsschritt erhält der Anfangs offen-strukturierte Prozess eine Zugangsbarriere. Obwohl in beiden BHHen schlussendlich durch alle BürgerInnen gewählt werden kann, welche Projekte an die Stadtregierung weitergereicht werden, wird deutlich, dass

die Beteiligungsform in Rosario aufgrund des institutionellen Designs weitaus geringere Möglichkeiten zur Freisetzung deliberativer Erfahrungen für BürgerInnen liefert. Auch die Gestaltung der Verfahrensregeln obliegt in Rosario ausschließlich der Minderheit der Bürgerdelegierten.

In La Plata werden zwar die Projekte auch von BürgerInnen geplant, jedoch gleichen die im von der Stadtverwaltung organisierten Bürgerforen eher Präsentations- und Aquisitionsveranstaltungen von einzelnen Projektteams, als Diskussionsveranstaltungen. Die eigentlichen Austausch- und Aushandlungsprozesse finden vor oder nach den Bürgerforen, innerhalb der einzelnen Projektteams, statt. Soziale Netzwerke und nachbarschaftliche Beziehungen haben eine hohe Bedeutung. Denn wer es versteht, seine Seilschaften abseits der Bürgerhaushaltsveranstaltungen zu nutzen, kann durch Lobbying die Wählerschaft für das eigenskonzipierte Projekt steigern. Die Zusammenarbeit zwischen BürgerInnen untereinander wird durch den BHH einerseits gestärkt, andererseits wird Konkurrenzdenken und -handeln gefördert. Für die konkrete Ausgestaltung werden die Projekte von Seiten der Stadtverwaltung auf technische Machbarkeit geprüft. BürgerInnen sind in diesen Arbeitsschritt nicht eingebunden und können daher auch nicht vom Wissensaustausch profitieren, da dieser im institutionellen Design von La Plata nicht vorgesehen ist. Die theoretisch geäußerte Kritik, der Zeitrahmen von Bürgerforen sei so gering, dass es allein deshalb kaum zu einem auf konsensausgerichteten Austauschprozess kommt, ist den Interviewpartnern zwar bewusst, sie befinden jedoch aufgrund des knappen Zeitbudgets der TeilnehmerInnen eine Ausweitung nicht sinnvoll.

Das Prinzip der Deliberation, das die Kollektivität von Entscheidungsprozessen kennzeichnet, ist folglich in beiden BHHen nur gering ausgeprägt. Den partizipativtheoretischen Prinzipien der Offenheit des Prozesses und der Gleichheit der BürgerInnen, welche eng mit dem Prinzip der Deliberation verbunden sind, kommen durch die Beteiligungsbeschränkungen in der Projektausarbeitungsphase in Rosario nur geringe Bedeutung zu.

Abwesenheit eines Einspruchsmechanismus

Beide Interviewpartner sind sich bewusst, dass kollektive Entscheidungen stets Gefahr laufen partikularen Interessen entgegenzuwirken. Solange dies jedoch innerhalb der durch den BHH definierten „demokratischen Spielregeln“ erfolgt, sehen sie dies nicht als weiter problematisch.

Das institutionelle Design beider BHHs sieht weiter keine Einspruchsmöglichkeiten nach der Entscheidung durch die abschließende Wahl vor. Der Entscheidungsprozess endet mit dem Wahlergebnis. Im Umgang mit divergierenden Interessen äussert sich jedoch ein wichtiges demokratiepolitisches Momentum. Beide Interviewpartner sind sich dem Manko eines fehlenden Einspruchsmechanismus bewusst, welcher jedoch noch nicht umgesetzt wurde.

Die Auffassung, dass der im BHH vorgesehene Wahlprozess als ausreichender Interessenausgleichsmechanismus fungiert, der keine späteren Einspruchsmöglichkeiten benötigt, macht deutlich, dass gegenwärtig auf einem sehr engen Demokratiebegriff aufgebaut wird.

Thematische, finanzielle und räumliche Begrenzung der Mitbestimmungsmöglichkeiten

In der Frage nach dem qualitativen Sprung sind gleichzeitig die Grenzen der Entscheidungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten mit zu reflektieren. In beiden analysierten BHHen wird lediglich ein Bruchteil des kommunalen Haushaltsbudgets zur Disposition gestellt. Der Anteil liegt in beiden BHHen lediglich zwischen 4 bis 10 % des Gesamtbudgets. Im BHH von Porto Alegre hingegen steht beinahe das gesamte Haushaltsbudget zur Diskussion. Neben dieser quantitativen Beschränkung tritt in beiden BHHen auch eine thematische und räumliche Eingrenzung auf. Thematisch, da es sich nur um die Übertragung von Entscheidungskompetenzen im Bereich der Stadtplanung handelt. Räumlich, da lediglich bezirksspezifische Projekte entwickelt werden können. Dies kann zwar als gut geheißen werden, da BürgerInnen dadurch in kleinräumigen Planungsfragen, die ihren eigenen Lebensraum betreffen, partizipieren können, gleichzeitig werden dadurch jedoch die „brennenden“ Themen ausgespart, welche die gesamtstädtische Entwicklung betreffen.

Abschließend muss jedoch mitbedacht werden, dass die Lebensqualität in armen Stadtteilen durch Stadtentwicklungsmaßnahmen der infrastrukturellen Basiseinrichtung auf Bezirksebene enorm gesteigert werden kann. Die Wirkungen, die dadurch für einzelne BürgerInnen erzielt werden, sind also keinesfalls zu unterschätzen.

Konfliktumgang

Weiters sieht das institutionelle Design der BHHs nicht vor, dass im Umsetzungsprozess auftretende Konflikte aktiv ausgetragen werden. Zur Konfliktregelung sind keine Mechanismen, wie beispielsweise Konfliktgremien, institutionalisiert. Hier lässt sich ein weiteres demokratiepolitisches Manko orten.

6.5.3 Fundamentale Herausforderungen im Umsetzungsprozess

Der erläuterte qualitative Sprung, der mit dem institutionellen Design des BHHes einhergeht, schafft gleichzeitig ein Problemspektrum für die Umsetzungsakteure, auf das im Folgenden eingegangen wird. Die empirische Analyse der BHHes machte Muster deutlich, in welchen Dimensionen Herausforderungen im Zuge der Implementierung und Umsetzung der BHHes primär auftreten. Der Erkenntnisgewinn kann somit in folgenden Aussagen pointiert ausgedrückt werden:

- c) Trotz des unterschiedlichen institutionellen Designs der BHHes von La Plata und Rosario, treten die fundamentalen Herausforderungen in der Umsetzung beider BHHes in der politischen und partizipativen Dimension und die peripheren in den rechtlichen, territorialen und finanziellen Dimensionen auf.**

Als fundamentale Herausforderung der politischen und partizipativen Dimension konnte die Steigerung der Partizipationsbereitschaft identifiziert werden. Während die Essenz dieser Schlüsselherausforderung in beiden BHHen gleich auftritt, ist die spezielle Ausprägungsvariante in den BHHen leicht unterschiedlich. In Rosario steht für die Steigerung der Partizipationsbereitschaft vor allem die Förderung der kontinuierlichen Partizipation im Mittelpunkt. In La Plata hingegen äussert sich diese Herausforderung vorwiegend in der Mobilisierung von BürgerInnen, die noch nicht teilnahmen. Hier steht die Neu-Aktivierung im Zentrum.

Diese Schlüsselherausforderung wird im Anschluss einer abschließenden Abstraktionsleistung unterzogen in dem Gelingensfaktoren, die für die Steigerung der Partizipationsbereitschaft ausschlaggebend sind, auf Makro, Meso und Mikroebene ausfindig gemacht werden.

Makroebene: Förderung der lokalen politischen Kultur und des politischen Rückhaltes

Auf Makroebene können vor allem zwei Gelingensfaktoren, welche die Partizipationsbereitschaft behindern, ausfindig gemacht werden: Das Misstrauen gegenüber politadministrativen Strukturen von Seiten der BürgerInnen und die fehlende Rückendeckung durch die Oppositionspartei.

Die politische Kultur einer Stadt wächst historisch. Die Erfahrungen, welche die BürgerInnen im Zuge der Militärdiktatur Argentinien und der Phase neoliberaler Politiken in Rosario und La Plata machten, prägte das Verhältnis zwischen BürgerInnen und staatlichen Institutionen. Das Misstrauen gegenüber politadministrativen Akteuren auf nationaler wie auch kommunaler

ler Ebene ist groß und wird nur langsam abgebaut. Die Möglichkeit zu partizipieren wird folglich nur genutzt wenn der BHH ausreichend anerkannt ist und Vertrauen zu den Umsetzungsakteuren aufgebaut werden kann. Je nachdem wie sehr es im Zuge der Umsetzung des BHHes gelingt Misstrauen in Vertrauen zu transferieren, wird sich die Partizipationsbereitschaft entwickeln.

Im Gegensatz zu Rosario erfährt der BHH in La Plata nur geringe politische Stabilität und Rückhalt. Verstärkte Unterstützung von Seiten der Opposition erscheint unabdingbar um als vollwertiges politisches Instrument öffentlich wahrgenommen zu werden. Ziel muss eine Selbstverständlichkeit des BHHes als rechtlich und politisch festverwurzeltes Verfahren sein.

Mesoebene: Anreize für Kooperation bieten

In beiden BHHen wurde die Erfahrung gemacht, dass entsprechend sozioökonomischer Verhältnisse die Beteiligungsbereitschaft unterschiedlich ausgeprägt ist. Die Möglichkeit zur Bedürfnisartikulation durch den BHH wird verstärkt von armen Bevölkerungsschichten wahrgenommen, deren Bedürfnisse, laut Torricella, oft konkreter und akuter sind. Beteiligung wird hier als Chance zur Kompensation von Mängeln gedeutet.

Beide BHHs sehen sich mit der Herausforderung konfrontiert, die Partizipationsbereitschaft in Stadtvierteln mit anteilmäßig hohen wohlhabenden sozialen Schichten zu steigern. Da die Bedürfnisrealität von sozioökonomisch schwächer und besser gestellten Schichten sehr unterschiedlich ist, müssen gleichzeitig Mechanismen zur Kooperation gesetzt werden, damit deren Projekte nicht in Konkurrenz treten. So wird beispielsweise in La Plata appelliert, dass sich BürgerInnen aus Kleinprojektgruppen zu Großgruppen zusammenschließen. Sie müssen dadurch die eigenen Projekte entsprechend heterogener Bedürfnisse und Zielausrichtung im Großteam abändern. Gleichzeitig werden sie jedoch belohnt, in dem sie durch die Kooperation eine höhere Wahlchance ihres Projektes genießen. Der Gelingensfaktor ist somit von der Beteiligungssteigerung von wohlhabenderen Schichten und gleichzeitiger Kooperationsförderung abhängig.

Mikroebene: Förderung der individuellen Reflexivität und des Gemeinwohl-Denkens

Eine weitere Herausforderung, die sich im Rahmen der BHHs-Erfahrungen stellt, ist die Verschränkung der persönlichen Lebenswelten und des Beteiligungsangebotes. Auf der Mikroebene steht die Eröffnung von Reflexionsmöglichkeiten im Rahmen derer BürgerInnen über kommunalpolitische Strukturen nachdenken, im Mittelpunkt. Diese können durch methodisches Vorgehen in das institutionelle Design des BHHes stärker integriert werden. Der

Gelingensfaktor ist somit dadurch definiert, in welchem Ausmaß durch das Beteiligungsangebot an den unmittelbaren persönlichen Erfahrungszusammenhängen der partizipierenden BürgerInnen angesetzt wird.

Im Zuge der im Rahmen des BHHes organisierten Bürgerforen, treffen heterogene Akteure mit unterschiedlichen Erfahrungshintergründen aufeinander. Jede/r ist überzeugt davon, dass seine/ihre Probleme die wichtigsten sind, so schildern die Interviewpartner ihre Wahrnehmung. Neben der Definition der eigenen Bedürfnisse ist somit auch der Austausch mit Anderen wichtig, um deren Bedürfnisse kennenzulernen und Verständnis für Bedürfnisse anderer zu entwickeln. Eine zentrale Frage ist demnach, wie durch den Austausch subjektive Wahrnehmung zu objektiver Orientierung am Gemeinwohl umgepolt werden kann. Derzeit führt Sortino im BHH von La Plata diese Vermittlerrolle persönlich aus, in dem er auf solidarischen Verzicht einzelner Projektgruppen oder BürgerInnen appelliert.

Ein weiterer Gelingensfaktor auf Mikroebene stellt somit der erzieherische Aspekt des BHHes, der Anregungen zum Umdenken vom individuellen- zum Gemeinwohl schafft.

Im Zuge der Abhandlung jener Faktoren die Partizipationsbereitschaft beeinflussen, wurde deutlich, dass der BHH neben der primär politischen Funktion, auch stark durch seinen sozialen Charakter geprägt ist. Wie sehr dieser ausgebildet ist, hängt von institutionellen Veränderungen ab. Weiters wurde ein Bild vermittelt, wie partizipative Demokratie in der Praxis umgesetzt werden kann und an welche Grenzen diese stößt.

6.5.4 Periphere Herausforderungen

Nachdem die fundamentale Herausforderung der partizipativen und politischen Dimension erläutert wurde, bleibt noch die Frage nach den Herausforderungen in den anderen drei Dimensionen offen. Diesen wird sich im Anschluss angenähert.

- d) Obwohl die meisten Herausforderungen in der rechtlichen, finanziellen und territorialen Dimension auf den ersten Blick peripher erscheinen, ergeben sich durch eine genauere Analyse Dissonanzen, die darauf schließen lassen, dass die größten Herausforderungen in diesen Bereichen auf die Schlüsselerforderung, nämlich die Förderung der Partizipationsbereitschaft, einwirken. Durch diesen Wirkungszusammenhang werden diese Herausforderungen zu semi-peripheren Herausforderungen.**

Die Steigerung der Partizipationsbereitschaft wird demnach durch die rechtliche Regulierung der Partizipationsmöglichkeiten (rechtliche Dimension), die termin- und formgerechte Projektumsetzung (finanzielle Dimension) wie auch der Auslotung des Dezentalisierungsgrades (territoriale Dimension) beeinflusst. Diese stellen die semi-peripheren Herausforderungen dar, die dadurch charakterisiert sind, dass sie die Bedingungen für die Schlüsselherausforderung wesentlich beeinflussen.

Herausforderungen, welche die Umsetzungserfahrung in den BHHen von Rosario und La Plata zwar nur peripher beeinflussen, aber doch immer wiederkehren, konnten folgende gefiltert werden:

- Festlegung eines Verteilungsmechanismus
- Förderung der geschlechtergleichen Partizipation
- Demokratische Gestaltung der Verfahrensregeln
- Diskrepanz in Bedürfnisstruktur zwischen sozioökonomisch-besser und schlechter gestellten Bevölkerungsgruppen

6.5.5 Fazit

Die eingehende Analyse des institutionellen Designs der BHHen von Rosario und La Plata und den Umsetzungserfahrungen der Hauptverantwortlichen hat gezeigt, dass der BHH das Potenzial besitzt, als Forum zu fungieren in dem demokratische Verhaltensweisen erlernt werden und kollektive Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse im Bereich der Stadtentwicklung stattfinden. Solange jedoch die strukturellen Grenzen im rechtlichen, finanziellen territorialen und politischen Bereich nicht durch Adaptionen behoben werden, bleibt die reale Gestaltungskompetenz gering. Ermüdungserscheinungen bei BürgerInnen treten auf. Der BHH kommt in seiner derzeitigen Form in Rosario und La Plata nicht zum vollwertigen Einsatz und erfüllt auch nicht die Prinzipien der partizipativen Demokratietheorie.

Stellt man also den Anspruch an ein Verfahren das komplementär zur repräsentativen Demokratie angewendet wird in dem es Entscheidungskompetenzen auf BürgerInnen überträgt, wird der Bürgerhaushalt diesem gerecht. Nimmt man jedoch die Perspektive der partizipativen Demokratie ein und fordert demokratische konsensorientierte Aushandlungsprozesse mit deliberativem Charakter, erkennt man schnell die Grenzen des institutionellen Designs.

Die Durchführung von BHHen kann somit einen Beitrag zur Demokratisierung des Stadtentwicklungsdiskurses leisten, in dem erhöhte Entscheidungskompetenz auf BürgerInnen übertragen wird. Gesamt-gesellschaftliche Entwicklungen werden dadurch verstärkt in Planungsprozesse aufgenommen. Es kommt zu einer Veränderung im Beziehungsverhältnis zwischen politischen Akteuren als EntscheidungsträgerInnen, KommunalmitarbeiterInnen als PlanerInnen und BürgerInnen als KonsumentInnen. BürgerInnen erweitern ihre Rolle in dem sie von KonsumentInnen auch zu AdressatInnen stadtplanerischer Entscheidungen werden. Die Diskursivität des BHHes steht für die Chance demokratischer Entscheidungsprozesse. Ob diese genutzt wird, ist jedoch von der Ausformung des institutionellen Designs abhängig.

Nur wenn der partizipativ-demokratische Samen, der mit der Implementierung der BHHe gepflanzt wurde, durch Veränderungen des institutionellen Designs gepflegt wird, kann dieser gedeihen und, so zeigte der Fallstudienvergleich, Stadtplanung zur Drehscheibe für soziale und politische Transformationsprozesse machen.

6.6 Forschungsausblick

Im Zuge eines Forschungsausblickes kann die Frage nach den Entstehungsbedingungen von BHHen aufgegriffen werden. Eine ausreichende Antwort auf die diskursanalytische Frage nach den primären *Driving forces* der Implementierung der BHHe durch die Stadträte Rosarios und La Platas wurde im Zuge der Arbeit nicht geliefert und bleibt als weiteres interessantes Forschungsfeld offen.

Auch das Thema der Innovationskraft, die aus dem Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologie in Beteiligungsprozessen entspringt, konnte nur teilweise beantwortet werden. Eine eingehende Analyse, die im Zuge dessen den Wandel des Demokratieverständnisses beleuchtet, erscheint aufschlussreich.

Weiters erscheint die Frage nach den *lessons learned*, aus denen Erkenntnisse für die Übertragbarkeit des institutionellen Designs auf europäische Städte, gewonnen werden interessant. Auf Ebene des Individuums ist der Mehrwert, der für partizipierende BürgerInnen entsteht, zu erheben. Auch der Frage, inwiefern Partizipation im Rahmen des BHHes politisches Interesse steigert und die Identifikation mit ihrem Lebensumfeld erhöht, sollte nachgegangen werden.

7 Anhang

7.1 Zusammenfassung

Die vorliegende Diplomarbeit liefert einen Beitrag zur vergleichenden Partizipationsforschung in dem sie das zunehmend eingesetzte politische Beteiligungsinstrument „Bürgerhaushalt“ einer vergleichenden Fallstudienanalyse unterzieht.

Aufgrund der Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Bedürfnisse, knapper Haushaltsbudgets und zunehmender sozialer Ungleichheit im städtischen Kontext, gewinnt der Einsatz von partizipativen Elementen in der Stadt- und Haushaltsplanung seit den 1990er Jahren weltweit an Bedeutung. In den beiden argentinischen Städten Rosario und La Plata reagierten politadministrative EntscheidungsträgerInnen auf ökonomische Krisen und politische Krisen, in dem sie BürgerInnen zunehmend als MitgestalterInnen an öffentlichen Entscheidungen im Bereich der Stadtentwicklung beteiligten. Dafür wurden in Rosario 2002 und in La Plata 2008 Bürgerhaushaltsmodelle implementiert.

Das Ziel dieser Arbeit ist, die grundlegenden Herausforderungen, die sich im Implementierungs- und Umsetzungsprozess der BHHe stellen, systematisch vor dem Hintergrund der partizipativen Demokratietheorie zu erörtern. Hierfür wurden Mitarbeiter der Stadtverwaltung von Rosario und La Plata, die mit der Umsetzung dieses Beteiligungsprojektes beauftragt sind, im Rahmen von Leitfadeninterviews in ihrer Expertenrolle befragt. Zur systematischen Auswertung mittels qualitativer Inhaltsanalyse nach Mayring wurden fünf theoretisch-abgeleitete Analysedimensionen an das Datenmaterial herangetragen.

Die anschließende Abstraktionsleistung führte zu der Erkenntnis, dass die fundamentalen Herausforderungen beider BHHe, ausschließlich in der politischen und partizipativen Dimension liegen. Die Steigerung der Partizipationsbereitschaft wurde als Schlüsselherausforderung, die für das „Gelingen“ der BHHe ausschlaggebend ist, identifiziert. Obzwar die größten Herausforderungen der rechtlichen, finanziellen und territorialen Dimension auf den ersten Blick nebensächlich erschienen, ergab die empirische Untersuchung einen engen Wirkungszusammenhang mit der Schlüsselherausforderung. Deshalb werden diese zu wesentlichen Rahmenbedingungen, die für das Gelingen des Partizipationsprozesses verantwortlich sind. Solange die fundamentalen wie auch semi-peripheren Herausforderungen nicht bewältigt werden, stoßen die analysierten BHHe an strukturelle Grenzen und lösen Ermüdungserscheinungen bei den BürgerInnen aus. Den partizipativ-demokratische Samen, der mit der Implementierung der BHHe gesät wurde, gilt es durch Veränderungen des institutionellen Designs zu pflegen, um ein Heranreifen zu ermöglichen. Die beiden Fallstudien zeigen, wie partizipative Stadtplanung zur Drehscheibe für soziale und politische Transformationsprozesse werden kann und wo diesbezüglich Grenzen zu verorten sind.

7.2 Summary

The Diploma Thesis presented here serves as a contribution to comparative participative research. In a comparative case study analysis, the “participatory budgeting”, an increasingly employed instrument for political participation in all parts of the world, is examined.

Due to the increasing differentiation of social needs, restricted household budgets and rising social inequality in urban settings, the implementation of participative elements in city and budget planning has become more important worldwide since the 1990s. In the Argentinian cities of Rosario and La Plata, policy makers reacted to economic rationality and political legitimacy crises by involving citizens more deeply in public decisions on urban development. To this end, Participatory Budgeting models were implemented in Rosario in 2002 and in La Plata in 2008.

Within the context of the theory of participative democracy, this paper demonstrates the fundamental challenges that arise in the process of implementation and execution of Participatory Budgeting. Administrative workers involved in the realization of the integration process were interviewed as expert witnesses in semi-structured interviews. Following the Mayring method of qualitative analysis, five theoretically derived analysis dimensions were applied to the data material. Subsequent abstraction led to the realization that despite the different institutional designs, the fundamental challenges for both participatory budgeting models rest in the political and participative dimension. Raising the willingness for participation was confirmed to be the key challenge to the success of citizen participatory budgeting projects.

At first the greatest challenges in the legal, financial, and territorial dimensions appeared to be marginal. The empirical analysis, however, showed that these dimensions are strongly correlated to the key challenge, namely the increase in the willingness to participate. The other challenges shall therefore be considered semi-marginal challenges, which crucial conditions for the success of the participation process.

As long as these challenges are not addressed, the success of citizen budgets will be hindered by structural boundaries and they will seem rather tiresome to citizens. The case study comparison shows that the seeds of participative democracy must be nurtured by institutional changes in order to grow and ultimately enable urban planning to be the engine of social and political transformation.

7.3 Quellenverzeichnis

7.3.1 Literatur

Abendroth, Wolfgang (1966): Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme. Pfullingen: Verlag Günther Neske.

Alemann, Ulrich von (1975): Partizipation – Demokratisierung – Mitbestimmung. Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH.

Alemann, Ulrich von; Strünck, Christoph (1999): Die Weite des politischen Vor-Raumes. Partizipation in der Parteiendemokratie. In: Kamps, Klaus (Hrsg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Opladen: Westdeutscher Verlag, 109-126.

Bachrach, Peter; Botwinick, Aryeh (1992): Power and Empowerment: A Radical Theory of Participatory Democracy. Philadelphie: Temple University Press.

Barber, Benjamin (1984): Starke Demokratie. Über die Teilnahme am Politischen. Hamburg: Rotbuch Verlag.

Becker, Joachim (2001): Der progressive erweiterte Staat: Zivilgesellschaft, Lokalstaat und partizipatives Budget in Porto Alegre. In: Journal für Entwicklungspolitik, 2001, 2.

Carné, Martín (2005): Las asambleas barriales rosarinas. Una aproximación hacia sus aspectos organizativos y motivacionales. Tesis de Grado, Facultad de Ciencia Política y Relaciones Internacionales, Universidad Nacional de Rosario: Rosario.

Dahl, Robert A. (1989): Democracy and its Critics, New Haven/London: Yale UP.

Deth, Jan W. Van (2009): Politische Partizipation. In: Kaina, Viktoria; Römmele, Andrea (Hrsg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 141-160.

Franzke, Jochen; Kleger, Heinz (2006): Kommunaler Bürgerhaushalt in Theorie und Praxis am Beispiel Potsdams. Universitätsverlag Potsdam: Potsdam.

Frey, Oliver (2011): Kick Off Modul 9: Beteiligungsverfahren und Konfliktmanagement, SS 2011, Technische Universität Wien: Institut für Soziologie der Raumplanung und Architekturstudien, 03.03.2011.

Frischmuth, Brigit; Kodolitsch, Paul von (1999): Veränderungen im Kräfterdreieck zwischen Bürgern, Rat und Verwaltung. In: Mäding, Heinrich (Hrsg.): Zwischen Überforderung und Selbstbehauptung - Städte unter dem Primat der Ökonomie, Berlin: Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Bd. 27, 181-207.

Fuchs, Dieter (2004): Partizipatorische, Liberale und Elektronische Demokratie. In: Kaiser, André; Zittel, Thomas: Demokratietheorie und Demokratieentwicklung: Festschrift für Peter Graf Kielmansegg. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 19-54.

Fuchs, Dieter (2007): Demokratie. In: Fuchs, Dieter; Roller, Edeltraud (Hrsg.): Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe, Stuttgart: Reclam Verlag, 38-43.

Fuchs, Dieter; Roller, Edeltraud (2009): Die Konzeptualisierung der Qualität von Demokratie. Eine kritische Diskussion aktueller Ansätze. In: Brodocz, André; Llanque, Markus; Schaal, Gary (Hrsg.), Bedrohungen der Demokratie, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 77-96.

Genro, Tarso; Souza, Ubiratan de (1997): Orçamento Participativo – A experiência de Porto Alegre, São Paulo: Editora Fundação Perseu Abramo.

Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Herzberg, Carsten (2001): Wie partizipative Demokratie zu politisch-administrativen Verbesserungen führen kann: Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre. 2. Aufl., Lit Verlag: Münster.

Herzberg, Carsten (2009): Von der Bürger- zur Solidarkommune. Lokale Demokratie in Zeiten der Globalisierung. Hamburg: VSA-Verlag.

Herzberg, Carsten; Sintomer, Yves; Allegretti, Giovanni (2010): Vom Süden lernen. Bürgerhaushalt weltweit: Eine Einladung zur globalen Kooperation. Studie. Unter der Mitarbeit von Anja Röcke. Bonn: InWent gGmbH.

Hollihn, Frank (1978): Partizipation und Demokratie: Bürgerbeteiligung am kommunalen Planungsprozeß? Baden-Baden: Nomos Verlag.

Kaiser, André; Seils, Eric (2005): Demokratie-Audits. Zwischenbilanz zu einem neuen Instrument der empirischen Demokratieforschung. In: Politische Vierteljahresschrift 46, 133-143.

Kappler, Marc (2006): Emanzipation durch Partizipation? Möglichkeiten und Grenzen im Demokratiemodell der BRD. Philipps-Universität Marburg.

Kielmannsegg, Peter Graf (1980): Nachdenken über die Demokratie. Aufsätze aus einem unruhigen Jahrzehnt. Verlagsgemeinschaft Ernst Klett: Stuttgart.

Klages, Helmut (2007): Beteiligungsverfahren und Beteiligungserfahrung, Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.

König-Felleitner, Marlene (2009) BürgerInnenbeteiligung in der Kommunalpolitik im Rahmen von "Lokale Agenda 21"-Prozessen. Diplomarbeit, Universität Wien: Fakultät für Sozialwissenschaften.

Kubicek, Herbert; Lippa, Barbara; Koop, Alexander (2011): Erfolgreich beteiligt? Nutzen und Erfolgsfaktoren internetgestützter Bürgerbeteiligung – Eine empirische Analyse von 12 Fallbeispielen. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Märker, Oliver; Wehner, Josef (2008): Bürgerbeteiligung am Haushalt. Das Beispiel Bürgerhaushalt Köln. In: Standort – Zeitschrift für Angewandte Geographie (2008), Springer Verlag, 32, 114–119.

Mayring, Philipp (2002): Einführung in die Qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken. Weinheim und Basel: Beltz Verlag.

Mayring, Philipp (2008): Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken, Weinheim und Basel: Beltz Verlag.

Meyer, Thomas (2009): Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung. Wiesbaden: VS-Verlag.

Miller, James (1987): Democracy is in the streets: from Port Huron to the siege of Chicago, New York, 3. Auflage 1999.

Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (1995): Lexikon der Politik. Politische Theorien. Band I. München: Beck.

Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf; Schüttemeyer, Suzanne (1998): Lexikon der Politik. Politische Begriffe. Bd. 7. München: Beck.

Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD 2005): Evaluating Public Participation in Policy Making. Paris: OECD.

Röder, Eva (2010a): Der Bürgerhaushalt in Rosario (Argentinien) – Ein Beitrag zur Demokratisierung der lokalen Ebene. Berlin: LIT-Verlag in der Reihe/Region – Nation – Europa.

Pateman, Carole (1970): Participation and Democratic Theory. Cambridge: University Press.

Pennock, Roland (1979): Democratic Political Theory, New Jersey: Princeton University Press.

Peruzzotti, Enrique; Magnelli, Mariella; Peixoto, Tiago (2011): La Plata, Argentinien: Bürgerhaushalt – Mitbestimmung auch per SMS. In: Bertelsmann Stiftung (2011): Demokratie vitalisieren – politische Teilhabe stärken. Reinhard Mohn Preis 2011, Verlag Bertelsmann Stiftung: o.O.

Pflaumbaum, Elias (2010): Bürgerhaushalt im Kräfterdreieck Politik-Verwaltung-Bürgerschaft, Hamburg: Diplomica Verlag.

Roth, Roland (1997): Die Kommune als Ort Bürgerbeteiligung. In: Klein, Ansgar; Schmalz-Bruns, Rainer (1997): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Schriftenreihe 347, Bonn, 404–447.

Schöne, Helmar (2011): Institutionenperzeption und politische Partizipation – Wie die Bürger über politische Institutionen denken und welche Schlussfolgerungen daraus für die Förderung politischer Beteiligung zu ziehen sind. Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd: Politische Psychologie, Volume 1, 2011 (1), 54-66.

Schmidt, Manfred G. (2000): Demokratietheorien. Opladen: Leske + Budrich.

Roßteutscher, Sigrid (2009): Soziale Partizipation und Soziales Kapital. In: Kaina, Viktoria; Römmele, Andrea (Hrsg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden: VS-Verlag, 163-180.

Sartori, Vera (2002): Partizipative Demokratie in Porto Alegre. Diplomarbeit. Innsbruck: Leopold-Franzens-Universität, Institut für Politikwissenschaft.

Schumpeter, Joseph Alois (2005): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen: Narr Francke Attempto Verlag GmbH + Co. KG.

Sintomer, Yves; Herzberg, Carsten; Röcke, Anja (2010): Der Bürgerhaushalt in Europa: eine realistische Utopie. Wiesbaden: VS Verlag.

Stollen, Torsten (2011): Deliberation als Brücke zwischen passiver und aktiver Öffentlichkeit. Ein Feldexperiment zu den Chancen und Grenzen verschiedener Formen von Bürgerbeteiligung in der deutschen Gesundheitspolitik. Berlin: epubli.

Souza, Celina (2001): Participatory budgeting in Brazilian cities: limits and possibilities in building democratic institutions, Environment & Urbanization Vol 13, No 1, April, 159-184.

Strauss, Anselm; Corbin, Juliet (1999): Grounded Theory: Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Weinheim: Beltz, Psychologie-Verlags-Union.

Vorländer, Hand (2003): Demokratie. Geschichte – Formen – Theorien. München: Verlag C.H.Beck.

Wampler, Brian (2007): A Guide to Participatory Budgeting. In: Shah, Anwar: Public Sector Governance and Accountability Series: Participatory Budgeting. Washington: The World Bank, 21-53.

Warren, Mark (1992): Democratic Theory and Self-Transformation. In: American Political Science Review. Vol. 86, Nr. 1, March 1992, 8-23.

Zimmermann, Clóvis (2004): Demokratie radikal demokratisieren. Der Beteiligungshaushalt von Porto Alegre. In: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, DGB-Bildungswerk (Hg.): Vom Süden lernen. Porto Alegre's Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie, Materialien 70.

Zittel, Thomas (2004): Partizipative Demokratie und Politische Partizipation. In: Kaiser, André; Zittel, Thomas (Hg): Demokratietheorie und Demokratieentwicklung. Festschrift für Peter Graf Kielmansegg, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 55-74.

7.3.2 Internet

Agenda 21 (2009): Bevölkerung: Daten/Statistiken/Infografiken, 20.11.2009. <http://www.agenda21-treffpunkt.de/daten/bevolk.htm> [Zugriff: 09.02.2012].

Betancourt, Ana Cristina; Santandreu, Alain (2007): La Revolución Silenciosa: Procesos de Información y Comunicación en los Presupuestos Participativos. Red de Participación Ciudadana y Control Social (PC-CS) Servicio Holandés de Cooperación al Desarrollo Servicio Alemán de Cooperación Social-Técnical. <http://www.rosario.gov.ar/sitio/verArchivo?id=4347&tipo=objetoMultimedia> [Zugriff: 24.04.2012].

Bloj, Cristina (2008): Itinerarios de deliberación ciudadana. El programa Presupuesto Participativo del Municipio de Rosario (Argentina). In: Iberoamericana. América latina – Espana – Portugal. Ensayos sobre letras, historia y sociedad. Notas. Reseñas iberoamericanas, Año VIII (2008) Nueva época Nº 32. <http://www.rosario.gov.ar/sitio/verArchivo?id=4317&tipo=objetoMultimedia> [Zugriff: 24.04.2012].

Cabannes, Yves (2004a): Presupuesto Participativo y finanzas locales. Programa de Gestión Urbana – UN/HABITAT, Mayo 2004, Cuaderno de Trabajo Nº137. <http://www.rosario.gov.ar/sitio/verArchivo?id=4875&tipo=objetoMultimedia> [Zugriff: 10.04.2012].

Cabannes, Yves (2004b): Participatory budgeting: a significant contribution to participatory democracy, Environment & Urbanization. Vol 16, No 1, April, 27-46. <http://eau.sagepub.com/cgi/content/abstract/16/1/27> [Zugriff: 18.01.2012].

Campana, Guillermo (2007): Presupuesto Participativo Rosario. Sus aportes a la democracia de la ciudad. In: Revista Cátedra Paralela. No. 4, 2007. http://www.catedraparalela.com.ar/images/rev_articulos/arti00046f001t1.pdf [Zugriff: 24.04.2012].

Constitución de la Nación Argentina vom 22.10.1994. Senado de la Nación Argentina. <http://www.senado.gov.ar/web/interes/constitucion/preambulo.php> [Zugriff: 20.03.2012].

Constitución de la Provincia Santa Fé vom 14 April 1962. Consejo Rosario. <http://www.concejorosario.gov.ar/resources/legislacion/constitucionprovincial.pdf> [Zugriff: 20.03.2012].

Dachs, Herbert (2008): Jugend – Demokratie – Politik, herausgegeben vom Forum Politische Bildung. Informationen zur Politischen Bildung. Bd. 28, Innsbruck-Bozen-Wien: forum politische bildung. http://www.politischebildung.com/pdfs/28_demomod.pdf [Zugriff: 10.03.2012].

Dresing, Thorsten; Pehl, Thorsten (2012): Transkription kann so einfach sein! f4 hat alles, was Sie dafür brauchen. 25.01.2009. <http://www.audiotranskription.de/f4.htm> [Zugriff: 25.03.2012].

Goldfrank, Benjamin (2005): The politics of Deepening Local Democracy: Decentralization, Party Institutionalization, and Participation.“ Paper presented at the annual meeting of the American Political Science Association, Washington http://www.allacademic.com/meta/p42602_index.html [Zugriff: 24.04.2012].

Goldfrank, Benjamin (2007): Von der Stadt zur Nation? Partizipative Demokratie und die lateinamerikanische Linke. In: Nueva Sociedad Nr. 212, 11-12/2007. <http://www.nuso.org/upload/deutsch/2008/Goldfrank.pdf> [Zugriff: 11.04.2012].

Mayring, Philipp (2001): Kombination und Integration qualitativer und quantitativer Analyse. Forum Qualitative Sozialforschung, 2 (1), Art. 6. <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/967/2110> [Zugriff: 10.03.2012].

Municipalidad de La Plata (Website): <http://www.laplata.gov.ar/> [Zugriff: 25.05.2012].

Municipalidad de Rosario (Website): <http://www.rosario.gov.ar> [Zugriff: 25.05.2012].

Municipalidad de Rosario (2002): <http://www.rosario.gov.ar/mr/normativa/otras-normas/ordenanzas/ordenanza-7326-2002> [Zugriff: 24.04.2012].

Municipalidad de Rosario (2009a): El Presupuesto Participativo en Rosario. Una apuesta renovada al experimentalismo democrático. Secretaría General, Municipalidad de Rosario. <http://www.rosario.gov.ar/sitio/verArchivo?id=4322&tipo=objetoMultimedia> [Zugriff: 15.04.2012].

Muhr, Thomas (o.J.): Atlas.ti – ein Werkzeug für die Textinterpretation. Berlin: Technische Universität <http://www.ssoar.info/ssoar/files/2009/608/muhr-atlas-ti.pdf> [Zugriff: 25.03.2012].

Röder, Eva (2010b): Der Bürgerhaushalt in Rosario. Ein Beitrag zur Demokratisierung der lokalen Ebene. In: Bundeszentrale für politische Bildung. <http://www.buergerhaushalt.org/neuigkeiten/gastbeitrag-der-buergerhaushalt-in-rosario-ein-beitrag-zur-demokratisierung-der-lokalen-ebene/> [Zugriff: 07.02.2012].

Sartori, Vera (2004): Partizipative Demokratie in Porto Alegre und Europa. 5.5.2004, Innsbruck: PoWi Graduiertenkonferenz Wien.

SDS Students for a Democratic Society (1962): Port Huron Statement of the Students for a Democratic Society. <http://www.isioma.net/sds05599.html> [Zugriff: 11.04.2012].

Signorelli, Gisela (2008): Re- presentando la participación. Análisis del Presupuesto Participativo Rosario 2005-2009. Rosario: Facultad de Ciencia Política Rosario (UNR). http://webiigg.sociales.uba.ar/iigg/jovenes_investigadores/5jornadasjovenes/EJE10/ponencia%20SIGNORELLI.pdf [Zugriff: 18.03.2012].

Sintomer, Yves; Herzberg, Carsten; Röcke, Andrea (2008): From Porto Alegre to Europe: Potential and Limitations of Participatory Budgeting. International Journal of Urban and Regional Research, Volume 32/1, 164-178. http://www.dpwg-lgd.org/cms/upload/pdf/participatory_budgeting.pdf [Zugriff: 25.04.2012].

United Nations Development Programme (UNDP 2004): 72 Frequently Asked Questions about Participatory Budgeting. Urban Governance Toolkit Series. Quito: UN-HABITAT. www.unhabitat.org/documents/faqqPP.pdf [Zugriff: 10.01.2012].

Worldmapfinder (o.J.): Landkarte von Rosario. http://www.worldmapfinder.com/De/South_America/Argentina/Rosario/ [Zugriff: 27.05.2012].

Yantorno, Omar (2011): Participation ciudadana: una apuesta al futuro. Ficha nº 6 del Taller. Universidad Nacional de La Plata. Facultad de Arquitectura y Urbanismo: La Plata. <http://es.scribd.com/doc/53577404/Ficha-6-PARTICIPACION> [Zugriff: 03.04.2012].

7.3.3 Interviews

Interview 1: Pablo Torricella. 2012. Skype-Konferenz: Rosario (Argentinien)/Wien.

Interview 2: Carlos Sortino. 2012. Skype-Konferenz: La Plata (Argentinien)/Wien.

Bildrechte

Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.

7.4 Abkürzungen und Akronyme

BHH	Bürgerhaushalte
BHHe	Bürgerhaushalte (Mehrzahl)
BHHes	Bürgerhaushaltes (<u>Genetiv</u>)
NGO	<i>Non-Governmental Organization</i> (Nichtregierungsorganisation)
UN-HABITAT	<i>United Nations Human Settlements Programme</i> , Programm der Vereinten Nationen für menschl. Sied- lungen
PGU	<i>Programa de Gestión Urbana para América Latina y</i> <i>El Caribe</i> , <i>Urban Management</i> -Programm der Vereinten Natio- nen

7.5 Interviewleitfaden Rosario

Einstiegsfragen

- 1.) Bitte beschreiben Sie die Funktion, die Sie im Zusammenhang mit der Einführung und Umsetzung des Bürgerhaushaltes einnehmen und die Aufgaben, die mit dieser Funktion verbunden sind.
- 2.) Welche Schwierigkeiten sind nach der Einführung des Bürgerhaushaltes bei der Anpassung an neue Anforderungen für Sie und andere Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung aufgetreten?

Rechtliche und regulatorische Dimension

- 3.) Was sind die größten Probleme des Bürgerhaushaltes, die im rechtlichen und regulatorischen Bereich auftreten?
 - Wie wird durch Institutionalisierung des Bürgerhaushaltes der Spagat zwischen Fortsetzung und gleichzeitig flexibler Umgestaltung des Prozessdesigns geschafft?
 - Gibt es für BürgerInnen Möglichkeiten sich über die Regeln des Verfahrens zu diskutieren und mitzugestalten? Wenn ja welche?
 - Welche Herausforderungen treten bei der Anpassung der kommunalen internen Prozesse an kooperativen Verfahren des Bürgerhaushaltes auf?

Finanzielle Dimension

- 4.) Was sind die größten Probleme, die sich hinsichtlich des Umgangs mit finanziellen Mitteln im Rahmen des Bürgerhaushaltes stellen?
 - Inwiefern gibt es Schwierigkeiten bei der Aufteilung des Budgets auf die unterschiedlichen Distrikte zur Finanzierung der Projekte?
 - Nachdem der Bürgerhaushalt auch mit dem Ziel eingeführt wurde, Effekte der sozialen Umverteilung auszulösen, erscheint es sinnvoll, benachteiligten Distrikten (und damit der armen Bevölkerung), mehr finanzielle Mittel zu zuweisen. In vielen Bürgerhaushalten wird dafür ein Umverteilungsschlüssel definiert. Warum hat sich die Stadtregierung Rosarios gegen einen Mechanismus zur Umverteilung entschieden – wo doch soziale Exklusion von Minderheiten ein großes Problem darstellt? Welche Probleme treten aufgrund der Entscheidung gegen einen Umverteilungsmechanismus auf?

Partizipative Dimension

- 5.) Was sind die größten Hürden, die zur Erreichung der aktiven Beteiligung von BürgerInnen und BürgerInnendelegierten zu überwinden sind?

a) Form der Beteiligung

- Inwiefern war Beteiligungsmangel seit der Einführung des Bürgerhaushaltes 2002 ein Problem? Wie ist man damit umgegangen und mit welchen Instrumenten hat man versucht die Beteiligungsquote zu steigern?
- Worin liegt die Schwierigkeit in der Mobilisierung von sozialen Randgruppen der Bevölkerung?
- Welche Instrumente zur gezielten Ansprache dieser Minderheiten werden angewendet um diese verstärkt in den Bürgerhaushalt einzubinden?

Laut Literatur können bei Bürgerhaushalten soziale Ungleichheiten in der Beteiligung beobachtet werden, da die Beteiligung gewisse Ressourcen der TeilnehmerInnen voraus setzt. Beispielsweise müssen diese über zeitliche und finanzielle Ressourcen verfügen. Wie wird mit diesem Risiko im Bürgerhaushalt von Rosario umgegangen?

b) Kommunikations- und Informationsstrategie

- Da die Kommunikation zwischen den Akteuren der Politik/Verwaltung und BürgerInnen eine wichtige Rolle spielt, möchte ich fragen, welche positiven und negativen Effekte Sie von der gewählten Kommunikations- und Informationsstrategie für die Mobilisierung von BürgerInnen feststellen konnten? Ist eine SMS-Wahl, wie sie im Bürgerhaushalt von La Plata eingesetzt wird, auch hier denkbar?

c) Deliberation – aktive Mitwirkung

- Welche Faktoren wirken hinderlich auf die aktive Mitwirkung von BürgerInnen und VerwaltungsmitarbeiterInnen am Prozess des Bürgerhaushaltes?
- Wo liegen die Probleme bei der Zusammenarbeit zwischen BürgerInnen, BürgerInnendelegierten und MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung?
- Kann man sagen, dass bei Bürgerforen manche Bürger mehr zu Wort kommen als Andere?
- Wie wird mit auftauchenden Konflikten umgegangen – beispielsweise Konflikte, die in den Bürgerforen oder bei der Arbeit des Bürgerdelegiertenrates entstehen? Erinnern Sie sich an einen Fall, bei dem ein besonderer Konflikt behandelt wurde? Welcher war das? Wie wurde mit dem Konflikt umgegangen?

d) Kontrollmöglichkeiten

- Wie können BürgerInnen die Entscheidungsprozesse und Projektumsetzung im Bürgerhaushalt kontrollieren? Wo bestehen diesbezüglich Konflikte und Verbesserungsbedarf?

Räumliche Dimension

- 6.) Welche positiven und negativen Effekte bringt die Organisation des Bürgerhaushaltes auf Distrikt-Ebene?

- Laut Literatur wurde In Porto Alegre die Erfahrung gemacht, dass sich vor allem in armen Stadtvierteln BürgerInnen an den Bürgerforen beteiligten, da vor allem diese an der Verbesserung der infrastrukturellen Verbesserungen in ihrem Wohnumfeld interessiert sind. Ist das auch in Rosario so?
- Welche Probleme können durch die Einführung von thematischen Bürgerforen als Ergänzung zu den regulären Bürgerforen in Angriff genommen werden?
- Wie wird dem Risiko, dass sich der Bürgerhaushalt, der auf kurzfristigen Projekten basiert nicht an der langfristigen strategischen Planung der Stadtverwaltung orientiert, umgegangen?

Politische Dimension

- 7.) Inwiefern treten Herausforderungen in der politischen Dimension des Bürgerhaushaltes auf?
- Welche politische Funktion erfüllt die Umsetzung des Bürgerhaushaltes in Rosario?
 - Besteht das Risiko, dass Bürgerhaushalte dazu benutzt werden, bestimmten Interessen nachzukommen? Gibt es offenen Missbrauch der Mittel und kennen Sie ein Beispiel diesbezüglich?
 - Der Bürgerhaushalt fördert die demokratischen Strukturen. Welche Vorschläge gibt es von Ihnen, um die demokratischen Entscheidungsprozesse im Rahmen von Bürgerhaushalten besser zu gestalten? Wo gibt es Verbesserungsbedarf?

Abschlussfragen

- 8) Wer sind die größten Kritiker des Bürgerhaushaltes, was kritisieren diese und wie beurteilen Sie deren Kritik?
- 9) Inwiefern haben sich die großen Probleme seit der Einführung des Bürgerhaushaltes im Zuge der Jahre verändert? Was waren die größten Probleme kurz nach der Implementierung und was sind die größten Probleme, die im Zuge der Umsetzung des Bürgerhaushaltes heutzutage auftreten?
- 10) Sind Ihnen im Laufe des Interviews noch weitere Hindernisse eingefallen, die unbedingt überwunden werden müssen, damit der Bürgerhaushalt erfolgreich ist?
- 11) Zum Abschluss noch die Frage nach Ihrer ganz persönlichen Einschätzung des Bürgerhaushaltes von Rosario, abseits der offiziellen Meinungen... Was ist der Punkt, den sie am meisten mögen an Bürgerhaushalten? Was gefällt ihnen am wenigsten?

7.6 Interviewleitfaden La Plata

Einstiegsfragen

- 8.) Bitte beschreiben Sie die Funktion, die Sie im Zusammenhang mit der Einführung und Umsetzung des Bürgerhaushaltes einnehmen und die Aufgaben, die mit dieser Funktion verbunden sind.
- 9.) Welche Schwierigkeiten sind nach der Einführung des Bürgerhaushaltes bei der Anpassung an neue Anforderungen für Sie und andere MitarbeiterInnen der öffentlichen Verwaltung aufgetreten?

Rechtliche und regulatorische Dimension

- 10.) Was sind die größten Probleme des Bürgerhaushaltes, die im rechtlichen und regulatorischen Bereich auftreten?
 - Gibt es für BürgerInnen Möglichkeiten über die Regeln des Verfahren zu diskutieren und mitzugestalten? Wenn ja welche?
 - Laut den Dokumenten, die ich gelesen habe, gibt es keine Regelung, die dafür sorgt, dass arme Stadtviertel begünstigt werden und mehr Budget erhalten. Wieso gibt es keinen Umverteilungsmechanismus, wo doch laut Zielsetzung durch den Bürgerhaushalt gerade die Ärmsten verstärkt Zugang zu öffentlichen Ressourcen erhalten sollen? Inwiefern ergibt sich daraus eine Herausforderung?
 - Inwiefern ist die Erreichung einer ausgeglichenen Partizipation von Männern und Frauen eine Herausforderung? Werden Maßnahmen gesetzt um diese zu fördern?
 - Inwiefern gibt es Probleme beim Austausch von Informationen innerhalb der Stadtverwaltung? In anderen Bürgerhaushalten ist das Problem aufgetaucht, dass Informationen innerhalb der Stadtverwaltung nicht bzw. zu langsam weitergegeben wurden und kein dynamischer Austausch stattfindet. Wie ist die Situation diesbezüglich im Bürgerhaushalt von La Plata?
 - Was ist mit den Projekten, die es nicht auf die Umsetzungsliste schaffen? Werden diese verworfen oder im darauffolgenden Jahr wieder eingebracht?

Finanzielle Dimension

- 11.) Was sind die größten Probleme, die sich hinsichtlich des Umgangs mit finanziellen Mitteln im Rahmen des Bürgerhaushaltes stellen?
 - Inwiefern gibt es Schwierigkeiten bei der Aufteilung des Budgets auf die unterschiedlichen Distrikte zur Finanzierung der Projekte?
 - Inwiefern besteht das Risiko, dass Projekte aus den Vorjahren erst später umgesetzt werden, dadurch unvorhergesehene Ausgaben entstehen und sich das auf die aktuellen Projekte auswirkt? Wie wird die Beteiligungsbereitschaft durch zeitliche Verschiebungen der Projektumsetzung beeinflusst?

Partizipative Dimension

12.) Was sind die größten Hürden, die zur Erreichung der aktiven Beteiligung von BürgerInnen und BürgerInnenendelegierten zu überwinden sind?

e) Form der Beteiligung

- Inwiefern war Beteiligungsmangel seit der Einführung des Bürgerhaushaltes 2002 ein Problem? Wie ist man damit umgegangen und mit welchen Instrumenten hat man versucht die Beteiligungsquote zu steigern?
- Worin liegt die Schwierigkeit in der Mobilisierung von sozialen Randgruppen der Bevölkerung und welche nehmen Sie als eher ausgeschlossene Gruppen wahr?
- Welche Instrumente zur gezielten Ansprache dieser Minderheiten werden angewendet um diese verstärkt in den Bürgerhaushalt einzubinden?
- Laut Literatur ist es oft ein Problem, dass die meisten BürgerInnen nur einmal an einem Bürgerforum teilnehmen und in den darauffolgenden Jahren nicht mehr. Inwiefern trifft dies auch in La Plata zu und inwiefern sehen Sie inkonstante Beteiligung als Herausforderung und hinderlich für den Arbeitsprozess?

f) Kommunikations- und Informationsstrategie

- Da die Kommunikation zwischen den Akteuren der Politik/Verwaltung und BürgerInnen eine wichtige Rolle spielt, möchte ich fragen, welche positiven und negativen Effekte Sie von der gewählten Kommunikations- und Informationsstrategie für die Mobilisierung von BürgerInnen feststellen konnten? Der Bürgerhaushalt von La Plata ist international bekannt für sein innovatives Wahl-System per SMS. Welche Vor- und Nachteile treten diesbezüglich auf? Von Kritikern wird häufig die Vermutung geäußert, dass SMS-Wahl manipulierbar ist. Was sagen Sie zu diesem Vorwurf?
- In Bürgerhaushalt von Rosario stellt sich die Herausforderung, dass es die Bürgerbeteiligung an der Stadtentwicklung schon jahrelang gibt und der Bürgerhaushalt für die BürgerInnen daher nicht eine völlig neue Möglichkeit bietet und die Beteiligung für die BürgerInnen daher auch nicht so attraktiv und interessant erscheint. Wie schätzen Sie dies für La Plata ein?
- Der Bürgerhaushalt von La Plata ist für seine im internationalen Vergleich hohe Beteiligungsrate bekannt. Worauf bezieht sich die hohe Beteiligung? Auf die Beteiligung in den Bürgerforen oder die Beteiligung an der Wahl der Projekte?

g) Deliberation – aktive Mitwirkung

- Welche Faktoren wirken hinderlich auf die aktive Mitwirkung von BürgerInnen und VerwaltungsmitarbeiterInnen am Prozess des Bürgerhaushaltes?
- Wo liegen die Probleme bei der Zusammenarbeit zwischen BürgerInnen, BürgerInnenendelegierten und MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung?
- Wo und zwischen wem entstehen Konflikte im Prozess der Umsetzung des Bürgerhaushaltes? Wie wird mit auftauchenden Konflikten umgegangen? Gibt es dafür eine institutionalisierte Vorgangsweise?
- Gibt es Widerstand und Vertrauensverlust, da Projekte gar nicht oder verspätet umgesetzt werden? Ist das ein auftretendes Problem und wie wird damit umgegangen?

h) Kontrollmöglichkeiten

- Wie können BürgerInnen die Entscheidungsprozesse und Projektumsetzung im Bürgerhaushalt kontrollieren? Wo bestehen diesbezüglich Konflikte und Verbesserungsbedarf?
- Die Kontrolle der Projektumsetzung erfolgt also seit 2010 durch BürgerInnen. Inwiefern ist es ein Problem, dass BürgerInnen nicht genügend Informationen über den Umsetzungsprozess etc. haben um die Projektumsetzung auch tatsächlich zu kontrollieren? Welche Herausforderungen entstehen mit der Dezentralisierung?
- Ist es richtig, dass es seit dem Jahr 2010, als das externe Kontroll-Gremium abgeschafft wurde, keine externe Kontrolle mehr gibt? Inwiefern gibt es diesbezüglich Herausforderungen zu bewältigen?

Räumliche Dimension

13.) Welche positiven und negativen Effekte bringt die Organisation des Bürgerhaushaltes auf Distrikt-Ebene?

- Laut Literatur wurde In Porto Alegre die Erfahrung gemacht, dass sich vor allem in armen Stadtvierteln BürgerInnen an den Bürgerforen beteiligten, da vor allem diese an der Verbesserung der infrastrukturellen Verbesserungen in ihrem Wohnumfeld interessiert sind. Ist das auch in Rosario so?
- Durch die Durchführung von Bürgerforen auf Distrikt-Ebene müssen Themen, die die gesamte Stadt betreffen, ausgespart bleiben. Ist die Einführung von thematischen Versammlungen geplant? Welchen Nutzen und welche Risiken sehen Sie damit verbunden?
- In anderen Bürgerhaushalten besteht das Problem, dass die Projekte der Mittelschicht oft weniger dringend als jene der Unterschicht gedeutet werden. Es ergeben sich Konflikte, da die Präferenzen der Armen und der Reichen unterschiedlich sind. Wie tritt dieses Problem in La Plata auf? Inwiefern müssen TeilnehmerInnen erst lernen sich an den kollektiven Interessen zu orientieren anstatt an ihr persönliches Wohl zu denken?

Politische Dimension

14.) Inwiefern treten Herausforderungen in der politischen Dimension des Bürgerhaushaltes auf?

- Was ist die politische Funktion des Bürgerhaushaltes von La Plata und inwiefern treten diesbezüglich Herausforderungen im politischen Bereich auf?
- Besteht das Risiko, dass Bürgerhaushalte dazu benutzt werden, bestimmten Interessen nachzukommen? Gibt es offenen Missbrauch der Mittel und kennen Sie ein Beispiel diesbezüglich?
- Der Bürgerhaushalt fördert die demokratischen Strukturen. Welche Vorschläge gibt es von Ihnen, um die demokratischen Entscheidungsprozesse im Rahmen von Bürgerhaushalten besser zu gestalten? Wo gibt es Verbesserungsbedarf?
- Die Möglichkeit per SMS über die Projekte abzustimmen bewirkt zwar, dass es eine höhere Beteiligungsrate gibt und die BürgerInnen daher besser repräsentiert sind, allerdings fällt der wichtige Aspekt

weg, dass durch einen gemeinsamen Diskussionsprozess ein Konsens erreicht wird. Es findet also eine sehr passive Beteiligung statt. Inwiefern sehen Sie das als demokratisches Problem?

- Der Bürgerhaushalt wurde unter anderem eingeführt, um die politische Korruption innerhalb der Stadtre-gierung zu mindern. Welche Erfahrungen wurden diesbezüglich in La Plata gemacht? War Korruption vor der Einführung des Bürgerhaushaltes ein Problem und hat sich das Ausmaß im Zuge des Bürgerhaushaltes geändert?

Abschlussfragen

- 12) Wer sind die größten Kritiker des Bürgerhaushaltes, was kritisieren diese und wie beurteilen Sie deren Kritik? Bezieht sich die Kritik auf die Existenz des Bürgerhaushaltes an sich oder auf Aspekte der Anwendungsmethode?
- 13) Inwiefern haben sich die großen Probleme seit der Einführung des Bürgerhaushaltes im Zuge der Jahre verändert? Was waren die größten Probleme kurz nach der Implementierung und was sind die größten Probleme, die im Zuge der Umsetzung des Bürgerhaushaltes heutzutage auftreten?
- 14) Sind Ihnen im Laufe des Interviews noch weitere Hindernisse eingefallen, die unbedingt überwunden werden müssen, damit der Bürgerhaushalt erfolgreich ist?
- 15) Zum Abschluss noch die Frage nach Ihrer ganz persönlichen Einschätzung des Bürgerhaushaltes von La Plata, abseits der offiziellen Meinungen... Was ist der Punkt, den sie am meisten mögen an Bürgerhaushalten? Was gefällt ihnen am wenigsten?

7.7 Originalinterview Rosario

I – Interviewperson, T –Pablo Torricella

I: ¿Cuál es tu función en relación a la implementación del Presupuesto Participativo (PP) y cuáles son tus tareas concretas? (Z.001)

PT: El organigrama de nuestro presupuesto participativo se encuentra radicado en la Secretaría General. Podés encontrarlo dentro de la página web del municipio para darte una idea de cómo es el organigrama con el que cuenta este municipio. Nuestra secretaría tiene entre sus funciones principales la descentralización de la ciudad. La ciudad está organizada en seis distritos que serían como minimunicipios que dependen del Secretario General. Como una cuestión de desarrollo territorial está anclado en esta secretaría. Hay algunos presupuestos participativos que están a cargo de secretarías contables, por ejemplo. Nuestra secretaría tiene a cargo el espacio de la participación ciudadana. Mi cargo es el de la coordinación técnica del PP a nivel de representante. Tenemos un representante en cada uno de estos seis lugares y en el área central anclada acá en la Secretaría General teníamos siempre un coordinador general. Ahora el organigrama ha sufrido un cambio y se ha creado el Departamento de Participación Ciudadana. En el que está anclado el PP. Mis funciones son velar todo el proceso, hacer las apoyaturas técnicas en cada uno de los distritos, trabajar en el diseño, la reingeniería de todo el proceso. Reingeniería: Estamos constante reevaluando nuestra política, haciendo modificaciones... Ahí yo tengo una participación activa. Nuestro municipio es muy grande y por eso requerimos de trabajo con otras áreas, y yo soy un nexo entre ellas y la nuestra, por ejemplo cuando necesitamos diseño de sistemas informáticos. Ahora tenemos dos sistemas que son fundamentales para nosotros. Tenemos un sistema de administración y seguimiento de cada uno de los proyectos que han sido votados y el municipio tiene que estar realizándolos. Tenemos también el otro sistema que es el que utilizamos cuando hacemos las jornadas de elección de proyectos. Este sirve para la distribución de los vecinos y para el recuento de los votos que ha tenido cada proyecto. El sistema de los proyectos lo inauguramos el año pasado y el de las elecciones lo estamos utilizando ya desde hace tres o cuatro años. Tuvimos un sistema de votación electrónica en el año 2007 y por problemas de costo hemos dejado de hacerlo y tenemos ahora una votación manual. También tenemos una votación lúdica. Es como un juego, pero para nosotros es muy serio. Se vota con juegos. En lugar de la típica boleta para hacer cruces, usamos dos sistemas de votación lúdicos. En uno hay tubos ubicados en un circuito de votación referenciados cada uno con el nombre de un proyecto. La gente pasa caminando y tira una bolita de vidrio en el proyecto que le gusta. Tenemos otro juego similar. Hay un mueble con varios agujeros. Por ejemplo, el agujero número uno es un pavimento, el otro es un curso, por ejemplo. En el diario "El Ciudadano" salió un artículo llamado "El furor del bolivoto". También en YouTube puede verse esta experiencia. (Z.002)

I: ¿Cuáles son las dificultades que se te presentaron a vos y a tus compañeros de la administración pública tras la implementación del PP en relación a las nuevas tareas? (Z.003)

PT: Nosotros llevamos 10 años de experiencia con el PP. Es el más antiguo en la Argentina. El PP en Rosario es el único proyecto que atraviesa cada una de las secretarías. El organigrama del PP, más allá del que yo te describí, es gigante. Nosotros tenemos enclaves en cada uno de estos departamentos municipales. Este es para mí uno de los grandes desafíos que tenemos. Cada vez que algo se nos cae en algún departamento nos repercute en otro. La estructura en sí que lleva adelante el PP es gran desafío. Otro gran desafío es la ejecución de los proyectos. Esto afecta a todos los municipios que llevan adelante el PP. Poder llevar a cabo en tiempo y forma cada una de las obras que han sido elegidas. En el caso de Rosario es una cuestión (?) vinculante. Es decir todo proyecto que ha sido elegido sí o sí se debe estar haciendo. Muchas veces surgen situaciones imprevistas que hacen que los fondos financieros no alcancen para hacer determinadas obras. Eso es un gran desafío. En los años 2008 y 2009 tuvimos grandes problemas financieros en el municipio y se acumuló una gran deuda en obras. Es una deuda

importante de unos 60 millones de pesos. Sin embargo, en estos últimos dos años estamos pudiendo cumplir con un 80 y pico o 90 por ciento de los proyectos. La situación es mucho mejor ahora. Otro de los grandes desafíos que estamos teniendo es lograr incentivar a la participación. Hay algunos municipios que no tienen experiencia de participación ciudadana y cada vez que abre una el primer año participa muchísima gente. Rosario, en cambio, es una ciudad que tiene amplia experiencia en participación ciudadana, no solo tenemos el PP, sino también muchos otros sistemas, como consultas, consejos consultivos, trabajos con organizaciones vecinales, etc. Por lo tanto no es la única participación. Por eso nos ha estado costando atraer a la gente a participar. Si bien en el momento de elección de los proyectos hemos podido cambiar la base de participación. El año pasado participaron en Rosario 52 mil vecinos. El anterior, 30 mil y el anterior, unos 9 mil. Así que hemos ido en aumento. Este número va aumentando gracias a nuestras estrategias para lograrlo. Por ejemplo, hace cuatro años cuando teníamos todavía el voto electrónico solo disponíamos de un único puesto de votación por cada uno de estos distritos y el año pasado tuvimos unos 80. Otra estrategia que desarrollamos fue durante la fiesta anual de colectividades, en la que participan todas las colectividades de diferentes orígenes culturales, la cual es muy importante en Rosario. Allí colocamos una carpa del PP. Estamos teniendo un despliegue mucho mayor. (Z.004)

I: ¿Cuáles fueron y cuáles son los principales problemas del PP en cuanto a lo legal y a lo administrativo? (Z.005)

PT: En cuanto a lo legal no tenemos mayores problemas. Nuestro PP está reglado por ordenanza, a diferencia de otras ciudades en las que el ejecutivo de turno tiene el poder sobre el PP. En otras ciudades no existe una ordenanza, un decreto, una ley que exija que el municipio debe tener un PP. En nuestro caso, sí. En ciertos casos puede venir una nueva gestión de gobierno y anular el PP. Eso acá es imposible porque está determinado por una ordenanza que además dispone en cierta medida cómo debemos trabajar. El año pasado pasó algo llamativo con respecto a lo legal. Tuvimos una denuncia por intereses políticos de una persona que ahora es concejal por la oposición que demandaba al municipio por incumplimiento de ordenanzas. Nosotros tenemos varias ordenanzas. En la página web están disponibles. Hay una que es específica que determina la cuestión de género. Teníamos una que exigía que tuviéramos una fórmula matemática para distribuir el dinero entre los distritos. El año pasado distribuíamos el dinero de forma equitativa en cada uno de estos seis distritos. Y, sin embargo, teníamos una ordenanza que exigía lo contrario. Por eso el municipio fue demandado. Hubo serios problemas legales. A partir del año pasado estamos distribuyendo el presupuesto de acuerdo al índice de carencia de los distritos tal cual lo exige la ordenanza. La ordenanza 7226 es la que nos crea. La 8007 es la de ordenanza de género y la 5869 (?) es la de la distribución de dinero. El dinero, según esta ordenanza, debe ser distribuido en un 50% en partes iguales en cada uno de los distritos y el otro 50% según el índice de carencia. Pero ese índice de carencia había que crearlo. Dice que tiene que tener datos indicadores de salud, educación, vivienda, ingreso y género. Nuestro municipio es casi pionero en tener esta perspectiva de género. Se trabaja mucho en esto en el municipio, especialmente en el PP. Rosario tiene un plan de igualdad municipal de igualdad entre varones y mujeres. Cada secretaría y partes del municipio tienen acciones concretas para favorecer esta igualdad. En el caso del PP, por ejemplo, en cada una de las asambleas habilitamos bibliotecas (?), para que las mujeres puedan acudir con los niños y no se vean obligadas a quedarse en su casa. Otra medida es la de trabajar con un lenguaje no sexista. En todas las comunicaciones del PP y del municipio no se usa el genérico masculino. Se lee siempre: "vecinos y vecinas", por ejemplo. En un primer momento en las elecciones barriales de representantes siempre quedaban de lado las mujeres. Por esta misma ordenanza el consejo de vecinos está compuesto de forma igualitaria por hombres y por mujeres. 50 y 50%. (Z.006)

I: ¿Qué sería exactamente el consejo de vecinos? (Z.007)

Tenemos un grupo de vecinos que, después de las asambleas barriales, comienzan a encontrarse semanalmente para trabajar en los proyectos. Este grupo de vecinos lo denominamos consejeros y consejeras y se compone exactamente 50% de hombres y 50% de mujeres.

(Z.008)

I: ¿Hay una posibilidad para los ciudadanos de discutir y determinar respecto al funcionamiento del PP? ¿Tienen la oportunidad de hacer propuestas? (Z.009)

PT: Tenemos un sistema que funciona como marco. Este establece que en primer lugar se hagan las asambleas, en otro determinado momento la votación. No es una cuestión cerrada. Hace muchos años estamos haciendo modificaciones en las asambleas. Y hacemos muchas evaluaciones con los consejeros. Hace un año atrás tuvimos una asamblea que nosotros la llamamos: "tercera ronda" y que es como un cierre en el que se juntan todos los consejeros y se dan a conocer los proyectos electos. En esta hicimos una jornada de discusión sobre toda la metodología. Los consejeros eran unos 300. Nos organizamos en grupos en los que se hacían propuestas de mejora. Estas se van tomando en la medida en que se puede. (Z.010)

I: ¿Cuáles son los principales problemas que se presentan según tu opinión en relación a los recursos financieros? (Z.011)

PT: Tenemos uno que es puntual. Muchas veces un proyecto no se ha podido ejecutar apropiadamente en el momento adecuado y ahora tenemos muchos proyectos acumulados. Por ejemplo, en el caso de un pavimento. El costo de un pavimento por cuadra es de 900 mil pesos. Serían unos 90 u 80 dólares el barril (?). El valor de un proyecto determinado planeado en un año al año siguiente a veces se quintuplica por la inflación. Todas las cuestiones presupuestarias se basan en una estimación de lo que costaría un proyecto el año siguiente. A veces hay pavimentos que han quedado pendientes de otros años anteriores. Esto termina armando una gran pelota. La inflación es un gran problema, especialmente por los precios del material de construcción que crecen muchísimo. Acá ha habido un cambio de gestión y tenemos un problema con el sistema contable formal. El municipio presenta como todo gobierno el mes de octubre al consejo deliberante cómo hará la distribución del gasto. Después de la votación se determina qué secretaría se encargará de qué proyecto y con qué monto de dinero. Muchas veces sucede que una secretaría no indica correctamente estos datos.. Si un gasto del presupuesto participativo no se identifica exactamente con el número de proyecto queda como un gasto de la secretaría, como un gasto de la administración. Podemos presentar informes de que el proyecto se ha llevado a cabo, pero si no se registra en el sistema contable figura como que en ese proyecto no se ha gastado dinero. Se han hecho muchas reuniones para revertir esa situación. Depende todo muchas veces de la discrecionalidad de cada uno de los secretarios. Los ejercicios contables de los gobiernos son anuales. Si un proyecto te quedó pendiente del año 2009 tenés que sacar de las partidas del año 2012 para financiar algo que debés del 2009. El mayor problema son los imprevistos. Rosario, por ejemplo, en el año 2008 quedó prácticamente destruida por un granizo muy fuerte. Cayeron piedras de diez centímetros. Por eso se tuvo que desviar el dinero previsto para ciertos proyectos para otros fines más urgentes. Esto también afecta la credibilidad del PP. Si bien ahora estamos llevando a cabo un plan de obra para saldar los proyectos viejos, la credibilidad se ve afectada. Si un vecino participa para que se lleve a cabo un proyecto para arreglar el pavimento enfrente de su casa y vos no se lo hacés, difícilmente vuelva a participar. Muchas veces dicen: "¿si hiciste la otra plaza, por qué no hiciste la mía?". Esto no se debe únicamente al granizo, sino que nos ha venido pasando muchas veces. Pero no es siempre así, ahora tenemos un nuevo secretario con la primera función política de que los proyectos se lleven a cabo a toda costa. Este tipo de deuda tiene mucho que ver con la gran dimensión del aparato burocrático. A llegado a pasar que ciertos departamentos tenían a cargo un proyecto y ni siquiera estaban enterados de ello. (Z.012)

I: ¿Cuáles son los mayores obstáculos para conseguir una participación activa por parte de los ciudadanos y por parte de los miembros del foro? ¿Cuáles serían los principales obstáculos que habría que superar en este aspecto? (Z.013)

PT: Tenemos distintos niveles de participación y que tienen que ver con el grado de tiempo que requiere la participación. Tenemos tres grandes instancias. En las asambleas una persona tiene una participación que puede durar unas dos horas. En el consejo el trabajo lleva cinco meses y por último, la más liviana, que es solo la votación. El mayor desafío es hacerle en-

tender a la gente la importancia del PP, que tiene que ver con la democracia, que puede sentar con sus vecinos a construir la ciudad, no solo ser parte de ella, sino también venir y hacer propuestas. No sé si toda la gente tiene ganas de participar, pero tampoco tiene la obligación. A veces hacés una asamblea en un barrio de un radio de 30 mil vecinos y solo acuden 20 personas. Eso es frustrante. Pienso que la cosa va a ir mejorando. Tenemos un proceso hoy en día mucho más ordenado que hace otros años. Si viniste y propusiste un proyecto que te parecía importante y más tarde lo ves realizado, sentís una gran satisfacción. Acá sucede algo muy peculiar, no sé cómo será la situación en otras ciudades: por ejemplo, el año pasado participaron 50 mil personas y el anterior 30 mil, pero los 30 mil del 2010 no vuelven a participar al año siguiente. Todos los años estamos renovando votos y compromisos con la gente, pero la gente que ya ha participado generalmente no vuelve a participar. (Z.014)

I: ¿Cómo se controla eso? (Z.015)

PT: Tenemos los números de DNI de toda la gente que ha participado del PP desde el comienzo. Son en total 150 mil personas en 10 años, o sea 20 oportunidades de participar considerando la asamblea y la votación. Lo cierto es que el 80% de todos esos vecinos solo participó una sola vez. Hay un solo vecino que ha participado en absolutamente todas las oportunidades. Hace dos años le estamos dando una vuelta a todo esto. Antiguamente teníamos un proceso bastante aburrido. Ahora tenemos un nuevo lema que es: "haciendo más divertida la democracia". Estamos tratando de incorporar siempre un aspecto lúdico. Esto tiene un efecto positivo. Los productos también son mejores gracias a esto. El bolivoto, por ejemplo, nos permitió que en un solo puesto de votación vinieran a participar cerca de 1400 personas cuando en cada puesto de votación participaban unos 250 o 200. La semana que viene arrancamos con las asambleas barriales. (Z.016)

I: ¿Cuáles son los grupos tradicionalmente marginados y qué medidas se aplican para favorecer su participación? (Z.017)

PT: Por ejemplo, para las minorías LGBT Rosario es la primera ciudad de Latinoamérica que cuenta con un departamento de diversidad sexual. Rosario ha sido la primera ciudad Argentina que ha permitido el matrimonio igualitario. La semana pasada Rosario fue la primera ciudad que aceptó que una pareja homosexual de extranjeros (de Paraguay) viniera a casarse en la ciudad. El año pasado teníamos un consejero abiertamente homosexual. Ahora tenemos por ley el matrimonio igualitario en Argentina, pero en ciertos municipios surge a veces algún tipo de reparo. No tenemos una gran cantidad de inmigrantes como en Europa. Más bien tenemos una migración interna, pero en el distrito este tenemos la población indígena de la comunidad toba. Tenemos muchos proyectos que son especiales para la población toba. Hay una consultoría, por ejemplo. Tenemos promotores bilingües, agentes sanitarios que manejan la lengua qom, lengua de los tobas. Tenemos una consejera histórica que es miembro de la comunidad toba. El mismo municipio tiene muchas políticas de integración. Rosario ha recibido premios de la ONU por sus políticas sociales. Cuenta con muchas políticas especiales para los sectores marginales. Este año las convocatorias a las asambleas las estamos haciendo junto con las organizaciones de base territorial de proyectos comunitarios, vecinales, etc. Estamos trabajando con ellos para inviten a sus allegados a cada una de las asambleas. Tenemos otra población marginada, que son las mujeres. Para ellas tenemos muchas políticas de igualdad. Otro grupo son los jóvenes. Para ellos tenemos un PP especial, el PP joven. La inclusión de la gente de la tercera edad no es un problema, ya que este el grupo etario que más participa. Esto se debe al hecho de que los jubilados disponen de mucho más tiempo para participar. Si se observa la lista de proyectos electos se pueden encontrar respuesta a todas estas preguntas. Tenemos colonias de vacaciones para adultos mayores, bibliotecas y una orquesta para los chicos marginados. No porque la gente sea altruista, sino porque son los mismos interesados los que proponen estos proyectos. La orquesta nació, por ejemplo, porque una madre que quería que su hija tuviera una ocupación regular, lo propuso. Los mismos mayores fueron los que propusieron la colonia de vacaciones. La minoría indígena propuso el proyecto de la consultoría para hablantes de la lengua qom. Tenemos un proyecto de fiestas culturales de minorías de diferentes partes del país. Todos estos proyectos existen debido a la participación activa de

toda esta gente. (Z.018)

I: ¿Se esfuerzan en integrar también a otros grupos marginados? (Z.019)

PT: Constantemente se votan proyectos para favorecer a los discapacitados, como rampas de accesibilidad, computadoras no videntes para la Biblioteca Argentina. El año pasado en la votación quisimos hacer boletas en braille para los no videntes, pero no fue posible por falta de tiempo, pero sí hicimos una boleta especial para personas con deficiencias visuales, una boleta con la letra mínima 20. Esto favoreció a muchas personas de la tercera edad, por ejemplo. Los consejeros reciben un manual en el que fomentamos las temáticas que nos parecen importantes. Tenemos trabajos para tratar la perspectiva de género. Antes cuando se trataba el tema del género se hablaba únicamente de proyectos para mujeres. Este tema ahora se llama "ciudad segura", porque una ciudad segura es segura para todos, mientras que una ciudad que es segura para los hombres no necesariamente es segura para las mujeres. También en estos temas hemos incluido el tema de la diversidad sexual. El año pasado, por ejemplo, en estas actividades lúdicas se les preguntó a la gente qué le gustaría que los diarios contaran en cinco años y se les propuso construir un diario del año 2017. La idea es que la gente proyectara la ciudad a futuro. Nosotros propusimos las secciones de un diario típico: la ciudad, el mundo, la región, deporte, cultura, ecología, espectáculos e incluimos, con mucho miedo, la sección de diversidad sexual. Pero el resultado fue muy satisfactorio. Uno de los titulares era: "Ingresa a la escuela primaria el primer niño de una pareja gay". (Z.020)

I: ¿Qué pasa con las personas sin hogar? (Z.021)

PT: Las personas sin hogar, por ejemplo, efectivamente no participa, pero hay muchísimos sectores de gente que no participan. En general cuesta mucho que participen los sectores marginados debido a las circunstancias típicas de la pobreza. Pero hay problemas mucho mayores que el de la participación en el PP. (Z.022)

I: Dado que la comunicación entre la política/la administración y los ciudadanos es un aspecto muy importante, quisiera preguntarte cuáles son los efectos positivos y los negativos de las estrategias de comunicación e información que se aplican para movilizar a los ciudadanos para la participación. (Z.023)

PT: Nosotros vamos cambiando. Este año estamos haciendo muchas campanas para darnos a conocer. Hacemos promoción a través de la televisión, radio, etc., para invitar a la gente a participar. Tenemos estrategias generales para toda la ciudad y otras específicas para cada distrito. Este año estamos sacando una nota en el diario La Ciudad para invitar a la gente a participar y hacer al mismo tiempo una mención de nuestro aniversario. Repartimos volantes por abajo de las puertas de las casas y se colocan afiches por la vía pública. Tratamos de participar de programas de radios barriales para contar sobre el PP. Este año, como estamos festejando el aniversario, pensábamos hacer y ofrecer una torta gigante en una calle peatonal donde circula mucha gente los fines de semana, pero lamentablemente no pudimos hacerlo. Vamos a colgar unos carteles que consisten en la imagen de una persona como si fuese un forajido al estilo del Far West con el lema: "buscado/a vecino/a" y abajo la referencia al PP. Estamos buscando cosas que llamen más la atención, porque efectivamente nos cuesta. Desde los primeros años los niveles de participación en la primera ronda vienen decreciendo. Este año hemos hecho un trabajo territorial mucho mayor. El PP no trabaja con instituciones, sino directamente con vecinos., pero estamos haciendo un llamado a muchas instituciones barriales, como por ejemplo, clubes, para ponerlos en tono de lo que estamos haciendo y para que sean replicadores para que la gente se acerque a las asambleas. También contamos con autos con megáfonos instalados con los que hacemos propaganda del PP por los barrios. El sistema de votación por Internet todavía no lo usamos, pero preferimos la votación presencial porque tenemos un problema de informática. La votación virtual no permite garantizar la autenticidad identidad de las personas. Estamos viendo la posibilidad de establecer un sistema digital pero para otros fines. Otros años hemos tenido promotores que se le acercaban a la gente a contarle de qué se trata el proyecto participativo. El problema es que algunas cosas que uno hace no tienen el efecto que uno desearía. No es que la gente no participa porque no se entera de cu-

ando son la asamblea o la votación. También estamos poniendo nuestro esfuerzo en ecologizar nuestras campanas. Reducir el gasto de papel, por ejemplo. (Z.024)

I: ¿Sería posible implementar el voto por sms como sucede en La Plata? (Z.025)

PT: Argentina tiene una red de PP y el primer encuentro en 2008 coincidió con que La Plata estaba empezando. Compartí con mi par de La Plata una exposición en la ciudad de Jujuy. El problema de la votación por sms como la tenía este señor en La Plata es que no garantiza la identidad de una persona. El voto consistía en comunicar el número del proyecto y el número de DNI. Esta era toda la validación. Si se comprobaba que el número de DNI figuraba en el voto manual el mensajito pasaba a ser inválido. Hemos planteado acá esto, pero no nos convence. Si tuviésemos el sistema de votación digital, entonces también aceptaría el voto por sms. Una persona puede estar muy entusiasmada con un proyecto y votarlo cinco veces. Estamos discutiendo la posibilidad de incluir además un PP temático. Por ejemplo, uno sobre medio ambiente. Serían PP paralelos al otro. En estos PP sí podríamos llegar a recurrir al sistema de votación digital o por sms, pero con restricciones. Por ejemplo: no más de un sms por número de teléfono. Acá un solo voto puede llegar a definir el pavimento de un barrio. Un vecino puede ir y comprar un nuevo número de teléfono, que se vende por cinco pesos, para votar más de una vez. Otro problema de la votación electrónica es el costo, que es muy elevado. En Rosario había implementado el sistema de votación electrónica con la mayor seguridad. Un sistema de pantalla táctil. Uno tocaba la pantalla y la información se guardaba en un señalador que contenía un chip que registraba la información y a su vez se imprimía en papel y después se depositaba en un buzón. De esta manera la información no quedaba únicamente en la PC lo que evita la posibilidad de fraude electoral como sucede muchas veces. Estamos a la búsqueda de sistemas alternativos a la votación en papel, no para que sean más transparentes, sino para que permitan un recuento más rápido, pero el papel garantiza la mayor transparencia. (Z.026)

I: ¿Dónde y entre quiénes surgen conflictos en el proceso de ejecución del PP, en general? ¿Qué mecanismos se aplican para evitarlos? (Z.027)

PT: No hay mecanismos específicos. Nuestro único mecanismo es una votación. Puede haber propuestas contrapuestas y gente que no se pone de acuerdo, pero finalmente se soluciona todo con la votación. Lo que tenemos son procesos de consenso, seguir discutiendo, acordando. Tratar que los vecinos puedan comprender que un barrio puede tener más necesidades que otro. Por otro lado tenemos también una oficina de mediación en nuestro espacio, a la cual todavía no hemos recurrido nunca. Su tarea es mediar conflictos para que estos no lleguen a vías judiciales. Nunca va a ser el caso del PP, pero en el caso de que llegáramos a tener un caso demasiado conflictivo entre vecinos podríamos recurrir a esta herramienta. Lo que nosotros garantizamos es que haya escucha entre los vecinos, que uno se pueda poner en el lugar del otro, el respeto, así las cosas van funcionando. Pero en verdad no priman el conflicto ni la falta de convivencia, sino todo lo contrario. Si me preguntás por conflictos, bueno, sí, a veces podemos identificarlos. (Z.028)

I: ¿Qué sería por ejemplo un conflicto? (Z.028)

PT: Por ejemplo, el del tema de las obras adeudadas. Ese es un conflicto difícil. ¿Qué hacemos para destrabarlo? En ningún momento desconocer que tenemos esta deuda, sabemos que existe, está publicada y a medida que se va pudiendo, estamos haciendo un cronograma de obra para los proyectos que se encuentran adeudados. (Z.029)

I: ¿Quiénes son las personas que se encargan de organizar las asambleas? (Z.030)

P: Una asamblea hay que montarla. Hay que organizarla, convocar a los vecinos por diferentes medios, se prepara el lugar para que este sea acorde. Esta es gente que es empleada estatales que no hacen esto habitualmente, pero la persona que está coordinando los talleres es alguien que tiene experiencia en trabajos de coordinación de grupos. Esos pueden ser o no empleados municipales. Dentro de nuestra planta municipal trabajan muchos universitarios de carreras sociales. Podemos llamar a estas personas y estos son los que coordinan los talleres. (Z.031)

I: ¿Es necesaria una formación especial para coordinar las asambleas? (Z.032)

PT: No creo que se necesite una formación exclusiva para coordinar un taller del PP. Solo hace falta saber coordinar talleres y tener claros algunos detalles de la gestión municipal. Si nos encontramos con ellos, les explicamos cuál es el producto que queremos que salga de las asambleas. (Z.033)

I: ¿Podrías contarme sobre algún conflicto en particular del que te acuerdes especialmente? (Z.034)

PT: Por ejemplo, el año pasado tuvimos un conflicto con un proyecto que fue votado. Se trata de una bicisenda. La ciudad está recién iniciando este camino de movilidad más sustentable. Se pueden encontrar noticias en los diarios al respecto. Es la bicisenda de calle Salta. Es un proyecto que fue votado y tuvo mil y pico de votos, pero después los mismos frentistas se opusieron. El proyecto de la bicisenda ahora está frenado. Tenemos un grupo de vecinos que está en contra de lo que se votó en el PP. Esto es una cosa llamativa que nunca había pasado. (Z.035)

I: ¿Pero la votación de los proyectos no es vinculante? (Z.036)

PT: Sí, efectivamente es vinculante, pero lo que nos faltaría para evitar este tipo de inconvenientes sería un tener un registro de oposición. Antes de que los proyectos sean elegidos, habría que presentarlos y preguntar si hay algún tipo de oposición, se discutirá. De tal forma que lo que se ha votado se pueda concretar siempre. (Z.037)

I: ¿Pero es posible oponerse y frenar la realización de un proyecto? (Z.038)

PT: Esto ha pasado muy pocas veces, de todas formas. Esto fue un caso excepcionalmente grande, para una bicisenda muy grande también. Tenemos el caso también de un lomo de burro a cuya construcción se opone ahora el frentista. Este es un conflicto que hoy en día sigue sin resolución. El poder ejecutivo dice que prontamente lo va a solucionar, que los autos no van a poder estacionar más sobre la margen. Hemos hecho estudios con la Universidad. La queja es concretamente de un frentista que tiene un comercio, tiene una pérdida económica al no poder estacionar los autos. Esa es la discusión. (Z.039)

I: ¿O sea que existen mecanismos para bloquear legalmente un proyecto que ha sido elegido? (Z.040)

PT: No, formalmente dentro del proyecto no existe esta posibilidad. En este caso se trata de vecinos que han recurrido a la justicia, que hacen amparos legales, pero no dentro de los mecanismos que nosotros tenemos estipulados. (Z.041)

I: Pero sí que hay leyes que pueden proteger los intereses de estos vecinos. (Z.042)

PT: Sí, bueno, como las tiene todo el mundo. A lo mejor el mismo municipio puede lanzar un proyecto y algunos vecinos sienten que están damnificados y van a la justicia. Recorrerá caminos legales, pero en el caso de esta bicisenda lo que hizo este grupo de vecinos es ir al concejo municipal e hicieron que el este obligara al ejecutivo a demorar la implementación de este proyecto hasta que se termine estudiando. Ahora, en el municipio se hicieron todos los estudios, se contrató a la universidad, y se determinó que los vecinos no tienen ningún tipo de perjuicio, sino todo lo contrario. Lo que ocurre acá, y también en otros casos, es la sobrevaloración del interés particular frente al interés común. (Z.043)

I: ¿Decía que una manera para evitar esto sería preguntar antes si hay algún reparo, pero a quién se le preguntaría? (Z.044)

PT: Por ejemplo, cada vez que alguien quiere poner un bar con música, etc, lo que se abre es un registro de oposición. A ver si los vecinos no quieren tener este bar cerca de su casa. Acá no creo que pasen cosas tan conflictivas, pero me parece que esto se podría solucionar abriendo esta posibilidad. Antes de someter los proyectos a votación, para saber si hay algún tipo de oposición. Se habilitaría formalmente esta etapa administrativa para que la gente pueda expresar su oposición para evitar este tipo de inconveniente. No solo es el trabajo que se pierde, sino también la desilusión para la persona que votó por el proyecto. Este tipo de problema es muy frecuente en esta ciudad: se lanzan proyectos para el bien común y por determinados

intereses particulares se intenta frenarlos. (Z.045)

I: En la literatura se menciona como inconveniente o un defecto del PP que las asambleas barriales suelen ser demasiado cortas, de manera que no dejan mucho espacio para seguir el principio democrático. No habría suficiente tiempo para planear y discutir los proyectos para llegar a un consenso, como sería, por ejemplo, en el caso del parlamento, donde los diputados se tienen que informar antes sobre los proyectos de ley que se van a discutir. ¿Creés que esto sería un defecto en el aspecto democrático del PP? (Z.046)

No sé si es un defecto. Me estás haciendo una analogía entre las asambleas vecinales y el parlamento, pero en verdad lo más cercano al parlamento no es la asamblea de vecinos, sino el paso posterior, es decir, la reunión de consejeros en la que sí hay mayor tiempo. Lo que decís es cierto y estamos viendo cómo hacer mejoras en el espacio de la asamblea barrial, pero nosotros tenemos que resolver todo en el lapso de una o dos horas de trabajo. Este año vamos a hacer cerca de 60 asambleas. Cada una dura dos horas. Estamos llamando a todos los vecinos. Ellos hacen propuestas para el barrio. Estamos trabajando en que ellos prioricen temáticas más generales: por ejemplo, la salud, el saneamiento ambiental, la obra pública, pero después, disponemos de un tiempo muy corto. Pero el verdadero trabajo en el cual ellos sí están armando los proyectos, se juntan con otros vecinos y reciben asistencia técnica del municipio es el espacio del consejo de vecinos. La primera asamblea funciona como una especie de lluvia de ideas. (Z.047)

I: ¿Te parece que es suficiente el tiempo previsto para las asambleas o no? (Z.048)

PT: No sé si la palabra justa es "suficiente", es simplemente lo posible. Porque no está costando mucho trabajo convocar gente para donar de su tiempo tres horas. Si las asambleas fueran más largas se complicaría más la llegada de vecinos porque muy poca gente puede disponer de tanto tiempo. (Z.049)

I: El control de los proyectos está en parte en tus manos y en la de los consejeros, pero no hay un órgano que tenga esta función exclusiva. (Z.050)

PT: Se forma una comisión de seguimiento y esta tiene que informarse de la situación de los proyectos que fueron votados el año pasado, pero por otro lado nosotros también hacemos seguimiento de las otras secretarías que tienen que estar ejecutando nuestros proyectos. Es algo en lo que tenemos que profundizar más. No hay mucha participación del consejo en este tipo de control. Es un punto que hay que mejorar y estamos en vía de hacerlo. El problema es que el PP toca todas las áreas del municipio. Hay proyectos que se están realizando, pero a lo mejor es difícil que al vecino le llegue la información pormenorizada de que esto es específicamente lo que se está haciendo. Una de las fallas que estamos teniendo es la circulación, el flujo de la información para poder mostrarle al vecino los pormenores de los proyectos. (Z.051)

I: ¿La comisión de seguimiento son personas diferentes a las figuras de los consejeros? (Z.052)

PT: No, son los mismos. La función de los consejeros es hacer los proyectos para el año siguiente y a su vez hacer un control de los proyectos votados el año pasado y que tienen que estar llevándose a cabo este año. Este año tenemos pensado ampliar las funciones del consejero. Queremos que este consejo de vecinos funcione a su vez como un consejo consultivo en tres grandes temas en los que el municipio quiere profundizar: la convivencia ciudadana, juventud y medio ambiente. Este año se dotará al consejo de mayores herramientas para la difusión. Queremos que los consejeros discutan también sobre temas mayores junto con instituciones. Una tarea adicional al del trabajo para el PP. (Z.053)

I: Sería una manera de darles más participación directa a los ciudadanos en otros aspectos también. Pero se estarían especializando menos, por ejemplo en el tema del control. Por lo tanto habría quizás menos control si los consejeros tienen más funciones. (Z.054)

PT: No necesariamente porque el tiempo alcanza. Con respecto al tema del control estamos por poner en la página web, aparte del listado de los proyectos votados, sus respectivos esta-

dos de ejecución. Se proveerá un link directo a nuestro sistema de seguimiento. En la primera etapa pondremos solo información muy general, pero para un futuro nos estamos para aportar todos los detalles posibles, incluyendo fotos. El motivo por el que no lo estamos haciendo ahora es porque carecemos de las informaciones detalladas. Nadie tuvo el reparo de hacer un seguimiento fotográfico o de visualizar cuál ha sido la empresa convocada. Lo que tenemos es un problema de información. Yo estuve a cargo de la información técnica hace cuatro años y uno de los problemas principales que nosotros veíamos era el de la circulación de la información y lo seguimos teniendo, pero con este sistema que hemos creado esto va a fluir un poco más. (Z.055)

I: ¿El PP tiene como objetivo aumentar la transparencia del gobierno de la ciudad. Dónde ves acá desafíos? (Z.055)

PT: Esta visualización de los detalles de cada proyecto es un gran avance en términos de transparencia. A veces hay problemas de transparencia en cuanto a la ejecución de los montos. Por ejemplo, un proyecto para el que tenemos pensado gastar equis cantidad de dinero, a lo mejor terminamos gastando la mitad o tres cuartas partes. (Z.056)

I: ¿No hay transparencia porque la gente no tiene acceso a estas informaciones? (Z.057)

PT: No, efectivamente. No tienen acceso. No estamos teniendo un detalle específico del dinero que se invierte en cada proyecto. De todas formas la cosa está bastante equilibrada. Tenemos algunos proyectos en los que se gasta menos de lo previsto y en otros, por ejemplo, 10 veces más. Creo que el balance es bastante equitativo. Las programaciones presupuestarias son una abstracción de lo que uno piensa que van a costar las cosas el año siguiente y muchas veces esto no sale igual. Muchas veces nos equivocamos. La inflación uno la puede calcular, pero nos ha pasado que para hacer una obra determinada era necesaria otra complementaria y esto no lo sabíamos en un principio. (Z.058)

I: ¿Cuáles son los efectos positivos y negativos respecto a la organización territorial del PP, la división en distritos? ¿Podría ser un ejemplo la imposibilidad de intercambiar experiencias entre los habitantes de los diferentes distritos? (Z.059)

PT: Sí, una cuestión negativa es justamente eso que vos mencionás (intercambio de experiencia entre distritos). Una obra del distrito centro es pagada por este mismo distrito, pero es usufructuada por toda la ciudad. Ahí podríamos llegar a tener algún tipo de ruido. Pero más allá de ello en PP tampoco se están haciendo grandes obras. No contamos tampoco con tanto dinero. Yo no veo más dificultades en cuanto a la organización distrital. Esta organización de base la tenemos ya bastante afianzada y hoy por hoy un vecino se identifica claramente con un distrito. Entre un barrio de la zona sur y uno de la zona norte hay una distancia muy grande y estos prácticamente no se cruzan. No veo una posibilidad de hacer un proyecto más integral porque se complicaría mucho la discusión. Pero sí tenemos espacios de encuentro. Tenemos una actividad en la que juntamos a todos los consejeros de toda la ciudad en la que se comparten experiencias. Pero sí también estamos estudiando la posibilidad de tener un PP digital. Es una herramienta que estamos estudiando. Aquí se podrían proponer proyectos para toda la ciudad también. (Z.060)

I: ¿Tenés una idea ya de cómo se llevaría a cabo? (Z.061)

PT: No, no tenemos muy claro cómo lo resolveríamos. Estamos estudiando la posibilidad de tener, aparte del presupuesto común, un PP temático, con temas específicos. Esto lo manejan ya algunas ciudades. Estábamos evaluando que el tema este año debería ser el medio ambiente. Aquí también podrían participar instituciones. En vez de votar por distrito se votaría por toda la ciudad, pero en otro formato. Estamos planteando la posibilidad de utilizar la votación digital. Nos estamos guiando por ciudades que tienen el presupuesto temático, pero también viendo el presupuesto digital que tiene Belo Horizonte, que maneja el presupuesto en formato distrital y paralelamente el PP en formato digital. Uno puede votar en los dos si quiere. El PP digital sirve de apoyatura y propaganda del presupuesto presencial, que es en definitiva lo más interesante. No queremos que estas novedades metodológicas eliminen los espacios de discusión, que es lo más interesante para nosotros. Lo que queremos es que la gente se encuentre,

discuta e intercambie. (Z.062)

I: ¿Sería posible hacer una versión no temática del PP para toda la ciudad? (Z.063)

PT: El PP está anclado en la secretaría que maneja al descentralización. Para nosotros cada uno de los distritos es un gran escenario en el que bajamos el PP. Manejarlo para toda la ciudad sería bastante ingobernable. De esta manera tenemos un responsable del PP en cada uno de estos seis lugares. (Z.064)

PAUSA

PT: Les muestro mi oficina... Atrás nuestro tenemos el Monumento a la Bandera. (Z.065)

I: El famoso monumento rosarino. ¿O sea que están bien en el centro? (Z.067)

PT: Sí. El palacio municipal está en el centro. A nuestra izquierda está la Catedral, uno de los edificios más antiguos. O sea que estamos en pleno centro. Los edificios distritales están repartidos por toda la ciudad. (Z.068)

I: Uno por distrito, ¿no? (Z.069)

PT: Sí. (Z.070)

I: ¿En esa habitación están tu y otras personas que también se ocupan del PP? (Z.071)

PT: No. Bueno, sí, pero solo lateralmente. En este equipo hay cinco equipos de trabajo. Toda esta isla, que ahora no los ves porque estamos mudándonos, es el equipo de participación ciudadana, que es un área nueva que se creó el año pasado, que tiene a cargo el PP y todo lo que tenga que ver con la participación de vecinos. Tiene el trabajo de voluntariado. Allá atrás, ¿ves que hay unos chicos que están ahí? Es el equipo de mejora continua. Tiene a cargo todo los procesos de innovación. Ahí en el medio, esa es Jorgelina y estuvo hasta el año pasado en el PP. Ahora trabaja en el área de planificación. Y ella allá es la diseñadora gráfica del equipo de comunicación, pero ellos trabajan con nosotros en determinados momentos. Ahora que estamos en el momento de las asambleas y cosas así, ella es la que diseña todas las gráficas, etc. Todos en algún momento trabajamos en el PP. En la votación del año pasado, por ejemplo, trabajamos todos. Necesitamos el apoyo físico de muchas personas. Entre todos los que estamos acá vamos a la peatonal, abrimos puestos de votación, estuvimos en la carpa de la fiesta de colectividades de la que te hablé, estuvimos en el proyecto de las bolitas. En determinado momento todos trabajan para el PP. Tenemos como si fuera el mantenimiento, pero en determinado momento necesitamos el auxilio de todos ellos. Formalmente, en el caso de la comunicación e informalmente cuando necesitamos gente que nos dé una mano para las asambleas. (Z.072)

I: El hecho de que estén tan cerca unos de otros también facilita el contacto, ¿no? (Z.073)

PT: Sí. (Z.074)

I: Bueno. ¿Se te ocurre un problema para comentar con respecto a la organización territorial del PP? (Z.075)

PT: No se me ocurre mucho más que mencionar. Puede ser que por la distribución territorial sean necesarias más o menos asambleas. Todos los años vamos cambiando los lugares según si funcionaron o no. A lo mejor, si una asamblea no funciona bien en un barrio, la ponemos entonces al año siguiente en otro. Esto implica que la gente se tenga que trasladar. No podemos ir a hacerle una asamblea en cada uno de los barrios que componen el distrito. Estamos garantizando que a la gente todo le quede equidistante. Que una persona no tenga que moverse más de 20 o 30 cuadras para estar llegando a una asamblea. Pero no hay como un problema en ese aspecto. Se trata de una realidad con la que tenemos que vivir. Tenemos un municipio que tiene una organización descentralizada y es así como trabajamos. Creo que por la dimensión que tiene el municipio es bueno que trabajemos de esta manera. Quizás otros PP están aun mucho más descentralizados y organizan 20, 30 o 40 regiones. Este año a fines de la planificación hemos hecho una subdivisión en áreas barriales que tienen una característica espe-

cífica. Hemos dividido cada distrito entre ocho y 12 áreas barriales y tenemos únicamente una asamblea en cada una de estas. Pero esta área barrial es como una especie de abstracción territorial nuestra. Muchas veces el vecino ni siquiera se entera de que está en esa área barrial. Sí se entera de que está en ese distrito. El vecino no necesita saber sobre las áreas barriales. Es una cuestión de organización interna porque muchas veces en un misma área barrial tenemos un sector de asentamiento irregular con otro pudiente. Es una división para poder focalizar las políticas, pero es solo de organización interna. (Z.076)

I: ¿Podría ser un problema de la división territorial la imposibilidad de llevar a cabo proyectos compartidos por más de un distrito? ¿Una plaza en el límite entre un distrito y otro, por ejemplo? (Z.077)

PT: Bueno, en un mismo lugar no van a poder ponerlo porque el límite es fijo y territorial. Es decir, de un lado de una cuadra es un distrito y del otro es otro. Así que ahí no hay ningún tipo de conflicto en ese punto. Sí hay distritos, por ejemplo entre el sur y el suroeste, donde la gente tiene un espacio de convivencia mucho mayor. Depende de cómo está dividido el mapa, que pertenezcan al distrito sur, pero el centro municipal del distrito le quede más cerca al distrito sudoeste. (Z.078)

I: ¿Hay algún tipo de oposición respecto a la división territorial? (Z.079)

PT: No. La descentralización municipal de Rosario es un proyecto que lleva ya mucho años y cuya implementación costó mucho, pero difícilmente recibe críticas. Hay muchas ciudades que intentan hacer una descentralización y fracasan. Hay muchas que vienen a ver cómo es el funcionamiento nuestro del formato de distrito. Es una organización territorial nuestra. No es que hay límites físicos importantes, solo a veces sí. Lo que tiene que quedar claro es que la ciudad no está dividida, sino solo está organizada. (Z.080)

I: ¿Aparte de lo mencionado la organización territorial no presenta ningún tipo de desventaja? (Z.081)

PT: No. No específicamente en el territorio. Muchas veces los problemas que son comunes a todos los municipios que se encuentran descentralizados son como un problema de organigrama. La gente que está en un distrito tiene una doble pertenencia. El intendente tiene su gabinete, como de ministros, hay un secretario de salud, uno de promoción social, uno de cultura, etc. Después, en cada uno de los distritos hay un director de distritos que es jerárquicamente inferior a un secretario porque todos los directores de distritos dependen de un secretario general que está en la misma línea con los otros demás secretarios, pero cada uno de estos distritos tiene en su interior una especie de gabinete que replica el gabinete que tiene el intendente. Este tipo de responsable de salud trabaja en el distrito, depende de él, pero tiene una doble dependencia con su secretario. Entonces muchas veces hay algún tipo de puja entre la centralidad y la descentralidad. Pero es como una cuestión de organigrama. No mucho más. (Z.082)

I: ¿Hay diferencias en la participación en el PP entre barrios más bien ricos o más bien pobres? ¿Cuáles serían estas diferencias? (Z.083)

PT: Están en los tipos de proyectos que se terminan eligiendo. Muchas veces en los sectores pobres hay tipos de proyectos que van más a las necesidades básicas de esos barrios. Otro tipo de proyectos no tienen que ver con necesidades básicas, sino con recreación, por ejemplo. En el centro se hizo el proyecto de "Cine a la reposera" para que la gente pueda ver cine en una plaza. Eso a lo mejor en los barrios más periféricos no se entiende. El centro es un consejo de vecinos que tiene un promedio de edad más alto. En todos los distritos hay sectores más carenciados y menos carenciados. No hay un distrito estrictamente pobre. El distrito oeste es el más carente, pero no es que hay distritos que se caractericen por su pobreza y otros por su riqueza. Bueno, el centro sí, es un sector bien consolidado. Pero los sectores más carentes son mucho más participativos, tienen una tradición comunitaria mucho mayor. En el distrito Oeste, el cual es característico por sus sectores de pobreza, es un sector que tiene mucha experiencia en trabajo barrial. Por eso tienen más organización y los proyectos resultan más interesantes. En esos sectores la participación es más fácil que en un sector consolidado como en el

distrito centro. Porque tienen necesidades más concretas. (Z.084)

I: ¿Cómo caracterizarías la participación en el centro? (Z.085)

PT: Históricamente el centro era el distrito que menos participaba. Empezó a participar mucho más cuando nosotros hicimos el gran despliegue de votación porque en el centro también circula mayor cantidad de gente, pero cuando nosotros hacíamos estas votaciones el año 2008, 2009 y teníamos un solo puesto de votación y un solo día, la participación del distrito centro era la más pequeña. Cuando comenzamos con un despliegue mucho mayor, en el que vamos a las peatonales, etc., el centro termina teniendo un mayor grado de participación, pero la tiene en el momento del espacio de participación que dura escasos minutos. No la tiene en las asambleas. En estas siguen siendo uno de los menos participativos. (Z.086)

I: Quizás al tener el centro un carácter tan consolidado la gente no ve la posibilidad de cambiar cosas. (Z.087)

PT: ¡Sí! A lo mejor no se comprende del todo. Lo interesante es comprender esto como un espacio de democracia, poder juntarse a charlar con los vecinos y decidir parte del presupuesto municipal. Sí, están consolidados urbanísticamente. Pero precisamente por eso también tienen más problemas, como la congestión, los accidentes de tráfico, etc. se viven en el centro, no se viven en los barrios. Entonces, también por ser el más poblado entonces también tienen otros problemas. La vida nocturna es también en el centro, hay más violencia. No por ser el centro se trata de un paraíso. (Z.088)

I: ¿Pero como las necesidades no son tan urgentes no hay tanta participación? (Z.089)

PT: Bueno, es una cuestión de tradición. Luego de 2001 había asambleas en todos lados. Esto después en los sectores populares se tradujo en organizaciones territoriales. Por eso es más fácil la participación en los sectores periféricos. Nosotros este año hemos comenzado una estrategia de trabajar con instituciones, y más que nada de instituciones de base territorial, centros comunitarios, vecinales y estas abundan en todos los sectores menos en el distrito centro. En el centro es otro tipo de estrategia la que nos tenemos que implantar. Muchas veces en los barrios vamos a una institución y esta tiene adherentes, gente que participa y estos son como replicadores. En el distrito centro esto es más difícil. (Z.090)

I: ¿Cómo definirías la función política del PP y en qué medida surgen desafíos en este aspecto? (Z.091)

PT: El PP es una idea del ejecutivo municipal y políticamente llevado adelante en los últimos 10 años. No es un programa surgido, como en Brasil, a pedido de los vecinos. Acá el ejecutivo tomó la decisión. Lo que se pretende políticamente es mejorar la relación de los vecinos con el estado municipal, acercarlos a la toma de decisiones y definir algo que es muy específico de los gabinetes individuales que es el tema presupuestario. A nivel político el PP no es un proyecto de la gestión socialista, que es el gobierno de turno, que gobierna hace más de 20 años. Si acá cambiara el signo político difícilmente el PP dejaría de existir. El PP puede ser criticado por la oposición en cuanto a su implementación, pero nunca se cuestiona su existencia. Se critica que debamos proyectos o nuestras metodologías. Está instalado. (Z.092)

I: ¿Existe el riesgo de que se utilice el PP para determinados intereses por determinados actores? Por ejemplo por políticos. ¿Existe esa posibilidad? (Z.093)

PT: Mientras esté dentro de las reglas del ejercicio democrático es correcto y aceptable que sea utilizado para defender intereses. Puede ser que haya más lobby o menos, pero dentro del juego democrático. Un barrio en el distrito noroeste se organizó de tal manera y logró que todos sus proyectos sean votados. Dispusieron que cada vecinos debía llevar entre cinco y diez personas a votar, pero eso es parte del juego democrático. Como reacción a la gran crisis de representación política de los años 2001 y 2002 las asambleas de los primeros años parecían como que esto iba a ser un gran movimiento. Había grandes organizaciones que venían y participaban, se discutía casi el poder territorial de todo el distrito, pero después todo esto terminó como mermando. Sí, puede haber intereses particulares o de gente que está interesada en un determinado proyecto y que hace lobby y lo mete, pero esto es parte del juego democrático. Nuestra función es tener reglas claras. Pero nunca hemos tenido grandes lobbies, ni de

políticos, ¡para nada! (Z.094)

I: ¿Ha llegado a haber algún abuso de los medios financieros de los que se dispone? (Z.095)

PT: ¡No, para nada! En nuestro municipio no hay denuncias de corrupción desde hace muchísimos años. El dinero del PP (42 millones) es un crédito presupuestario, no es un dinero que yo tengo aquí en la caja. Es un dinero que recién va a ingresar el año que viene. El PP se enmarca dentro de las condiciones administrativas que tiene el municipio. Por ejemplo, si yo quiero ir a comprar biromes. Si el monto no supera los dos mil pesos argentinos yo puedo ir y comprarlo en cualquier lado, pero si está entre los dos mil y dos mil quinientos entonces tengo que hacer un concurso, tengo que traer tres presupuestos para comprar lo mejor. Si ya sobrepasa los diez mil es un concurso público. Si tengo que hacer una compra de 150 mil ladrillos, vienen las diferentes empresas. Por lo tanto no hay mucho margen de fraude (Z.096)

I: A veces no es el municipio, sino una persona. Si yo tengo una empresa y tengo un empleado corrupto no es tampoco mi culpa. (Z.097)

PT: No manejamos dinero nosotros. Cada vez que tengo que hacer un gasto tengo que pedir autorización, tengo que ir a la contadora para que me dé un cheque firmado por mi jefe. Hay todo un circuito de tipo administrativo. Por otro lado hay auditorías contables que exceden al PP, son auditorías de todo el municipio. Hay un tribunal de cuentas. Es una oficina que maneja la oposición, que está auditando en forma permanente. Si yo voy a comprar un bien de capital tiene que ser inventariado, pasa a ser un bien del estado municipal. Los muebles, las computadoras, etc. Bueno, sí, siempre hay corrupción, pero no hemos tenido mayores problemas. (Z.098)

I: El PP promueve las estructuras democráticas y los procesos de decisión democráticos. ¿Cuáles son los mayores desafíos en este aspecto? (Z.099)

PT: El mayor desafío es que la gente no tenga que decidir cada cuatro años, sino que tenga espacio de decisión de forma permanente. Rosario tiene muchos espacios de participación ciudadana: el PP, los planes estratégicos, las audiencias ciudadanas para determinados temas. Cuando alguien va a instalar un bar se hace un registro de oposición, se llega a acuerdos, este tipo de cosas no funcionan en otros municipios. (Z.100)

I: ¿Con respecto al PP en sí no se te ocurre nada más más allá de traer a la gente a participar? (Z.101)

PT: El desafío es profundizar en esto. Que tengamos discusiones más sustentables, más consistentes, que un vecino deje de pensar en sí mismo para poder pensar en grupo, el salto de los intereses individuales a los intereses colectivos. En el consejo pasa muchas veces que un vecino decide bajar un proyecto cuando se da cuenta de que hay otros vecinos que tienen necesidades más urgentes. Hay que profundizar esto. No porque lo hagas una vez ya está. Si bien tenemos herramientas, la gente va renovándose. No es lo mismo un vecino que lleva años trabajando en el PP a uno que se inicia. Hay que iniciar con cada uno de los vecinos. Se observan grandes cambios en los consejeros. Personas que después de cinco meses de trabajo ya sale consolidada, que conoce la estructura municipal, que sabe más de democracia, que ya sabe escuchar a un otro, puede armar un proyecto. Vamos en esa profundización. Este año hicimos algunos cambios administrativos para tener más tiempo de discusión con estos consejeros. Si hay temas de interés específico como medio ambiente o violencia, tratamos de llamar a algún experto que venga a dar charlas, el desafío es seguir profundizando. (Z.102)

I: En ese sentido sería positivo el hecho de que se renueven los consejeros, ¿verdad? (Z.103)

PT: Sí. Formalmente tenemos un reglamento que hace que una persona no pueda ser consejera dos veces seguidas. Está bueno que la gente vaya cambiando, pero también está bueno ir manteniendo. El 80% de las personas ha participado una sola vez. Siempre renovábamos convenios y contratos con nuevos vecinos, pero nos cuesta mantener a quienes ya participaron. Sería bueno retener un poco más a la gente, porque si no estamos siempre trabajando con gente nueva. (Z.104)

I: ¿Hay propuestas para mejorar las decisiones democráticas? Antes hablabas del recurso a herramientas virtuales, por ejemplo. (Z.105)

P: Eso puede facilitar la participación. No sé si mejora la calidad democrática. (Z.106)

I: Pero cuanta más gente participa es más democrático también. (Z.107)

PT: Sí, pero implica también la calidad. Votar en forma presencial, encontrarse con los vecinos, venir y ver una feria de proyectos, charlar con alguien que los haya hecho. Preferimos eso a que el vecino esté en su casa haciendo clic, clic, clic y ya está. Nosotros tenemos cambios administrativos en el interior para ganarle tiempo al laburo del consejo. Antes el vecino armaba un proyecto y este se enviaba a las áreas municipales para que lo evaluaran. Ese tiempo administrativo nos demoraba meses. Por ejemplo, un proyecto que tiene que ver con la salud antes lo ordenábamos y lo mandábamos a la secretaría de salud, que es otro edificio, etc. Tras este cambio administrativo quien maneja ese proyecto es el representante de salud que está en el distrito que tiene vinculación directa con su jefe máximo de salud. El análisis es arreglado ahora dentro del distrito. Esta modificación administrativa nos permite acortar el tiempo que era casi ocioso y muerto y ganarlos en discusión. Antes, como el tiempo nos corre, tenemos fechas establecidas, no había mucho espacio de discusión para profundizar ciertos temas. Ahora vamos a ganar en discusión y por lo tanto en democracia. (Z.108)

I: ¿Cuáles son los principales críticos del PP? (Z.109)

PT: Hay una vieja histórica pelea por quién maneja el dinero. Hay una disputa con las vecinales de los barrios. Estas critican el PP porque les sacó su funciones. Piden participación formal y directa. Exigen un ingreso formal de la vecinal en el PP. Nuestra respuesta es que esto no es posible. Sí puede ingresar un vecino participante de una vecinal. Puede venir y decir que representa a la vecinal, pero no hay una votación o participación calificada por ser de una institución. Esto, si bien lo han ido aceptando, hay una vieja pelea con las vecinales. Lo que se están disputando es quién maneja el dinero en el territorio. Este conflicto terminó en el año 2004 en una sesión en el consejo muy acalorada. Las vecinales pretendían ser ellas quienes deciden en qué se tiene que gastar el dinero en un barrio determinado. El consejo dijo que no, que este es un espacio de participación de vecinos y que si trabajan o no en una institución es independiente. A mí me interesa el vecino que no trabaja en una institución. Lo interesante no es venir a decidir sobre la torta de dinero, sino la participación que todo vecino debería tener. Quien está en una vecinal ya participa. El que está en una ONG también. Esto es un lugar que está bueno para la gente que no tiene la oportunidad de participar en ninguna otra parte, para canalizar sus inquietudes. (Z.110)

I: Decías que críticos de sus metodologías. ¿Quiénes serían estas figuras y cuáles sus principales críticas? (Z.111)

PT: La oposición puede reclamar el incumplimiento de una ordenanza, por ejemplo. El municipio tuvo una denuncia por el incumplimiento de una ordenanza que decía que tenemos que regirnos por un índice de carencia. Tenemos el consejo que está presionando para que mostremos el estado de los proyectos. A veces tenemos críticas de vecinos por no llevar a cabo determinados proyectos a tiempo. (Z.112)

I: Es la oposición la que suele criticar, ¿verdad? ¿Esto se debe a que se observa el PP como una herramienta del Partido Socialista? (Z.113)

PT: Todo municipio en Argentina que se precie de progresista tiene un PP. Muchos municipios, que en su elección pasada prometieron establecer un PP, vienen a pedirnos ayuda. Son todos los partidos hoy en día. El PP no es una propiedad de los partidos de (centro)-izquierda. (Z.114)

I: ¿A qué se debe que las críticas vengan de la oposición? (Z.115)

PT: Cada vez que nos han criticado se trata de cuestiones reales. Hacer un PP es muy difícil. Muchas ciudades han fracasado en esto. Somos los únicos en Argentina que han tenido 10 años de continuidad. Es difícil por su estructura tan abarcadora. (Z.116)

I: ¿Surgen problemas en el trabajo con las empresas privadas? (Z.117)

PT: No. Se contrata las empresas privadas cuando hay un tipo de licitación y este es un mecanismo totalmente transparente. Se arma una licitación y el mejor oferente es el que gana. Por lo tanto no hay ningún inconveniente en este aspecto. (Z.118)

I: ¿Hay una manera de garantizar que las empresas trabajen de manera legal? ¿Que no tengan trabajadores en negro, por ejemplo? ¿Podría poner esto en compromiso a la administración pública? (Z.119)

PT: No se puede contratar a ninguna empresa si no esta no tiene el aspecto impositivo todo en regla. Hay mucho trabajo que se está haciendo por cooperativas. Mucha gente desempleada y que no podía ser contratada siquiera porque no tenía ni una empresa ni una personalidad jurídica se organiza en cooperativas que son formadas por nuestra dirección de cooperativa. Muchas de las obras del PP se hacen a través de estas cooperativas. Esto es muy transparente. No se controla que las empresas tengan todo en regla cuestiones de política interna o que emplee a personas en negro. Pero sería una buena iniciativa. (Z.120)

I: Hace poco me informé sobre un tema relacionado y por eso me pareció interesante plantearte esta pregunta. (Z.121)

PT: Sería muy difícil hacer ese tipo de control. Sería muy bueno, pero no sé cómo se haría. (Z.122)

I: ¿Los grandes problemas en la implementación del PP han cambiado a lo largo de los años o siguen siendo los mismos? (Z.123)

PT: Cada nuevo cambio que nosotros llevamos adelante implica desafíos. Antes votábamos en papel, ahora se cargan los datos en la computadora. Eso implica desafíos de conectividad, de transparencia. El desafío que suponía la votación en un único lugar no es el mismo que ahora que vamos a cien lugares. El desafío que implicaba votar un solo día es diferente al de votar durante diez o doce días. No son problemas sino desafíos que tenemos que ir resolviendo. Pero siempre son cosas solucionables. Incluso este mismo, que para mí es muy grave que es el de la circulación de información es un problema a resolver. Creo que la palabra "problemas" habría que reemplazarla por "desafíos". Cada cosa nueva que hacés implica un desafío nuevo. El tema de la circulación de información es un tema viejo y nos cuesta todavía. Con este nuevo sistema que hemos creado vamos a estar allanando bastante el camino. Eso es un problema que sigue existiendo. El actor que está trabajando sepa que la información que uno produce no solo le sirve a él sino también a otros. La información tiene que estar disponible, accesible, ser rápida, oportuna. También hay que pensar en esto con un horizonte de temporalidad muy amplio. Yo pienso siempre en el PP, no en el hoy. Este flujo de información no lo miro solo ahora. ¿Qué pasa si me cae una auditoría y me pregunta qué hice con el dinero de un proyecto que tenía que haber debutado ahora? Si yo no registré las informaciones a tiempo queda todo medio difuso. (Z.124)

I: Los desafíos son entonces básicamente la implementación de nuevas metodologías de trabajo. (Z.125)

PT: Cada metodología que hacemos conlleva un nuevo desafío. Creemos que la podemos resolver, si no no la haríamos. Si no entraríamos en un eterno problema. Vamos a ver cómo hacemos para este año aparte del voto con las bolitas, el voto electrónico, etc., pero siempre pensamos que podemos resolverlo. (Z.126)

I: ¿Cuáles fueron los mayores desafíos en el momento anterior al de la implementación del PP? (Z.127)

PT: ¿En el año 2002? Bueno, en esa época yo no estaba. En ese entonces un político no podía caminar por la calle. La frase que imperaba era "¡que se vayan todos!". Todos los municipios decidieron recluirse, excepto Rosario que reaccionó de la manera contraria, llamando a la participación. Fue muy desafiante. Pudo aprovechar esta gran convulsión social que había de participación política no partidaria porque se consideraba que todos los partidos no servían para nada. El intendente se enfrentó a la situación de caos planteando: "tenemos este poco dinero y queremos discutirlo entre todos". Montar un proyecto que toca a todas las áreas. Esto es más difícil que un plan estratégico. Porque acá la decisión es vinculante y no orientativa.

Imagino que los grandes desafíos de esos años implicaba esto. En Argentina no había ningún municipio en el cual inspirarse. Hoy en día los demás municipios lo tienen mucho más fácil porque pueden venir a ver cómo lo estamos implementando acá. Se podía mirar a Brasil, pero allá tienen una estructura y una tradición diferente. (Z.128)

I: ¿Y hoy en día cuáles serían los grandes desafíos según tu opinión? (Z.129)

PT: El gran desafío ahora es seguir teniendo un nivel de participación importante. Rosario está sufriendo la crisis de los precursores. Es una ciudad que cuenta con muchos espacios de participación ciudadana. Una ciudad que nunca abrió el juego a nada, abre el PP y este se le rebalsa de gente, ¡buenísimo! Pero ese no es nuestro caso. Si bien ir renovando la gente, también lograr que un vecino que me participó que siga haciéndolo. Estamos ahora en un gran desafío de poder coordinar con la gente del PP joven. Es el PP que trabaja con la franja etaria de los 16 a los 18 años. Tratar de ver cómo hacer un laburo más coordinado con ellos. Y cómo poner carne joven a nuestro consejo de vecinos. La circulación de la información, problema que a mí tanto me preocupa, es un gran desafío en el que estamos trabajando. Las reuniones de seguimiento y dotar de información a cada consejo de distrito también es un gran desafío que estamos teniendo. El municipio El Salvador (?) cada vez que termina una obra del PP hace una especie de entrega de la obra. Se hace una entrega formal para el resguardo de los vecinos. Los vecinos te aceptan la obra. Se confirma que la obra ha sido terminada, quizás no en tiempo, pero sí seguramente en forma porque te la están aceptando. Eso me gustaría aplicarlo acá también. Estamos viendo este año que los consejeros no solo discutan sobre el PP, sino que se transforme en una especie de consejo consultivo. Lo estamos llamando consejo de participación ciudadana. Donde aparte de trabajar el PP pueda opinar y discutir sobre otros temas más generales con instituciones y otros sectores. Estos son los desafíos para este y los próximos primeros años. También seguir cumpliendo en tiempo y forma cada uno de los proyectos, lo cual hemos estado cumpliendo los últimos dos años. Nos estamos debiendo un plan y un cronograma de obra para los proyectos que estamos adeudando. Difícilmente podemos atraer a vecinos a participar en un lugar donde estamos debiendo obras sensibles y fundamentales para un sector. (Z.130)

I: ¿A lo largo de esta entrevista se te ha ocurrido algún otro obstáculo o desafío que habría que superar? ¿Hay algo que no hayamos preguntado? (Z.131)

PT: Las personas que están a cargo de cada uno de los PP en cada uno de los distritos no suelen ser muy activos. Es una figura casi política. Entonces, hay falencias en cuestiones técnicas. Esto dificulta algunas cosas. Es necesario ir capacitándolos en temas específicos de participación ciudadana. Estamos viendo si agregamos un componente participativo a la ejecución de las obras. A veces se votan proyectos con el título, por ejemplo, "Mejoras en la plaza tal", pero no se especifica cuáles debían ser esas mejoras. Lo que estamos discutiendo es cómo los vecinos pueden aportar ideas durante la ejecución y concreción de los proyectos. No solo participar en la votación, sino también en la ejecución. (Z.132)

I: ¿Según tu estimación personal cuáles son las cosas que más te gustan del PP y cuáles las que menos? (Z.133)

PT: Este es un proyecto que obliga a un diálogo en el interior del municipio. Este proyecto va en contra de la departamentalización de las estructuras municipales. Es un proyecto que, por la misma estructura hace que acá haya diálogo. Si hay diálogo la cosa fluye mucho más. Eso es lo que más me entusiasma. Lo que menos me gusta es justamente cuando esto nos cuesta llevarlo adelante. Cuando una persona no se da cuenta de que la información que tiene le puede servir a otro. Estas cosas no me gustan. En términos de desarrollo personal, poder tener nuevos desafíos y ver cómo resolverlos es algo que me satisface. Hemos podido hacer el proyecto del bolivoto con mucho grado de satisfacción. Otro de los grandes desafíos que tenemos ahora es cómo hacer lo que hacemos sea divertido. Porque no porque el PP sea serio tiene que ser aburrido, a mí me parece que tenemos este lema, que muchas veces es solo un lema, que es "haciendo más divertida la democracia". Es gratificante ver a un adulto jugar. Queremos que sea entretenido y que no te coma la burocracia. (Z.134)

7.8 Originalinterview La Plata

I – Interviewperson, C –Carlos Sortino

I: ¿Entonces, si todo está bien, empecemos... Lo grabo a partir de ahora, bien? (Z.001)

CS: Si. Hace cuatro años consecutivos que estamos con esto. (Z.002)

I: ¿Cuál es tu función en relación a la implementación del Presupuesto Participativo (PP) y cuáles son tus tareas concretas? (Z.003)

CS: Explico entonces cómo está organizado el PP en la ciudad de la Plata. Mi cargo es el de director general del PP. Mi tarea específica es organizar el territorio en asambleas, o sea en zonas, organizar los plenarios, o sea la convocatoria de los vecinos a las asambleas, estudiar la viabilidad de los proyectos que se presentan con las áreas técnicas específicas del municipio, organizar la consulta popular, o sea la elección final y finalmente, controlar que todo se realice de forma transparente hasta el final del escrutinio y ahí termina mi función. Una vez que los proyectos son elegidos mediante el voto popular envío un expediente a la dirección ejecutiva del PP. Esta se ocupa de la ejecución de los proyectos elegidos. Está organizado en dos etapas: la etapa de la organización en asambleas y la etapa de la ejecución de los proyectos. Lo que hacemos este año es proponer y decidir qué obras se van a hacer el año que viene. El año que viene, mientras yo organizo todo el sistema de asambleas, la otra área del PP ejecuta los proyectos elegidos el año anterior. (Z.004)

I: ¿Cuáles son las dificultades que se te presentaron a vos y a tus compañeros de la administración pública tras la implementación del PP en relación a las nuevas tareas? (Z.005)

CS: El actual intendente fue elegido en el año 2007, a causa de nuestro sistema asumió en diciembre, o sea casi en 2008. Ese mismo año se implementó el PP en La Plata con el nuevo intendente, que fue reelecto el año pasado para ocupar el cargo hasta el 2015. Yo antes no trabajé nunca en ninguna gestión de gobierno. Es más, ni yo ni mi grupo de trabajo pertenecemos al partido gobernante. Fuimos invitados en ese momento por el intendente porque nosotros veníamos haciendo una serie de trabajos tanto teóricos como de exploración sobre diversas herramientas de la democracia directa, entre ellas el PP. Al intendente le pareció buena idea que no fuera el partido gobernante quien desarrollara este programa y por eso nos invitó a nosotros, para hacer un programa abierto y no partidario. Por lo tanto no tengo experiencia en gestión de gobierno, pero sí en temas asamblearios o de democracia directa porque nuestra agrupación política trabaja de esa manera, con esa filosofía. En términos de adaptación no he tenido problemas porque es una práctica nuestra, la diferencia es que ahora se hace desde una gestión de gobierno y con muchísima más gente que en una organización política, que es siempre más pequeña que una ciudad. La diferencia es que ahora tenemos que trabajar más, pero en los aspectos filosóficos y teóricos no ha habido ningún problema. Con respecto a lo que hace la administración municipal: en Argentina no tenemos una tradición de consultas populares o de democracia participativa. Tenemos un sistema presidencialista, que si lo reducimos al ámbito municipal, el poder ejecutivo no es parlamentario como puede llegar a ser predominantemente en Europa. Hay bastantes cuestiones de esta naturaleza que hay que tratar de superar. La gente no está acostumbrada a la participación ni a que esta sea vinculante. Es decir que el producto de la discusión pública pueda resolverse en una obra al servicio público. Acá la gente a lo que está acostumbrada es a protestar de cualquier manera para proclamar sus derechos, pero no necesariamente eso garantiza que el gobierno vaya a cumplir con ese reclamo. Lo fundamental es por tanto; dada esa filosofía presidencialista en la que lo que funciona predominantemente es el ejecutivo y no tanto el parlamento, el cual simplemente (*unhörbar*) o fiscaliza; los funcionarios públicos tampoco están acostumbrados a tener que dirimir con la sociedad decisiones que les son propias. El funcionario está acostumbrado a tomar decisiones sin tener que dar respuesta a nadie. En el PP eso no es así. El funcionario tiene que adecuarse a que él no es el que decide cómo, cuándo y dónde se hace una obra, sino que eso tiene que trabajarlo con los vecinos. Por supuesto, en el aspecto técnico deciden los ingenieros, arquitectos o quien corresponda, pero

la cuestión política de fondo: qué es lo que debe hacerse, aquello que se necesita, lo decide la gente, no el funcionario. (Z.006)

I: ¿Lo que no me quedó bien claro es cuál era tu trabajo antes? (Z.007)

CS: Yo soy docente universitario. Ese era mi trabajo. Mi trabajo era extragubernamental. (Z.008)

I: Ok. Me había quedado claro que era extragubernamental, pero... (Z.009)

CS: Antes hacíamos estudios, trabajos de campo y tenemos una organización política propia que se llama Frente de Participación Popular (que antes estaba en el Partido Socialista de Argentina, pero ya no lo estamos), cuya organización es asamblearia, de democracia directa. Nosotros estamos acostumbrados a este tipo de cosas, mientras que la mayoría de los partidos políticos de este país y el gobierno no tienen esta costumbre porque son estrictamente representativos y nada más. (Z.010)

I: ¿Antes de la implementación del PP no existían posibilidades de participación directa, verdad? (Z.011)

CS: No. En forma vinculante, no. La participación era únicamente votar a la gente que los iba a representar tanto en el consejo deliberante como en el departamento ejecutivo, al intendente y a los concejales, pero nada más. (Z.012)

I: ¿Cuáles fueron y cuáles son los principales problemas del PP en cuanto a lo legal y a lo administrativo? (Z.013)

CS: En cuanto a la cuestión jurídica, legal, en la provincia de Buenos Aires, a la cual pertenece la ciudad de La Plata, su capital, los municipios no son autónomos. Todos se manejan con la misma ley, sea cual fuere su realidad (?). Esto viene de una época muy lejana. Cuando hubo una reforma constitucional en la provincia de Buenos Aires no se pudo modificar ese capítulo. Hoy se está trabajando para que sea modificado el próximo año. Para otorgar una autonomía municipal. Al carecer de esta y al tener una ley tan vieja, del año 34, no hay nada que ampare los mecanismos de participación ciudadana, es puramente representativo. Tampoco lo impide, por supuesto. Por lo tanto en la provincia de Buenos Aires no necesitamos una ordenanza municipal, o sea una ley, para realizar el PP. Porque el presupuesto del municipio es facultad del intendente. La programación del presupuesto está a su cargo y no de los concejales, por ejemplo, en el parlamento. Esto viene a cuento del régimen presidencialista, del cual te comenté antes. Entonces el intendente puede programar el presupuesto como quiera y puede establecer los métodos como quiera, ya que nada se lo impide. De allí que hay simplemente un decreto que dice que la programación presupuestaria se va a definir en una parte, no totalmente, a través de un mecanismo asambleario que se llama PP y listo. Eso es lo único jurídico que hay y realmente no hay por qué tenerlo, no es imprescindible. Porque, por ejemplo, el tribunal de cuentas, que es el organismo que controla la acción de los gobiernos municipales y del gobierno provincial, no lo reconoce como algo a controlar. Porque a ellos les importa solo saber si el gasto que se hizo por tal o cual obra está justificado o no, pero no el método por el cual se decidió esa obra. Por lo tanto, en cuanto a cuestiones jurídicas no hay ningún impedimento. Aunque sí estaría bueno, como estamos tratando nosotros ahora, que, en cuanto se cambie la ley municipal, podamos incorporar mecanismos de democracia directa o semidirecta y que tengan su propio ordenamiento jurídico. Porque si no, lo que pasa es que los vecinos comunes y corrientes no tienen la posibilidad de accionar contra el Estado. Ante un incumplimiento, por ejemplo. Si una obra que fue elegida no se hace, no existe ningún mecanismo para reclamar al Estado, porque no es un mecanismo jurídicamente vinculante, precisamente. Por supuesto que eso nunca ha pasado en La Plata. Siempre se ha hecho lo que se decidió, pero bueno, es una cuestión política y no jurídica. Entonces puede ocurrir que a otro intendente se le ocurra no hacerlo más y no lo hace más. O puede ocurrir que lo hace, pero que no hace las obras que la gente elige y no tiene ninguna responsabilidad jurídica por eso. (Z.014)

I: Entonces ustedes están tratando de cambiar las leyes estas. (Z.015)

CS: Claro. Estamos tratando de cambiar eso y de adecuar la cosa a la realidad porque si no, corremos esos riesgos. Eso nunca ocurrió en La Plata, pero uno nunca sabe. Esas son las ventajas y desventajas que tiene la falta de un orden jurídico específico. Después, otra

desventaja es la enorme desconfianza que tiene la gente. No nos olvidemos que aquí en el 2001, hace muy poco tiempo, se destruyó el Estado y se destruyeron las (*unverständlich*). Sucedió lo que creo que, en menor medida, está pasando en muchos lugares de Europa. Entonces la gente es muy desconfiada respecto al Estado. La gente no cree en sus gobernantes. Entonces hay que luchar también contra esa desconfianza. Esto se va solucionando conforme se van transcurriendo las asambleas, conforme se van realizando las obras que la gente eligió y conforme la gente va viendo que este programa efectivamente cumple con lo que promete. Es un cambio cultural muy grande. El pueblo está muy metido también en esa ideología presidencialista, en la que uno decide sobre todos. (Z.016)

I: Paternalista. (Z.017)

CS: Exactamente, paternalista, no me salía la palabra, gracias. Y cada uno de nosotros, yo mismo también, ya que a veces me sorprendo con esas cuestiones, también cree que es el único dueño de la verdad y que las cosas hay que hacerlas de esta manera y no de esta otra. Entonces desconfían de las cuestiones burocráticas que tiene la realización de los proyectos, también son bastantes complejas y lentas. Desde el momento en que se termina la votación hasta el momento en que se realiza la primera obra no suelen pasar menos de cuatro meses. Por ejemplo, la semana que viene se está inaugurando la primera obra elegida el año pasado. Esto también conspira. La gente protesta porque lleva mucho tiempo todo. También desde el lado de la administración, de los jefes de gobierno, si bien se ha superado bastante, hay cierto resquemor y cierta resistencia porque se sienten invadidos. Esto genera algunas rispideces internas. Eso demora también un poco las cosas. Por ahí se hacen de una manera en la que no se debieran hacer. Nosotros tenemos un mecanismo por el cual la gente es fiscal de la obra. La persona que se anota como promotor del proyecto que finalmente se hace, fiscaliza la ejecución de la obra. Tienen ese derecho. En muchos casos la dirección de obras públicas manda a hacer la obra y ni siquiera llama a la gente es fiscal de la obra. Eso ocurre y genera complejidades y problemas. Yo creo que eso se va a resolver en unos varios años mas. (Z.018)

I: Es todo un proceso. (Z.019)

CS: Sí, es un cambio cultural que necesita mucho tiempo. (Z.020)

I: Pero es bueno empezar. (Z.021)

CS: Es bueno empezar, claro. (Z.022)

I: Según la literatura no hay aparentemente ninguna ley o regla que determine que los barrios más pobres sean favorecidos y que reciban más presupuesto. ¿Si esto es así por qué es que no existe tal mecanismo de repartición teniendo en cuenta que, según la literatura también, uno de los objetivos principales de la implementación del PP es justamente favorecer el acceso a los recursos financieros a los sectores más carenciados? ¿Implica esto un desafío político? (Z.023)

CS: No sé cuáles son las razones para la ausencia de ese tipo de normativa. Es una cuestión de voluntad política. Acá en La Plata el 72% de los proyectos se materializa fuera del casco urbano, en los lugares más pobres. En lo que llamamos nosotros: la periferia. (Z.024)

I: ¿Fuera de lo que es oficialmente La Plata? (Z.025)

CS: No. La Plata es el municipio. Este cuenta con La Plata propiamente dicha, la ciudad y con 18 localidades que la circundan y que conforman el partido, el municipio de La Plata. (Z.026)

I: O sea que el PP le pertenece al partido de La Plata y no a la ciudad de La Plata. (Z.027)

CS: Todo pertenece al mismo municipio. (Z.028)

I: No tenía claro el concepto de partido. (Z.029)

CS: El gobierno de la ciudad consiste en la ciudad de La Plata y en las 18 localidades que la rodean.

I: ¿Algo más que comentar al respecto? (Z.030)

CS: Los sectores más empobrecidos están generalmente en los alrededores. En el conurbano, periferia. El 70% del PP impacta por lo tanto en los sectores periféricos. De esta manera se impacta hacia arriba y no hacia abajo. Estamos llevando obras de infraestructura de las que carecen. La ciudad de La Plata, en cambio, tiene todo lo que tiene que tener una ciudad. Los

proyectos son otros y es menor la cantidad de dinero que se invierte. (Z.031)

I: ¿Está determinado entonces que hay que gastar más dinero en esas zonas? (Z.032)

CS: Está determinado de manera natural. Tenemos una organización que consiste en 43 asambleas. 43 zonas de todo el territorio platense. De todas estas solo hay cuatro en lo que llamamos casco urbano, es decir, propiamente la ciudad. Por tanto, aún cuando pongas más la misma cantidad de plata a cada una de las zonas, siempre va a ir más plata a la periferia que a la ciudad. (Z.033)

I: Entonces quizás no sería necesario en este caso porque de todas formas ya se equilibra naturalmente. (Z.034)

CS: No. De hecho ocurre. No sé si no sería necesario. No está ahora, pero ocurre de esa manera. (Z.035)

I: ¿Existen problemas en el proceso burocrático, en la comunicación entre el PP y la administración pública? ¿A veces los trámites de hacen demasiado largos? ¿Presenta eso algún tipo de dificultad? (Z.036)

CS: No en realidad no es un problema, sino que es así como funciona. Un proceso burocrático para la realización de una obra tarda más o menos tres meses, pero porque es necesario hacer todos esos pasos. No podemos prescindir de ninguno porque si no el tribunal de cuentas nos multa. Nos sanciona. Cada proceso de inicio de obra dura tres meses. Eso ya lo tenemos incorporado. No puede durar menos. (Z.037)

I: Tampoco se alarga más. (Z.038)

CS: No. Generalmente no. Tratamos que no sea así. De todas maneras te aclaro: acá se hacen 45 obras por año por el PP. Todo tiene que ser hecho por licitación. Como son tres meses para cada una, entonces estas obras del PP se van a realizar a lo largo del año. Porque no podemos llamar a licitación 45 obras al mismo tiempo. Porque además no hay tantas empresas y por lo tanto, cada empresa necesariamente va a tener que hacer cinco o seis obras. Y tampoco puede hacerlas de forma simultánea. Entonces tenemos todo el año para hacerlo. De acuerdo a la capacidad de ejecución de las empresas y también a la capacidad de pago del municipio. Porque este no tiene la plata desde el primero de enero en su caja fuerte. Sino que va recaudando bimestralmente. Entonces, donde hay algún problema con la recaudación o alguno con la coparticipación que gira en Provincia de Buenos Aires o el Estado Nacional repercute en la capacidad de pago del municipio. (Z.039)

I: ¿Hay una posibilidad para los ciudadanos de discutir y determinar respecto al funcionamiento del PP? ¿Tienen la oportunidad de hacer propuestas? (Z.040)

CS: ¡Sí, totalmente! Acá se organiza el foro consultivo del PP, que está integrado por gente de todas las asambleas, elegidos por las asambleas. Con ellos hacemos al principio del año (precisamente hace unos días terminamos) el reglamento participado. El reglamento del PP lo hace la misma gente que participa en las asambleas. Precisamente mañana estamos haciendo el acto público para presentar esto que recién se completó y después recién hacemos el ciclo de asambleas, que en este caso empieza en junio, este año. Esa es la participación que tiene la gente. El PP es autoreglamentado. (Z.041)

I: ¿Perdón? (Z.042)

CS: Es la misma gente quien lo reglamenta año tras año. Se modifica la reglamentación. Todos los años se eligen a los miembros del foro que tienen un mandato solamente de una año. Todos los años se revisan todos los problemas que hubo en el PP y se trata de darles una solución, entre ellos se revisa el reglamento. Además los integrantes del foro se encargan de fiscalizar la ejecución de las obras. (Z.043)

I: ¿Los miembros del foro son ciudadanos...? (Z.044)

CS: Ciudadanos comunes y corrientes. Todo es *ad honorem*. No responden necesariamente a ningún partido político. Los eligen directamente de las asambleas. (Z.045)

I: Es interesante porque habíamos entendido algo diferente en la literatura. (Z.046)

CS: De los casi 50 PPs que hay en la Argentina me parece que este es el único lugar donde se hace la autoreglamentación. (Z.047)

I: ¡Ah! (Z.048)

CS: Pero esto habría que corroborarlo porque quizás me falta alguna información. (Z.049)

I: ¿Cuántos son los miembros del foro? (Z.050)

CS: Miembros del foro consultivo. Dos por asamblea, en total 86. (Z.051)

I: ¿Se aseguran de que haya equidad en cuanto al género? (Z.052)

CS: Sí, 50 y 50. Estamos haciendo mitad y mitad. Por supuesto que hay pocos casos, dos o tres, en los que no se llega a esa proporción. En algunos casos hay más mujeres que hombres y en otros más hombres que mujeres, pero son dos o tres casos solo. ? (Z.053)

I: ¿O sea que por distrito serían dos personas? (Z.054)

CS: Dos personas por cada una de las asambleas. Incluso en las asambleas, una de las facultades que tiene el foro es rezonificar. El año pasado había 40 asambleas. Este año vamos a tener 43. También se estudia la rezonificación de las asambleas para que alcance a mayor cantidad de gente. El primer PP tuvo 35 asambleas, o sea que hemos ido aumentando. (Z.055)

I: ¿Cuáles son los principales problemas que se presentan según tu opinión en relación a los recursos financieros? (Z.056)

CS: Acá el municipio ha venido incrementando el presupuesto destinado al PP. Del 2% del presupuesto total del municipio con el que comenzó en el 2008 al 10% en el 2012. Estamos haciendo obras con 100 millones de pesos. 25 millones de dólares, más o menos. Eso está prácticamente garantizado. Puede ocurrir que se corte alguna cadena de la recaudación y por lo tanto la capacidad de pago del municipio se recorte también. Eso ha generado que del total de las obras que se hicieron, seis o siete obras estén retrasadas en su ejecución. Deberían haberse hecho el año pasado y no se hicieron todavía. Se están empezando recién este año, precisamente por un problema económico que hubo el año pasado, pero son seis o siete sobre 470 y pico de obras. Esto no es muy significativo. (Z.057)

I: ¿Un desafío más con respecto a lo económico? (Z.058)

CS: Sería un delirio de mi parte, una utopía, pero a mí me parece que además de que el pueblo pueda decidir en qué se gasta el dinero, también debería tener alguna injerencia en cómo se recauda. Eso no está contemplado en ninguna parte de la Argentina. Solo es el gasto. No sé si se va a poder lograr alguna vez. (Z.059)

I: ¿Cómo funcionaría eso exactamente? (Z.060)

CS: Lo mismo. Habría que abrir las cuentas municipales y hacerlas públicas y decir: "ahora estamos recaudando tal porcentaje, este dinero se recauda de tal manera este otro por tal otra". Determinar si el presupuesto al alumbrado, barrido y limpieza se establece de acuerdo al valor de la propiedad, cuánto se debe cobrar a los que más tienen, cuánto a los que menos tienen. Una discusión pública para definir cómo se recauda, pero eso es muy complicado hacerlo y no creo que se pueda hacer en corto plazo. (Z.061)

I: ¿Cuáles son los mayores obstáculos para conseguir una participación activa por parte de los ciudadanos y por parte de los miembros del foro? ¿Cuáles serían los principales obstáculos que habría que superar en este aspecto? (Z.062)

CS: Es un problema cultural. En tanto y en cuanto no se tome el PP como una herramienta ciudadana y no como una herramienta del gobierno, va a ser difícil convocar a mucha más gente de la que se convoca actualmente. Además acá tenemos un espíritu de facción bastante pronunciado en cuanto a los partidos políticos. Los partidos que están en la oposición, que no forman parte del gobierno, se dedican a oponerse a todo, a criticar todo. No hay un espíritu de colaboración con aquello que se está haciendo bien, con aquello que merece una mayor atención. Si su intención fuera corregirlo, me parecería muy bien, pero no con esa actitud beligerante. Los partidos de la oposición se dedican a desprestigiar el PP con diferentes argumentos. Uno, por ejemplo, "las obras las tienen que hacer el Estado". Correcto, pero la obra la hace el Estado. La diferencia acá está en quién decide lo que se hace y lo que no. Cada asamblea presenta, por ejemplo, diez proyectos distintos. Podemos hacer uno o dos. El asunto es quien lo decide. En este caso lo hace el pueblo. Si no fuera así debería hacerlo un funcionario. En definitiva la selección se hace igual. Otra es que el Estado tiene que saber qué es necesario. Claro que sabemos lo que es necesario, pero así y todo tenemos que decidir quién elige qué se hace. Ese es un problema que tampoco entiende mucha gente que no pertenece a ninguna organización política. La gente dice también lo mismo: "el intendente tiene que saber lo que a mí me pasa acá". Y sí, pero no es ese el tema. Además el intendente

tampoco sabe lo que le pasa a cada uno en su casa. Nadie lo sabe. Ese un problema, pero que poco a poco lo vamos aclarando y se va definiendo bien, pero existe esa cuestión de rechazo cultural. Algunos dicen: "por qué tengo que venir yo a hacer lo que tiene que hacer el intendente", pero nosotros estamos tratando de promover otra cultura en la que el intendente no tiene que decidir lo que le parezca. (Z.063)

I: Es promover la democracia. Es triste que no se valore eso. (Z.064)

CS: Por supuesto. Si no vamos a vivir siempre en un sistema representativo en el que el presidente hace lo que se le ocurre y listo. (Z.065)

I: Que tiene su origen en el sistema monárquico. (Z.066)

CS: Más o menos parecido. Lo que pasa es que acá no hay nobleza, pero es lo mismo. (Z.067)

I: Perdón no quería acotar. (Z.068)

CS: Si no tenés que contar siempre con que el intendente que vos elegís tenga buena fe, buena voluntad y sepa lo que tiene que hacer. Yo no sé si siempre es así. Puede ocurrir o no ocurrir. No podemos poner siempre nuestra responsabilidad en otros. (Z.069)

I: ¿Hasta que punto o en qué medida ha sido un problema la falta de participación en el PP desde el momento de su implementación? ¿Ha habido poca implementación según tu criterio? (Z.070)

CS: No, poca no. El 10% de la gente mayor de 16 años concurre o a las asambleas o a las urnas. Estamos hablando de más de 50 mil personas. No es poca la participación. Nosotros preferiríamos que fueran muchos más, pero ese es un deseo nuestro. Empezamos con una participación del 4% y llegamos al 10% en cuatro años. En términos comparativos, Rosario llegó a 50 mil personas que es el 5 al 6% de su padrón, porque allá habita el doble de personas que en La Plata en diez años. Nosotros llegamos en 4 años al 10%. Tomo el caso de Rosario porque es el más antiguo. En términos comparativos no hay ningún municipio que supere la participación en esta ciudad. Tampoco hay ningún municipio que supere la cantidad de dinero que se dispone. Es la mayor partida presupuestaria en la República Argentina. El problema no es la falta de participación. El problema es ver cómo hacer para que la gente participe más, cómo hacer para que la gente se interese, cómo hacer para dejen de tener tanta desconfianza, para que sepan que pueden ejercer sus derechos y que además tiene la obligación de ejercerlos. Porque si no, el reclamo de "siempre hacen lo que quieren" es una profecía no cumplida. Yo no participo, mi espacio lo ocupa otro. Es tan simple como eso. (Z.071)

I: Hablás del 10% de participación. ¿Con eso te referís a la votación solamente o también a las asambleas? (Z.072)

CS: En total. La asamblea atrajo a 5200 en el año 2010 y el año pasado tuvimos 4000. Arrancamos con 3 mil en el 2008. Pero que concurra menos gente a la asamblea, no significa que haya menos participación. ¿Por qué? Porque la gente se está acostumbrando a organizarse previamente antes de las asambleas. Y en lugar de ir 50 personas a las asambleas van cuatro con sus proyectos ya consensuados previamente. Se preservan la participación para la votación. Por eso está última va aumentando año tras año. (Z.073)

I: ¿O sea que una persona que participó en una asamblea no puede votar? (Z.074)

CS: Sí. Todo el mundo puede votar, haya participado o no de una asamblea. (Z.075)

I: No, porque me dijiste que se preservan la participación. Ok, pero no es porque no puedan participar de otra forma. (Z.076)

CS: Se organizan previamente a las asambleas por barrio. Incluso nosotros vamos cuando nos llamas a veces para pedirnos asesoramiento respecto a los proyectos. Nos preguntan si hace falta que vayamos todos o no. La gente pregunta y los que se interesan en esto nos llaman y nosotros vamos a los barrios y les explicamos los mecanismos. Esto comenzó a pasar el año pasado. Si uno atiende a los números parece que la participación está bajando, pero no es así, justamente al revés, se está duplicando porque la gente se reúne previamente. Entonces las asambleas son menos bulliciosas porque si van 50 de cada barrio se arman asambleas de 200 y pico de personas y es muy difícil. En cambio, así una asamblea es de 80, 90 personas y la cosa está mucho más allanada. (Z.077)

I: ¿Intentaron algún mecanismo para aumentar la participación? (Z.078)

CS: Con el trabajo de calle: ir a los barrios, explicar, dar charlas en todos lados, incentivar a

los jóvenes, que son los más reticentes a este espacio, dar charlas en hospitales. (Z.079)

I: Perdón, hubo un problema acústico. (Z.080)

CS: Lo que hacemos en el período previo a las asambleas es ir a los barrios y a las escuelas secundarias a dar charlas y a incentivar a la gente a que participe. Eso lo hacemos todos los años. Claro que no llegamos a todo el mundo, porque es imposible. La Plata es un territorio muy extenso, de mucha gente. Nosotros somos seis o siete los que trabajamos en esto. También aprovechamos las redes sociales, Facebook, por ejemplo. Esto comenzó a funcionar el año pasado. Se convirtió en un medio de comunicación relativamente importante acá en La Plata. (Z.081)

I: ¿También Facebook es importante para ustedes? (Z.082)

CS: No. Todavía no lo es en la medida en que uno lo espera. Es una herramienta más, pero no fundamental. Me atrevería a decir que si no existiera no nos afectaría tampoco. (Z.083)

I: Según la literatura es a menudo un desafío el hecho de que la mayoría de los ciudadanos participa solo una vez de las asambleas y al año siguiente no vuelven a participar. ¿En qué medida representa esto un obstáculo? (Z.084)

CS: No. No es un obstáculo. El 60% de la gente participa siempre. Hay un 40% de renovación. El único obstáculo es que hay que explicar de cero todo todos los años, pero ojalá que sea así siempre porque eso implica que mucha más gente forma parte del asunto. Mucha gente que ganó su proyecto, cuyo proyecto resultó elegido y se hace, al año siguiente se queda en su casa porque ya lo suyo está cumplido. Por ahí vuelve a los dos años. Mucha gente que no vio su proyecto elegido se enoja, se siente defraudada y tampoco va al año siguiente, pero sí vuelve al otro. Normalmente se les pasa el momento de enojo y listo. (Z.085)

I: No puede ser mucha gente porque me dijiste que no ha habido muchos casos de atraso, ¿verdad? (Z.086)

CS: Seis o siete en total. No es tanto. (Z.087)

I: ¿Querías acotar algo más? (Z.088)

CS: Hay cuestiones que no terminamos de entender. Me pasó algo hace poquito, por ejemplo, fui a un barrio que tiene una obra que está atrasada. Fui a decirles cuándo se va a hacer la obra que está atrasada por tal y tal motivo. Había unas 50 personas. Ninguna de ellas había participado de las asambleas ni había ido a votar y sin embargo, decían que había fraude. Pero "cómo puede haber fraude si estamos dando una obra que los beneficia a todos ustedes que ni siquiera participaron". Ese tipo de cuestiones no terminamos de calibrarlas bien. Cómo pueden no ver la realidad. Cómo pueden estar tan ciegos. De fraude nos podría acusar una persona si eligió un proyecto y se hizo otro, pero de personas que no participaron y sin embargo se vieron beneficiadas no lo entiendo. (Z.089)

I: ¿No tenés una explicación para eso tampoco? (Z.090)

CS: No. Salvo que sean militantes encubiertos de otro partido y hagan eso para desprestigiar, pero eso no lo sé. (Z.091)

I: ¿Dónde está la dificultad en movilizar a los grupos tradicionalmente marginados de la sociedad? (Z.092)

CS: Hay tenemos dificultades de todo tipo. Culturales por un lado, gente que se siente discriminada y que no hay forma de incluirla. La característica del PP es que es todo obra pública y que el Estado no puede hacer nada sobre un terreno que no está debidamente escriturado, sobre un terreno que no tiene propietario. En la periferia hay varios asentamientos, terrenos fiscales o de propiedad privada que están usurpados. Ahí no podemos hacer obra pública. Sería imposible hacerlo. Desde el año pasado, no desde el principio, porque a medida que pasa el tiempo vamos descubriendo cosas, un área del municipio que se llama Dirección de Tierras que se ocupa de regularizar la tenencia de los terrenos que no están debidamente escriturados. Lo que hacemos en ese caso es organizar a la gente de ese asentamiento, llevar a los representantes de la Dirección de Tierras y comenzar la regularización. Es una especie de anexo porque no pueden participar con una obra en el PP, pero sí podemos iniciar el trámite de regularización de sus tierras porque, cuando eso esté listo, el municipio pueda intervenir con obra pública. (Z.093)

I: ¿Se te ocurre algo más que mencionar? (Z.094)

CS: Hay en La Plata mucha gente extranjera, de países limítrofes, que no tiene documentación nacional. Ahí también tenemos otro problema porque no pueden votar si no tienen documento y tampoco pueden participar de las asambleas, pero es gente que vive acá y que padece las mismas penurias que vive cualquiera. Tampoco podemos discriminarlos por eso. Pero sí acá tratamos de ayudarlos. Hablamos con la Dirección de Migraciones para que se regularice la falta de documentación de esa personas. Hacemos un acuerdo con las asambleas para que las personas, debidamente identificadas, que no tengan documento, puedan debidamente intervenir y votar con una certificación de la dirección de migraciones que diga que esta persona vive efectivamente aquí. Eso también lo hacemos. A partir del PP encontramos también este tipo de irregularidades que vamos tratando de regularizar. (Z.095)

I: Una persona para participar no necesita tener la nacionalidad argentina, ¿verdad? (Z.096)

CS: La participación está abierta a todos. Lo que sí necesitamos es una documentación que certifique que la persona vive donde dice vivir. Para evitar trampas, como que traigan gente de otros municipios a votar acá. Pero eso lo comprende perfectamente todo el mundo y todo el mundo acepta que la gente, aunque no tenga documento, pueda votar igual, siempre y cuando esté debidamente certificado que efectivamente viven acá. No hay problema. (Z.097)

I: ¿Aplican algún mecanismo para conseguir que las minorías discriminadas participen más? (Z.098)

CS: El mismo mecanismo que te dije antes. Solemos dar charlas en todos lados para tratar que la gente participe y tratar de resolver los problemas que te mencioné antes. Igual hay mucha gente que se niega. Hay mucha gente que se beneficia por su situación de indocumentado o de usurpador. Hay que diferenciar la buena voluntad de la mala voluntad. Eso ocurre en todos los estamentos sociales. (Z.099)

I: Según la literatura sería a menudo un obstáculo para la participación el hecho de que la participación exige demasiado tiempo y a veces también gastos económicos. Según la literatura la gente que tiene el derecho de votar en las asambleas son aquellos que han tenido un mínimo del 50% de participación en ellas. ¿Es así? (Z.100)

CS: No. En nuestro caso no. Trato de explicarte cómo fue eso. En el 2009 hicimos una prueba diciendo que el 30% del presupuesto asignado a la asamblea pudiera ser definido en la asamblea misma y no en una consulta popular, en una elección. Entonces los proyectos que no ocuparan más de un 30% se podían definir en la misma asamblea. Para eso sí la gente tenía que tener un nivel de asistencia equis, pero para definir en la asamblea. El voto, la elección, la consulta popular es libre y se puede participar aun cuando sin haber ido a las asambleas. Eso fue solamente un año porque ese sistema no funcionó bien y decidimos volver al sistema de votación general.

I: Pero estamos hablando del primero voto, el de las asambleas, ¿no? Cuando se presentan los proyectos. (Z.101)

CS: No. No hay ningún tipo de censura. Partimos de la base de que todos los proyectos que se presentan son necesarios. Si son viables técnicamente, económicamente y jurídicamente nadie puede decir que no. Salvo que el autor de un determinado proyecto diga: "en virtud de que ese aquel proyecto me interesa más que este, levanto mi proyecto y no lo someto a consulta popular". Lo cual ocurre muy pocas veces. Pero puede ocurrir. La asamblea no tiene la facultad de decir este proyecto no va a consulta popular. (Z.102)

I: O sea que todo lo que se propone, mientras que se considere viable, es votado. ¿Se determina la viabilidad en las mismas asambleas o en el proceso de los seis meses? (Z.103)

CS: Se hacen cuatro asambleas en La Plata. En la primera y en la segunda se presentan los proyectos. Para la tercera ya tenemos la viabilidad de cada uno de ellos. Porque se hacen una vez por mes. Tenemos tiempo para eso. (Z.104)

I: Y los criterios para determinar la viabilidad son económicos, ¿no? (Z.105)

CS: Ese es el primero. Porque no podemos superar la partida presupuestaria asignada. Si sabemos que tenemos, por ejemplo, 100 pesos para una asamblea, entonces ningún proyecto puede superar esa cantidad. Porque si no no lo podemos hacer. Después viene la cuestión

técnica, que la resolvemos con la participación de las áreas técnicas del municipio. En esto participan arquitectos, ingenieros, etc. para que nos digan si eso es técnicamente viable y jurídicamente eso es viable. Porque puede suceder que se proponga como proyecto el asfaltado de una calle, pero resulta que esa calle no está cedida al uso público. Entonces lo primero que tenemos que hacer es consultar con el catastro si las calles están cedidas o no al uso público. (Z.106)

I: Entiendo. (Z.107)

CS: Si están cedidas no hay ningún problema. Es viable. Si no están cedidas hay dos caminos. El primer es ver si es posible la cesión al uso público. Porque a veces lo puede hacer el municipio por sí mismo. Y si no es posible; porque forma parte de algún terreno grande, que es propiedad privada y que hay que expropiar; entonces le decimos a la gente: "miren no es posible por tal cosa". (Z.108)

I: Ese sería el segundo criterio, ¿no? (Z.109)

CS: Que quede claro: la asamblea no tiene facultad para pedir que un proyecto presentado llegue a consulta popular si ese proyecto es viable. (Z.110)

I: ¿Creés que mucha gente no participa por falta de tiempo? (Z.111)

CS: Bueno. Ese sí es un motivo, la falta de tiempo. Las asambleas generalmente se hacen a las seis y media de la tarde los días de semana y los sábados. Entonces, generalmente acomodamos los días sábados a aquellos lugares donde es la gente es más proclive a ir los sábados y los días de semana porque quizás trabaja hasta tarde. O por ahí las madres no pueden dejar a sus hijos y no pueden ir. En cambio los sábados está el matrimonio en la casa. En el caso de que lo hubiere. Esas cosas las tenemos en cuenta. Precisamente para eso habilitamos el tema del correo electrónico. La gente que no puede ir por cuestiones laborales o por cuestiones de enfermedad o lo que sea, puede enviarnos a nosotros por correo electrónico el proyecto. Lo que hacemos nosotros es someterlo a la asamblea. Hacerlo público en la asamblea porque no podemos poner ningún proyecto que no pase por la asamblea. No para que lo censuren, sino para que lo conozcan. No puede ir a consulta popular ningún proyecto que no haya sido presentado en la asamblea. Si una persona no puede ir a la asamblea, puede enviar su proyecto. (Z.112)

I: Eso quiere decir que una persona puede ir a una sola asamblea y eso no afecta... (Z.113)

CS: Afectará si no va más en el caso de que el proyecto que presentó no sea viable y no podamos comunicarle en la asamblea misma por qué no lo es. Nosotros les decimos todo eso en la primera asamblea: "vengan porque si no se pierden la mitad de la cosa". Las asambleas se hacen una vez por mes y son cuatro al año. Tampoco es tanto. (Z.114)

I: La gente que va a las últimas asambleas son normalmente gente que ya ha participado de las anteriores, ¿verdad? (Z.115)

CS: Sí, generalmente sí. Hay un nivel de asistencia, de renovación en las primeras tres asambleas. En la última, no, no se puede presentar proyectos. Es simplemente para consolidar los proyectos ya presentados. (Z.116)

I: Por eso. Entonces no tiene sentido participar de la última asamblea si uno no tiene un proyecto presentado. (Z.117)

CS: Algunos van simplemente para curiosar, para ver cómo es, pero no para presentar nada. (Z.118)

I: O de parte de otra persona. (Z.119)

CS: O también, en representación de una persona que no pudo asistir. Esas cosas sí ocurren. No sé si puedo hacerte un comentario, salvo que esté contenido en alguna pregunta posterior, pero es importante la cuestión metodológica para nosotros. En nuestro caso no hay ningún esquema de filtración. Esto es democracia directa plena. Es decir: la gente presenta sus proyectos. Nadie los censura. No hay ningún consejo. No hay ningún foro que se ocupe de filtrar los proyectos como ocurre en otros PPs. La gente va a todas las asambleas, presenta sus proyectos y luego vota libremente cuál de esos proyectos quiere que se haga. Otras metodologías implican que la gente vaya a una asamblea, presente lo suyo y después elijan delegados, que son los que continúan el proceso. Nosotros no hacemos eso. Porque eso sería

una democracia muy indirecta. Además, si los delegados que elige la asamblea son los que van a discutir con el secretario de obras públicas, por ejemplo, la viabilidad y la conveniencia de una obra determinada, van perdidos porque siempre el secretario de obras públicas va a tener mucha más información y capacidad de convencimiento que un vecino común y corriente. (Z.120)

I: Los intereses políticos pueden tener entonces demasiado peso. (Z.121)

CS: Exacto. Puede haber intereses políticos o económicos o de conveniencia [...]. (Z.122)

I: Dado que la comunicación entre la política/la administración y los ciudadanos es un aspecto muy importante, quisiera preguntarte cuáles son los efectos positivos y los negativos de las estrategias de comunicación e información que se aplican para movilizar a los ciudadanos para la participación. (Z.123)

CS: Nosotros utilizamos, por un lado, los medios de comunicación convencionales: el diario, la radio, la televisión. Un aviso común y corriente: "¡Vengan a la asamblea!". Acá en la Plata en cada una de las localidades municipales hay una delegación municipal, un delegado del intendente que está ahí gobernando esa zona, esa localidad. Nosotros utilizamos esa estructura con reparto de volantes puerta a puerta, gente que habla con los vecinos y les explica de qué se trata, esa es la comunicación oral, es lo único que tenemos hoy por hoy, además de las charlas que tenemos habitualmente. La respuesta a eso también depende mucho de la cultura política que tenemos en este país. Algunos acuden, otros no le dan bolilla, otros dicen que es un mecanismo electoral, aun cuando no sea año electoral. No tenemos una estrategia de comunicación específicamente dedicada al PP. No lo hemos hecho todavía. No sé si lo vamos a hacer. Es una cuestión más bien de recursos, de falta de gente por lo que no podemos establecer otra cosa que no sea ese tipo de comunicación. Esa es la cuestión. En cuanto a los efectos la participación va aumentando año tras año, la organización social a partir del PP, también. Se han formado centros vecinales a partir del PP. Como te decía antes: quizás la gente se organiza antes de las asambleas y a estas vas dos o tres y llevan los proyectos. Para eso se han formado los centros vecinales, que además funcionan también por afuera del PP. Consiguen otras cosas además de lo que puedan conseguir o no en el PP. Desde ese punto de vista poco a poco se va avanzando. (Z.124)

I: ¿Estas organizaciones vecinales no existían antes? (Z.125)

CS: No. Son nuevas. Sí existen organizaciones vecinales antiquísimas, pero no funcionan más que para hacer fiestas en el club, en el barrio. Nada más que para eso. No hay una participación política. (Z.126)

I: El PP de La Plata es conocido internacionalmente por su sistema de votación innovador, el sistema de votación por mensajito de texto. ¿Es así? (Z.127)

CS: Eso fue así durante dos años. Los años 2009 y 2010. El sistema del sms lo teníamos bastante controlado, dado que no permitía más de un voto por teléfono celular y más de uno por número de documento (la persona tenía que manda el número de proyecto y su número de documento) a la base de datos y ese teléfono quedaba inhabilitado para volver a mandar un mensaje y el documento, también. Sin embargo, es muy difícil de controlar para la gente. La gente no confía en esos mecanismos cerrados. Además también hubo una trampa que se hizo el año pasado, o el anteaño. Acá se pueden comprar bolsas de chips que cuesta 2,5 pesos. Te comprás 500 chips y mandás 500 votos. Si bien esto pasó solo en dos lugares, baste que pase en un solo lugar para que se ensucie todo el sistema. Así que el año pasado decidimos con el intendente dejar de lado el mensaje de texto y apelar solamente a la votación tradicional: boleta, urna, ir a una escuela. Como en cualquier elección. Era imposible falsificar los datos, pero por un lado la gente no podía controlarlo y por otro, ocurrían también este tipo de trampas que nos afectaban. (Z.128)

I: Pero también esto traía una ventaja, ¿o no? (Z.129)

CS: Nosotros pensábamos que se iba a caer la cantidad de votantes. La última vez que lo usamos participaron 49 mil personas. Había 23, 24 mil votos por sms. O sea que teníamos 30 mil solamente presenciales. Sin embargo, al año siguiente, el año pasado, la cantidad de votos subió a 51 mil. Solamente presenciales. O sea que se superó el sistema con el sms incluido. Si contamos los votos presenciales hubo 30 mil en el 2010 y 50 mil en el 2011. O sea que no

pasó nada y la gente está más predispuesta y más contenta. Puede controlar, puede hacer el escrutinio. (Z.130)

I: No se desconfía tanto. (Z.131)

CS: Claro. Nosotros preferimos el sistema tradicional porque es más transparente. (Z.132)

I: ¿Cuáles son los desafíos en el trabajo en común entre los ciudadanos y la administración municipal? (Z.133)

CS: Me parece que el principal desafío es la confianza mutua. Adquirir confianza mutua. De ambas partes. El funcionario desconfía del ciudadano y el ciudadano desconfía del funcionario. En un caso porque no quiere que lo invadan en su jurisdicción de toma de decisiones y en el caso la idea de que el otro es un chanta y no le va a resolver nunca su problema. El desafío es que haya una confianza mutua. Que se pueda construir esa confianza mutua y lograr que el PP sea una herramienta que trascienda al gobierno de turno y que cualquier gobierno tenga la necesidad imprescindible de seguir manteniéndolo. Eso es lo que estamos intentando construir: la confianza mutua entre funcionarios y ciudadanía y además, que el PP tenga el sustento popular necesario como para que ningún intente que venga pueda decir: "no lo hacemos más". (Z.134)

I: ¿De qué manera pueden controlar, si es que existe la posibilidad, los procesos de decisión y la implementación de los proyectos? ¿Existe alguna posibilidad de controlar? (Z.135)

CS: Sí. Eso está contemplado en nuestro mecanismo. En el primer caso, todos los ciudadanos pueden ser fiscales de la votación. Toda aquella persona o grupo que hayan presentado un proyecto que va a consulta popular tiene el derecho y la obligación, diría yo, de ir a fiscalizar la votación como en cualquier elección de partidos. Hay una autoridad de mesa que designa el Estado como en cualquier elección y están los fiscales, que son los que controlan que vote quien deba votar. Son los mismos que hacen el escrutinio. Este lo hace la ciudadanía en cada asamblea junto con la autoridad de mesa. Todos los promotores que resultan elegidos tienen el derecho de fiscalizar la ejecución de la obra. Así que cada vez que se llama a legislación se los llama, cada vez que se adjudica la licitación se los llama y cuando la empresa va al barrio a empezar con la obra, el vecino que fue promotor de ese proyecto, o los vecinos, tienen el derecho de ir a ver cómo se está haciendo, si se está cumpliendo o no con lo que dice el contrato, etc, etc. Si el secretario de obras públicas, por ejemplo, no le avisa al fiscal, la obra empieza sin que los vecinos se enteren. Es muy difícil porque los vecinos están ahí, pero se producen algunas rispideces por ese motivo. Sin embargo, lo vamos superando. Cada año que pasa hay menos problemas de esa naturaleza. (Z.136)

I: Ideas aparte para mejorar la comunicación. (Z.137)

CS: No sé. Tengo la cabeza tan atada a esto después de cuatro años consecutivos que ya no se me ocurre más nada. [Lachen]. Este año, por ejemplo, hemos logrado con el foro, que hace el reglamento y todo eso, un programa de participación ciudadana que traspasaba los límites del PP. Es decir, si hay alguna persona a la que se le ocurre un proyecto de ordenanzas (ley municipal) que no esté completado o cuyo contenido esté mal con el nuevo mecanismo de participación ciudadana eso está contemplado. Eso no es PP, porque es legislativo. Tenemos una estructura ahora que todavía no empezamos a utilizar porque recién lo concretamos en marzo que habilita asambleas y mecanismos de participación para ir logrando proyectos de otra naturaleza y presentarlos [unverständlich] correspondientes. No es lo mismo que presente un ciudadano común y corriente, que tiene el derecho de hacerlo, un proyecto al consejo deliberante o al poder legislativo a que lo presente un colectivo, con todo un mecanismo avalado por una dirección oficial del municipio incluso. Eso lo hemos logrado recién este año. Todavía no se puso en práctica porque recién terminamos en marzo y hay que establecer la reglamentación y los mecanismos, lo cual lo haremos el mes que viene. Eso me parece que es un avance. (Z.138)

I: ¿Estos serían proyectos de ley? (Z.139)

CS: Claro, lo que a nivel nacional se llama "ley" se llama "ordenanza" a nivel municipal. (Z.140)

I: O sea que la gente puede proponer cambios en la legislación. (Z.141)

CS: Claro, exactamente. (Z.142)

I: A través del mismo organismo, que es el PP. (Z.143)

CS: A través del mismo organismo y con una metodología similar, que es el método de asambleas y todo ese tipo de cosas como para que sea totalmente legítimo socialmente. Pero ya te digo, esto todavía no lo iniciamos. Recién se aprobó. El mes que viene tenemos que iniciar el proceso de talleres para reglamentarlo. Así que calculo que recién en septiembre, octubre estaremos en condiciones de iniciarlo. (Z.144)

I: ¿Es verdad que 2010 se cerró el medio de control externo que existía? (Z.145)

CS: No. No entiendo porque no sé de qué me estás hablando. ¿Cómo un medio de control externo? (Z.146)

I: Según la literatura había una institución que ocupaba de evaluar y examinar el PP desde afuera. (Z.147)

CS: No, eso en La Plata nunca existió porque el control lo hacen los mismos vecinos y la evaluación la hacen ellos en forma conjunta con nosotros. No hay un organismo externo al PP. No sé si esto es bueno o malo. Quiero decir que no hay. (Z.148)

I: La literatura dice que eso existía desde el año 2010 y nos interesaba saber por qué se habría cerrado, pero no sé de dónde lo sacaron. (Z.149)

CS: Lo que tenemos como control externo es el Tribunal de Cuentas que controla todo lo que hace el municipio, no solo el PP. Ese es un control externo oficial, pero no exclusivo del PP. (Z.150)

I: Controla el aspecto financiero, ¿no? (Z.151)

CS: ¡Claro, exactamente! Pero ese control que vos me decís acá nunca existió y si existió yo nunca me enteré por lo que no fue muy efectivo. (Z.152)

I: El PP tiene como objetivo aumentar la transparencia del gobierno de la ciudad. ¿Dónde ves acá desafíos? (Z.153)

CS: Para nosotros el objetivo fundamental del PP es involucrar a la ciudadanía en la conformación y en el control de las políticas públicas, más que la transparencia. Esto se da por añadidura. Los que hablan de que el PP tiene como objetivo la transparencia de las cuentas municipales lo hacen desde una visión liberal del asunto, estrictamente económico-financiera. Para nosotros es una cuestión exclusivamente política y lo que queremos es que la ciudadanía se involucre en la conformación de las políticas públicas, por añadidura, lleva a la transparencia también. Pero este no es el objetivo, porque en tal caso no haría falta el PP para la transparencia de las cuentas públicas. Para eso hay otros mecanismos. Para mí ese es un error de la literatura universal. Para mí el PP no puede tener como objetivo la transparencia. Porque eso es una cuestión de contadores, no de ciudadanos. La transparencia es una consecuencia de la gran cantidad de gente que participa. (Z.154)

I: Según la literatura surge a menudo el problema que los proyectos cuestan más o menos de lo que se había calculado previamente. ¿Eso afecta en cierta medida la transparencia? ¿Cuáles son las experiencias acumuladas en este aspecto en La Plata? (Z.155)

CS: Y, no, en realidad no afecta la transparencia porque aquí lo que cuesta una obra es publicado. Por ejemplo, si nosotros en esta próxima asamblea decimos: "esta obra cuesta 100 pesos", el año que viene va a costar más caro. Por lógica. Entonces no hay ningún inconveniente en ese sentido. Además acá todos los presupuestos acá son públicos. Está todo publicado en la página web de la municipalidad con el contrato, lo que cuesta, la duración del proyecto, etc. No hay ningún problema. Pero sí tenemos que hacer un cálculo previo diciendo: "el año que viene los costos estos van a estar un 10% más arriba de lo que están hoy". Tenemos que tratar de explicarle eso a la gente. Si hacemos un proyecto de 100 pesos, que es la plata que tenemos hoy, a lo mejor nos cuesta 110\$. Tratamos de no superar la partida que estamos teniendo. Y si se supera, el resto lo pone el [...] del municipio. No ha habido inconvenientes en ese sentido. (Z.156)

I: ¿Dónde y entre quiénes surgen conflictos en el proceso de ejecución del PP, en general? (Z.157)

CS: Los conflictos son básicamente por las grandes necesidades que existen. En las asambleas

los vecinos tratan de [Abbruch]. Unificar proyectos. Hay un vecino que pretende unas cuatro manzanas de una red cloacal que no existe hoy. Hay otro vecino que dice: "quiero diez cuadras de asfalto en tal lugar". A lo mejor entre ellos se produce un conflicto porque obviamente las dos cosas son necesarias. ¿Qué hacemos nosotros ante ese conflicto? Tratamos de unificar proyectos. Si la partida presupuestaria nos da para que los dos proyectos sean uno solo, ese va a el proyecto unificado. Cloacas para estas cuadras, asfalto para estas otras. En un solo proyecto. Entonces en vez de haber 20 proyectos por asamblea hay diez porque otros que se han unificado con otros. O al revés, hay un vecino que quiere solamente una cuadra de asfalto. Eso suele suceder. Generalmente tratamos de convencer a esa persona para que su proyecto lo unifique a uno más grande porque si no incluso no va a tener sentido ir a votar. Va a tener muy pocos votos, no va a ganar nunca. Hay veces que la gente no entiende este tipo de cuestiones porque [unverständlich]. Y hay mucha gente que se resiste a unificar proyectos precisamente por eso o porque está peleado con el vecino de enfrente, también. Después hay un conflicto de segunda instancia que es el generado ex profeso por organizaciones políticas opositoras al gobierno. Pero eso no lo podemos dirimir. Va a existir siempre. Después no hay otros conflictos de envergadura. No existe eso. Estos empastan un poco todo el circuito de las asambleas porque los vecinos son cabeza dura, hace falta unificar. Cuando uno les dice que hay que unificar llegan a pensar que estamos haciendo trampa. (Z.158)

I: ¿Cuáles son los efectos positivos y negativos respecto a la organización territorial del PP, la división en distritos? (Z.159)

CS: Nosotros en todo el municipio de La Plata tenemos identificados más de 500 barrios. Creo que son 564. Más o menos. Tenemos 43 zonas, lo cual implica que hay muchos barrios que integran cada una de las zonas. Por eso es que estamos aumentando año a año la cantidad de asambleas y de zonas porque vamos achicando el territorio de cada una. Eso es algo que podemos hacer conforme va aumentando el presupuesto. Si tuviéramos siempre el mismo presupuesto significaría menor dinero para cada una de las asambleas. Si las aumentamos. Entonces, conforme vamos aumentando el presupuesto nosotros vamos haciendo un estudio del territorio para ver cuáles son aquellas zonas a las que todavía no hemos llegado y establecer allí una asamblea. Por eso va aumentando año a año la cantidad de asambleas. En algunos casos resulta un fracaso. Nosotros hemos cerrado asambleas que no han funcionado. (Z.160)

I: ¿Porque había muy poquita participación? (Z.161)

CS: Porque había muy poquita participación. Por ejemplo, hicimos una asamblea en una localidad muy chiquita y alejada de la zona urbana. No importa que sea poca la gente que vive porque necesitan igual las cosas. Pero vinieron solo cinco o seis personas. Queda como a 40 km de la ciudad. Para nosotros implica un esfuerzo grande ir hasta allá. También para ellos, ir a la asamblea más cercana, por supuesto. De todas formas, se hizo la obra que ellos pidieron. Al haber tan pocas personas la hicimos dos años seguidos. Al segundo año también fue lo mismo. Bueno, decidimos cerrarla y decirles: "vayan a las asambleas más cercanas". Y resulta que el año pasado, cuando la asamblea ya no estaba más, fueron como 20 personas de esa localidad a la asamblea que les correspondía. O sea, fue más a 30 km de distancia que cuando les hicimos la asamblea al lado de la casa. Son conductas que no comprendemos. Es una localidad muy chiquita que está casi al final de La Plata y se llama Pobleta. Ese tipo de conductas no acabamos de comprenderlas. (Z.162)

I: De todas formas, quizás valga la pena reabrirla. (Z.163)

CS: Estamos viendo si vale la pena o no. Hay gente nuestra yendo allá para hablar con la gente y ver qué pasa. (Z.164)

I: ¿Desafíos o problemas con respecto a la organización territorial? (Z.165)

CS: No. Bueno, nosotros queremos que haya muchas más asambleas de las que hay ahora. Porque cuantas más haya más cantidad de gente vamos a abarcar. Lo que pasa es que eso lo tenemos que hacer racionalmente conforme vaya aumentando el presupuesto. No podemos ir a un lugar a decirles: "tienen cinco pesos", porque no sirve para nada. (Z.166)

I: Una desventaja que se nos ocurre sería el hecho de que al separarse la gente en

distritos se reduce la posibilidad de intercambiar experiencias. (Z.167)

CS: El problema es aunar criterios en una zona que incluye cuatro o cinco barrios. Porque cada uno cree que su problema es el único que existe en el mundo. Y a lo mejor tiene razón porque el tipo vive sin asfalto y se embarra hasta la cabeza. Hay que ver cómo combinar todo ese tipo de cuestiones. Porque puede pasar que no tengan la cantidad de votos necesaria para que su proyecto sea elegido. También puede suceder eso. Si un barrio es más chico que otro monopoliza siempre el más grande. Ese es un problema que vamos tratando de zanjarlo y de decir: "bueno, el año pasado ustedes ya ganaron un proyecto. Este año dejen a este barrio". Hay que aplicar el concepto de solidaridad y a veces hay que hacerlo de manera autoritaria. (Z.168)

I: ¿Igual eso se podría hacer de una manera sistemática para evitar ese tipo de problema? (Z.169)

CS: Sí, lo hacemos sistemáticamente. En todas las asambleas nosotros decimos siempre: "el año pasado este barrio se vio favorecido por tal obra. Si ustedes pueden colaborar con este otro que no se vio favorecido por ninguna obra les pedimos que lo hagan". Y eso lo hacemos públicamente porque es una manera de estar comprometidos también. Entonces, algunos aflojan y dicen: "bueno, está bien. No vamos a ir nosotros este año por ningún proyecto y vamos a votar todos por el proyecto del barrio de al lado". Pero algunos dicen que no y nosotros no podemos obligar a la gente a hacer lo que no quiere hacer. Es un trabajo de persuasión permanente que lo hacemos siempre. Por supuesto. (Z.170)

I: Dado que en las asambleas solamente se tratan cuestiones que afectan a los distritos de manera individual se dejan de lado proyectos que podrían beneficiar a toda la ciudad. ¿Existe el plan o la idea de organizar asambleas o reuniones temáticas para cambiar esta situación? (Z.171)

CS: Sí, de hecho eso existe como posibilidad. En principio la partida asignada al PP es un porcentaje del presupuesto municipal. O sea que las obras de infraestructura grandes las emprende el municipio por presupuesto general. No es que se dejan de lado obras grandes. Por otro lado, las asambleas tienen la posibilidad de presentar proyectos que abarquen a más de una. En ese caso se hace una asamblea conjunta entre dos zonas o tres, o las que abarque el proyecto. Ocurre que el mismo proyecto puede estar en cuatro o cinco asambleas distintas porque abarca el territorio de esas cuatro o cinco asambleas. Eso está previsto. (Z.172)

I: Por lo tanto estamos hablando de proyectos que abarcan a más de un distrito y que se presentan en las primeras asambleas y a partir de ahí se organizan nuevas asambleas. (Z.173)

CS: Exacto. Se hacen asambleas especiales específicamente para ese proyecto en las que participan personas que viven en el territorio implicado. De esa manera se puede agrandar también la partida presupuestaria porque estamos hablando de cuatro o cinco asambleas cuyo presupuesto se suma. No está sujeto a la partida presupuestaria de una sola asamblea porque es un proyecto que abarca más de una. (Z.174)

I: Y a su vez cada distrito puede presentar proyectos por su cuenta. (Z.175)

CS: A sí, por supuesto. Salvo que las mismas asambleas decidan que van por ese único proyecto. Pero eso lo deciden las asambleas. No lo decidimos nosotros. (Z.176)

I: Según la literatura en Porto Alegre la participación de los ciudadanos que viven en los barrios más pobres son los que más participan en las asambleas porque es más emergente su situación y su interés en la mejoría de la infraestructura. ¿Cómo es su experiencia al respecto? (Z.177)

CS: Bueno, es similar. Allí donde hay más necesidad hay más participación. Por eso te digo que más del 60% de los proyectos impactan en la periferia y no en la misma ciudad. (Z.178)

I: ¿Pero eso no tiene que ver con el hecho de que vive más gente en la periferia tampoco? (Z.179)

CS: Sí, es un motivo. Nosotros tratamos de que la periferia se ponga a la par de la ciudad. En la ciudad van por proyectos de acción comunitaria más que por proyectos de infraestructura urbana. Entonces se asigna menos dinero también porque los proyectos de infraestructura urbana ya están hechos. La ciudad tienen todo. Entonces van por otras cosas: centros

culturales, pistas de skate, cosas por el estilo y obviamente se le asigna menos dinero a eso. (Z.180)

I: ¿Cómo definirías la función política del PP y en qué medida surgen desafíos en este aspecto? (Z.181)

P: El PP puede ser tomado de cualquier manera. De hecho lo hacen gobiernos de distinta naturaleza política. Para nosotros el PP es un proyecto de transformación social. Ese es nuestro objetivo, como te dije antes. Para otros es un mecanismo de legitimación del gobierno de turno. Aún cuando sean del mismo signo político que el gobierno de este municipio. Pasa de todo. La gente que tiene un pensamiento político de derechas dice que el PP es una anarquía, una deslegitimación del estado, etc. La gente que tiene un pensamiento de izquierda dice que es una legitimación del estado burgués. No es ni una cosa ni la otra. Se trata simplemente de poner herramientas en manos de la ciudadanía para que esta decida de qué modo quiere vivir. Es eso. Obviamente que las ideologías son diversas y no tiene por qué haber un pensamiento único. Cada cual va a tomar las cosas de acuerdo a su concepción ideológica. Eso es lo que pasa en la realidad. No tiene nada de extraño. Pero hay que ser abierto. ¿Para nosotros es un proyecto de transformación social, pero para la sociedad qué es? ¡Es de todo! Porque la sociedad es declarada por todo el mundo. Entonces el PP va a ser lo que el pueblo quiere que sea. (Z.182)

I: ¿En qué medida surgen desafíos respecto al aspecto político del PP? (Z.183)

CS: En el aspecto político creo que el principal desafío es, como dije antes, desarrollar una herramienta política que pueda transcender el gobierno de turno y que el ciudadano se empodere esta política para evitar que otro gobierno lo tome de otra manera y plantee un PP distinto. No distinto en cuanto a la metodología, sino en cuanto a objetivos. Eso es lo que tiene que ocurrir, pero eso lo tiene que decidir el pueblo. No lo puedo decidir yo en forma automática. Yo trabajo para eso. Ahora, ¿qué es lo que resulta de ese trabajo? Por ahora no lo sé. (Z.184)

I: Pero habla positivamente el hecho de que va aumentando la participación, ¿verdad? (Z.185)

CS: Sí. Hasta ahora los indicadores son positivos. ¡Pero viste como es la política! En un momento se cae todo y se cae todo. (Z.186)

I: ¿Existe el riesgo de que los PP sean utilizados para favorecer ciertos intereses de determinados actores de la sociedad? (Z.187)

CS: Sí, puede ocurrir tranquilamente. Por ejemplo, un gobierno municipal que utilice un PP simplemente como pantalla legitimadora de su acción va a tratar de que en este intervenga solamente gente que responda a sus intereses. Lo va a tomar más bien como una herramienta de marketing político que como una herramienta de transformación social. Eso puede ocurrir. (Z.188)

I: ¿Cuál es tu experiencia en La Plata el respecto teniendo en cuenta los intereses no solo de los políticos sino también los de los ciudadanos? (Z.189)

CS: El poder direccional del PP lo tiene el gobierno. Si quiere lo saca. Esto ha ocurrido en alguna ciudad en Argentina. También el gobierno puede convocar a la militancia a su partido para que el PP vaya en una determinada dirección. Eso solo puede hacerlo el gobierno, no la gente. Salvo que se organice de una manera súper eficaz, cosa que es prácticamente imposible. Yo le digo siempre esto a la gente: "el PP es una herramienta política, o lo toman ustedes o lo toma el gobierno. Elijan". (Z.190)

I: ¿Y en cuanto a los proyectos que se presentan? ¿El tema de los intereses? ¿Ves ahí algo que comentar? (Z.191)

CS: No porque son, en general, proyectos de obra pública. Los presente quien los presente se quedan en el barrio. Un asfalto no se lo lleva nadie a la casa, una red cloacal tampoco. En ese sentido no hay ningún problema. Lo presente quien lo presente, el proyecto se queda en el barrio. Como no pagamos sueldo, no damos subsidios a través del PP, no hacemos intervenciones en entidades privadas entonces no hay forma de direccionarlo para ningún lado de esos. Lo que sí, en algunos casos se otorga compra. Un emprendimiento productivo puede entrar siempre y cuando sea la compra de maquinaria acorde a ese emprendimiento

productivo, pero no pagamos salario, no compramos casas, no construimos para emprendimientos privados. Ni siquiera para clubes porque en Argentina son de derecho privado. (Z.192)

I: ¿Ha existido o existe algún caso de abuso del PP? ¿De mal uso del PP? (Z.193)

CS: ¿De malversación de fondos, por ejemplo? (Z.194)

I: Sí, exactamente. (Z.195)

CS: Que yo sepa no. Si lo han hecho lo han hecho muy bien porque yo no me enteré. [Lachen] Yo no he detectado eso. (Z.196)

I: Según la literatura el PP también se introdujo para reducir la corrupción política dentro del gobierno de la ciudad. ¿Cuáles son tus experiencias al respecto en La Plata? (Z.197)

CS: Te doy prácticamente la misma respuesta que te di respecto al tema de la transparencia. Ese concepto que me estás dando va aunado al concepto de la transparencia. Esa es la ideología liberal. Si vos tomás el PP con el objetivo político de transformación social necesariamente va a llevar consigo transparencia y disminución de la corrupción. Ahora si vos lo tomás solamente para aumentar la transparencia y reducir la corrupción, le falta algo a eso que es el proyecto político en serio. Porque la transparencia se puede aumentar por voluntad del gobierno, no hace falta para eso ninguna participación. Y la corrupción también se puede erradicar si quienes son corruptos deciden dejar de serlo. Es un problema de voluntad político, no de participación. Es decir, si vos tomás el PP con un objetivo de transformación social necesariamente va a llevar a la transparencia y a la reducción de los márgenes de corrupción. (Z.198)

I: Por lo tanto la corrupción hasta ahora no ha sido un problema. (Z.199)

CS: No al menos en el PP, que es la política que yo manejo. (Z.200)

I: El PP promueve las estructuras democráticas. ¿Se te ocurre cómo podría mejorarse el aspecto democrático dentro del PP? (Z.201)

CS: Si consideramos el presupuesto en un concepto reducido contable, no. Ahora, el tema es que el presupuesto para cualquier gobierno es la política. Qué es lo que piensa hacer con sus ciudadanos y con [unverständlich]. En eso consiste el presupuesto. En asignar prioridades y recursos a las [unverständlich] prioridades políticas que el gobierno considere. Por eso, si la participación política es solamente para definir qué tipo de obras públicas hacemos es reducido. Tenemos que ir más allá. Por eso nuestra propuesta de ir más allá del PP con lo que te comenté antes. Con un proyecto de participación ciudadana que implique muchas más cosas que eso. Me parece que ese sería el sentido. Yo creo que hay que combinar lo representativo de la elección cada dos años para elegir a nuestros gobernantes y legisladores, pero también la democracia directa en el impulso de las políticas que deben llevar adelante esas personas. Ahora bien, es muy complejo realizarlo. Me parece que la democracia participativa tiene que abarcar mucho más que la obra pública. (Z.202)

I: En otros PP existe el problema de que a veces los proyectos de la clase media son menos urgentes que los de la clase baja. Cuando en un mismo distrito hay zonas más carenciadas que otras suelen surgir conflictos en relación a la discrepancia entre los proyectos presentados respecto al nivel de urgencia de los mismos. (Z.203)

CS: Sí, pero ese conflicto se dirime en la misma asamblea, porque en la asamblea no se censura ningún proyecto. Si es viable va a consulta popular. El conflicto se dirime con la votación. Quien decide es la gente. Ese conflicto puede ocurrir en la otra metodología que existe, que es aquella en la que la asamblea presenta diferentes proyectos, elige delegados y se forma una especie de consejo con las áreas técnicas del municipio. Ahí sí. Porque ahí no hay votación. Ahí se dirime todo en un ámbito cerrado de diez o veinte personas. Ahí sí puede ocurrir ese conflicto. Pero en un ámbito más abierto, donde no hay censura y en donde todo se define por el voto popular el conflicto se dirime de esa manera. (Z.204)

I: ¿Y en las asambleas no ha surgido ese tipo de conflictos según tu experiencia? (Z.205)

CS: No. Bueno, por supuesto que a veces alguno se levanta y dice: "ese conflicto no le importa a nadie", pero tiene el derecho a decirlo, pero no a censurarlo. ¡Si a una persona le interesa un proyecto y este es viable, va a consulta popular y listo! No es tan loco todo.

Hemos tratado de hacer un proceso bastante libre y directo. Entonces los conflictos se van diluyendo porque, como nadie tiene capacidad de censura, pueden decirse lo que quieran, pero los proyectos van a consulta popular y el que decide es el pueblo. (Z.206)

I: O sea que no lo ves como un problema porque se soluciona muy rápido. (Z.207)

CS: Sí, no es problemático. Obviamente que sí es problemático cuando estoy coordinando una asamblea, hay cien personas y empiezan a agredirse entre ellos. Pero entonces digo: "muchachos, dejen de pelearse porque esto lo va decidir la urna". Es muy fácil. En otras metodologías eso no se puede hacer porque no hay urnas. (Z.208)

I: ¿En qué medida deberían aprender los participantes a cambiar su manera de pensar priorizando los intereses colectivos frente a los individuales? (Z.209)

CS: Bueno, ese es un gran desafío. Es muy difícil lograr eso. Lo primero que tenemos que lograr de la ciudadanía es que comprenda cómo funcionan los procesos burocráticos del estado. Y que comprendan que no siempre son lentos por corrupción. Si hacemos las cosas de cualquier manera, entonces sí puede haber una corrupción generalizada. Si hacemos las cosas de la manera en que nos indica la ley hay menos posibilidades de corromperse. Es más lento, pero tendremos una mayor garantía. Por otro lado, el tema de los intereses colectivos por sobre los individuales implica una transformación cultural enorme. Eso hay que trabajarlo muchísimo a lo largo de los años. Este país no se ha caracterizado por ser demasiado socialista. Con muchos años de la dictadura y todo eso, la mentalidad general es bastante fascista. Pero la gente muchas veces no sabe que es fascista, pero se comportan como tales. Entonces, sin las consecuencias del fascismo. Sólo en el orden verbal. Hablo de fascismo de un modo metafórico. La gente piensa: "el que tiene razón soy yo y no me importa lo que opine el otro". Eso hay que cambiarlo y es muy difícil. Digamos que se va logrando paulatinamente que se soporten. [Lachen]. Ya eso un paso. (Z.210)

I: Sí, es un logro. ¿Cuáles son los mayores críticos del PP? ¿Qué es lo que critican exactamente y cuáles tu posición respecto a sus críticas? (Z.211)

CS: Mi posición es simplemente mi trabajo y hacer un PP abierto a todo el mundo que quiera participar. Eso está claro. Las críticas vienen fundamentalmente de gente de partidos opositores al gobierno, que trata de buscar todo para deslegitimarlo. Pero no alcanza con sus argumentos porque dicen que las obras públicas las tiene que hacer el estado, no hay por qué hacer asambleas. Y sí hay que hacer asambleas porque el estado las hace las obras públicas, pero tiene que haber una instancia de selección. De cuál se hace y cuál no se hace este año, porque la plata no es infinita. Tenemos un presupuesto. Y en cada asamblea hay diez o doce proyectos [unverständlich]. Habitualmente se dice el intendente o el estado sabe cuáles son las obras que hay que hacer y las tienen que hacer este mismo. No hay que convocar a los vecinos para que se peleen entre ellos, etc. Ahora, el tema es que tenemos un presupuesto finito y en cada asamblea hay diez o doce proyectos presentados. Por lo cual tenemos diez o doce problemas distintos. Podemos resolver uno o dos. ¿Quién decide cuáles son los problemas que se deciden y cuáles, no? ¿Un funcionario o la gente? Yo prefiero que sea el pueblo. El problema no es que el estado tiene que saber cuáles son las obras que se tienen que hacer. Sí, lo sabe. Lo que no puede hacer el estado es hacerlas todas juntas. Eso alguien tiene que resolverlo. Yo prefiero que lo resuelva el pueblo a un funcionario. De hecho el intendente de La Plata piensa lo mismo y por eso me convocó para hacer esto. (Z.212)

I: ¿Aparte de eso critican también la metodología del PP más allá de su existencia en sí? (Z.213)

CS: La críticas al PP se van resolviendo con el foro. Ya el reglamento está hecho. Fue una crítica metodológica a problemas que ocurrieron el año pasado y este año intentamos resolverlo con reglas nuevas. Eso se va autoregulando. (Z.214)

I: Eso está claro. Lo que pregunto también es si hay críticas a la aplicación del PP que sean externas. No de la gente que participa. (Z.215)

CS: Algunos dicen: "para qué tenemos un gobierno si después tenemos que ir nosotros a trabajar a las asambleas". Es un concepto de la democracia bastante restringido el que tienen. Eso lo dicen partidos políticos opositores. Las críticas externas son de partidos políticos que no están en el gobierno. (Z.216)

I: Mi pregunta es, más allá de la existencia del PP en sí, si hay críticas externas al PP en cuanto a la metodología que se implementa. (Z.217)

CS: En algunos casos nos han planteado que no les gusta que sea una democracia tan directa. Que los proyectos de la gente sean los que vayan a consulta popular. Con la idea de que haya una instancia como la que tienen otros PP, en las que se decide en asambleas y no a través del voto. O a través del voto, pero una vez que los delegados de cada asamblea deciden cuáles son los proyectos que van a consulta popular. Esa es una crítica que nosotros rechazamos por una cuestión ideológica. Nosotros hacemos el estudio de viabilidad del proyecto, si este es viable, ¡listo! No hay ninguna otra condición para presentarlo. Esa es una crítica. La otra crítica es la del voto. Que puede votar gente mayor de 16 años. ¿Y por qué no? Podés plantear que vote gente mayor de 18 si querés, pero a mí me parece que es válido promover que los pibes participen en estas cosas. Críticas de esta naturaleza hay miles. Yo ahora no me acuerdo de ninguna más, pero ninguna hace al centro de la cuestión. Si yo fuera el intendente, incluso yo mismo haría un PP distinto. Pero no lo soy, no me eligieron a mí para gobernar. Entonces, puede haber tantos PPs diferentes como ciudades hay en el mundo. (Z.218)

I: ¿Pero las críticas pueden ser valiosas también, constructivas? (Z.219)

CS: Sí, son valiosas cuando van a la médula del asunto y te abren los ojos a algún error que estás cometiendo. Pero cuando van por otro lado, no me parece. Una crítica fue la del voto por mensaje de texto. Eso lo solucionamos. Nos dimos cuenta de que era un error y lo solucionamos. (Z.220)

I: ¿En qué medida los problemas principales que surgieron desde la implementación del PP hace cuatro años han cambiado a lo largo del tiempo? (Z.221)

CS: Ha cambiado la predisposición de la gente. En cierta medida al principio era muy reacia. Iban solamente a decir que todo era un fraude, no a participar. Por las características de nuestro territorio hay lugares a los que por primera vez fue un funcionario público cuando fui yo. Obviamente te tiran encima todo. No solamente el PP, ¡todo! Hasta me dieron una carta para la presidenta. ¿Cómo voy a hacer para llegar a la presidenta? Después lo que hay es todavía confusión sobre las diferentes competencias. Yo le digo a la gente: "ustedes al secretario de salud no le van a pedir que les haga un asfalto, ¿verdad? Porque no es su competencia. ¿Por qué me van a pedir a mí cosas que no son de mi competencia?". Por ahí vos vas a un barrio, hacés una asamblea, hay un funcionario de la asamblea municipal y la gente te pide todo. Vos tenés que manejar la situación con mucho cuidado en el lenguaje y sin que se sientan ofendidos para decirle: "mire, nuestra competencia es esta". Eso otro no lo podemos resolver. Le podemos decir dónde ir a resolverlo, pero no podemos resolverlo nosotros. Hay muchas cuestiones que no son de competencia municipal a las cuales no tenemos posibilidad de responder. El problema de la seguridad, por ejemplo. Nosotros no manejamos la policía. Esta es competencia provincial, no municipal. Nosotros no podemos hacer nada con eso, más que canalizar la queja y decirle: "bueno, vayamos a la secretaría de seguridad de la provincia. Venga conmigo, pidamos una reunión en el barrio y la hacemos por afuera del PP como corresponde". Eso sí lo hacemos también en muchas instancias. Como te contaba también lo de las tierras y los indocumentados. Pero todo eso son cosas que exceden nuestra competencia específica. Solo podemos gestionarlas, nada más. Pero eso poco a poco se va desmalezando. Al principio era terrible. Ahora ya no lo es tanto. Por lo menos ahora te preguntan de buena manera: "¿usted no me podría ayudar con tal tema?". En lugar de exigirte que lo hagas como era antes. (Z.222)

I: Van entendiendo de a poco. (Z.223)

CS: Sí, ya son cuatro años. Yo creo que ya tienen que entender. (Z.224)

I: ¿Aparte de eso algún otro problema que haya cambiado en este tiempo? (Z.225)

CS: No. El principal inconveniente era ese. La desconfianza se va superando día a día porque se va viendo que se hacen las obras. El mecanismo de asamblea y de votación ya está aprobado por todo el mundo. Es absolutamente transparente. Tanto que hasta se ven las trampas. Porque las hay siempre en todos lados. Por parte de los funcionarios y también de la gente. Esas cosas se van resolviendo. No es que esto esté libre absolutamente de problemas, ninguna política lo está. Pero son problemas que los podemos abordar y son problemas que

están al alcance de todos y que todo el mundo los ve. Es transparente. Eso se resuelve. No fácilmente, pero sí se resuelve. Está bien, cuando resolvés un problema te aparecen otros, obviamente. (Z.226)

I: Me hablabas ahora de las trampas. ¿Me podrías decir cuáles serían? (Z.227)

CS: Por ejemplo, cuando una persona va a votar a dos lugares al mismo tiempo. Si bien tenemos un sistema de control de padrón, alguno va, se hace el vivo y dice: "me olvidé el documento, mi número es tal". Y los fiscales lo dejan pasar. Y después la misma persona va a otro lado, vota en otro lugar por otro proyecto con otro número de documento y por ahí viene el titular verdadero del documento que el tipo había dicho y dice: "¿cómo que ya voté? ¿Si yo no vine nunca?". Esas cosas ocurren y no se pueden evitar, pero eso se resuelve también ahí. O personas que van a votar varias veces al mismo lugar: "¡no, flaco, ya viniste! No podés volver a votar". (Z.228)

I: Son trampas, pero que no tienen ningún efecto en realidad. (Z.229)

CS: No, salvo que nadie se dé cuenta de que alguien votó varias veces por un mismo proyecto. (Z.230)

I: ¿No hay un registro de los documentos? (Z.231)

CS: Sí. Tenemos un padrón en el cual quedan registrados los documentos de la gente que va a votar. O sea que nadie puede votar dos veces. (Z.232)

I: ¿Y eso se controla? (Z.233)

CS: Sí. Los fiscales lo controlan y nosotros también desde el centro de cómputos. Tenemos un sistema virtual con el que vamos viendo, no qué proyecto se vota, sino cuánta gente vota y vemos también que no se repitan los documentos. El sistema lo rechaza. (Z.234)

I: No porque me dijiste que puede pasar que nadie se dé cuenta, pero si todo se hace por sistema virtual. (Z.235)

CS: Salvo que al escribir el número de documento te equivoques en alguna cifra, pero eso es una equivocación. (Z.236)

I: Pero se controla en la mesa electoral. (Z.237)

CS: Los fiscales controlan eso. La autoridad de mesa lo que hace es trasladar vía computadora o teléfono el número de documento de la persona que vota. El padrón está centralizado. Es un padrón virtual y todas las mesas tienen acceso. Entonces vos marcás el número en la computadora y el padrón virtual te lo autoriza o no a votar. Si errás en un número es una equivocación no es una trampa. Esto debe ocurrir, pero es mínimo. (Z.238)

I: ¿Cuáles eran los principales problemas al poco tiempo de la implementación del PP y cuáles son los mayores problemas hoy en día? (Z.239)

CS: Creo que eso más o menos está respondido. Al principio, los primeros años era la profunda desconfianza, después cuando vieron que las obras se estaban haciendo, que todo respondía a lo que nosotros decíamos, ese problema dejó de existir. Ya la gente sabe que las obras que se votan se hacen. La desconfianza igual sigue existiendo porque te dicen: "este proyecto está motorizado por el intendente". Y vos decís: "¿pero qué sentido tiene? ¿Porque si es un asfalto qué le importa al intendente el asfalto en este barrio?". No sé cuál es el beneficio personal del tipo. ¿Si fuera impulsado por el intendente cuál es el problema? ¿Si te van a hacer el asfalto en la puerta de tu casa?. Pero eso es producto de la desconfianza natural que tenemos, por lo menos los argentinos, respecto a nuestros gobernantes. Eso es así. (Z.240)

I: Justificada por la historia, ¿no? (Z.241)

CS: ¡Más vale, claro! Pero después los problemas son relacionales, de gente que está peleada entre sí, de referentes políticos que están encontrados. Son todas cuestiones que están fuera del marco de la ciudadanía normal. Pero esos problemas nosotros los atajamos de una manera política porque es la única forma de aguardarlo. (Z.242)

I: Bien. ¿Los mayores problemas hoy en día según tu punto de vista? (Z.243)

CS: A mí lo que más me importa ahora es tener un sistema de padrón que alcance a todo el territorio porque tenemos problemas de conectividad en algunos lugares. Al tener un padrón virtual y no en papel, porque en papel es imposible, necesitás los recursos de Internet, tanto para el teléfono como para la computadora y si no tenés conectividad en algún lugar te quedás rengo. Lo que pasa es que también es cierto que ninguna persona va a votar muy lejos de su

casa. No hay problema de doble voto. Salvo que haya algún grupo con algún interés específico, pero es fácilmente detectable. Me parece que el mayor problema que tenemos que resolver y que no sé si lo voy a poder resolver este año es el de la conectividad en todo el territorio porque es un problema gravísimo. (Z.244)

I: ¿Otra cosa que se te ocurra comentar? (Z.245)

CS: Lo que me interesa es que quede reflejado que no es que estemos libres de problemas, sino que la metodología propia que nosotros impulsamos es capaz de abordar esos problemas y resolverlos o, por lo menos, contenerlos. No porque por ahí yo hablo como si fuera todo perfecto, pero no es así. Pero los problemas habituales se resuelven en el mismo proceso asamblearios. Lo principal es vencer la desconfianza popular, para lo cual hay que trabajar mucho en dar el ejemplo. Hay que tomar el presupuesto participativo como un proyecto de transformación social, trabajar en ese sentido. Esa es mi perspectiva, por supuesto. Y creo que el PP es una herramienta política que debe tomar el pueblo para que ningún gobierno pueda apropiarse de él. Esos son los desafíos fundamentales que tenemos. En eso estamos trabajando permanentemente. (Z.246)

I: ¿Se te ocurrieron por casualidad algunos otros obstáculos que afectan el PP durante el transcurso de esta entrevista? (Z.247)

CS: En realidad no, pero sí me pudo ordenar el cerebro. Me ordenó los pensamientos. [Lachen]. Gracias por eso. (Z.248)

I: La última pregunta es muy personal sobre tu valoración del PP, más allá de las posturas oficiales. ¿Qué es lo que te gusta más del PP en La Plata en sí y en general y que es lo que menos te gusta de todo esto? (Z.249)

CS: Las dos cosas pueden resumirse en una sola. Lo que más y menos me gusta es el contacto constante con la gente de todo el municipio de La Plata, gente que no conozco. Para bien y para mal. Me hablan para agradecerme o para insultarme. Eso es lo que más interesante me resulta de todo esto. El trabajo en la calle con la gente. A pesar de todo, con todas sus cosas buenas y sus cosas malas. En segundo lugar, hasta ahora hemos logrado que en 65 mil hogares mejoren su calidad de vida. Yo creo que ninguna política pública lo ha logrado en cuatro años. Eso para mí es fundamental. Ya te digo, estar con la gente en forma permanente, aunque nos peleemos, aunque me provoquen dolor de cabeza es lo que más me interesa de todo esto. No me veo en una oficina haciendo otro tipo de cosas. (Z.250)

I: Si te entendí bien lo que menos te gusta sería el aspecto negativo del contacto con la gente, o sea las situaciones conflictivas. (Z.251)

CS: Lo que pasa es que es así. No es que me guste o no me guste. El contacto permanente con la gente te lleva a cosas buenas y cosas malas. Hay gente de todo tipo y naturaleza. Nosotros no idealizamos el pueblo. Consiste de buenas personas y de gente perversa. (Z.252)

I: De todas formas, quiero reformular un poco la pregunta. ¿Más allá de tu trabajo individual, qué es lo que más te gusta del PP en cuanto a su diseño, su metodología, su filosofía, etc.? (Z.253)

CS: Lo que más me gusta es su potencial. Su potencial de transformación social, su potencial de superar las barreras de la democracia representativa, su potencial de que la gente pueda tomar la política en sus manos porque la política, creo yo, es el alma fundamental que tenemos todos, con la cual mejoramos nuestra calidad de vida o la empeoramos. Las decisiones políticas son las que determinan el rumbo de una sociedad. Ese potencial es el que más me interesa del PP. (Z.254)

I: ¿Lo que te menos te gusta del PP desde el mismo punto de vista? (Z.255)

CS: Lo que menos me gusta es cuando no podemos resolver los problemas. Eso es lo que más me agrede personalmente. No poder resolver los problemas de la gente. Saber que hay diez problemas en un barrio y que ocho no van a poder ser resueltos este año. Eso me saca la cabeza. (Z.256)

7.9 Lebenslauf

CURRICULUM VITAE

Persönliche Daten

Name: Regina Seile
Adresse: Heustadelgasse 35/12
1220 Vienna, Austria
Telefon: +43 699 126 82 554
Email: regina.seile@gmx.at
Geburtsdatum: 02.01.1987
Geburtsort: Scheibbs (NÖ)
Nationalität: Österreich



Ausbildung

Februar 2010-laufend **Technische Universität Wien, 1040 Wien**
- Master (D.I.ⁱⁿ) Raumplanung und Raumordnung
- voraussichtlicher Studienabschluss: Februar 2013

Oktober 2006-Juli 2012 **Universität Wien, 1010 Wien**
(voraussichtlich)
- Diplom (Mag.^a) Internationale Entwicklung
- Diplomarbeitsthema: „Der Bürgerhaushalt als Instrument partizipativer Stadtplanung. Umsetzungserfahrungen in den Städten Rosario und La Plata (Argentinien).“

2009–2010 **Universidad de Valladolid, Spanien**
- Einsemestriger Auslandsstudienaufenthalt

2001-2006 **Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe (HLW), 1190 Wien**
- Ausbildungsschwerpunkt Sozialmanagement
- Matura und Diplom der österreichischen Unternehmerprüfung

Berufliche Erfahrung

- Februar 2007-März 2012 **Licht für die Welt – Christoffel Entwicklungszusammenarbeit, Kommunikationsabteilung, 1120 Wien**
Freie Mitarbeit
- Konzeption und Umsetzung von Projekten in den Bereichen Bildungsarbeit, Kinderpatenschaften und Spenderkommunikation
- Organisation von Benefizveranstaltungen
- August-Oktober 2011 **Münchner Rückversicherungsgesellschaft Munich Re, Nachhaltigkeitsabteilung, 80802 München**
Praktikum
- Eventorganisation „PSI-Meeting“, Organisation von Themenworkshops
- Unterstützung im Bereich Corporate Responsibility-Rating und Reporting
- Juli 2011 **Magistratsabteilung 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung, Referat Verkehrsplanung und Mobilitätsstrategien, 1010 Wien**
Praktikum
- Mitarbeit in den EU-Projekten Catch Metropolitan Region, SoNorA, Entwicklung STEP 2015
- Unterstützende Tätigkeiten in unterschiedlichen Bereichen
- Juli 2005 **Summerschool „Park of Friendship“, Kindertagescamp, Malta**
Praktikum
- Leitung einer Kindergruppe im Alter von 6-10 Jahren
- Gestaltung, Organisation und Durchführung von Freizeitaktivitäten
- Juli 2004 **Magistratsabteilung 15, Sozial-Zentrum 12, 13, 23, 1120 Wien**
Praktikum
- Empfangstätigkeit, Informationsvermittlung; Administrative Tätigkeiten
- Juni 2004 **IGC Institut für ganzheitliches Coaching, 1190 Wien**
Praktikum
- Seminarvorbereitungen und Wartung der Datenbank
- Februar-Mai 2004 **Kultur- und Bildungsverein für Menschen mit Behinderung „Ich bin O.K. – Du bist O.K.“, 1010 Wien**
Praktikum
- Veranstaltungsorganisation und Mitbetreuung einer Tanzgruppe
- September 2003-
Februar 2004 **Wiener Krebshilfe, 1180 Wien**
Praktikum
- Organisation von Vorträgen und administrative Tätigkeiten

Sprachkenntnisse

Deutsch	Muttersprache
Englisch	Sehr gute Kenntnisse in Wort und Schrift (C1)
Spanisch	Sehr gute Kenntnisse in Wort und Schrift (C1)
Hindi	Grundkenntnisse (A2)
Französisch	Grundkenntnisse (A2)

Zusätzlicher Qualifikationserwerb

Oktober 2012	Technische Universität Wien, PlanerInnenTreffen PIT 2011, 1040 Wien - Organisation und Durchführung des Workshops "Soziale Netzwerke und City Branding"
2010 –2012	Universität Wien, 1010 Wien - Organisation eines Erstsemestrigentutoriums „Lauftreff“
Juli 2010	Friedensuniversität Stadtschlaining, 7461 Schlaining - Teilnahme an der Sommerakademie zum Thema „Krieg im Abseits“
2000–2001	BRG Theodor-Kramerstraße, 1220 Wien - Ausbildung in Peer-Mediation

EDV-Kenntnisse und Sonstiges

MS Office	Sehr gute Kenntnisse
AutoCAD	Grundkenntnisse
Sketchup	Grundkenntnisse
Adobe illustrator	Grundkenntnisse
Adobe Photoshop	Grundkenntnisse
Sextant, Charity, SoFi	Erfahrung in der Arbeit mit Datenbanken
Führerschein	Klasse B

7.10 Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit eidesstattlich, dass ich die Arbeit selbständig angefertigt, keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt und alle aus ungedruckten Quellen, gedruckter Literatur oder aus dem Internet im Wortlaut oder im wesentlichen Inhalt übernommenen Formulierungen und Konzepte gemäß den Richtlinien wissenschaftlicher Arbeiten zitiert, gekennzeichnet bzw. mit genauer Quellenangabe kenntlich gemacht habe.

Die Diplomarbeit wurde bisher weder publiziert noch einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Regina Seile

Wien, Juli 2012